

WuG

Wirtschaft und Gesellschaft

EDITORIAL

**Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann,
Christa Schlager, Matthias Schnetzer**

Ein Jahr Regierung: Welche wirtschaftspolitischen
Weichen wurden gestellt?

ARTIKEL

Tatjana Neuhuber, Antonia E. Schneider

From disposable income to residual income:
A decomposition of inequality in Austria

Jorge Uxó, Ignacio Álvarez

New economic policies and post-pandemic
Spanish economic growth

Julia Bernegger

Comunalidad: eine feministisch-dekoloniale Theorie
des Gemeinsamen am Beispiel der Wasserversorgung

Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeiterkammer wieder.

- Redaktion** „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut: Judith Derndorfer, Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Magdalena Maad, Patrick Mokre, Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Johannes Schimmerl, Eva Six, Daniel Witzani-Haim, Thomas Zotter, Josef Zuckerstätter
- Redaktionelle Leitung** Julia Hofmann
- Geschäftsführende Redaktion** Judith Derndorfer, Michael Ertl, Julia Hofmann, Patrick Mokre, Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Daniel Witzani-Haim, Josef Zuckerstätter
- Redaktionssekretariat** Susanne Fürst, (Tel. 01/501 65-12283), E-Mail: susanne.fuerst@akwien.at
- Wissenschaftlicher Beirat** Joachim Becker (WU Wien), René Böheim (Univ. Linz), Jörg Flecker (Univ. Wien), Eckhard Hein (HWR Berlin), Arne Heise (Univ. Hamburg), Jakob Kapeller (Univ. Duisburg-Essen), Max Kasy (Oxford University), John King (LaTrobe Univ., Melbourne), Bernhard Kittel (Univ. Wien), Heinz Kurz (Univ. Graz), Fabian Lindner (HTW Berlin), Özlem Onaran (Univ. Greenwich, London), Susanne Pernicka (Univ. Linz), Miriam Rehm (Univ. Duisburg-Essen), Waltraud Schelkle (London School of Economics), Engelbert Stockhammer (King's College, London), Richard Sturn (Univ. Graz), Achim Truger (Univ. Duisburg-Essen, Sachverständigenrat), Till van Treeck (Univ. Duisburg-Essen), Rudolf Winter-Ebmer (Univ. Linz)
- Medieninhaber** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Tel. 01/501 65-12283
- Verlag** LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140
E-Mail: verlag@lexisnexus.at
- Lektorat** Florian Praxmarer, Maria Slater
- Satz** Alexander Franz | www.fann.at
- Hersteller** Druckerei Janetschek GmbH, A-3860 Heidenreichstein, Brunfeldstraße 2, Tel: 02862/522 78 411, E-Mail: office@janetschek.at
- Preise** Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement € 39;
ermäßigtes Studierenden-Jahresabonnement € 19,50 (alle Preise inkl. MwSt).

Einreichungen von Beiträgen zur Begutachtung und Veröffentlichung erfolgen über das Online-Portal des Journals.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ im Internet: journals.akwien.at/wug
Auf EconPapers unter: econpapers.repec.org/article/clrwugarc
Auf EconStor unter: econstor.eu/escollectionhome/10419/331958
Das Archiv seit 1987 unter: wug.akwien.at



52. Jahrgang (2026), Heft 1

INHALT

EDITORIAL

<i>Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Christa Schlager, Matthias Schnetzer</i> Ein Jahr Regierung: Welche wirtschaftspolitischen Weichen wurden gestellt?	5
--	---

ARTIKEL

<i>Tatjana Neuhuber, Antonia E. Schneider</i> From disposable income to residual income: A decomposition of inequality in Austria	23
---	----

<i>Jorge Uxó, Ignacio Álvarez</i> New economic policies and post-pandemic Spanish economic growth	57
--	----

<i>Julia Bernegger</i> Comunalidad: eine feministisch-dekoloniale Theorie des Gemeinsamen am Beispiel der Wasserversorgung	95
--	----

BUCHBESPRECHUNGEN

<i>Dutt, Devika/Alves, Carolina/Kesar, Surbhi/Kvangraven, Ingrid H. (2025)</i> Decolonizing Economics. An Introduction. Rezensiert von Julia Bernegger	127
--	-----

<i>Mayer-Ahuja, Nicole (2025)</i> Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann. Rezensiert von Jörg Flecker	137
<i>Mühlhoff, Rainer (2025)</i> Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus. Rezensiert von Patrick Mokre	143
<i>Seyferth, Peter/Blumenthal, Falko (Hg.) (2025)</i> Science Fiction und Labour Fiction: Zukunftsvorstellungen von Arbeit und Arbeitskämpfen. Rezensiert von Sepp Zuckerstätter	151
<i>Slobodian, Quinn (2025)</i> Hayek's Bastards. Race, Gold, IQ, and the Capitalism of the Far Right. Rezensiert von Wolfgang Pointner	157

Ein Jahr Regierung: Welche wirtschaftspolitischen Weichen wurden gestellt?

*Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann,
Christa Schlager, Matthias Schnetzer**

ZUSAMMENFASSUNG

Der Beitrag analysiert die Wirtschaftspolitik der aktuellen, österreichischen Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS nach einem Jahr Regierungstätigkeit. Als Analyserahmen dient das magische Vieleck der Wirtschaftspolitik, das fair verteilten Wohlstand, Vollbeschäftigung, Lebensqualität und Klimaschutz in den Mittelpunkt stellt. Die Bilanz fällt gemischt aus: Die Budgetkonsolidierung verlief besser als erwartet, einzelne Maßnahmen zur Teuerungsbekämpfung bei Mieten, Energie und Lebensmitteln zeigen Wirkung, und die Industriestrategie 2035 setzt wichtige strukturpolitische Impulse. Demgegenüber fehlt es an einer kohärenten Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsstrategie, verteilungspolitische Fortschritte blieben begrenzt, und beim Klimaschutz sind deutliche Rückschritte zu verzeichnen. Angesichts neuer geopolitischer Risiken – insbesondere des Krieges im Nahen Osten – steht die Regierung vor wachsenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen, deren Bewältigung sie auf eine harte Probe stellt.

KEYWORDS

Wirtschaftspolitik, Regierungsbewertung, Österreich

DOI

10.59288/wug521.2720

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

Einleitung

Die wirtschaftspolitische Ausgangslage für die im März 2025 konstituierte Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS war alles andere als einfach. International waren die Rahmenbedingungen von der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, geopolitischer Instabilität und Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten sowie der Konjunkturschwäche westlicher Industriestaaten geprägt. Österreich steckte zu diesem Zeitpunkt in einer bereits zwei Jahre andauernden Rezession und wies eine im EU-Vergleich hohe Inflationsrate auf. Das reale BIP war 2024 um 0,7 % gesunken, die Teuerungsrate lag bei Regierungsantritt bei 3 %. Die öffentlichen Haushalte waren von der kostspieligen Krisenbekämpfung sowie Kompromissen zulasten des Budgets durch die Vorgängerregierung gezeichnet, sodass eine deutliche Konsolidierung vorprogrammiert war.

Die Regierungsbildung aus ÖVP, SPÖ und NEOS war zu Jahresbeginn 2025 im ersten Anlauf gescheitert, und eine Wiederholung der rechtskonservativen Koalition aus ÖVP und FPÖ wie im Jahr 2017 schien gewiss. Die öffentlichen Einblicke in die Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ ließen eine Wirtschaftspolitik erahnen, die mit tiefen Einschnitten in den Sozialstaat und erhöhtem Druck auf Arbeitnehmer:innen einhergegangen wäre. Nicht zuletzt deshalb rührte vor allem die Industriellenvereinigung die Werbetrommel für diese Regierungskonstellation. Nachdem aber auch diese Gespräche keine Einigung gebracht hatten, konnten Neuwahlen nur durch eine von großem Pragmatismus getragene Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS verhindert werden.

Doch wie ist nun die Wirtschaftspolitik zum einjährigen Bestehen dieser Regierung zu bewerten? Vieles ist schwer einzuordnen, weil den Regierungsparteien ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Verständnis fehlt und sich kaum kohärente Muster in den einzelnen Kompromissen zeigen. Wir orientieren uns in unserer Bewertung am magischen Vieleck der Wirtschaftspolitik, das seit vielen Jahrzehnten als Analyserahmen weitgehend akzeptiert ist und auch in der österreichischen Verfassung ansatzweise verankert ist. Wir verwenden es allerdings in einer eigenen Adaption, in der die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen im Mittelpunkt steht (Feigl 2017, Schultheiß et al. 2020). Anstelle des alten Ziels des stetigen Wirtschaftswachstums stehen fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensqualität und eine intakte Umwelt im Mittelpunkt. Flankiert werden die Ziele von den klassischen Stabilitätszielen der Wirtschaftspolitik für Finanzmärkte, Preise, Staatstätigkeit und Außenbeziehungen.

Die Bundesregierung ist seit ihrem Beginn bei fast all diesen Zielen gefordert, nachdem die letzten Jahre von tiefen Krisen geprägt waren. Dass die einzelnen Parteien diese Ziele sehr unterschiedlich gewichten und zum Teil deutlich konträre Ansichten darüber haben, mit welchen Mitteln sie erreicht werden können, ist ein

weiteres Hindernis. Wie so oft bei fehlendem Gruppenkonsens halfen ein gemeinsames Projekt und ein „Außenfeind“: zum einen das EU-Defizitverfahren, das man nicht überhastet, aber relativ rasch wieder beenden will, zum anderen die stärkste Oppositionspartei FPÖ, die nicht zuletzt durch die subjektive Unzufriedenheit mit der Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in neue Höhen wächst, obwohl sie mit ihrem rechtspopulistischen Kurs gar nicht den Anspruch stellt, wirtschaftspolitische Probleme ernsthaft lösen zu wollen.

Budgetpolitik geprägt von Defizitverfahren und Differenzen

Das Doppelbudget 2025/2026 (ausführlicher Feigl et al. 2025) war die erste echte wirtschaftspolitische Bewährungsprobe der Bundesregierung. Es setzte der expansiven, aber wenig verantwortungsbewussten Budgetpolitik der Vorgängerregierung mit einer milliardenschweren Konsolidierung ein Ende. Das Absurde daran: Die Eckpunkte wurden im Rahmen der blau-schwarzen Verhandlungen unter dem Vorwand großen Handlungsdrucks zur Abwendung eines EU-Defizitverfahrens bereits Mitte Jänner 2026 festgelegt. In den Koalitions- und später in den Budgetverhandlungen wurde zwar noch einiges verändert, doch war der Rahmen schon gesetzt: ein insgesamt großes Konsolidierungsvolumen trotz schwacher wirtschaftlicher Entwicklung, die Streichung der ambitionierten, aber nicht immer richtig fokussierten Klimaschutz-Ausbaupläne der Vorgängerregierung und einige Kürzungen von Sozialausgaben mit negativen Verteilungseffekten. Ebenso sichtbar waren aber auch die Veränderungen vor allem durch die Verhandler:innen der SPÖ: Das Kürzungsvolumen wurde durch zusätzliche Einnahmen – nicht zuletzt von Unternehmen mit Krisengewinnen und Vermögenden – substanziell reduziert, und mit Offensivmaßnahmen wurden sozial- und bildungspolitische Akzente gesetzt.

Ein wesentlicher budgetpolitischer Unterschied zur Vorgängerregierung war und ist die restriktive Grundhaltung: Statt Austerität zu predigen, im Regierungsalltag aber bei jeder Gelegenheit Kompromisse zulasten des Budgets – zumeist in Form zusätzlicher Förderungen unter besonderer Berücksichtigung von Unternehmen und Landwirt:innen – zu finden, wurde der gemäßigt restriktive Kurs konsequent umgesetzt und bei neuen Maßnahmen penibel auf die Gegenfinanzierung geachtet. Statt zu tarnen und zu täuschen, wurde eher transparent und konservativ geplant, Länder und Gemeinden wurden nicht ausgeblendet, sondern in die Verantwortung genommen. Das Ergebnis ist laut Statistik Austria ein gesamtstaatliches Defizit 2025 von 4,2% des BIP – und damit ein mehr als doppelt so starker Rückgang wie budgetiert. Zum Vergleich: Noch im Wahlkampf 2024 hielt der scheidende Finanzminister Magnus Brunner öffentlich daran fest, dass das Defizit nicht über 3%

des BIP betragen würde – am Ende waren es um über 8 Mrd. Euro bzw. 1,65 % des BIP mehr. Rückenwind bekam die Bundesregierung durch die etwas bessere konjunkturelle Entwicklung, die ebenfalls zur Verbesserung des Budgetsaldos beitrug.

Der bisherige Defizitabbau kann im Großen und Ganzen als gelungen betrachtet werden: Die negativen Konjunktur- und Beschäftigungseffekte hielten sich in Grenzen, weil vor allem die Ausgabendynamik gebremst wurde und nur in wenigen Fällen nominell gekürzt wurde. Zudem wurde nicht nur die Neuverschuldung eingedämmt, sondern auch die andere Seite der stabilen Staatstätigkeit beachtet, nämlich die Leistungsfähigkeit und die Investitionen in die Infrastruktur: Bei den öffentlichen Dienstleistungen wurde etwa im Bildungsbereich sogar ausgebaut, die Nettoinvestition auf Basis der Daten von Statistik Austria nur knapp unter dem 30-Jahres-Hoch von 1 % des BIP stabilisiert. Trotzdem blieb auch diese Konsolidierung nicht ohne negative Auswirkungen auf andere wirtschaftspolitische Ziele: Transfer-Kürzungen wie die Abschaffung des Klimabonus oder die ausgesetzte Valorisierung von Sozialleistungen wirkten sich negativ auf die Einkommensverteilung aus, wobei die realen Kürzungen im obersten Drittel der Pensionen sowie bei den Abschlüssen der besser verdienenden öffentlich Beschäftigten im Herbst noch Verschiebungen ergaben. Die Gebührenerhöhungen auf allen staatlichen Ebenen sowie das ersatzlose Auslaufen von Stromsubventionen wirkten kurzfristig inflationserhöhend (wenngleich mittelfristig wohl immer noch die dämpfende Wirkung in den Jahren zuvor überwiegt). Die massive Rücknahme der Klimaschutz-Ausgabenpläne ohne entsprechende Kompensation durch steuer- oder ordnungspolitische Maßnahmen bewirkte schließlich Rückschritte beim Ziel der Klimaneutralität der heimischen Ökonomie.

Nun bekommt die Bundesregierung allerdings mächtigen Gegenwind für ihre Budgetpolitik: Statt des Aufschwungs, der sich Ende 2025 abzeichnete und der eine wesentliche Bedingung für weitere Konsolidierungsfortschritte gewesen wäre, droht nun neuerlich eine schwache Konjunktur – und damit eine erhebliche Belastung für die öffentlichen Haushalte: Nach wie vor gilt die Faustregel, dass ein fehlendes Prozent Wirtschaftsleistung das Defizit um 0,5 % des BIP steigen lässt. Das ist mehr als das Konsolidierungsvolumen von 2 Mrd. Euro, das Finanzminister Markus Marterbauer Anfang April 2026 in den Medien für das nächste Budget genannt hat. Gleichzeitig wird die massive Belastung von Unternehmen und Haushalten, die von stark steigenden Energiepreisen infolge des völkerrechtswidrigen Krieges im Nahen Osten ausgeht, den Druck auf Abfederung durch zusätzliche Ausgaben erhöhen. Damit gerät auch der budgetpolitische Regierungskonsens unter Druck, denn das erklärte Ziel, das Defizit bis 2028 auf 3 % des BIP zu drücken, ist so kaum zu erreichen. Es bleibt abzuwarten, ob ein diskursiver Kurswechsel hin zur Betonung der makroökonomischen und gesellschaftlichen Stabilität gemeinsam mit den Regierungspartnern gelingt. Dafür wird es notwendig sein, das öffentlich aufgebaute Schreckgespenst EU-Sanktionen zu entzaubern und wieder mehr

zu erklären, dass eine ökonomische Stabilisierung zwar kurzfristig kostet, mittel- bis langfristig aber gerade die Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Staatsfinanzen ist.

Inflationsbekämpfung als Sisyphusarbeit

Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste hohe Inflation der letzten Jahre war für viele Haushalte und die gesamte Volkswirtschaft eine große Herausforderung, die nach politischen Antworten verlangte. Die Regierung rang damals lange mit Preiseingriffen und Maßnahmen zur Stärkung der Preistransparenz entlang von Wertschöpfungsketten.

Zu den größten Preistreibern zählen vor allem die Grundbedürfnisse wie Energie, Wohnen und Lebensmittel, wovon insbesondere einkommensärmere Haushalte stark betroffen sind. Hinzu kommt der hohe Inflationsabstand der letzten Jahre sowohl gegenüber Deutschland als auch der Eurozone insgesamt, der mit der Zeit auch zu makroökonomischen Herausforderungen für Österreich geführt hat. Im 10-Jahres-Durchschnitt beträgt der Inflationsabstand 0,5 bzw. 0,8 Prozentpunkte pro Jahr. Bei einer Durchschnittsinflation im Jahr 2025 von 3,5% war er sogar noch deutlich größer, nämlich 1,3 Prozentpunkte gegenüber Deutschland bzw. 1,5 Prozentpunkte gegenüber der Eurozone.

Ein Grund für die höhere Inflation im Jahr 2025 war auch ein Basiseffekt durch die mit Jahresbeginn ausgelaufenen Strompreissubventionen. Der Wegfall dieses Effektes trug wesentlich dazu bei, dass das im Herbst von der Regierung ausgegebene Inflationsziel von 2% schon zu Jahresbeginn 2026 erreicht werden konnte. Die Bundesregierung beschloss im vergangenen Jahr aber auch zahlreiche weitere Maßnahmen zur Teuerungskämpfung, die teilweise auch erst heuer schlagend werden. Im Energiebereich war das etwa die Senkung der Elektrizitätsabgabe und ein Sozialtarif für fast 300.000 Haushalte mit kleinen Einkommen, bei Lebensmitteln eine Senkung der Umsatzsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel und bei Mieten Preisbremsen im regulierten und privaten Bereich. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat die Regierung für 2025 einen Mietestopp verordnet. Dieser Stopp war in den gesetzlich geregelten Bereichen wirksam, und über eine Million Haushalte in Österreich profitieren davon. Ihre jährliche Mietersparnis beträgt mehr als 100 Millionen Euro. Erst mit Verzögerung wurde ein weiteres Gesetz beschlossen, in dem festgeschrieben ist, dass auch im privaten Segment bei allen Mietverträgen nur mehr eine begrenzte Erhöhung pro Jahr stattfinden darf. Liegt die Inflation des Vorjahres über 3%, darf die Hälfte der darüber liegenden Teuerung nicht auf den Mietzins draufgeschlagen werden. Im geregelten Althausbestand werden die Mieterhöhungen heuer zudem mit maximal 1% und 2027 mit maximal 2% beschränkt. Auch wenn die Mietenbremse noch kräftiger ausfallen hätte

müssen und es etwa Umgehungsmöglichkeiten durch Befristungen gibt, war der Preiseingriff eine wichtige Maßnahme zur Teuerungsbekämpfung.

Seit 2022 steigen die Lebensmittelpreise fast durchgängig stärker als die Inflationsrate. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von der hohen Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel bis zu Missernten als Folge der Klimakrise. Laut AK-Preismonitor liegt das Preisniveau von Markenlebensmitteln in Österreich mehr als ein Viertel über jenem in Deutschland, über alle Lebensmittel hinweg beträgt der Unterschied etwa 8%. Dieser „Österreich-Aufschlag“ entsteht durch territoriale Lieferbeschränkungen, die dazu führen, dass Markenkonzerne von kleineren Ländern höhere Preise für die gleichen Produkte verlangen. Nur zögerlich hat sich das Wirtschaftsministerium auf europäischer Ebene für ein Ende der Preisdiskriminierung eingesetzt, nachdem selbst die EU-Kommission diese Praktiken schon verurteilt hatte. Nach längerem Koalitionszwist rang man sich zu einer Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel durch, die allerdings erst im Juli 2026 in Kraft tritt. Dabei wird der Mehrwertsteuersatz für etwa ein Drittel der Nahrungsmittel dauerhaft von ursprünglich 10% auf 4,9% gesenkt. Das Volumen der Entlastung beläuft sich auf etwa 400 Millionen Euro und soll durch die Einführung einer Plastikabgabe auf nicht recyclebares Plastik und einer Abgabe für Pakete aus Drittstaaten gegenfinanziert werden. Da dies die Preise in anderen Konsumbereichen erhöhen könnte, bleibt der Gesamteffekt für Konsument:innen unklar und hängt auch davon ab, inwieweit die Mehrwertsteuersenkung tatsächlich dauerhaft von den Lebensmittelhändlern weitergegeben wird. Die jüngsten Erfahrungen bei der Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Menstruationsprodukte und Verhütungsmittel mit Jänner 2026 zeigen, dass Skepsis angebracht ist. Bei entsprechender Weitergabe ist aber von positiven Verteilungswirkungen auszugehen, da einkommensärmere Haushalte relativ stärker entlastet werden.

Die Regierung trägt durch die Budgetkonsolidierung aber andererseits auch dazu bei, dass die Inflation steigt. Das wird insbesondere durch das überproportionale Nachholen von länger stabil gehaltenen Gebühren- und Preiserhöhungen auf nationaler (Passgebühren, Klimaticket etc.) und regionaler Ebene (Parkgebühren, öffentlicher Verkehr) ausgelöst. Laut Schätzungen von Beer und Prammer (2026) werden die sogenannten administrierten Preise heuer mit etwa 0,4 Prozentpunkten etwas mehr zur Jahresinflation beitragen als im langfristigen Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2025 (etwa 0,3 Prozentpunkte).

Der Ende Februar 2026 von den USA entfachte Krieg im Iran bereitete der moderaten Inflationsentwicklung zu Jahresanfang ein jähes Ende. Durch die Sperre der Straße von Hormus wird die vergangene Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine mit einem Schlag wieder präsent. Die Bundesregierung hat diesmal deutlich rascher reagiert. Sie greift in die Margen der Mineralölwirtschaft ein und verteilt die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen durch gestiegene

Treibstoffpreise mittels einer Mineralölsteuersenkung zurück. Dadurch profitieren nicht nur Haushalte, sondern auch die Unternehmen – sogar in besonderem Ausmaß, da sie die höhere Mehrwertsteuer auf Treibstoffe durch den Vorsteuerabzug letztlich gar nicht zahlen. Mit dem Preiseingriff werden Preissenkungen von 10 Cent angestrebt. Damit kann zwar nur ein kleiner Teil des Anstiegs der Treibstoffpreise von zeitweise 60 Cent abgefedert werden, die Inflation aber immerhin um etwa 0,2 Prozentpunkte gedämpft werden.

Das Ausmaß der Preissteigerungen ist noch nicht abzuschätzen und hängt von der Dauer des Kriegs in Nahost ab. Davon betroffen ist nicht nur Rohöl, sondern auch wichtige Ressourcen für globale Wertschöpfungsketten wie Erdgas, Helium, Düngemittel oder Schwefel. Den internationalen Preisschub wird man in Österreich nicht verhindern, wohl aber die Zweitrundeneffekte bekämpfen können. Dabei sollten bereits beschlossene, aber erst wirksam werdende Maßnahmen wie der Sozialtarif für Strom, die zweite Runde der Mietpreisbremse ab April sowie die Mehrwertsteuersenkung bei Grundnahrungsmitteln ab Juli helfen. Weitere Maßnahmen werden wohl folgen müssen, zumal die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Inflationsprognosen für 2026 bereits nach oben revidieren.

Verteilungsgerechtigkeit als Minderheitenprogramm

Nach einem Jahr Regierung lässt sich festhalten: Die Verteilungsfrage scheint nur einer Minderheit in der Koalition ein relevantes Anliegen zu sein. So treffen Vorstöße zum Abbau von Ungleichheiten, etwa höhere vermögensbezogene Steuern, innerhalb der Koalition auf heftige Widerstände. Gleichzeitig werden Maßnahmen mit klar negativer Verteilungswirkung, wie das Aussetzen der Valorisierung von Sozialleistungen, von weiten Teilen der Regierung vorangetrieben. In dieser schwierigen Konstellation gibt es zwar einige beachtenswerte verteilungspolitische Erfolge, aber auch zahlreiche Kompromisse, die mit Blick auf die Verteilungsgerechtigkeit kritisch gesehen werden müssen.

Eine datenbasierte Verteilungsanalyse der ersten Koalitionsphase fällt schwer, da Daten zur Einkommensentwicklung immer erst mit einer gewissen Verzögerung veröffentlicht werden. Die letztverfügbaren Verteilungsmaße zeigen für die letzten Jahre vor der Regierungsbildung eine steigende Ungleichheit. Von 2021 bis 2024 stieg der Gini-Koeffizient der verfügbaren Äquivalenzeinkommen laut Statistik Austria Jahr für Jahr von 26,7 auf 28,4 an. Für die Jahre 2025 bis 2027 lässt die WIFO-Prognose eine Stabilisierung der Einkommensungleichheit auf dem höheren Niveau erwarten.

Dabei wurden im Rahmen des Doppelbudgets 2025/2026 einige Maßnahmen umgesetzt, die eine klar negative Verteilungswirkung hatten. Insbesondere die

Abschaffung des Klimabonus fiel ins Gewicht, was bei Haushalten mit geringem Einkommen zu höheren Einkommensverlusten führte. Das unterste Einkommenszehntel verlor im Schnitt durch die Abschaffung 1,8 % seines Haushaltseinkommens, bei den bestverdienenden Haushalten im obersten Zehntel waren es nur 0,3 %. Hinzu kam das Aussetzen der Valorisierung einiger Sozialleistungen wie der Familienbeihilfe sowie Zuverdienstbeschränkungen für Arbeitslose. Dem standen aber auch Offensivmaßnahmen gegenüber, die besonders auf das untere und mittlere Drittel der Einkommensverteilung zielten, wie etwa der Unterhaltsgarantiefonds für Alleinerziehende oder die Anhebung der Negativsteuer für Pensionist:innen.

Die Regierung wird sich am Ende ihrer Legislaturperiode auch daran messen lassen müssen, wie sich die Geschlechtergerechtigkeit entwickelt hat. Die wissenschaftliche Literatur hat gezeigt, dass ausgabenseitige Budgetkonsolidierung vorrangig zulasten von Frauen geht (Perugini et al. 2019, Schratzenstaller et al. 2026). Bislang hat die Regierung noch keine Belege dafür erbracht, dass ihre Budgetsanierung eine Ausnahme ist, denn vor allem die einkommenswirksamen Maßnahmen wie z. B. die Nicht-Valorisierung von Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld treffen mehrheitlich Frauen. Im Bereich der geschlechtsspezifischen Lohnlücke wird entscheidend sein, wie die Koalition die ab 2026 verpflichtende EU-Lohntransparenzrichtlinie umsetzen wird. Österreich hat mit 17,6 % den dritthöchsten Gender-Pay-Gap innerhalb der EU.

Die Vermögenskonzentration, die laut Daten der Europäischen Zentralbank (EZB) in Österreich so hoch ist wie in keinem anderen Land der Eurozone, hat die Regierung fast nicht angerührt. Zwar wurden im Rahmen des Doppelbudgets 2025/2026 auf Druck der SPÖ steuerliche Maßnahmen getroffen, die auf die Reichsten abzielen, etwa die Erhöhung der Bankenabgabe oder des Eingangssteuersatzes bei Privatstiftungen. Auf die von zahlreichen Ökonom:innen und Institutionen geforderte Erhöhung vermögensbezogener Abgaben konnte sich die Regierung allerdings nicht einigen. Eine Steuer auf hohe Erbschaften, wie sie in den meisten EU-Staaten üblich ist, wäre für die Budgetkonsolidierung und in weiterer Folge zur Finanzierung steigender Alterungskosten dringend geboten, wird aber aufgrund ideologischer Differenzen innerhalb der Koalition nicht umgesetzt. Somit wird weder die Vermögenskonzentration reduziert noch der im internationalen Vergleich extrem geringe Anteil von vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen erhöht. Das wirtschaftspolitische Ziel von fair verteiltem materiellem Wohlstand ist demnach im ersten Jahr der neuen Regierung noch nicht näher gerückt.

Arbeitsmarktpolitische Ansätze ohne Gesamtstrategie

Der österreichische Arbeitsmarkt befand sich zum Antritt der Regierung in einer herausfordernden Phase. Die Rezession der vergangenen Jahre hat die

Arbeitslosenzahlen erneut in die Höhe getrieben, nachdem diese nach der Corona-Krise – begünstigt durch die Pensionierungswelle der Babyboomer:innen – auf ein 10-Jahres-Tief gesunken waren. Langzeitarbeitslosigkeit und der Ausschluss vulnerabler Gruppen vom Arbeitsmarkt haben sich dabei weiter verfestigt (AMS 2026). Besonders besorgniserregend war zudem die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Frauen, die deutlich stärker angestiegen ist als jene der Männer (Rossi 2025). Anfang 2026 zeichnete sich angesichts der Konjunkturprognosen kurzzeitig Anlass zu vorsichtigem Optimismus ab; durch die geopolitischen Turbulenzen im Zuge des Iran-Krieges hat sich dieser jedoch rasch wieder eingetrübt (Maad/Witzani-Haim 2026).

Die Bundesregierung hat im ersten Amtsjahr einige arbeitsmarktpolitisch relevante Entscheidungen getroffen – insbesondere im Rahmen des ersten Doppelbudgets 2025/2026. Im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Vollbeschäftigung als zentrales Ziel anstrebt, reichen diese jedoch noch nicht aus. Was fehlt, ist eine umfassende Gesamtstrategie inklusive konkreter Beschäftigungs- und Qualifizierungspakete, die bislang – etwa im Rahmen der Industriestrategie – vielfach nur angedacht, aber kaum in belastbare politische Maßnahmen überführt wurde.

Die Initiative „Aktion 55 plus“ zur Förderung von Beschäftigung bei älteren Langzeitbeschäftigungslosen war ein erster Schritt in die richtige Richtung: 3.000 bis 6.000 neue Arbeitsplätze für Menschen ab 55 Jahren sollen hierdurch gefördert werden. Sie wurde bislang aber nur für zwei Jahre unter Budgetvorbehalt anberaumt. Es wäre allerdings notwendig, ein langfristiges zusätzliches Budget für solche Maßnahmen sicherzustellen, damit es möglich wird, die hierfür notwendige Infrastruktur aufzubauen (Tamesberger/Witzani-Haim 2025). Hinzu kommt, dass mindestens 40 % der Mittel für Lohnförderungen an Unternehmen gezahlt werden (Eingliederungsbeihilfe). Bei einem insgesamt gleichbleibenden arbeitsmarktpolitischen Budget bedeutet das eine Verschiebung der Ausgaben hin zu Lohnförderungen, die direkt an Unternehmen gezahlt werden und aufgrund großer Mitnahmeeffekte in der Kritik stehen. Generell gilt: Ältere Beschäftigte stehen in Österreich vor besonders großen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt: Drei von zehn größeren Betrieben beschäftigen keine 60- bis 64-Jährigen. Nur sechs von zehn Arbeitnehmer:innen glauben, ihren Job bis zur Pension durchhalten zu können. Hier braucht es nicht nur staatliche Förderungen, sondern auch strukturelle Anreize, wie etwa ein von der AK gefordertes Bonus-Malus-System, welches die Betriebe vermehrt in die Verantwortung nimmt (Arbeiterkammer 2026).

Die von der vorherigen Regierung vorgesehenen Kürzungen im AMS-Förderbudget für 2025/2026 wurden im ersten Doppelbudget der Regierung glücklicherweise zurückgenommen. Das AMS erhielt 2025 inflationsangepasst allerdings dennoch weniger Mittel als im Vorjahr, und es standen für die wachsende Zahl an Arbeitslosen kaum zusätzliche Mittel zur Verfügung. Für das kommende Doppelbudget

ist entscheidend, dass diese Mittel nicht nur fortgeschrieben, sondern auch aufgestockt werden. Kürzungen durch fehlende Inflationsanpassung oder sogar Streichen von Mitteln bergen die Gefahr, dass bereits angespannte Trägerstrukturen unwiederbringlich geschädigt werden, wenn sie Angebote streichen und Personal kündigen müssen (Feigl et al. 2025).

Ein weiteres großes arbeitsmarktpolitisches Projekt der Regierung war die Reform der Bildungskarenz. Zwar wären hier eine höhere Treffsicherheit und eine bessere finanzielle Absicherung von Menschen mit geringen Einkommen – auch im Sinne des Ziels einer Erhöhung der Lebensqualität der in Österreich lebenden Menschen – ein durchaus wünschenswertes Ziel gewesen. Unter dem Konsolidierungsdruck ist mit der Einführung der Weiterbildungsbeihilfe Mitte Juni 2026 in der Praxis aber eine Lösung entstanden, die wenig Verbesserungen in Hinblick auf die Passgenauigkeit, dafür aber deutliche Verschlechterungen hinsichtlich der Planbarkeit und Rechtssicherheit mit sich bringt: Die neue Regelung kennt beispielsweise keinen Rechtsanspruch. Durch die Mitfinanzierungspflicht der Arbeitgeber:innen werden die Weiterbildungsmöglichkeiten auch faktisch auf jene Fälle beschränkt, in denen der Betrieb ein unmittelbares Eigeninteresse hat. Dabei müsste es darum gehen, Menschen Weiterbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, die sie etwa in gesellschaftlich wünschenswerte Beschäftigungsfelder bringen oder ihnen den Wechsel aus dem Niedriglohnsektor ermöglichen (Hofbauer/Theurl 2024). Auch Lösungen für die – mit der mindestens 26 Wochen dauernden Wartefrist nach Elternkarenz verbundenen – Kinderbetreuungsproblematik stehen weiterhin noch aus, was die Abhängigkeit der Mütter von ihren Partnern in den ersten Lebensjahren des Kindes wohl erhöhen dürfte.

Auch die Abschaffung der Zuverdienstmöglichkeiten für die große Mehrheit der Arbeitslosen mit 1. Jänner 2026 ist bitter. Geringfügige Beschäftigung war für viele Arbeitssuchende nicht nur eine finanzielle Notwendigkeit, sondern oft auch der einzige Weg, den Kontakt zum Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten und schrittweise in reguläre Beschäftigung zurückzufinden. Der erzeugte Druck kann ohnehin armutsgefährdete Personen nun auch weiter zwingen, Beschäftigungen unterhalb ihres Qualifikationsniveaus anzunehmen. Gleichzeitig zeichnet sich nicht ab, dass ein intendierter Einsparungseffekt durch die Reduktion von Lock-in-Effekten eintritt (Frauenlob/Griesser 2026; Schenk 2026).

Offen bleibt schließlich auch eine umfassende Fachkräfte- und Qualifizierungsstrategie der Regierung. Im Rahmen der Industriestrategie wurden hierfür zwar erste positive Ansätze entwickelt. Diese müssen nun aber an Substanz und Umsetzungstiefe gewinnen. Sie sollten auch jene Bereiche einschließen, in denen die demografische Entwicklung und der Strukturwandel bereits heute zu Engpässen führen, etwa in der Pflege, im Gesundheitsbereich oder in der Elementarbildung. Die große Herausforderung für eine Qualifizierungsoffensive liegt darin, Menschen dabei

zu unterstützen, eine Basisqualifizierung nachzuholen, um die notwendigen Fachkräfte für eine wirtschaftliche High-Road-Entwicklung auszubilden. Dass die Regierung im Frühjahr 2026 die Ausarbeitung einer Fachkräftestrategie angeht, gibt jedenfalls Anlass zur Hoffnung auf positive Impulse für den Arbeitsmarkt.

Die Industrie als wesentlicher Faktor für den materiellen Wohlstand

Wirtschaftspolitisch ist seit jeher die Entwicklung des materiellen Wohlstands zentral. Sie ist eng mit Produktivitätszuwächsen verbunden, für die – neben horizontalen Faktoren wie qualifizierten Beschäftigten und den ihnen zur Verfügung stehenden Techniken und Produktionsmitteln sowie den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – wiederum die Industrie besonders wichtig ist.

Die Regierung sah sich zu ihrem Amtsantritt jedoch mit einer tiefen Industrierezession konfrontiert, die historisch ihresgleichen sucht. Die Produktionszahlen in der Industrie waren bereits seit über zwei Jahren rückläufig, die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren schrumpfte 2024 um 5,6 %, im Bau waren es minus 4,2 %. Mehrere Gründe sind für die schwache Entwicklung der heimischen Industrie verantwortlich: Sie reichen von strukturellen Versäumnissen wie verpassten technologischen Trends über politische Faktoren wie unberechenbare Zoll- und Klimapolitik bis hin zu konjunkturellen Faktoren wie mangelnder Nachfrage. Die Regierung war somit gefordert, schnellstmöglich einen Weg aus der Industrierezession zu finden und die gefährdeten Arbeitsplätze zu sichern.

Die im Jänner 2026 vorgestellte Industriestrategie 2035 stellt einen wichtigen strategischen Rahmen für den Wirtschafts- und Industriestandort Österreich dar. Damit liegt seit Langem wieder ein Vorhaben auf dem Tisch, das industriepolitische Zielsetzungen bündelt und Orientierung bietet.

Die Strategie fußt auf sechs Zielen und sieben Handlungsfeldern, die durch insgesamt 117 Maßnahmen untermauert werden. Besonders hervorzuheben sind unter den sogenannten Top-Maßnahmen beispielsweise ein Industriestrompreis, eine Schlüsseltechnologieoffensive, Investitionen in Fachkräfte sowie strategische öffentliche Beschaffung. Bis Anfang 2026 sind erste Umsetzungsschritte gesetzt worden, wie etwa der FTI-Pakt mit einem Anteil von 2,6 Mrd. Euro für angewandte Forschung und Innovation (Bundesregierung 2026). Die klare Priorisierung von Schlüsseltechnologien schafft erstmals Verlässlichkeit und Planbarkeit für Investitionen und trägt zu stärkerer Kohärenz und fokussierter Ressourcennutzung bei. Auch die hohen Energiepreise werden als zentrales industriepolitisches Handlungsfeld genannt. Maßnahmen wie ein zeitlich

befristeter Industriestrompreis und die Verlängerung des SAG (ursprünglich Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz, später Standortabsicherungsgesetz) mit einem Gesamtvolumen von 250 Mio. Euro setzen eher kurzfristige Impulse. Langfristig entscheidend wird sein, ob die Strompreise nachhaltig gesenkt werden können, etwa durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, die Modernisierung der Wasserkraft und Investitionen in Speicher und Netze. Positiv hervorzuheben sind diesbezüglich erste Initiativen der Bundesregierung zur Dämpfung der Netzkosten, beschleunigte Genehmigungsverfahren und der Aufbau eines Wasserstoffnetzes. Entscheidend wird sein, dass kontinuierlich daran weitergearbeitet wird und durch eine bessere Preisregulierung die Verbesserungen bei den Nutzer:innen auch ankommen.

Auch im Bereich Kreislaufwirtschaft baut Österreich auf langjähriger Erfahrung in Abfallwirtschaft und Recycling auf. Die geplanten Maßnahmen drehen sich um die Stärkung der heimischen Versorgung, die Diversifizierung von Rohstoffquellen, die Förderung von Materialinnovationen sowie den Ausbau von Recycling- und Aufbereitungsstrukturen. Das klare Bekenntnis zu einer Kreislaufwirtschaft „Made in Austria“ ist positiv zu bewerten, auch wenn es weiterhin an verbindlichen Standards zur Transparenz, an klaren rechtlichen Verpflichtungen und an höheren Anforderungen an die Produktgestaltung mangelt.

Die Infrastruktur wird durch beschleunigte Genehmigungsverfahren, einen Schwerpunkt auf die Bahnindustrie und massive Investitionen in den Breitbandausbau gestärkt. Auch die gezielte Förderung der Automatisierung und Sensorik sowie der Aufbau einer autarken europäischen Dateninfrastruktur setzen positive Impulse für die weitere Entwicklung des Standorts. Dennoch bestehen in der Strategie Defizite, die offen lassen, wie ein kleines Land wie Österreich mit Herausforderungen wie dem Schutz kritischer digitaler Infrastrukturen und der Stärkung digitaler Souveränität umgehen soll.

Die Industriestrategie spricht auch die Position Österreichs im europäischen Binnenmarkt an, etwa durch ein Bekenntnis zu lokalen Beschaffungsregeln („Made in Europe“) und durch die geplante Reform der Exportkontrolle. Allerdings bleibt die Abgrenzung zwischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik unscharf, und wichtige Aspekte der Handelspolitik bleiben vage.

Ein wesentliches Manko der Strategie ist, dass viele Maßnahmen unter Budgetvorbehalt stehen, was eine Implementierung erschweren wird. Immerhin ist ab 2027 ein Rot-Weiß-Rot-Standortfonds mit öffentlicher Ankerinvestition geplant, und es wird eine verstärkte Nutzung europäischer Fördermöglichkeiten angestrebt. Positiv zu bewerten sind in finanzieller Sicht der FTI-Pakt, ein Bekenntnis zum Ausbau der Infrastruktur und eine geplante gezieltere Ausrichtung des Förderwesens. Ergänzend wirken risikoteilende Instrumente wie Garantien und Haftungen

budgetschonend. Kritisch bleibt, dass die Maßnahmen vorwiegend national ausgerichtet sind und ein größerer europäischer Maßstab fehlt.

Die Abstimmung mit anderen Strategien der Bundesregierung beschränkt sich häufig auf eine Aufzählung – etwa mit Blick auf Fachkräfte-, Logistik-, Life-Science- oder ÖBAG-Strategie. Es fehlt eine tiefere inhaltliche Verbindung, insbesondere zur im Regierungsprogramm verankerten regionalen Transformationsstrategie. Industrielle Umbrüche betreffen Regionen unterschiedlich stark, und eine Verzahnung von Industriepolitik, Regionalentwicklung und sozialer Absicherung ist für einen gerechten Übergang wesentlich. Hier bleibt die Industriestrategie zu vage und muss um eine echte Transformationsstrategie ergänzt werden.

Besonders positiv hervorzuheben ist das klare Bekenntnis, die Industriestrategie als dynamischen, lernenden Prozess zu gestalten. Die geplante gemeinsame Monitoring-Struktur zur ständigen Weiterentwicklung und Überprüfung der Zielerreichung unter Einbindung aller relevanten Stakeholder:innen ist ein Fortschritt. Die Übertragung der Monitoring-Verantwortung an den Produktivitätsrat sowie die Beteiligung der Sozialpartner und der Wissenschaft sind essenziell, damit die Strategie kein Papiertiger wird.

Insgesamt setzt die Industriestrategie 2035 wichtige industriepolitische Impulse. Entscheidend werden die konsequente Umsetzung, eine laufende Evaluierung und flexible Weiterentwicklung sein.

Strom, Preise, Geopolitik: Österreichs Energiepolitik unter Druck

In den letzten Jahren rückte die Energiepolitik ins Zentrum der Wirtschaftspolitik und darüber hinaus, da sie zentral für die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Stabilität von Preisen, Versorgung und der internationalen Beziehungen ist.

Das spiegelte sich in der Regierung jedoch nur bedingt wider. Durch die Zusammenlegung des Wirtschafts- und Energieressorts, das vom Klimaressort getrennt wurde, änderte sich die inhaltliche Schwerpunktsetzung: Zentrale Bemühungen galten im Jahr 2025 der Senkung der Energiepreise, während die Nachhaltigkeit in den Hintergrund rückte. Während das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG 2022) weiterhin die finanzielle Basis für Marktprämien bietet und die Wasserstoffstrategie den langfristigen Umstieg der Schwerindustrie auf grüne Gase vorbereitet, lag der eigentliche Arbeitsschwerpunkt auf der rechtlichen Neugestaltung des Strommarktes sowie auf Entlastungsmaßnahmen für den Wirtschaftsstandort.

Das zentrale regulatorische Instrument, das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG), auch „Günstiger-Strom-Gesetz“ genannt, das als neues „Betriebssystem“ für den Strommarkt fungiert, wurde beschlossen. Das EIWG bricht die traditionellen, starren Rollen von Lieferant:in und Konsument:in auf und etabliert das Modell der aktiven Kund:innen. Haushalte und Unternehmen können nun über Peer-to-Peer-Verträge Strom direkt untereinander handeln, ohne zwingend einen Energieversorger als Zwischenhändler nutzen zu müssen. Gleichzeitig verpflichtet das Gesetz Versorger nicht nur zu einem Sozialtarif, sondern auch zur Einführung dynamischer Tarife, die Preissignale des Marktes direkt an die Verbraucher:innen weitergeben. Dadurch wird systemdienliches Verhalten – also Stromverbrauch dann, wenn viel Wind- oder Sonnenstrom vorhanden ist – finanziell belohnt. Ein weiterer Kernpunkt des EIWG ist die Verbesserung der Netztransparenz: Netzbetreiber müssen künftig freie Kapazitäten offenlegen, was die Planung von Erzeugungsanlagen erheblich erleichtert.

Ergänzt wurde dieser Rahmen durch den Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG 2025). Es deklariert den Ausbau erneuerbarer Energien als „überragendes öffentliches Interesse“, was Genehmigungsverfahren in der Umweltverträglichkeitsprüfung massiv beschleunigt und den Vorrang der Energiewende gegenüber anderen lokalen Interessen rechtlich verankert.

Trotz dieser Fortschritte steht die Energiepolitik unter erheblichem Kritikdruck. Expert:innen und Sozialpartner warnen vor einer Steigerung der Netzkosten, die durch die notwendigen Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur entstehen. Kritisiert wird die regionale Ungleichverteilung dieser Lasten, und es besteht die Sorge, dass technisch weniger versierte Haushalte von den Vorteilen der digitalen Tarifwelt des EIWG ausgeschlossen werden könnten.

Um die exportorientierte Industrie zu entlasten, hat die Regierung die Elektrizitätsabgabe wieder auf das EU-Minimum (0,1 Cent/kWh für Haushalte) gesenkt. Zudem wurde speziell für die Industrie angekündigt, das SAG neu zu gestalten. Damit sollte der Stromkostenausgleich für indirekte CO₂-Preise verlängert und ein Industriestrompreis von 5 Cent eingeführt werden.

Zusätzliche Brisanz erhielt die Energiepolitik durch die instabile geopolitische Lage im Nahen Osten ab März 2026. Durch die kriegerischen Auseinandersetzungen ist zu Redaktionsschluss die Durchfahrt durch die Straße von Hormus unmöglich, womit die globalen LNG-Lieferketten, auf die Österreich zur Diversifizierung angewiesen ist, gefährdet sind. Diese Unsicherheit wirkt als Katalysator: Die strategische Bedeutung des EABG und der heimischen Wasserstoffproduktion verschiebt sich dadurch hin zu einer sicherheitspolitischen Notwendigkeit, um die Abhängigkeit von volatilen Weltmarktpreisen und Krisenregionen schrittweise zu reduzieren.

Weitgehende Leerstellen: Lebensqualität und intakte Umwelt

Vier Ziele des magischen Vielecks bleiben bisher in der Regierung unterbeleuchtet: Zum einen sind das die beiden Stabilitätsziele für Finanzmärkte und die Außenwirtschaft, die derzeit zwar keinen besonderen nationalen Handlungsbedarf aufweisen, aber durch die internationalen Instabilitäten an Bedeutung gewinnen könnten. Einerseits steigt die Angst vor einer Finanzmarktkrise in den USA, die durch eine starke Überbewertung von Technologie-Aktien ausgelöst werden könnte, andererseits werden die geopolitischen Konflikte zunehmend zum Problem für einen ausgeglichenen Außenhandel, da die Abhängigkeit von teurer werdenden fossilen Rohstoffen die Importe nach oben treibt und dadurch Wohlstand abfließt. Noch schwerwiegender sind allerdings die Lücken bei der Lebensqualität und im Bereich des Klimaschutzes. Beide Lücken hängen wesentlich mit der Budgetpolitik zusammen, da öffentliche Mehrausgaben der wohl wichtigste Faktor sind, um sie schließen zu können.

Für die Lebensqualität vor Ort sind die Länder, Städte und Gemeinden ausschlaggebend, da sie für Daseinsvorsorge, Gesundheitsleistungen, sozialen Wohnbau, Freizeitangebote usw. zuständig sind. Vor allem die Städte und Gemeinden gerieten durch Steuersenkungen und Krisen unter Druck, der mit dem letzten Finanzausgleich nur zum Teil abgefedert wurde. Mit der Reform des seit 2020 ausgesetzten Österreichischen Stabilitätspakts wurde ihr Verschuldungsspielraum zwar gegenüber dem alten Pakt vergrößert, allerdings ausgehend von mittlerweile deutlich höheren Defiziten. Mit dem Grundsatz, dass die Konsolidierung vor allem ausgabenseitig erfolgen muss, wurde implizit auch festgelegt, dass die Ertragsanteile nicht wesentlich steigen. Zusammen mit dem fehlenden Konsens, Städten und Gemeinden zumindest zu erlauben, selbst höhere Steuern etwa auf Grundvermögen festzulegen, wurde der ausgabenseitige Konsolidierungsdruck weitergegeben. Statt eines Ausbaus kommt es deshalb vielerorts zu einem Rückbau öffentlicher Leistungen, die essenziell für Wohlstand und Wohlergehen sind. Da die Chance, eine goldene Investitionsregel einzuführen (Truger 2015), neuerlich nicht genutzt wurde, trifft das wachsende Städte wie Wien oder Graz besonders, die mit einem Ausbau der Infrastruktur in Vorleistung gehen müssen, ehe diese mittelfristig durch höhere Ertragsanteile kompensiert wird.

Ähnlich problematisch ist die neue Prioritätensetzung der Bundesregierung für den Klimaschutz, der insbesondere vom größten Koalitionspartner zunehmend eher als Problem, denn als Ziel adressiert wird: Unter dem Deckmantel der Deregulierung werden Unternehmensverpflichtungen verringert, die Planungssicherheit für die Transformation wird durch die Aufweichung der Vorgaben reduziert, und es werden Förderungen abgebaut, ohne dass klimaschützende Alternativen

geschaffen werden. Erschwerend wirkt auch hier die Konsolidierung, die die Transformation des öffentlichen Eigentums (weiterführend Plank/Miess 2023 sowie Mitterer et al. 2025) selbst verschiebt. Es besteht eine wesentliche Gefahr, dass die Wirtschaft mittel- und langfristig ins Hintertreffen gerät gegenüber Volkswirtschaften, die gezielt auf eine beschleunigte Transformation setzen – wie insbesondere China, wo ein wesentlicher Teil des Wirtschaftswachstums mittlerweile auf den Green-Tech-Sektor entfällt. Gleichzeitig sind die Investitionen in den öffentlichen Verkehr nach wie vor hoch, und mit der Industriestrategie sowie mit der erhöhten Aufmerksamkeit für günstigen Strom als wesentlichen Faktor der Transformation gibt es weitere positive Ansätze, die die Bilanz am Ende der Legislaturperiode positiver ausfallen lassen könnten.

Fazit

Insgesamt zeigt sich nach einem Jahr Regierung aus ÖVP, SPÖ und NEOS ein gemischtes Bild wirtschaftspolitischer Leistungen. Positiv hervorzuheben sind insbesondere strategische Initiativen wie die Industriestrategie, erste Reformschritte in der Energiepolitik sowie einzelne arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen. Auch Entlastungen bei Energie- und Lebensmittelpreisen sowie bei Mieten zeigen, dass die Regierung die Teuerungsbekämpfung ernst meint und notfalls bereit ist, in den Markt einzugreifen, wenn dieser gesellschaftlich unerwünschte Entwicklungen verursacht. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist im Wesentlichen von Kompromissen zwischen ideologisch teilweise weit entfernten Koalitionspartnern geprägt. Die gegenseitigen Zugeständnisse sind nicht nur eine Notwendigkeit für die Handlungsfähigkeit der Regierung, sondern waren vielfach Ausgangspunkt für konstruktive wirtschaftspolitische Maßnahmen. Gleichzeitig blieben jedoch viele notwendige Vorhaben mit Verweis auf die Budgetsanierung ganz auf der Strecke, in der Umsetzung unkonkret oder in einer Gesamtstrategie unzureichend abgestimmt.

Viele offene Herausforderungen harren weiterhin einer politischen Lösung, insbesondere in der Beschäftigungs-, Verteilungs-, Budget- und Klimapolitik. Die Regierung hat zwar zahlreiche richtige Initiativen gestartet und lässt wirtschaftspolitische Fortschritte erkennen. Doch der Erfolg der Regierungspolitik ist alles andere als gesichert: Wenn nun global eine neue Teuerungs- und Wirtschaftskrise aufzieht oder die nationalen Maßnahmen den Lebensstandard der Menschen nicht steigern bzw. als ungerecht empfunden werden, könnte das Koalitionsprojekt nach nur einer Legislaturperiode Geschichte sein. Und das würde nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die Demokratie auf eine harte Probe stellen. Denn die rechtskonservativen Kräfte sind schon in Lauerstellung und warten auf ihre nächste Gelegenheit, den Sozialstaat in seinen Grundfesten zu erschüttern.

LITERATUR

AMS (2026). Arbeitsmarktlage (Jahresbericht) 2025. Online verfügbar unter <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen> (abgerufen am 14.04.2026).

Arbeiterkammer (2026). Herausforderung bei der Beschäftigung Älterer. Online verfügbar unter <https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/pensionen/Herausforderungen-bei-der-Beschaeftigung-Aelterer.html> (abgerufen am 14.04.2026).

Beer, Christian/Prammer, Doris (2026). Sind vom Staat bestimmte Preise Treiber oder Dämpfer der allgemeinen Inflation? Administrierte Preise in Österreich und im Euro-raum. OeNB Report 2026/6. Online verfügbar unter <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2026/report-2026-6-administrierte-preise/html-version.html> (abgerufen am 13.04.2026).

Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) (2026). Industriestrategie Österreich 2035 für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und wirtschaftliche Resilienz, Industriestrategie. Online verfügbar unter <https://www.bmwet.gv.at/Themen/industriestrategie.html> (abgerufen am 13.04.2026).

Bundesregierung (2026). FTI-Pakt 2027-2029. Online verfügbar unter [FTI-Pakt 2027–2029](https://www.bundesregierung.de/fti-pakt-2027-2029) (abgerufen am 20.04.2026)

Feigl, Georg (2017). Von der Neuvermessung gesellschaftlichen Wohlstands zur wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. *Momentum Quarterly* 2 (2017), 138-152. Online verfügbar unter <https://momentum-quarterly.org/momentum/de/article/view/1932> (abgerufen am 17.04.2026).

Feigl, Georg/Premrov, Tamara/Schultheiss, Jana (2025). Doppelbudget 2025/26: Knappe Mittel Und Neue Prioritäten. *Arbeiterkammer Wien. Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* 264. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17534452/> (abgerufen am 14.04.2026).

Frauenlob, Miriam/Griesser, Markus (2026). Editorial: Neue Hürden für arbeitslose Personen in Österreich: Konsequenzen der Streichung der geringfügigen Zuverdienstmöglichkeit. *Kurswechsel* 1 (2026), 77-79.

Maad, Magdalena/Witzani-Haim, Daniel (2026). Hohe Risiken erfordern kluge Wirtschaftspolitik. Zur aktuellen WIFO-Prognose. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/WIFO-Prognose-Hohe-Risiken> (abgerufen am 14.04.2026).

Mitterer, Karoline/Haydn, Marian/Hochholdinger, Nikola/Maimer, Alexander (2025). Ausrichtung kommunaler Investitionen auf Klimaschutz. *Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* 263. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17477905> (abgerufen am 14.04.2026).

Perugini, Cristiano/Žarković Rakić, Jelena/Vladislavljević, Marko (2019). Austerity and gender inequalities in Europe in times of crisis. *Cambridge Journal of Economics* 43 (3): 733–767. DOI: <https://doi.org/10.1093/cje/bey044>

Plank, Leonhard/Miess, Michael et al. (2023). Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz in Österreich: Potenziale des öffentlichen Vermögens. *Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft* 243. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16870199> (abgerufen am 14.04.2026).

Rossi, Paula (2025). Steigende Arbeitslosigkeit: Warum Frauen aktuell besonders betroffen sind. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Frauen/Frauen-steigende-Arbeitslosigkeit> (abgerufen am 14.04.2026).

Schenk, Martin (2026). Sesseltanz um den Zuverdienst. *Kurswechsel* 1 (2026), 80-82.

Schratzenstaller, Margit/Bock-Schappelwein, Julia/Mayrhuber, Christine (2026). Gleichstellungswirkungen von Budgetkonsolidierungen. WIFO.

Schultheiß, Jana/Buxbaum, Adi/Feigl, Georg/Wukovitsch, Florian (Koordinati-on, 2020). AK-Wohlstandsbericht 2020. Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 204. Online verfügbar unter https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/verteilungsgerechtigkeit/AK-Wohlstandsbericht_2020.pdf (abgerufen am 14.04.2026).

Tamesberger, Dennis/Witzani-Haim, Daniel (2025). Steigende Langzeitarbeitslosigkeit: Aktion 55 plus als erster Schritt zu einer öffentlichen Jobgarantie. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Arbeit/Langzeitarbeitslosigkeit-Aktion-55-plus> (abgerufen am 14.04.2026).

Truger, Achim (2015). Implementing the golden rule for public investment in Europe. Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft 138. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC12215904> (abgerufen am 14.04.2026).

GESETZESTEXTE

Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ELWG) 2025, BGBl. I Nr. 91/2025. Online verfügbar unter [RIS - BGBlA_2025_I_91 - Bundesgesetzblatt authentisch ab 2004](#), (abgerufen am 20.04.2026)

Bundesgesetz über den Ausbau von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz – EAG) 2022. Online verfügbar unter [RIS - Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 22.06.2022](#), (abgerufen am 20.04.2026)

Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) 2025, Ministerialentwurf. Online verfügbar unter parlament.gv.at/dokument/XXVIII/ME/43/fnameorig_1708068.html, (abgerufen am 20.04.2026)

Begutachtungsentwurf zum SAG 2025. Online verfügbar unter [Begutachtungsentwurf zum Standortabsicherungsgesetz \(Stromkosten-Ausgleichsgesetz 2025, SAG\)](#), (abgerufen am 20.04.2026)

From disposable income to residual income: A decomposition of inequality in Austria

Tatjana Neuhuber, Antonia E. Schneider*

ABSTRACT

Income inequality is commonly measured using disposable household income, yet this approach ignores the necessary expenditures households must incur. When costs such as housing, energy, food and transport absorb a substantial share of resources, disposable income may misrepresent effective living standards. This paper analyses income inequality in Austria using a residual income perspective that deducts essential expenditures from equivalized household income. Using representative microdata on 6,873 households, we compare inequality levels based on disposable and residual income, apply a Lerman-Yitzhaki Gini decomposition to identify the contribution of individual expenditure categories, and examine re-ranking within the income distribution using transition matrices and subgroup analyses. We find that inequality is substantially higher when measured on residual income, indicating that conventional measures understate disparities in disposable monetary resources. While disposable income remains the dominant structural determinant of inequality, necessary expenditures exert heterogeneous effects. Housing costs, particularly rent, increase inequality, whereas other necessities exhibit neutral or mildly equalizing effects. Our re-ranking analysis shows a significant reallocation of households in the lower and middle segments of the income distribution, with pronounced regional and household-type differences. These findings highlight the central role of necessary costs in shaping inequality and demonstrate the value of residual income measures for assessing living standards.

KEYWORDS

inequality, disposable income, residual income, necessary expenditure, Austria

JEL-CODES

D31, D36, I3

DOI

10.59288/wug521.327

* **Tatjana Neuhuber:** Vienna University of Technology (TU Wien)

Kontakt: tatjana.neuhuber@tuwien.ac.at

Antonia E. Schneider: Vienna University of Technology (TU Wien)

Kontakt: antonia.schneider@tuwien.ac.at

1. Introduction

Income inequality is commonly measured using indicators based on disposable household income, reflecting the resources available after taxes and transfers. These measures form the empirical foundation of most comparative research on the welfare state and serve as central benchmarks for policy evaluation. Yet a growing body of literature argues that disposable income alone provides an incomplete perspective on living standards because it ignores the necessary expenditures households must incur to secure a minimally adequate standard of living (Gausden/Hasan 2025; Garner/Short 2004; Balestra/Oehler 2023). When essential costs such as rent, utilities, food or transport absorb a substantial share of household budgets, the resources available for discretionary spending, savings and social participation may diverge significantly from what disposable income suggests. This recognition has motivated the development of residual income measures that deduct necessary expenditures from disposable income to approximate the effective resources households have at their command (Calafati et al. 2021; Bassens et al. 2023).

Despite advances in conceptualizing poverty and inequality as multidimensional phenomena, empirical work incorporating expenditure burdens into income distribution analysis remains limited. Studies applying such concepts typically focus on poverty thresholds or material deprivation (Saunders et al. 2002; Serafino/Tonkin 2017), while far fewer investigate how necessary expenditures reshape the entire income distribution or contribute to measured inequality. Moreover, while there is research exploring how housing costs influence inequality, especially in high-cost urban contexts, formal decompositions of inequality that quantify the contribution of different expenditure components are rare (Garner 1993). In the Austrian context, where housing affordability has emerged as a pressing issue alongside rising energy prices and cost-of-living pressures, no systematic analysis has yet examined how necessary expenditures alter inequality levels or re-rank households within the distribution.

This gap is consequential. Austria is frequently characterized as a relatively redistributive welfare state, with a moderate disposable income Gini coefficient compared to other OECD countries (OECD 2024). However, this assessment presumes that disposable income adequately reflects households' command over resources, an assumption that is questionable given regional disparities in housing costs, high levels of private renting in cities, and considerable variation in energy and operating expenses. If necessary expenditures vary systematically across the income distribution, inequality measured on the basis of disposable income may misrepresent actual differences in living standards. In particular, rising housing costs may limit resources in the lower and middle segments of the distribution, potentially altering both inequality levels and households' relative positions.

The present study addresses these gaps by providing the first comprehensive analysis of residual income inequality in Austria. Using a representative microdata sample of 6,873 households, we examine how necessary expenditures affect both the level and structure of inequality and identify which expenditure categories drive changes when moving from disposable to residual income. We combine three complementary analytical strategies. First, we compare disposable and residual income inequality to assess the aggregate impact of subtracting essential costs. Additionally, concentration curves allow us to evaluate whether certain expenditures are regressively or progressively distributed. Second, we employ the Lerman-Yitzhaki decomposition to quantify the contribution of specific expenditure categories, such as rent, energy, food and operating costs, to overall inequality. Third, we analyse re-ranking in the income distribution through transition matrices and subgroup comparisons to determine which households are most affected by necessary expenditures and how these expenditures reshape relative positions across regions, household types, and labour market statuses.

These analyses are guided by the following research questions:

1. How do necessary expenditures contribute to overall inequality in Austria when moving from disposable to residual income?
2. Which expenditure components are most responsible for increasing or decreasing inequality?
3. How stable are households' positions in the income distribution once necessary expenditures are deducted?
4. To what extent do re-ranking patterns vary across regions, household types, and income sources?

By addressing these questions, our study advances the literature on income inequality in two ways. Substantively, it provides a more realistic assessment of living standards by incorporating unavoidable costs into the measurement of resources. The findings show that inequality in Austria is substantially understated when measured according to disposable income alone and that necessary expenditures play a pivotal role in shaping effective living standards. These insights hold broader implications for debates on affordability, welfare state design, and the adequacy of income-based inequality metrics.

The objective of this study is not to estimate the minimum expenditure required to achieve a decent standard of living. Instead, it assesses how the actual structure of essential household expenditures interacts with the income distribution and shapes measured inequality. Using actual expenditure data, the study captures how different cost categories contribute to inequality and lead to a re-ranking within the income distribution. This approach also allows for an analysis of regional and

household-level variations in expenditure burdens, which would be obscured by standardized or normatively defined expenditure assumptions.

2. State of the art: Measuring inequality beyond disposable income

This chapter reviews the literature according to two complementary dimensions: the measurement of income inequality and the conceptualization of well-being that such measures seek to capture. While traditional indices provide well-established tools for summarizing the distribution of monetary income, they remain largely silent on how income translates into actual living conditions. In parallel, a growing body of work has expanded the notion of well-being beyond income, emphasizing multidimensional frameworks that incorporate health, education, and social participation. Rather than treating these strands as competing approaches, this chapter brings them together to advance residual income as a concept that links distributional analysis with a more context-sensitive understanding of material living standards.

2.1 The evolution of income inequality measures

2.1.1 Traditional approaches to measuring inequality

Measuring income inequality has been a central concern in economics for more than a century, and the traditional approaches that emerged in the early literature continue to define empirical practice today. Foundational contributions from Lorenz (1905) and Gini (1912) established the basic mathematical tools for representing and summarizing income distributions. The Lorenz curve, one of the earliest graphical methods, provides a visual depiction of cumulative income shares and forms the conceptual basis for numerous subsequent indices. Building on this, the Gini coefficient became one of the most widely used measures of inequality due to its intuitive interpretation and comparability across contexts (Dorfman 1979). Other traditional approaches also include percentile-based measures, such as the P90/P10 ratio or top income shares. Although these measures became more prominent with later research on top incomes (e.g. Piketty/Saez 2003), their conceptual roots lie in older distributional analyses that used quantiles to highlight gaps between different socioeconomic groups. These measures complement the classical indices by directly capturing tail inequality.

As empirical research expanded in the mid-20th century, scholars developed measures that could capture distributional nuances more transparently. This led to the development of the generalized entropy (GE) class of measures, most notably

the Theil index (Theil 1967) and the mean log deviation (MLD) (Theil 1979). These indices are fully decomposable and allow researchers to distinguish between “within-group” and “between-group” sources of inequality, making them especially valuable in studies of regional, racial or sectoral disparities. GE measures also permit researchers to adjust sensitivity to different parts of the income distribution through a parameterization framework. Atkinson’s (1970) seminal work further advanced measures by explicitly incorporating normative welfare considerations. The Atkinson index makes social value judgements transparent through an inequality-aversion parameter, offering a bridge between positive measuring and normative welfare economics.

Sen (1997) extended traditional approaches by emphasizing the ethical dimensions of inequality measures and the need to reconcile statistical indices with welfare-theoretic principles. Subsequent comparative assessments, such as Champernowne and Cowell (1998) and Cowell (2011), illustrate how the choice of inequality measure influences empirical conclusions and policy interpretation.

Although traditional inequality indices such as the Gini coefficient and the generalized entropy family remain foundational in empirical research, the literature consistently highlights several conceptual and practical limitations.

2.1.2 Limitations of disposable income measures

Traditional inequality measures are based exclusively on monetary income. As Sen (1999) and subsequent human development scholars argue, income captures only one dimension of well-being and may inadequately represent individuals’ real freedoms, capabilities and living conditions. Two individuals with identical incomes may experience vastly different levels of health, education or autonomy, none of which are reflected in standard indices. Consequently, these measures risk over- or understating inequality by ignoring differences in individuals’ opportunities and living conditions.

Building on Sen’s critique, scholars and policymakers increasingly recognized the need for multidimensional measures that consider well-being across multiple domains. The creation of the Human Development Index (HDI) in 1990 marked a turning point in global development thinking (Stanton 2007). By integrating health, education and income into a single composite measure, the HDI challenged the dominance of income-based indicators like the Gini index and presented a more holistic picture of development. Although the HDI is not technically an inequality index, it reflected a conceptual change in narratives surrounding inequality. It acknowledged that disparities in health and education are as consequential as differences in income (United Nations Development Programme 2025).

The evolution towards multidimensional measures advanced further with the development of the Inequality-adjusted Human Development Index (IHDI) and the Multidimensional Poverty Index (MPI). These measures not only broaden the scope of well-being but also incorporate the distribution of achievements within each dimension. The IHDI, for example, adjusts each component of the HDI using inequality-sensitive techniques derived from Atkinson's framework, thereby capturing the uneven distribution of health, education and income (Alkire/Foster 2010). The MPI takes a different but complementary stance. It identifies households experiencing simultaneous deprivations across multiple dimensions, enabling researchers to examine the intensity as well as the incidence of multidimensional poverty (Alkire/Foster 2011).

Together, these developments reflect a profound conceptual shift, from inequality understood narrowly as variation in monetary income, to inequality understood as a complex and interrelated set of deprivations affecting people's capabilities and opportunities. This multidimensional perspective acknowledges that individuals face overlapping disadvantages that cannot be reduced to a single monetary metric. As a result, the contemporary literature increasingly views traditional income-based indices as necessary but insufficient (e.g. Alkire 2011; Handastya/Betti 2023; Muñetón-Santa/Manrique-Ruiz 2023). They remain crucial for understanding economic disparities, but they must be complemented by measures that capture the broader conditions enabling individuals to lead fulfilling lives.

2.2 Conceptualizing residual income

2.2.1 Theoretical foundations of residual income and related approaches

As living costs rise and the structure of household budgets becomes more heterogeneous, researchers have highlighted the importance of evaluating post-expenditure resources rather than relying solely on gross or equivalized income (Gausden/Hasan 2025; Garner/Short 2004; Balestra/Oehler 2023). Such approaches offer a more grounded perspective on household well-being by examining what remains after covering the necessary costs of living, thus providing a measure that is more closely aligned with the lived realities of material deprivation and financial strain. This shift reflects a broader movement within welfare economics and social policy studies towards a focus on capability and equality in accessing monetary and non-monetary resources (Baujard 2016).

One example is after-housing-costs (AHC) income. The rationale is that housing costs, such as rent or mortgages, are the largest necessary expense for many households and vary substantially by tenure type and location. While regional mobility and differences in the regional cost of living may mitigate inequality, as research

from the US suggests (Moretti 2013), they could also reveal higher levels of inequality. Lower-income households generally allocate a larger share of their income to housing. Consequently, increases in housing costs disproportionately affect them and contribute to higher AHC inequality. This has been observed in the UK (Jenkins 2024) and Germany (Dustmann et al. 2022). However, housing is not the only significant expense. In this regard, housing and urban studies scholars have advanced more holistic thinking in analyses of housing affordability, emphasizing that welfare depends on the ability to cover other necessary costs after paying for housing. Stone (2006), for instance, argues that affordability problems cannot be fully understood with rent-to-income ratios because they fail to capture the resources left for non-housing needs. Utility, transportation, childcare and healthcare expenses can be significant and vary widely across regions and social groups.

The concept of residual income incorporates multiple expenditure categories, representing necessary expenses households must incur to sustain a minimum acceptable living standard. These expenditures, such as on food, housing, utilities, education, healthcare and transport, constitute the essential preconditions for participating in economic, social and civic life (Calafati et al. 2021; Bassens et al. 2023; Rao/Min 2018). By subtracting these unavoidable costs from gross household income, residual income measures aim to capture a more precise and contextually sensitive reflection of the disposable resources available for discretionary spending, savings or coping with unforeseen economic shocks. Residual income thus occupies an important conceptual space between conventional income-based poverty measures and broader multidimensional approaches. It retains the analytical clarity and comparability of monetary indicators but incorporates a recognition of cost-based constraints that shape household welfare.

The theoretical foundations of residual income are deeply rooted in the liveability and basic needs literature, as well as in broader welfare-economic debates concerning what constitutes a socially acceptable living standard. Early contributions by Townsend (1979) emphasized that poverty is not simply a matter of low income, but an inability to participate in the customary lifestyle of society due to insufficient resources after basic needs have been met. This perspective established the groundwork for considering necessary costs integral to understanding poverty and inequality. Similarly, Ringen (1988) argued that income alone provides an inadequate picture of material well-being unless contextualized by the demands placed on household budgets.

Sen's (1992, 1997, 1999) capability approach further strengthened this line of thinking by highlighting that individuals differ in their requirements for achieving basic functions. A household with higher health costs or transport needs, for instance, effectively has less real freedom than an identical-income household with fewer obligatory expenditures. This theoretical insight supports residual income

measures by asserting that real command over resources, rather than nominal income, determines well-being. The capability perspective also highlights that the effective value of income depends on the conditions under which it can be converted into living standards. Differences in the costs of securing basic living conditions constitute important conversion factors that shape households' real command over resources. While residual income remains confined to the monetary dimension of welfare and cannot capture the full multidimensional nature of well-being, it reflects an important aspect emphasized in the capability framework: the heterogeneity in the conversion of income into living conditions. In this sense, inequality measured using residual income may offer a closer approximation to differences in households' effective economic opportunities than inequality measured solely on the basis of disposable income.

In parallel, the standard literature on minimum income, such as the work of Mack and Lansley (1985) and later the UK Minimum Income Standard developed by Bradshaw and colleagues (2008; Bradshaw 2020), posits that a minimum living standard must be defined in relation to socially agreed necessities. These necessities translate directly into unavoidable household expenditures. Residual income thus resonates with the idea that welfare assessments must consider whether households possess sufficient resources after meeting these socially defined requirements. This perspective has been operationalized in deprivation indicators that explicitly link acceptable living standards to the ability to afford specific goods and activities. For instance, as part of the EU-SILC (EU statistics on income and living conditions), the severe material and social deprivation rate is an indicator describing an “enforced lack of necessary and desirable items to lead an adequate life” (Eurostat 2026). The items include adequate meals and heating of living areas, the capacity to replace worn-out furniture and clothes, regular leisure activities, eating out with friends on a monthly basis, as well as being able to afford an annual one-week holiday. While some of these items speak to basic functioning and safety, which are included in the residual income approach, others capture norms of social participation that are a prerequisite for avoiding exclusion and may be better captured using complementary deprivation metrics.

Supplementary to expenditure-focused approaches, a separate strand of research highlights an extended version of income. Extended income includes non-cash goods and services that contribute to material well-being and influence inequality. This includes public in-kind services as well as household production, the unpaid activities by and for household members that could theoretically be replaced by market goods or paid services (Reid 1934). Both extensions of the classical definitions of income have been found to have a mitigating effect on inequality. When considering the value for European households of public services and social infrastructures, like subsidized housing, education and healthcare, studies find a dampening of the inequality levels (Paulus et al. 2010; Christl et al. 2025). Similarly,

household production contributes to material living standards but varies less across households than market earnings (Gautham/Folbre 2026). However, there is a gendered dimension to household production, revealing intra-household inequalities when it comes to paid and unpaid labour (Samtleben/Müller 2022). Market income, household production and the availability and accessibility of social infrastructure and public services are interconnected and partial substitutes for each other (Neuhuber/Schneider 2025).

Overall, residual income can be understood as occupying a middle ground between traditional income-based inequality measures and fully multidimensional approaches. By focusing on income after the deduction of essential expenditures, it preserves the analytical clarity and comparability of monetary indicators while incorporating key insights from the broader well-being literature, particularly the importance of heterogeneous needs and cost-of-living constraints. At the same time, it remains a partial measure: it does not capture non-monetary dimensions of well-being, nor the role of public services or social participation in shaping living standards. Its contribution therefore lies not in replacing existing approaches, but in complementing them by offering a policy-relevant perspective on material inequality that is sensitive to the conditions under which income is converted into effective economic resources.

2.2.2 Defining residual income

In line with these theoretical foundations, we define residual income as:

adjusted gross household income minus essential expenditures for food, rent, operating costs, energy costs, transport, education and health.¹

This definition aligns with established conceptual frameworks in the liveability literature (see e.g. Bassens et al. 2023; Riepl/Grabow 2025). The inclusion of this set of expenditure categories reflects their centrality to sustaining daily life and social participation. Food and housing costs represent the most fundamental requirements, while operating and energy costs capture the infrastructural necessities of modern living. Transport is included due to its essential role in accessing employment, services and social opportunities. Education and health expenditures account for human capital maintenance and differences in household needs that influence real living standards.

1 A more detailed overview of the expenditure items included in the residual income approach can be found in Table 4 in the Appendix.

By focusing on the resources that remain after covering essential expenditures, residual income provides a more accurate measure of a household's capacity to engage in discretionary consumption, participate in society and withstand financial volatility. It captures both the monetary and cost-side determinants of material well-being, thereby offering a comprehensive lens through which to assess inequality, poverty risk and economic vulnerability. In policy analysis, residual income enables the identification of households that may not appear to be poor according to income-based thresholds but do in fact face severe financial strain once essential costs are deducted. This is an increasingly relevant insight in contexts of rising housing and energy costs. The intention of this approach is therefore not to define a normative basket of minimum needs but to capture the effective resources households retain after meeting expenditures that are structurally difficult to avoid in practice. Consequently, residual income reflects the budget constraints households experience within existing housing, energy and transport systems rather than an externally defined sufficiency standard.

An alternative approach would be to define “necessary expenditures” using standardized thresholds such as median expenditures, housing benefit limits, or normative consumption baskets. While such approaches are widely used in research on poverty and minimum income, they serve a different analytical purpose. Constructing standardized baskets requires normative assumptions about adequate consumption levels and reduces variation across households by imposing identical expenditure standards. This standardization would obscure the heterogeneity in cost burdens across regions, housing markets and household types that is central to understanding how expenditures interact with the income distribution. Because the objective of this study is to analyse how expenditure categories contribute to inequality and re-ranking within the income distribution, our analysis relies on observed household expenditures, which preserve the empirical variation necessary for distributional analysis.

3. Methods

3.1 Measuring residual income

Standard approaches to measuring inequality rely on equivalized disposable income, which accounts for household size and composition but ignores the role of necessary expenditures. As discussed, these expenditures represent largely unavoidable demands on household budgets and thus reduce the income that households can devote to discretionary consumption, savings and social participation. To account for these constraints, we calculate residual income at the household level with $i = 1, \dots, I$ as:

$$(1) \quad y_i^{res} = y_i^{disp} - \sum_k A_{ik}$$

where y_i^{disp} is the equivalized² disposable income of household i and A_{ik} represents necessary expenditure category k : rent, food, energy, operational costs, health, transport and education. All expenditure variables are treated as negative components.

3.2 Measuring inequality

The focus of the analysis is on how necessary expenditures reshape the entire income distribution, rather than on identifying households below a poverty threshold. While poverty measures provide valuable insights into economic vulnerability at the lower end of the distribution, they do not capture how expenditure burdens affect inequality and relative positions across the full distribution. Inequality is assessed using the Gini coefficient for both disposable and residual income. The Gini coefficient is defined as:

$$(2) \quad G = \frac{2}{\mu_y} Cov(y, R)$$

where μ_y is the mean of income y , and R is the fractional rank of households in the income distribution.

To understand how necessary expenditures contribute to the observed increase in inequality when moving from disposable to residual income, we apply the Lerman-Yitzhaki (1984, 1985; Yitzhaki 1983) Gini decomposition. This method decomposes overall inequality into the sum of the contributions from each expenditure component:

$$(3) \quad G = \sum_k C_k$$

with

2 To ensure comparability across households of different sizes and compositions, all income and expenditure variables are equivalized using the modified OECD equivalence scale. This approach follows the methodology used in the Austrian Household Budget Survey by Statistics Austria, where expenditures are reported as equivalized “weighted per-capita expenditures” (Statistics Austria n.d.). In this scale, the first adult in the household receives a weight of 1.0, additional adults receive a weight of 0.5, and children under 14 receive a weight of 0.3.

$$(4) \quad C_k = \frac{2}{\mu_y} \text{Cov}(x_k, R)$$

where x_k denotes component k .

For each component k , the decomposition reports four quantities:

- (I) *The mean component (μ_k):*

$$(5) \quad \mu_k = E[x_k]$$

which represents the average monetary amount associated with component k .

Because residual income is calculated by subtracting necessary expenditures from disposable income, expenditure items appear as negative values in the decomposition table. Thus, the mean component provides insight into the budgetary weight of each category.

- (II) *The residual income share (S_k):* The income share reports the ratio of each component's mean value to mean residual income. It expresses how large each income or expenditure category is relative to the resources households retain after necessary deductions.

$$(6) \quad S_k = \frac{\mu_k}{\mu_y}$$

An income share exceeding one, as in the case of disposable income, indicates that the average disposable income is more than the average residual income, which is expected because residual income is defined net of expenditures. Negative income shares, shown for all expenditure categories, indicate the proportion of income absorbed by each expenditure item. These ratios provide an intuitive measure of how costly each necessity is relative to the income available after essential deductions, allowing us to contextualize the burden each category imposes on households across the entire distribution.

- (III) *Contribution to the Gini coefficient (C_k):* The measure in Equation (4) reports the absolute effect of each income component on residual income inequality. It is derived from the covariance between the component and households' ranked position in the income distribution. A positive contribution indicates that the component increases inequality, which means it is more strongly concentrated among higher-income households. A negative contribution, by contrast, implies that the component reduces inequality, either because it is

relatively uniform across households, or because its values rise more slowly than income as one moves up the distribution.

(IV) *Share of Gini* (θ_k): The share of Gini expresses each component's contribution relative to the total level of inequality, thus decomposing the Gini coefficient into percentages attributable to each category.

$$(7) \quad \theta_k = \frac{C_k}{G}$$

3.3 Re-ranking and transition analysis

To assess how necessary expenditures reshape the relative position of households within the income distribution, we examine mobility between disposable income quintiles and residual income quintiles. The analysis proceeds in three steps.

First, households are sorted by equivalized disposable income and assigned to quintiles of equal population size. Quintile 1 (Q1) denotes the lowest-income fifth of the distribution, and quintile 5 (Q5) the highest. The same procedure is then applied to equivalized residual income, defined as disposable income net of necessary expenditures such as rent, operating costs, energy and food. Quintiles are constructed using quantile-based cut points applied to the rank distribution to ensure validity even in the presence of ties or discretized income values.

Second, we link each household's quintile position under disposable income with its corresponding position under residual income. This produces a 5×5 transition matrix, where each cell counts the number of households that move from quintile i (based on disposable income) to quintile j (based on residual income). For each row, we compute the row-normalized transition share, which expresses the proportion of households in each disposable income quintile that transition to each residual income quintile. This measure captures the extent to which necessary expenditures alter the ordinal structure of the income distribution.

Let y_i^{disp} be the disposable income and y_i^{res} the residual income of household i . We then define the rank operators as:

$$(8) \quad \begin{aligned} r_i^{disp} &= \text{rank}(y_i^{disp}) \\ r_i^{res} &= \text{rank}(y_i^{res}) \end{aligned}$$

on the interval $[1, N]$.

Quintile membership is defined as:

$$(9) \quad Q_i^{disp} = q \text{ if } \frac{(q-1)}{5} < \frac{r_i^{disp}}{N} \leq \frac{q}{5}$$

$$Q_i^{res} = q \text{ if } \frac{(q-1)}{5} < \frac{r_i^{res}}{N} \leq \frac{q}{5}$$

for $q = 1, \dots, 5$.

The transition from one quintile to another can then be defined as:

$$(10) \quad T_{ij} = \#\{i : Q_i^{disp} = a \text{ and } Q_i^{res} = b\}$$

for quintiles $a, b \in \{1, 2, 3, 4, 5\}$. Thus, T_{ij} counts households that were in quintile i under disposable income and in quintile j under residual income.

4. Data and descriptives

Our analysis uses data from the 2019/2020 Household Budget Survey conducted by Statistics Austria. The survey, which is carried out every five years, collects detailed information on household consumption over a two-week reporting period and includes comprehensive data on household income and composition. The original sample comprises 7,139 households. After excluding observations with missing values, the final sample consists of 6,873 households with a mean disposable monthly income of €2,917 and a mean residual monthly income of €2,061.

Table 1 reports mean disposable income, necessary expenditures, and residual income by disposable income quintile. Disposable monthly income ranges from €1,262 in the lowest quintile to €5,270 in the highest, whereas expenditures increase much more gradually. Rent is the largest expenditure in all quintiles and rises only moderately with income, implying a strongly regressive burden at the bottom of the distribution. Energy and operating costs vary little across quintiles, which reflects their largely fixed nature, whereas health, education and transport expenditures increase more noticeably at higher income levels.³ As a result, residual income increases disproportionately with disposable income, from €500 per month in the lowest quintile to over €4,200 in the top quintile.

³ see Section 5.1 below.

Table 1: Mean disposable income, mean expenditure and mean residual income per month per income quintile (in EUR)

Mean Quintile	Disposable income	Rent	Energy	Operating costs	Health	Education	Transport	Residual income
Q1	1,262	290	99	109	193	106	161	500
Q2	2,059	306	109	105	186	83	158	1,238
Q3	2,636	336	105	100	210	97	148	1,793
Q4	3,359	357	108	100	197	104	177	2,491
Q5	5,270	434	116	107	248	134	202	4,284

Note: Income and expenditure variables are equivalized using the modified OECD scale. Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020

While the Household Budget Survey gives insights into the spending of Austrian households, it does not capture mortgage repayments, which means that housing costs for owner-occupiers with outstanding loans are only partially observed. As a result, the full burden of housing-related expenditures is understated for a subset of households, which is a limitation of the study. However, several considerations suggest that this limitation does not undermine the central findings. Evidence from the Austrian Household Finance and Consumption Survey (HFCS) shows that mortgage debt is highly concentrated among higher-income and higher-wealth households, while the majority of lower-income households are renters. Moreover, only about 30% of Austrian households hold any debt at all, and collateralized mortgage loans are predominantly held by households in the upper half of the income distribution. This implies that omitting mortgage payments mainly affects households that are relatively well positioned economically and therefore less exposed to binding residual income constraints (Oesterreichische Nationalbank 2025). By contrast, rental payments, which are fully captured in our data, represent the dominant housing cost for lower- and middle-income households, which are most vulnerable to expenditure-induced reductions in effective living standards. Consequently, while the absence of mortgage costs may lead to a conservative estimate of housing-related burdens at the top of the distribution, it is unlikely to bias the main conclusions regarding inequality amplification.

A further limitation of using observed expenditures is that some spending within the selected categories may reflect discretionary consumption rather than strictly necessary costs. For example, higher-income households may occupy larger dwellings, choose higher-quality housing, or incur higher transport expenditures due to lifestyle preferences. In principle, subtracting such expenditures could reflect

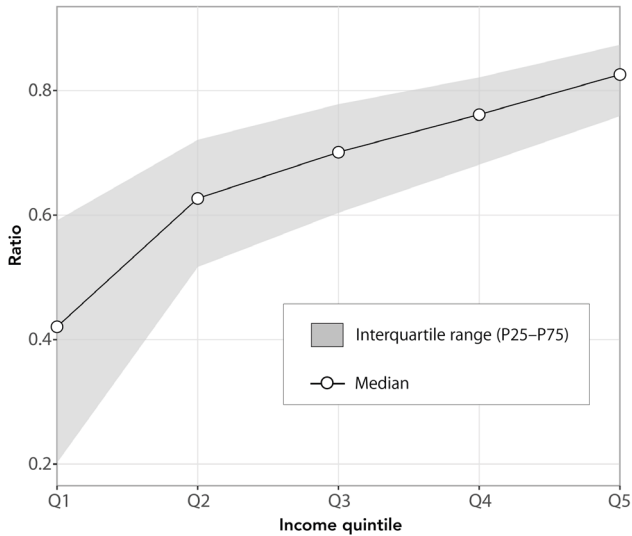
differences in consumption choices rather than unavoidable cost burdens. However, the empirical patterns in the data (Table 1) suggest that this concern does not fundamentally distort the distributional analysis. Higher-income households do indeed spend more in absolute terms across most expenditure categories, reflecting both higher consumption levels and greater purchasing power. At the same time, these households retain substantially higher residual incomes even after these expenditures are deducted. This indicates that residual income continues to capture the underlying gradient in economic resources rather than merely reflecting differences in consumption choices.

5. Results

Before analysing residual income inequality, Figure 1 shows the ratio of residual income divided by disposable income. The interquartile range captures the within-quintile heterogeneity, illustrating how strongly and how unevenly necessary expenditures reduce household resources across the income distribution. The residual income ratio exhibits a strong and systematic gradient across the income distribution. In the lowest disposable income quintile (Q1), the median ratio of approximately 0.42 indicates that households retain less than half of their income after covering necessary expenditures. At the same time, the wide interquartile range in Q1 reveals pronounced heterogeneity: while some low-income households face extreme budget constraints, others experience substantially lower expenditure burdens, likely reflecting differences in housing tenure, subsidized rents, or cost-sharing arrangements. In the second quintile (Q2), the median residual income ratio rises sharply to around 0.62, accompanied by a markedly narrower range. This suggests that households in this segment face a more uniform expenditure burden, albeit still substantial in proportional terms. From the middle of the distribution onward, the residual income ratio increases gradually, reaching approximately 0.70 in Q3, 0.76 in Q4, and 0.82 in Q5, while dispersion continues to decline steadily. This pattern implies that higher-income households not only face lower proportional expenditure burdens on average but may also experience more predictable and stable cost shares. Essential expenditures become less binding and more uniform relative to income, reflecting both greater financial buffers and a reduced sensitivity of living standards to unavoidable costs.

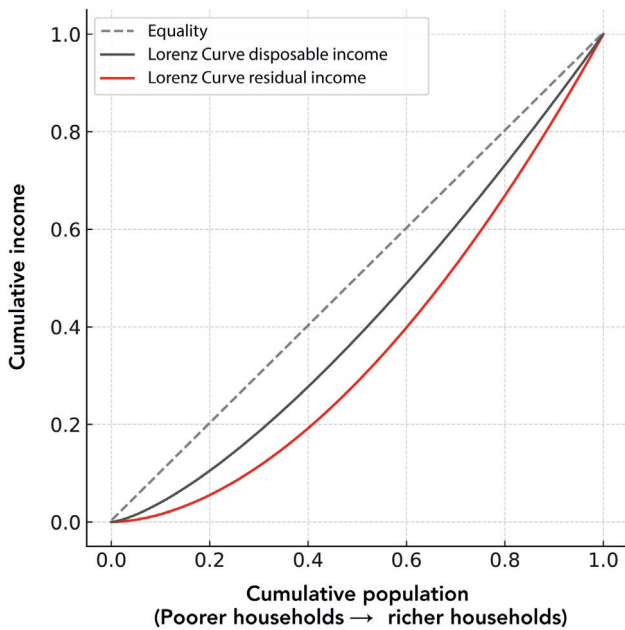
Taken together, the declining dispersion across quintiles highlights an important asymmetry in how necessary expenditures shape living standards. At the bottom of the distribution, expenditures introduce both strong compression and high heterogeneity. Higher up the distribution, expenditures primarily shift income levels downward in a relatively uniform manner, without generating comparable instability.

Figure 1: Ratio of residual income and disposable income per income quintile



Note: Quintiles are defined based on equivalized disposable income. Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

Figure 2: Lorenz curves for disposable and residual income



Note: Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

To assess how necessary expenditures reshape the income distribution in Austria, we first compare inequality levels based on equivalized disposable income and residual income. As expected, deducting essential expenditures leads to a substantial increase in measured inequality. The Gini coefficient for residual income is 0.38 compared to the Gini coefficient of 0.27 for disposable income, as shown in Figure 2. This indicates that once unavoidable costs are accounted for, the dispersion in household resources available for discretionary spending is considerably higher than suggested by conventional measures. This motivates a closer examination of the specific components that drive this increase.

5.1 Decomposition of residual income inequality

Table 2 presents the Lerman-Yitzhaki decomposition of the residual income Gini into its underlying components.

Table 2: Lerman-Yitzhaki decomposition of residual income inequality (per month)

	Dispo- sable income	Rent	Ope- rating costs	Energy	Food	Health	Trans- port	Educa- tion
Mean com- ponent	2,917.3	-126.6	-99.2	-104.5	-297.7	-68.6	-39.5	-27.5
Residual income share	1.415	-0.061	-0.048	-0.051	-0.144	-0.033	-0.019	-0.013
Contribu- tion	0.371	0.014	0.002	-0.009	-0.002	0.001	-0.002	< -0.001
Share of Gini	0.966	0.036	0.006	-0.002	-0.005	0.003	-0.005	-0.001

Note: Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

Disposable income remains the dominant determinant of inequality. Its mean value (€2,917 per month) is the only positive component in the decomposition, and its residual income share of 1.415 indicates that average disposable income exceeds average residual income by more than 40%, reflecting the substantial combined burden of essential expenditures. More importantly, disposable income contributes 0.371 to the Gini coefficient, accounting for 96.6% of total residual income inequality. This does not contradict the fact that residual income inequality is higher than disposable income inequality. Instead, it points to an important conceptual distinction: the rise in inequality is driven by how expenditures reduce incomes across the distribution, whereas the structure of inequality (i.e. its shape, ranking and underlying dispersion) is still overwhelmingly determined by disposable income itself.

In other words, necessary expenditures compress resources asymmetrically across the income distribution. While higher-income households typically incur larger expenditures in absolute terms (see Table 1), these costs represent a relatively small share of their income and therefore leave substantial residual resources. In contrast, lower-income households must allocate a much larger proportion of their income to essential expenditures such as rent, energy and food. As a result, deducting these costs disproportionately reduces resources at the bottom of the distribution, whereas households at the top retain a large share of their income. This asymmetric compression widens the dispersion of residual income even though the overall structure of inequality continues to be driven primarily by the underlying distribution of disposable income.

Among all necessary expenditures, rent stands out as the only category with a substantively inequality-increasing effect. In the decomposition, rental payments constitute the second largest expenditure component (in absolute terms), with an average contribution of €126.60 per household per month. Additionally, rent has an income share of -0.061 , which indicates that rental payments represent a large negative component relative to total income and therefore play a central role in reducing residual income, especially for households at the bottom of the income distribution. Crucially, rent contributes 0.036 to the Gini coefficient, representing 3.7% of overall inequality, by far the largest contribution among expenditures. This reflects a strong positive covariance with income rank: although higher-income households tend to rent larger or higher-quality dwellings and therefore pay more in absolute terms, rent remains a disproportionately burdensome expenditure for households in the lower deciles. The form and distribution of rental costs thus reinforce the income distribution.

Operating housing costs and health expenditures per month are small in average magnitude ($-\text{€}99$ and $-\text{€}69$, respectively), but both exhibit slight inequality-increasing effects. Their contributions, though modest (0.002 and 0.001), reflect expenditure patterns that scale gradually with income. Higher-income households tend to occupy larger dwellings with higher associated maintenance or operating fees, and may also make greater use of private or elective medical services not covered by public insurance. Although these differences do not materially shape overall inequality, they do represent areas where income-related consumption gradients subtly reinforce existing disparities.

While rent increases inequality by interacting strongly with the income distribution, most other necessities have the opposite effect. Energy costs, for example, tend to be fairly similar across households relative to their income position and therefore slightly reduce residual income inequality, as shown by their negative Gini contribution (-0.009), despite constituting a noticeable share of household resources in the decomposition (-0.051). This reflects consumption patterns: energy

use rises with dwelling size and may therefore increase with income, but the variance across households is limited, and low-income households are constrained in their ability to reduce energy needs further. The result is a negative covariance with income rank.

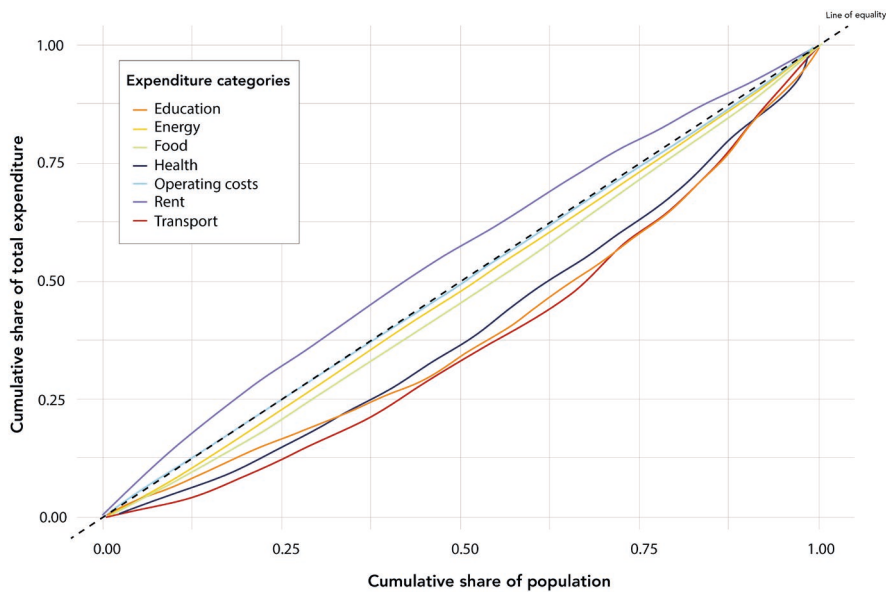
Food expenditures appear as a large negative component in the decomposition (–€298), but their contribution to residual income inequality is small and negative (–0.002). These results suggest that as income rises, the proportional increase in food expenditure is modest. This dampens the effect on inequality. Transport and education expenditures follow a similar pattern. Their mean components (–€39 and –€27, respectively) indicate that they represent relatively minor budget items for most households. Their negative contributions (around –0.002 and less than –0.001, respectively) suggest that they do not intensify inequality and may even counteract it slightly. Transport expenses often rise with income due to car ownership or commuting distances, and education spending reflects low and relatively uniform out-of-pocket costs in Austria’s publicly funded education system.

Together, these findings reveal a clear structure in the role of necessary expenditures. While subtracting essential costs increases measured inequality, which highlights the precariousness of living conditions among lower-income households, the components themselves exert different effects on inequality. Rent is the only expenditure category that substantively increases inequality. By contrast, expenditure categories such as food and energy exhibit limited variation across households and therefore have mildly equalizing effects. The key insight is that necessary expenditures do not replace income as the primary axis of inequality. Rather, they reveal how the burden of essential costs interacts with pre-existing income structures to compound disparities in effective living standards.

As robustness checks, we perform two additional decompositions. First, we restrict the sample to renter households only, thereby excluding homeowners for whom housing expenditures are not directly observed (Table 5 in the Appendix). In this specification, rent contributes more strongly to residual income inequality, reflecting the substantial housing cost burden faced by renters. Second, we include imputed rents for homeowners to account for the housing services they receive from owner-occupied housing (Table 6 in the Appendix). In this case, the housing component becomes slightly equalizing, as homeowners are assigned substantial housing services. Across both specifications, the overall pattern of results remains unchanged. Housing costs constitute the most important expenditure component that contributes to residual income inequality. This largely reflects tenure differences, as homeowners benefit from housing through owner-occupation, while lower-income households in the rental sector face comparatively higher housing cost burdens.

To further investigate how necessary expenditures interact with the income distribution, we construct concentration curves for each major expenditure category. A concentration curve plots the cumulative share of a given expenditure against the cumulative share of the population ranked by disposable income and thereby provides a visual assessment of whether a cost is disproportionately borne by lower- or higher-income households. If a curve lies above the 45-degree line of equality, the expenditure is regressive, indicating that poorer households account for a larger share of total spending than their population share would suggest. If it lies on or below the line, the expenditure is proportional or progressive. In the context of our analysis, concentration curves allow us to determine whether the rise in inequality observed when moving from disposable to residual income is driven by the regressive incidence of certain essential expenditures or by other mechanisms, such as variation in expenditure levels among higher-income households.

Figure 3: Concentration curves of necessary expenditure categories by disposable income rank



The concentration curves shown in Figure 3 offer a complementary perspective on the decomposition results by illustrating how necessary expenditures are distributed across the income rank. Only the rent curve lies clearly above the line of equality, indicating that lower-income households shoulder a disproportionately large share of total rental expenditures. This regressive pattern aligns directly with the decomposition findings, where rent emerges as the only expenditure category with a substantively meaningful inequality-increasing effect. The remaining curves lie on or below the 45-degree line, demonstrating that these expenditures

are broadly proportional or even mildly progressive in incidence. Yet several of these categories, particularly operating costs and health, still exhibit small positive contributions to inequality in the decomposition. The decomposition captures how each component covaries with income level, rather than whether it burdens poorer households more heavily. Higher-income households spend more in absolute terms on larger dwellings, private health services, and other quality-related consumption, generating a positive covariance with income that contributes slightly to the overall Gini coefficient, even though these expenditures are not regressive. In contrast, categories such as food and energy display limited variation across the distribution and are therefore associated with small equalizing effects.

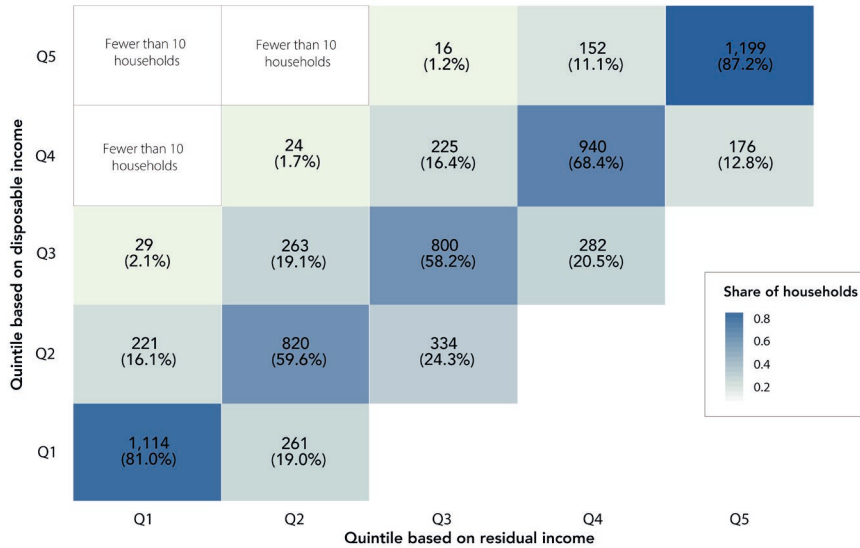
Taken together, the curves and decomposition results show that in general the rise in residual income inequality is not driven by necessities but almost entirely by the structure of the housing market. Rent is both regressive in incidence and inequality-amplifying through covariance with income, whereas other expenditure categories either scale with income or exert neutralizing effects.

5.2 Re-ranking in the income distribution

To assess how accounting for necessary expenditures reshapes the relative economic position of households, we examine transitions across income quintiles. The transition matrix reveals a substantial reordering of households once necessary expenditures are deducted from disposable income. Across the full sample of 6,873 households, residual income adjustments leave the majority of households in their original quintile, but there is still a sizeable number of households experiencing upward or downward mobility. This implies that necessary expenditures meaningfully alter household living standards beyond what is suggested by disposable income alone. The pattern is especially pronounced for households in quintiles 1–3, which reflects the relatively larger budgetary burden of rent, operating costs, food and energy among lower- and middle-income groups.

Among households initially classified in the lowest disposable income quintile (Q1), 81% remain in Q1 after accounting for necessary expenditures. This is expected: households with low disposable income tend to also have low residual income, and many face high expenditure burdens that limit upward movement. However, 19% of Q1 households move into Q2, indicating that a meaningful fraction of low-income households appears more deprived in disposable income terms than in actual residual resources. These may be households with relatively low housing costs (e.g. homeowners or people with subsidized rents). Upward movement beyond Q2 is negligible, reflecting structural constraints on mobility at the lower end of the distribution.

Figure 4: Re-ranking of households from disposable income to residual income quintiles



Note: The figure shows how households move across income quintiles when income is measured as residual income rather than disposable income. Residual income is defined as equivalized disposable income minus expenditures on housing, energy, food, transport, health and education. Quintiles are defined based on equivalized disposable income. Income and expenditure variables are equivalized using the modified OECD scale. Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

Income dynamics become more complex in Q2. Only 59.6% of Q2 households remain in Q2 after expenditure adjustments. A substantial 16.1% fall into Q1, and 24.3% rise to Q3. This symmetrical dispersion is important: Q2 households are highly sensitive to necessary expenditures. The downward movement likely reflects households for whom rent and energy constitute disproportionately large shares of income. Q3 exhibits the most substantial two-sided mobility. Only 58.2% remain in Q3, while 19.1% fall to Q2, 2.1% fall to Q1, and 20.5% rise to Q4.

Households in the fourth disposable income quintile show moderate stability, with about two-thirds (68%) remaining in Q4 after accounting for necessary expenditures. Nonetheless, a notable share moves downward, most commonly into Q3, reflecting the extent to which housing and other essential costs can strain upper-middle-income budgets. At the same time, around 13% transition upward into the top quintile, suggesting that some Q4 households have comparatively low expenditure burdens or sufficiently high disposable incomes to move ahead once necessities are paid for. At the top of the distribution, mobility is minimal. Nearly 90% of Q5 households remain in Q5, and downward shifts are small and concentrated one quintile below. This high stability illustrates that necessary expenditures have little influence on the relative standing of high-income households.

In summary, the transition analysis shows that necessary expenditures meaningfully reshape the income distribution in Austria, even though disposable income remains the principal structural determinant of inequality. Once expenditures are deducted, a substantial share of households experience changes in their relative position, with re-ranking particularly concentrated in the lower and middle segments of the distribution. Overall, the transition results demonstrate that inequality is not only higher when measured in residual income terms but also distributed differently, with expenditure burdens reshuffling the relative positions of a large share of Austrian households. This re-ranking provides additional evidence that inequality based on disposable income understates material differences in living standards and that necessary expenditures, particularly housing, play a pivotal role in shaping these disparities.

The subgroup analysis (Table 3) reveals substantial heterogeneity in re-ranking dynamics once necessary expenditures are deducted from disposable income. While the overall transition matrix already indicated pronounced mobility in the lower and middle parts of the income distribution, the disaggregated results show that this mobility is structured by geography, household composition and income sources.

Regional variation is particularly pronounced. Vienna exhibits by far the highest share of downward re-ranking (21.1%), substantially exceeding the rates observed in all other provinces. This pattern is consistent with Vienna's comparatively high rental share. In contrast, provinces such as Styria and Upper Austria display notably lower downward mobility (9–11%), which may potentially reflect more moderate rental markets and higher rates of owner-occupation. Upward mobility is most common in Vorarlberg (20.8%) and Styria (18.2%).

Table 3: Re-ranking from disposable to residual income by household subgroup

Province	n	Share moved down	Share moved up
Burgenland	257	12.5%	19.8%
Carinthia	424	13.7%	15.1%
Lower Austria	1279	11.3%	16.1%
Upper Austria	1008	10.8%	19.0%
Salzburg	358	15.1%	15.6%
Styria	1065	9.5%	18.2%
Tyrol	503	11.5%	17.5%
Vorarlberg	380	13.9%	20.8%
Vienna	1599	21.1%	7.7%

Municipality size	n	Share moved down	Share moved up
< 2,500 inhabitants	1491	9.1%	22.5%
≥ 2,500 < 10,000 inhabitants	2169	11.1%	17.7%
≥ 10,000 < 100,000 inhabitants	1066	13.1%	15.1%
≥ 100,000 inhabitants (excl. Vienna)	548	17.3%	9.1%
Vienna	1599	21.1%	7.7%

Household type	n	Share moved down	Share moved up
Shared living	412	11.7%	11.9%
Couple	1745	12.9%	17.1%
Single	2679	16.5%	13.7%
Single with children	330	17.0%	10.9%
Two adults with children	1121	11.5%	17.8%
More than 2 adults with children	171	9.4%	17.5%
More than two adults	415	7.7%	17.8%

Main income source	n	Share moved down	Share moved up
Employment	3774	14.7%	13.5%
Self-employment	381	14.2%	12.6%
Retired	2270	13.4%	20.4%
Unemployed/social transfers	308	5.8%	5.5%
Other/unknown	140	10.7%	12.1%

Note: Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

Furthermore, a clear urban-rural gradient emerges in the analysis by municipality size. Upward mobility is highest in small municipalities (22.5%), where housing costs are low and homeownership rates are high. These factors reduce the extent to which necessary expenditures decrease residual income. As municipality size increases, upward mobility declines and downward mobility rises. This gradient underscores the substantial geographical inequalities in Austria's cost-of-living structure.

Patterns by household type reveal a similarly stratified pattern. Single adults and single parents experience the highest downward mobility, 16.5% and 17%, respectively. The economic interpretation may be that households without the possibility of sharing housing and utility costs face disproportionately high expenditure burdens relative to income. Conversely, multi-adult households, with or without children, exhibit substantially lower rates of downward movement, potentially reflecting economies of scale in consumption and more diversified income structures. Upward mobility is comparatively balanced across most household types but remains lowest for single parents.

Differences by main income source further highlight the role of institutional and labour market factors. Retired households exhibit comparatively high upward mobility (20.4%). By contrast, households reliant on unemployment benefits or social transfers show minimal upward mobility (5.5%) and very low downward mobility (5.8%). Their income constraints leave little room for upward movement, while their residual income cannot fall much below their already low disposable incomes.

6. Discussion and conclusion

The analysis presents a comprehensive assessment of how necessary expenditures reshape the distribution of living standards in Austria and demonstrates that conventional measures of disposable income obscure a substantial degree of inequality. The comparison between disposable and residual income inequality provides the first indication of this discrepancy. Once essential expenditures are deducted, inequality increases markedly, with the Gini coefficient rising from 0.27 to 0.38. This shift reflects the fact that disposable income alone masks the extent to which unavoidable costs, most notably rent, erode the effective resources available to households. By focusing on residual income, we capture a more realistic picture of economic well-being that better aligns with households' actual capacity to participate in social and economic life.

A central insight emerging from this analysis is that necessary expenditures do not uniformly exacerbate inequality. Instead, inequality amplification is highly concentrated in the housing sector. Rent is the only component that both imposes a regressive burden and exhibits positive covariance with income rank, thereby magnifying inequality through two distinct channels: it compresses the budgets of poorer households more heavily, and it reflects a systematic gradient across the income distribution. This dual role distinguishes rent from other expenditure categories and aligns with long-standing concerns in housing research regarding affordability pressures, especially in urban rental markets (Stone 2006). The concentration curve reinforces this interpretation by demonstrating that rental costs are disproportionately borne by households at the lower end of the income distribution,

whereas other necessary expenditures, such as energy, food, transport, and health, are broadly proportional or mildly progressive. This suggests that the redistributive challenges associated with necessary expenditures are not inherent to essential consumption per se but are structurally linked to Austria's housing market.

The re-ranking results extend these insights by showing that expenditure burdens do not merely elevate inequality but also reorder households within the distribution. While downward mobility is most pronounced among households in the lower part of the distribution, reflecting the disproportionate weight of necessary expenditures on limited budgets, the second and third quintiles also exhibit substantial movement. This indicates that the economic position of what is often understood as the “middle class” is more fragile than disposable income measures alone suggest. Moreover, some households in the upper-middle quintiles also experience downward mobility once expenditures are deducted, demonstrating that exposure to cost pressures is not confined to the poorest groups. Conversely, the upward mobility observed among a subset of low-income households suggests that disposable income can misclassify households whose housing situations provide them with comparatively higher effective resources. Together, these patterns challenge simplified narratives of inequality by illustrating that households' position in the distribution depends not only on income flows but also on the expenditure environment in which those incomes are realized.

While these findings illuminate key mechanisms of inequality, they also raise broader questions concerning the interplay between market structure and social policy. Austria's redistributive welfare state plays a critical role in mitigating health and education costs, which helps explain why these categories do not exacerbate inequality. This observation aligns with a broader strand of research on extended income, which is an expanded conception of material well-being that goes beyond cash income to include non-cash goods and services, such as public in-kind transfers and household production (Reid 1934). Studies examining the value of public services and social infrastructure consistently find that these transfers dampen inequality levels among European households (Paulus et al. 2010; Christl et al. 2025). Austria's welfare architecture thus appears to perform precisely this equalizing function in the domains of health and education. Yet the relative absence of similarly redistributive mechanisms in the housing sector, particularly in urban private rental markets, means that housing costs remain a major source of unequal constraint. This suggests a potential misalignment between the welfare state's protective design and contemporary sources of economic insecurity.

Finally, the analysis highlights several avenues for future research. First, future research could explore how expenditure burdens evolve over time, especially in response to rising energy prices, inflationary pressures and tightening housing markets. Another potential avenue involves examining the extent to which residual

income predicts subjective well-being, material deprivation and social participation more accurately than disposable income. Moreover, linking these findings to broader comparative research may shed light on whether Austria's patterns reflect generalizable features of similar welfare states or specific institutional designs in housing and social policy.

Additionally, future research could examine how residual income affects the measurement of income poverty. While the present study focuses on inequality across the entire income distribution, analysing poverty within a residual income framework could provide additional insights into how necessary expenditures shape economic vulnerability at the lower end of the distribution. A limitation of the residual income approach applied in this study is that the expenditure categories are based on observed household spending rather than normative estimates of the minimum cost required to achieve a given living standard. As a result, expenditures within these categories may partly reflect differences in preferences or consumption choices. For example, higher-income households may choose larger or higher-quality housing than would be strictly necessary, while some lower-income households may spend less than what would be required to secure adequate living conditions. Consequently, the approach does not distinguish between strictly necessary and discretionary spending within each category.

Such an analysis would require a definition of normative thresholds for minimum living standards against which residual resources could be evaluated. A compelling foundation for such thresholds is provided by the social participation tradition in poverty research. Townsend (1979) transformed the conception of poverty, viewing it not simply as a lack of income but as the configuration of economic conditions that prevent people from being full members of society. This constitutes a threshold below which adequate participation becomes impossible. Building on this tradition, the reference budget method constructs priced baskets of goods and services representing the minimum cost of such participation and has been shown to be applicable across diverse European contexts (Goedemé et al. 2015). When combined with a residual income framework, minimum budget standards allow for the identification of households facing genuine affordability constraints relative to what decent social participation requires (Deeming 2005). Investigating how different approaches to setting these thresholds influence poverty estimates and the identification of vulnerable households would therefore represent a valuable extension of the present analysis.

ACKNOWLEDGEMENTS

We sincerely thank the Vienna Chamber of Labour (AK Wien) for funding the project on which this paper is based and for enabling the study. We are also grateful to two anonymous reviewers for helpful comments and valuable suggestions.

REFERENCES

- Albouy, David et al. (2016).** Housing demand, cost-of-living inequality, and the affordability crisis. Working paper 22816. Cambridge, MA, National Bureau of Economic Research. Available online: <http://www.nber.org/papers/w22816> (accessed: 15.04.2026).
- Alkire, Sabina (2011).** Multidimensional Poverty and Its Discontents. SSRN Electronic Journal. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2118543>.
- Alkire, Sabina/Foster, James (2010).** Designing the inequality-adjusted human development index (HDI). Oxford Poverty & Human Development Initiative (OPHI). ISBN 1-907194-21-5.
- Alkire, Sabina/Foster, James (2011).** Counting and multidimensional poverty measurement. *Journal of Public Economics* 95 (7–8), 476–487. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2010.11.006>.
- Atkinson, Anthony B. (1970).** On the measurement of inequality. *Journal of Economic Theory* 2 (3), 244–263.
- Balestra, Carlotta/Oehler, Frederike (2023).** Measuring the joint distribution of household income, consumption and wealth at the micro level. OECD Papers on Well-being and Inequalities 11. <https://doi.org/10.1787/f9d85db6-en>.
- Bassens, David et al. (2023).** Market entitlement and the foundational economy/FE 4 metric after the “cost of living crisis”. Foundational Economy Collective, working paper 11.
- Baujard, Antoinette (2016).** Welfare economics. In: Faccarello, Gilbert/Kurz, Heinz D. (eds.), *Handbook on the History of Economic Analysis*, vol. III. Cheltenham/Northampton, MA, Edward Elgar Publishing, 611–624.
- Bradshaw, Jonathan (2020).** From normative budget standards to consensual minimum income standards in the UK. In: Deeming, Christopher (eds.), *Minimum Income Standards and Reference Budgets: International and Comparative Policy Perspectives*. Bristol University Press, 27–38.
- Bradshaw, Jonathan et al. (2008).** A minimum income standard for Britain: What people think. York, Joseph Rowntree Foundation. ISBN 1-85935-657-5.
- Calafati, Luca et al. (2021).** Diversity in leading and laggard regions: Living standards, residual income and regional policy. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 14 (1), 117–139. <https://doi.org/10.1093/cjres/rsaa027>.
- Champernowne, David Gawen/Cowell, Frank Alan (1998).** Economic inequality and income distribution. Cambridge University Press. ISBN 0-521-58959-2.
- Christl, Michael et al. (2025).** An extended view on inequality and redistribution in the European Union: The role of indirect taxation and in-kind benefits. *Economic Analysis and Policy* 87, 162–177. <https://doi.org/10.1016/j.eap.2025.05.001>.
- Cowell, Frank (2011).** Measuring inequality. Oxford University Press. ISBN 0-19-959403-1.
- Deeming, Christopher (2005).** Minimum income standards: How might budget standards be set for the UK? *Journal of Social Policy* 34 (4), 619–636.
- Dorfman, Robert (1979).** A formula for the Gini coefficient. *The Review of Economics and Statistics* 61 (1), 146–149. <https://doi.org/10.2307/1924845>.
- Dustmann, Christian et al. (2022).** Housing Expenditure and Income Inequality. *The Economic Journal* 132 (645), 1709–1736. <https://doi.org/10.1093/ej/ueab097>.
- Eurostat (2025).** Living conditions in Europe – material deprivation and economic strain. <https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/SEPDF/cache/67026.pdf> (Accessed: 16 April 2026)
- Foster, Thomas B./Kleit, Rachel Garshick (2015).** The changing relationship between housing and inequality, 1980–2010. *Housing Policy Debate* 25 (1), 16–40. <https://doi.org/10.1080/10511482.2014.933118>.
- Garner, Thesia I. (1993).** Consumer expenditures and inequality: An analysis based on decomposition of the Gini coefficient. *The Review of Economics and Statistics* 75 (1), 134. <https://doi.org/10.2307/2109636>.

- Garner, Thesia I./Short, Kathleen S. (2004).** Economic well-being based on income, consumer expenditures and personal assessments of minimum needs. In: Amiel, Yoram/Bishop, John A. (eds.), *Studies on Economic Well-being: Essays in the Honor of John P. Formby*. Research on Economic Inequality, vol. 12. Bingley, Emerald, 319–361. [https://doi.org/10.1016/S1049-2585\(04\)12014-0](https://doi.org/10.1016/S1049-2585(04)12014-0).
- Gausden, Robert/Hasan, Mohammad (2025).** Discretionary household consumption expenditure in the UK: measurement and evaluation. *Applied Economics* 57 (26), 3626–3641. <https://doi.org/10.1080/00036846.2024.2337812>.
- Gautham, Leila/Folbre, Nancy (2026).** Household production time and inequality in material living standards in the U.S., 1965–2018. *Journal of Public Economics* 255, 105582. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2026.105582>.
- Gini, Corrado (1912).** Variabilità e Mutabilità. (Variability and Mutability). Tipografia di Paolo Cuppini, Bologna, Italy, 156.
- Goedemé, Tim et al. (2015).** Towards cross-country comparable reference budgets in Europe: First results of a concerted effort. *European Journal of Social Security* 17 (1), 3–30.
- Handastya, Nita/Betti, Gianni (2023).** The ‘double fuzzy set’ approach to multidimensional poverty measurement: with a focus on the health dimension. *Social Indicators Research* 166 (1), 201–217. <https://doi.org/10.1007/s11205-023-03065-1>.
- Jenkins, Stephen P. (2024).** Getting the measure of inequality. *Oxford Open Economics* 3 (Supplement_1), i156–i166. <https://doi.org/10.1093/ooec/odad037>.
- Lerman, Robert I./Yitzhaki, Shlomo (1984).** A note on the calculation and interpretation of the Gini index. *Economics Letters* 15 (3–4), 363–368. [https://doi.org/10.1016/0165-1765\(84\)90126-5](https://doi.org/10.1016/0165-1765(84)90126-5).
- Lerman, Robert I./Yitzhaki, Shlomo (1985).** Income inequality effects by income source: A new approach and applications to the United States. *The Review of Economics and Statistics* 67 (1), 151–156. <https://doi.org/10.2307/1928447>.
- Lorenz, Max O. (1905).** Methods of measuring the concentration of wealth. *Publications of the American Statistical Association* 9 (70), 209–219. <https://doi.org/10.1080/15225437.1905.10503443>.
- Mack, Joanna/Lansley, Stewart (1985).** *Poor Britain*. London/Boston/Sydney, G. Allen & Unwin. ISBN 0-04-336082-3.
- Moretti, Enrico (2013).** Real Wage Inequality. *American Economic Journal: Applied Economics* 5 (1), 65–103. <https://doi.org/10.1257/app.5.1.65>.
- Muñetón-Santa, Guberney/Manrique-Ruiz, Luis Carlos (2023).** Predicting multidimensional poverty with machine learning algorithms: An open data source approach using spatial data. *Social Sciences* 12 (5), 296. <https://doi.org/10.3390/socsci12050296>.
- Neuhuber, Tatjana/Schneider, Antonia E. (2025).** Stratification of livability: A framework for analyzing differences in livability across income, consumption, and social infrastructure. *Social Indicators Research* 177 (3), 1051–1080. <https://doi.org/10.1007/s11205-025-03548-3>.
- OECD (2024).** *OECD Economic Surveys: Austria 2024*. OECD Publishing. ISBN 978-92-64-40083-2.
- Oesterreichische Nationalbank (2025).** *Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2023: First results for Austria*.
- Paulus, Alari et al. (2010).** The distributional impact of in-kind public benefits in European countries. *Journal of Policy Analysis and Management* 29 (2), 243–266. <https://doi.org/10.1002/pam.20490>.
- Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel (2003).** Income inequality in the United States, 1913–1998. *The Quarterly Journal of Economics* 118 (1), 1–41. <https://doi.org/10.1162/00335530360535135>.
- Rao, Narasimha D./Min, Jihoon (2018).** Decent living standards: Material prerequisites for human wellbeing. *Social Indicators Research* 138 (1), 225–244. <https://doi.org/10.1007/s11205-017-1650-0>.

- Reid, Margaret G. (1934).** Economics of household production. New York, Wiley and Sons.
- Riepl, Tobias/Grabow, Simon (2025).** Assessing livability through human need theory: Insights from Vienna. *Cities* 167, 106336. <https://doi.org/10.1016/j.cities.2025.106336>.
- Ringen, Stein (1988).** Direct and indirect measures of poverty. *Journal of Social Policy* 17 (3), 351–365. <https://doi.org/10.1017/S0047279400016858>.
- Samtleben, Claire/Müller, Kai-Uwe (2022).** Care and careers: Gender (in)equality in unpaid care, housework and employment. *Research in Social Stratification and Mobility* 77, 100659. <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2021.100659>.
- Saunders, Peter et al. (2002).** Using household expenditure to develop an income poverty line. *Social Policy & Administration* 36 (3), 217–234. <https://doi.org/10.1111/1467-9515.00248>.
- Sen, Amartya (1992).** Inequality reexamined. Oxford University Press. ISBN 0-19-828334-2.
- Sen, Amartya (1997).** On economic inequality. Oxford University Press. ISBN 0-19-828193-5.
- Sen, Amartya (1999).** Commodities and capabilities. Oxford University Press. ISBN 978-0-19-565038-9.
- Serafino, Paola/Tonkin, Richard (2017).** Comparing poverty estimates using income, expenditure and material deprivation. In: Atkinson, Anthony B. et al. (eds.), *Monitoring social inclusion in Europe*. Luxembourg, Eurostat 241–258.
- Stanton, Elizabeth A. (2007).** The human development index: A history. PERI Working Papers 127.
- Statistics Austria (n.d.).** Konsumerhebung 2024/25. Begriffe und Definitionen.
- Stone, Michael E. (2006).** What is housing affordability? The case for the residual income approach. *Housing Policy Debate* 17 (1), 151–184. <https://doi.org/10.1080/10511482.2006.9521564>.
- Theil, Henri (1967).** Economics and information theory. Amsterdam. ISBN 978-0-444-10282-9.
- Theil, Henri (1979).** World income inequality and its components. *Economics Letters* 2 (1), 99–102. [https://doi.org/10.1016/0165-1765\(79\)90213-1](https://doi.org/10.1016/0165-1765(79)90213-1).
- Townsend, Peter (1979).** Poverty in the United Kingdom: A survey of household resources and standards of living. University of California Press. ISBN 0-520-03976-9.
- United Nations Development Programme (2025).** Human Development Report 2025: A Matter of Choice: People and Possibilities in the Age of AI. New York, United Nations. ISBN 978-92-1-154263-9.
- Yitzhaki, Shlomo (1983).** On an extension of the Gini inequality index. *International Economic Review*, 617–628. <https://doi.org/10.2307/2648789>.

7. Appendix

Table 4: Expenditure categories used to calculate residual income

Category	Expenditure item
Food	Food Non-alcoholic beverages
Housing	Rent for primary residence
Operating costs	Running costs incurred through the intended use of a residential building (e.g. water and wastewater, common facilities, facility management)
Energy	Energy Heating
Transport	Train fares Bus fares Trams and metro fares Petrol/diesel
Education	Kindergarten/early childhood education fees School-related expenses University-related expenses Tutoring
Health	Medical consultation and hospital costs Medications

Table 5: Sensitivity analysis of Lerman–Yitzhaki decomposition of residual income inequality (only renters)

	Dispo- sable income	Rent	Ope- rating costs	Energy	Food	Health	Trans- port	Educa- tion
Mean component	2,485.6	-424.2	-133.6	-82.8	-267.1	-49.4	-35.5	-30.7
Residual income share	1.689	-0.288	-0.091	-0.056	-0.182	-0.034	-0.024	-0.021
Contribution	0.454	0.084	-0.002	< -0.001	< 0.001	-0.001	-0.003	< 0.001
Share of Gini	1.023	0.190	-0.005	< -0.001	0.001	-0.004	-0.007	0.002

Note: Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

Table 6: Sensitivity analysis of Lerman–Yitzhaki decomposition of residual income inequality (including imputed rents for homeowners)

	Dispo- sable income	Rent	Ope- rating costs	Energy	Food	Health	Trans- port	Educa- tion
Mean compo- nent	2,917.3	-442.3	-99.2	-104.5	-297.7	-68.6	-39.5	-27.5
Residual income share	1.415	-0.215	-0.048	-0.051	-0.144	-0.033	-0.019	-0.013
Contri- bution	0.371	-0.017	0.002	-0.009	-0.002	0.001	-0.002	< -0.001
Share of Gini	0.966	-0.045	0.006	-0.002	-0.005	0.003	-0.005	-0.001

Note: Authors' own calculations based on the Austrian Household Budget Survey for 2019/2020.

New economic policies and post-pandemic Spanish economic growth

Jorge Uxó, Ignacio Álvarez*

ABSTRACT

Since recovering the pre-pandemic GDP level in 2020, Spain has been recording growth rates well above the eurozone average. Furthermore, against a backdrop of demographic dynamism, Spanish per capita income is also growing, the employment rate is rising, and the unemployment rate has fallen below 10% for the first time in 17 years. Productivity growth has also accelerated, a novelty in Spain, where it has traditionally behaved countercyclically.

We analyse the factors behind this behaviour of the Spanish economy, emphasizing the changes in economic policy implemented since 2020. These changes focus on fiscal and labour policies, the reinforcement of the welfare state, and the first steps of a new industrial policy, with an emphasis on the energy transition. Of course, some problems remain, such as the housing price crisis and the insufficient translation of productivity gains to wages.

KEYWORD

Spain, Economic Policy, Labour Policy, Fiscal Policy, Real wages.

JEL-CODE

E6

DOI

10.59288/wug521.336

* **Jorge Uxó:** Complutense University of Madrid
Kontakt: juxo@ucm.es
Ignacio Álvarez: Autonomous University of Madrid
Kontakt: nacho.alvarez@uam.es

1. Introduction

Spain initially suffered more than other economies from the pandemic's economic impact due to its productive structure. However, by 2022 it had already recovered its 2019 real GDP level, and since then it has recorded growth rates well above the eurozone average. As can be seen in Table 1, the average growth of the Spanish economy in 2022–2025 (3.8%) has clearly exceeded the average for the monetary union (1.6%) and that of the other three largest economies.

Table 1: Macroeconomic performance in the eurozone and its four largest economies

	2022–2025				
	Eurozone	Spain	Germany	France	Italy
GDP growth	1,6%	3,8%	0,3%	1,6%	1,8%
Population growth	0,5%	1,0%	0,5%	0,3%	–0,1%
GDP per capita growth	1,1%	2,7%	–0,2%	1,3%	1,9%
Employment growth	1,4%	3,0%	0,5%	1,0%	1,7%
Change in the employment rate (15–64)	2,9%	4,5%	1,4%	2,3%	4,3%
Change in the unemployment rate (total)	–1,3%	–4,4%	0,2%	–0,3%	–3,2%
Inflation rate	4,6%	4,3%	4,9%	3,7%	4,3%

Source: Eurostat

In a context of rapid population growth (1% per year, mainly due to the influx of migrants), this has allowed GDP per capita to grow as well (2.7% per year, compared to 1.1% for the eurozone average), and there has been an intense process of job creation.

In these four years, 30% of all employment growth in the eurozone has occurred in Spain, and the employment rate has risen by more than 4 points, even after accounting for the increase in the active population. The unemployment rate fell below 10% at the end of 2025 for the first time in 17 years. Moreover, as we will see below, this employment growth has occurred at the same time that permanent contracts have massively substituted temporary ones.

Among the other three larger economies in the eurozone, only Italy comes close to Spain in terms of per capita growth and in the evolution of employment and unemployment rates over these four years. However, it does so in a context of demographic decline.

These high growth figures are compatible with an inflation rate similar to that of the rest of the eurozone, a net lending position vis-à-vis the rest of the world close to 4% of GDP at the end of 2025, and a declining public debt-to-GDP ratio. After increasing during the pandemic, this ratio has returned rapidly to the 2019 level, around 100% of GDP.

In this article, we analyse the factors that may explain this behaviour of the Spanish economy, emphasizing the changes in economic policy since 2020 compared to the previous crisis, while also highlighting some pending challenges.

In the second section, we briefly outline some key features of economic growth in Spain during this period. In the third, we present the main features of the new economic policy implemented over the past few years. Specifically, we will focus on labour policy, fiscal policy, the reinforcement of the welfare state, the initial steps of a new industrial policy, with a strong emphasis on the energy transition, and the way the inflationary shock was addressed. The fourth section presents data on the positive role that immigrants' arrival is playing. In the fifth section, we will examine an issue that is generating significant debate in the Spanish economy: to what extent this strong macroeconomic performance is translating into an improvement in household purchasing power. To this end, we will look at the evolution of disposable income, real wages and housing prices. Finally, the sixth section presents the main conclusions.

2. Relevant characteristic of Spanish economic growth (2022–2025)

Table 2 shows that this growth is mainly driven by strong domestic demand, boosted by increased household income and public investment. In total, domestic demand contributed 3.1 points to the 3.8% growth recorded by GDP (annual average). However, economic growth has also benefited from a very strong export performance, despite an unfavourable international environment.

In this regard, it is particularly noteworthy that, alongside exceptional performance in tourism services, exports of non-tourism services have also grown significantly. Specifically, this growth was led by knowledge-intensive activities, especially business services and information technology. Together with the positive

contribution from the external sector and the current account surplus, this marks a significant shift in the dynamics of the Spanish economy and a notable difference from previous periods of strong growth.

Table 2: Contributions to GDP growth, Spain (average annual contribution, real %)

	2000–2007	2014–2019	2022–2025
Private consumption	2,2%	1,3%	1,8%
Private investment	1,1%	1,1%	0,6%
Public demand	1,0%	0,3%	0,7%
Domestic demand	4,4%	2,6%	3,1%
Exports	1,2%	1,3%	1,9%
Imports	-2,0%	-1,3%	-1,3%
External demand	-0,8%	0,0%	0,6%
GDP growth	3,6%	2,6%	3,8%

Source: Eurostat

Moreover, per capita growth has not only been higher than that of other European economies in recent years, but it is also higher than that experienced in Spain during previous periods of expansion this century – the real estate bubble (2000–2007) and the recovery following the Great Recession and prior to the pandemic (2014–2007) – as shown in Table 3.

Table 3: Decomposition of GDP per capita in productivity and hours worked (Spain, growth rates, real %)

	2000–2007	2014–2019	2022–2025
GDP per capita	2,2%	2,4%	2,7%
Labour productivity (per hour)	0,4%	0,5%	0,7%
Hours worked (% of total population)	1,8%	2,0%	2,0%

Source: own elaboration with data from Eurostat

As we can see, this economic growth has not only led to intense job creation but has also been accompanied by higher productivity growth than in previous periods of expansion. This is a novelty in the Spanish economy, where labour productivity has typically behaved countercyclically, rising mainly during periods of job destruction. Both job creation and increased productivity are important.

On the one hand, this employment growth is necessary to enable people living in households with increasing employment intensity (more members working and fewer atypical contracts) to share in the benefits of the good macroeconomic results. In an economy such as Spain's, historically characterized by higher-than-average unemployment rates, reducing unemployment and increasing employment rates are primary objectives. In recent years, not only has the unemployment rate fallen (although it remains high, at around 10% in 2025), but the percentage of households with members of the labour force who were all unemployed had fallen by 2.6 points at the end of 2025 compared to the end of 2021. Similarly, the percentage of households in which all active members were employed had increased by 5.6 points.

On the other hand, the growth in productivity per hour recorded in recent years (0.7% annually) is higher than that observed during the real estate bubble (0.4%) or in the period prior to the pandemic (0.5%). It was only higher during the Great Recession (2008–2013), when it grew by 1.6%, but this was due to massive job losses that resulted in a decline in GDP per capita. The increase in productivity per hour accounted for 26% of GDP per capita growth in 2022–2025, versus 21% in 2014–2019 and 18% in 2000–2007.

This rise in productivity stems from a combination of various factors (Consejo de la Productividad de España 2026). First, the sectoral composition of newly created jobs is improving. In previous expansions, job growth was concentrated in sectors with low average productivity (such as construction, hospitality and certain personal services), whereas in the current expansion, employment has partially shifted towards advanced services, technology and professional activities, thereby raising average productivity. Furthermore, as will be seen later, the investment programme linked to the Next Generation EU funds, has boosted investment in business digitalization, energy transition projects and technological modernization. Finally, an additional key factor: the 2021 labour reform has significantly reduced temporary employment and labour turnover, and the 60% increase in the minimum wage appears to have discouraged less productive and lower-value-added activities in favour of those that are more capital- and skilled-labour-intensive.

This increase in hourly productivity is also relevant, especially considering that its level in Spain is around 76% of the eurozone average and 65% of that of Germany or France. Furthermore, increased productivity can make it possible to achieve the same rates of GDP per capita growth while reducing working hours per employed person, and is necessary to ensure adequate growth once the economy approaches full employment, especially if the weight of the working-age population declines in the coming years.

Figure 1: Change in real GDP from the onset of each crisis (% , average four quarters)

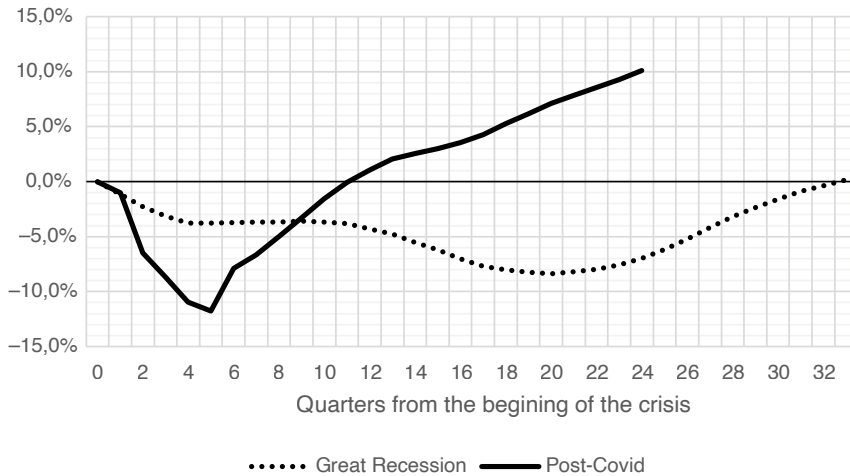
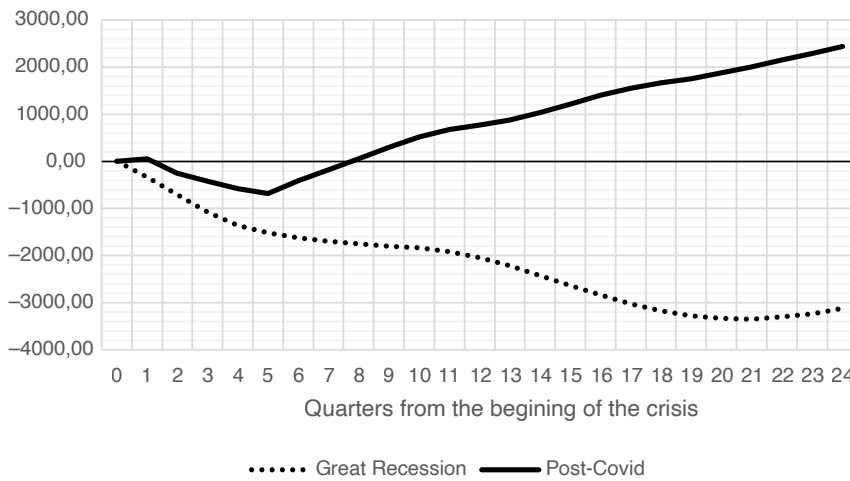


Figure 2: Change in employment (thousands, average four quarters)



Source: Own elaboration with data from Eurostat

To conclude this section, it is worth noting the difference between the rapid recovery of the economy from the 2020 recession and the persistent negative effects of the 2009 crisis.

Figures 1 and 2 show the evolution of GDP and employment in Spain, using the fourth quarters of 2008 and 2019 as references. In 2009, Spanish GDP contracted by

3.8%, and 1.4 million jobs were lost. It took almost 9 years to recover its pre-financial crisis GDP, and at that time, there were still 2 million fewer people employed. In 2020, the GDP decline was greater (–11%), but fewer jobs were lost (577,000), and GDP recovered its pre-pandemic level in just three years. By the end of 2021, employment was already higher than at the end of 2019.

The financial and pandemic crises are different in nature. However, the policies implemented in the first case proved to be counterproductive and aggravated its consequences, whereas those implemented after the pandemic have contributed to a more favourable economic adjustment. In the next section, we explain the main features of this new economic policy developed since 2020.

3. New economic policy

European economies addressed the Covid-19 pandemic crisis with an economic policy response very different from that implemented after the 2008 financial crisis. In this international context, Spain underwent a profound shift in its economic policies for the period 2020–2025. This section highlights the most salient features of this change and its possible impact on economic and employment growth over recent years, following Álvarez and Uxó (2026) who discuss in greater detail the characteristics of the new economic policy implemented in Spain since 2020 and the national and international context that enabled it. Specifically, we underline five elements of this new economic policy: 1) a labour policy aimed at employment stability and the abandonment of the strategy of wage devaluation; 2) an expansionary fiscal policy; 3) the use of New Generation-EU funds to push a programme of structural transformation through targeted public investment, mainly related to energy transition; 4) the strengthening of the welfare state; and 5) “unconventional” fiscal and regulatory policies to tackle inflation.

3.1 The shift in labour policies

The labour policies implemented in Spain since 2020 represent a U-turn from those in place previously. Specifically, we will focus here on the measures adopted to reinforce labour stability and on the abandonment of the “wage devaluation” strategy.

One of the first relevant decisions of this new approach was to promote and facilitate the use of job retention schemes (so-called ERTes) to tackle the consequences of the Covid-19 pandemic on economic activity. Although these mechanisms already existed in Spanish law and have been widely applied in Europe, their use is a significant novelty in Spain. It contrasts sharply with what happened in the 2009 recession, when job retention support played no meaningful role, never covering

more than 0.8% of the workforce. In April 2020, however, 23% of workers were on job retention support,¹ which helped maintain their incomes, avoid company closures, and accelerate employment recovery once the economy reopened, initiating a period of intense job creation.

The use of ERTes in 2020 was only the first step in a broader shift in the approach to employment policies, leading to a profound change in labour market regulation aimed at drastically reducing the excessive temporary nature of contracts in Spain.

In 1995, the temporary employment rate reached 35%, while the average duration of these contracts gradually decreased, causing increasing harm to the economy: a negative impact on productivity, an overreaction of employment to changes in GDP due to excessive external flexibility, and increased precariousness and in-work poverty. Once these problems were recognized, various reforms were carried out to address the so-called “duality” of the Spanish labour market. The conventional diagnosis of these reforms, however, was that this duality resulted from excessive protection of “insiders”, meaning that the abuse of temporary contracts could only be avoided by reducing this protection. The labour reforms of 2001, 2010 and 2012 followed this path, encouraging both internal and external flexibility in companies. The reality, however, is that the incidence of temporary jobs only decreased significantly during the Great Recession. By the end of 2019, the temporary rate still stood at 26% of total employees.

The labour market reform approved in 2021 completely changed this approach. It attributed the excessive reliance on temporary contracts to poor regulatory design, which had allowed companies to use them (inappropriately) for “structural” jobs and not only to address temporary changes in demand (as should have been the case). In this way, they had reduced their workforce’s bargaining power and lowered the costs associated with potential layoffs. Consequently, the core of the reform was to consider that permanent contracts should be signed by default, limiting temporary contracts to exceptional, adequately justified situations. The types of contracts were also reduced and simplified, and the acceptable reasons for temporary contracts were restricted and more clearly defined. The reform also strengthened the presumption that the employment relationship is permanent and increased penalties for fraud.

Other measures to reinforce stability included reforming training contracts, penalizing excessive turnover resulting from very short-term contracts, and introducing a new internal adjustment mechanism intended to facilitate the regular application of job retention schemes, which proved very successful during the pandemic.

1 This instrument was not only used in Spain but was also adopted by other major European economies: in April 2020, 15% of all employees in Germany, 34% in France and 30% in Italy were on job retention schemes (Anderton et al. 2020).

Figure 3: Temporary rate (% , average four quarters)

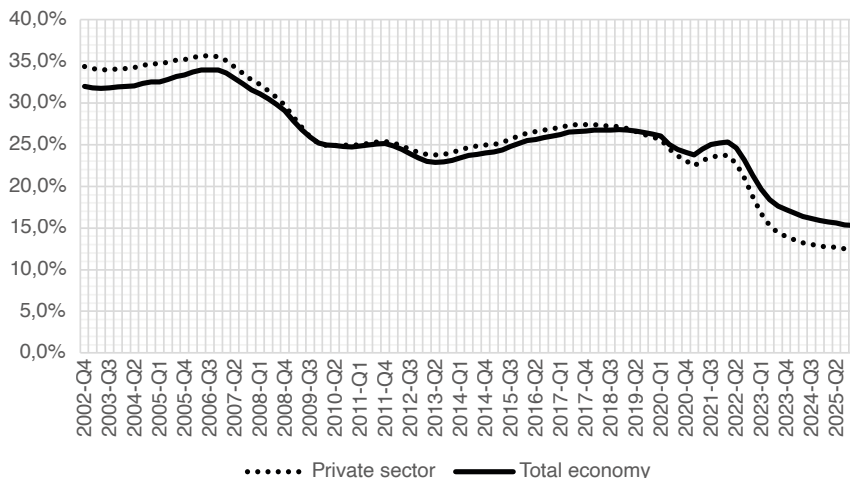
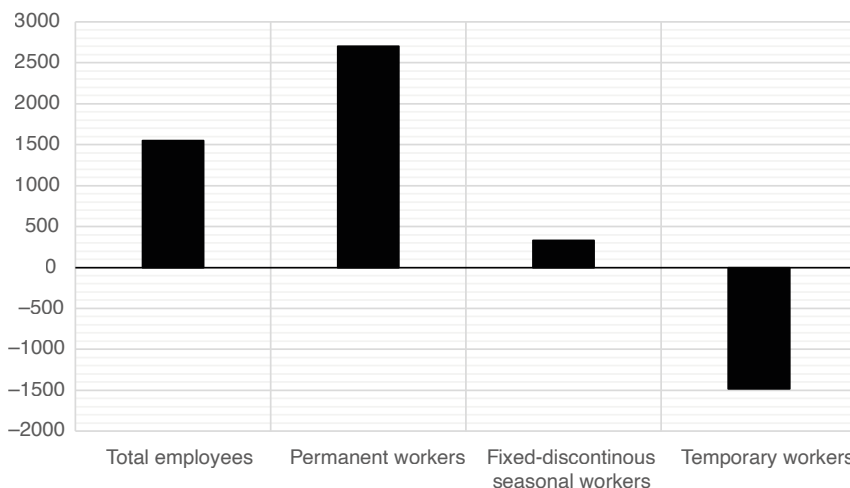


Figure 4: Change in the number of employees (2021Q4–2025Q4, thousands of people)



Source: Labour Force Survey

Although it will probably take more time to see the full effects of the reform, the results of its first four years in force are remarkable. The temporary employment rate has been substantially reduced, reaching 15% in 2025, ten points lower than before the pandemic. In the private sector, the temporary employment rate is below 13%, similar to the European average (Figure 3). This has had a strong impact on job stability: between the last quarter of 2021 and the last quarter of 2025, the

number of employees with temporary contracts has decreased by almost 1.5 million, while 3.3 million permanent jobs have been created, as well as 293,000 fixed-discontinuous jobs (Figure 4). This is a far-reaching structural change, unknown in the Spanish labour market in recent decades. Moreover, this reduction in the temporary rate occurred as employment increased strongly, whereas the Spanish economy had traditionally relied on the widespread use of temporary contracts during expansion phases.

The second main element of the change in labour policies in recent years is the explicit abandonment of the “internal devaluation” strategy pursued by the Spanish government after the global financial crisis (Cárdenas et al. 2020). The “hard” wage devaluation strategy had already been softened at the end of the recovery period before the pandemic, in 2017–2018. However, the clearest sign of the new orientation of wage policy was the 2019 increase in the minimum wage, when the new administration raised it by 22%. Moreover, in 2020 the government decided to continue increasing it over the following years until it reached a level equivalent to 60% of the average wage, as established by the European Social Charter. The cumulative rise in the minimum wage between 2019 and 2025 was 61%, fulfilling this objective and protecting the purchasing power of minimum wage earners from the inflationary process that began in 2021.

Besides the minimum wage increases, other measures envisaged in the 2021 labour market reform also reinforced this new wage policy: it strengthened collective bargaining by re-establishing the priority of sectoral over company-level agreements, prevented outsourcing services from being used to deteriorate labour conditions and restored the ultra-activity of collective agreements (their effects continue to apply after their expiry until a new one has been signed).

The decision to raise the minimum wage by 22% in 2019 sparked intense debate at the time, with some institutions, such as the Bank of Spain, warning that it could adversely affect employment. However, the strong employment growth in these years and the positive assessments of the effects of minimum wage increases by various international organizations fostered widespread support for this policy. For example, Hijzen et al. (2023) concluded that the increase in the minimum wage significantly improved the incomes of Spanish households at the bottom of the wage distribution, without a notable adverse effect on employment.

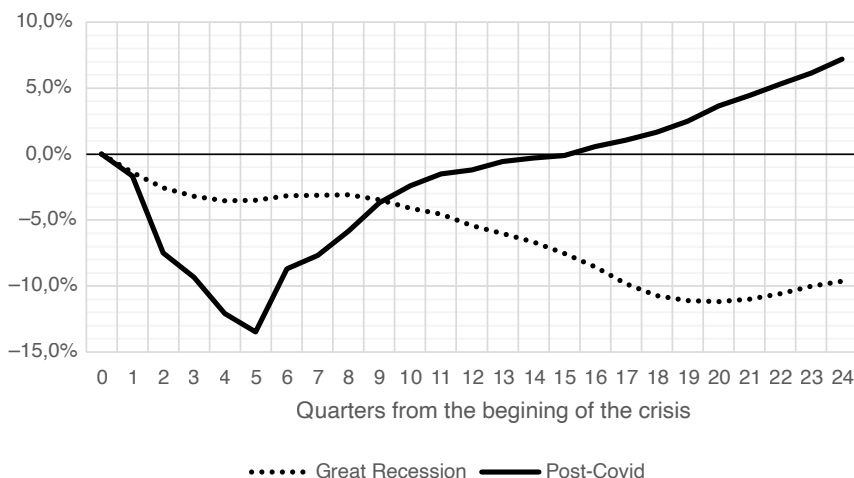
These new labour policies have had significant effects on the performance of the economy: employment creation, higher wages,² and the greater stability of contracts after the 2021 labour reform strengthened domestic demand and is one of

2 According to national accounts data, the real average wage per employee in 2025 is 1.7% higher than in 2021 and 4.7% higher than in 2019.

the factors that explain the resilience of the Spanish GDP and employment growth (Anghel et al. 2023). Furthermore, the concentration of wage growth in the lowest deciles, with a higher propensity to consume, has reinforced this expansive effect. For example, González, Sala and Trivín (2025) find that the 2019 minimum wage increase led to a 4.5% increase in household consumption.

Figure 5 shows the cumulative change in private consumption from the onset of the Great Recession and the pandemic (again, the fourth quarters of 2008 and 2019). We can confirm that, compared to the post-financial crisis evolution, households' consumption has experienced rapid growth since the pandemic.

Figure 5: Change in private consumption (real %, average four quarters)



Source: Own elaboration with data from Eurostat

3.2 Expansionary fiscal policy

The role of fiscal policy after the pandemic has been very different from the austerity policies implemented during the global financial crisis. Certainly, this change has benefited from three important decisions adopted at the European level: the suspension of fiscal rules in 2020; the launching of Eurobonds for the first time to mutualize debt and finance the Next Generation EU funds;³ and the ECB's massive purchase of public debt in secondary markets.

³ In the context of the Covid-19 pandemic, the European Union launched an exceptional mechanism for the partial mutualization of debt to finance the Next Generation EU programme. Through this scheme, the European Commission was authorized to issue joint debt on the financial markets on behalf of

Figure 6 shows, in this case, the cumulative change in the sum of real public consumption and investment after the financial crisis and after the pandemic. During the Great Recession, the initially expansionary fiscal response in 2009 gave way to a strong contractionary stance from 2010 onwards. By the end of 2013, public expenditure was nearly 10% below its level at the end of 2008. In contrast, fiscal policy followed a markedly different trajectory after 2020. Public expenditure not only increased that year (by 4.2%), but the expansionary stance was sustained thereafter – largely supported by the inflow of Next Generation funds.⁴ By the end of 2025, public spending was 20% higher than in the fourth quarter of 2019.

Segarra and Uxó (2025) use a super-multiplier model to estimate the effects of both fiscal policy stances, accounting for all indirect effects on consumption, investment and imports. Their results confirm that, between 2010 and 2013, fiscal policy became procyclical and contributed to a second recession, whereas after 2020, public spending significantly fostered GDP growth. This countercyclical orientation softened the initial economic downturn and helped accelerate the subsequent recovery.

This fiscal policy obviously increased public deficits and debt. However, precisely because the new economic policies drove a rapid recovery in employment and GDP once the Covid-related health restrictions were lifted, the deficit and the debt-to-GDP ratio have fallen rapidly, as shown in Figure 7. In 2025, the public deficit (–2.5%) and debt (100.6%) are forecast to be roughly the same as in 2019.

Therefore, in recent decades Spain has experienced two very different approaches to ensuring the sustainability of public finances. The first, unsuccessful, attempt was based on austerity, i.e. harsh cuts to the main pillars of the welfare state implemented between 2010 and 2013. The second, after the pandemic, is based on a strategy that we could describe as a “partially balanced fiscal expansion” (Uxó et al. 2018). It combines a significant increase in public spending with tax hikes on the economic and business sectors with the highest capacity to pay. This strategy has made it possible to raise the pace of tax collection while strengthening economic growth, allowing the public deficit to be reabsorbed and the debt-to-GDP ratio to decrease.

the member states. These securities (“blue bonds”) were characterized by their high credit quality and by being collectively guaranteed by the EU, which allowed for financing to be obtained on more favourable terms. The funds raised were subsequently distributed among member states in the form of grants and loans to finance investments. These grants were conditional on the implementation of reforms aimed at economic recovery and the digital and green transition.

4 These funds have also enabled the government to compensate for its lack of parliamentary support for approving new budgets since the 2023 general election.

Figure 6: Evolution of real public expenditure in Spain since the onset of the Great Recession and the pandemic (% change)

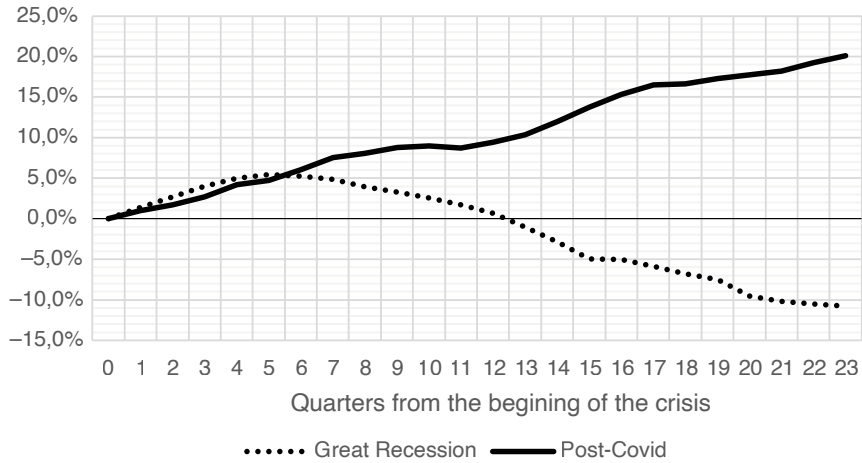
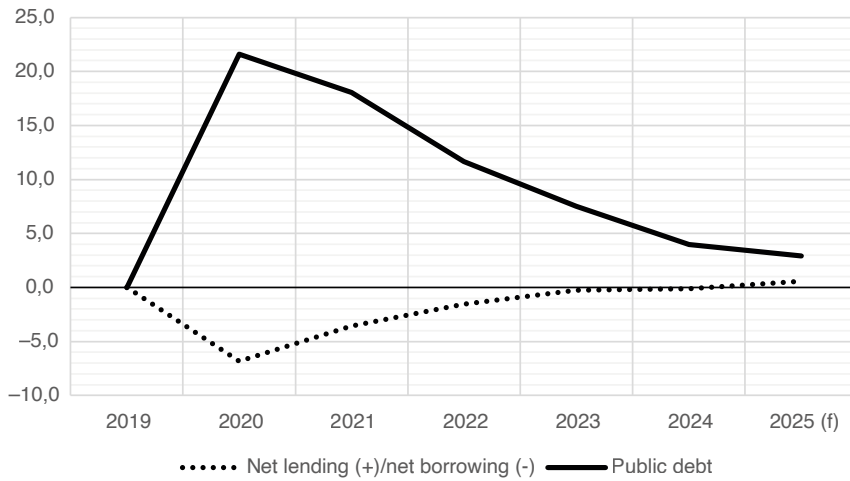


Figure 7: Change in the fiscal balance and public debt since 2019 (points of GDP)



Source: Own elaboration with data from Eurostat. Data on public balance and debt for 2025, forecast by Bank of Spain (2025a)

3.3 Public investment, industrial policy and energy transition

After a sharp decrease during the austerity years, public investment registered an average annual growth rate of 5.9% in 2022–2025.⁵ Besides its contribution to the expansionary stance of fiscal policy, this was also able to help drive supply-side structural reforms through a new industrial policy, specifically through the Recovery, Transformation, and Resilience Plan (PRTR, in Spanish), which was drawn up to channel Next Generation EU funds.

The recovery in public investment following the fiscal cuts of 2012–2016 began as early as 2018–2019. But undoubtedly, the Next Generation funds – linked to the Recovery and Resilience Facility – received by Spain will be essential for pushing forward the new wave of public investment that has been underway since 2020. Initially, the Next Generation funds amounted to €69 billion in transfers, channelled through the PRTR. However, in October 2023, an “addendum” was approved, providing for an additional €10 billion in transfers and up to €84 billion in loans. Finally, in December 2025, the Spanish government decided not to request 75% of these loans, arguing that their terms are currently less favourable than those Spain can obtain directly in the debt markets. Therefore, the total amount of Next Generation funds received by Spain would be €89 billion in transfers and nearly €22 billion in loans.

The most novel aspect of the plan’s design is the implementation of the so-called Strategic Projects for Economic Recovery and Transformation (PERTE, in Spanish). This instrument may be useful for developing a new active industrial policy grounded in M. Mazzucato’s “missions” idea (Mazzucato 2021; García Tabuenca et al. 2024). To some extent, the PERTEs are also inspired by the Important Projects of Common European Interest (IPCEI) and aim to promote collaboration among public administrations, companies and research centres on strategic, complex projects with high pull and strong multiplier effects.

Each PERTE identifies a key area for the future of the economy, selected according to its relevance for growth and employment (sectors that can significantly contribute to economic growth and have a combination of knowledge, experience, resources and actors that can address market failures or societal challenges) and its quantitative or qualitative importance (sectors with a high technological or financial risk that allow the integration and growth of small and medium-sized enterprises, and projects with disruptive and ambitious research and innovation phases followed by an initial industrial deployment).

5 Nevertheless, in terms of GDP, public investment in Spain is still almost one percentage point below the European average.

So far, the government has approved twelve PERTEs, including significant investments in electric vehicles, renewable energy, green hydrogen, and microelectronics and semiconductors, among others. Although it is still too early to assess their capacity to drive these structural transformations, it can be said that, to a certain extent, it is the first attempt to recover a “selective” industrial policy – abandoned in Spain for decades.

Among these structural objectives, the energy transition is undoubtedly a priority for Spanish economic policy. In addition to its contribution to decarbonization and the fight against climate change, it can have very positive economic effects that will potentially be greater than in other countries, precisely because of Spain’s historical dependence on fossil fuel imports and its high availability of natural resources associated with electricity generation from renewable sources (sun and wind).

Table 4: Public investment in Green PERTE (million euros)

PERTE	Transfers, 1st phase	Transfers, addendum	Loans, addendum	RePower	Total
Development of the electric vehicle	2.870	250	1.000		4.120
Renewable energy, hydrogen and storage	6.600	1.557		2.640	10.797
Industrial decarbonization	450	1.020	1.700		3.170
Circular economy	192	600			792
Other PERTE (1)	4.093	4.225	13.986		22.304
Total	14.205	7.652	16.686	2.640	41.183

(1) Chip (Microelectronics and semiconductors), Advanced healthcare, Agrifood supply chain, New language economy, Digitization of the water cycle, Social and care economy, Aerospace industry, Shipbuilding industry.

Source: PRTR

Consequently, Spain has set ambitious targets for the expansion of renewable energy in electricity production (Uxó/Álvarez 2025), which require substantial (private and public) investment. The Integrated National Energy and Climate Plan (PNIEC, in Spanish) estimated it at €308 billion in the period 2021–2030, and Next Generation has contributed with a significant increase in public funds devoted to the energy transition.

Of the twelve plans approved, four have content clearly linked to the energy transition or environmental objectives (“Green PERTE”): development of the electric and connected vehicles; renewable energy, renewable hydrogen and storage; industrial decarbonization; and circular economy. As shown in Table 4, they are endowed

with €16.179 million in transfers, representing 66% of the total transfers allocated to the PERTEs, and €2.7 million in loans (16% of the loans allocated to the PERTEs). Considering the private investment expected to be mobilized around these Green PERTEs, the final investment figure would be €53 billion.

In Spain, the energy transition is seen as an opportunity with significant economic and environmental effects. First of all, they take the form of direct increases in GDP and employment coming from new investments, but there are also indirect effects, such as energy savings (which free up resources for other types of expenditure) and the expenditure shift from energy imports towards the domestic renewables sector. Effectively, the combination of increased energy efficiency, more installed renewable capacity, and electrification of sectors such as transport, construction and parts of industry will reduce energy imports and Spain's tradition of energy dependence.

Moreover, one of the main opportunities the energy transition can bring to Spain is to turn lower electricity prices into an advantage for its domestic industry's competitiveness and to attract investment. Cubero et al. (2025) analyse the effect on electricity prices of the expansion of renewable electricity generation and find that each percentage point increase in their share of electricity generation reduces electricity prices by 0.74 percentage points. Furthermore, this influence is non-linear due to the "merit order mechanism" that characterizes the electricity market, and it increases when this share exceeds 60%.

Transferring their results to the evolution of renewables in Spain, they find that the increase in the weight of renewable energy from 45% to 60% between 2021 and 2023 has reduced the wholesale price of electricity by 12.5%. However, the effect of the increase to 65% in 2024 was proportionally much larger, reducing the price by another 7.5% that year. In total, the cumulative reduction would already be 20%. Finally, if the PNIEC targets are met in 2030 (a further 15 percentage point increase in the share of renewables), an additional 20% reduction in electricity prices in Spain could be expected.

In fact, wholesale electricity prices in Spain have already fallen from above the European average to below it. Spanish households and companies have started to enjoy lower electricity prices, as shown in Figures 8 and 9. For example, in the industry sector, electricity prices were 20% lower than the European average in 2024, whereas during the previous expansionary phase (2014–2019), they were 25% higher. This change is due to both reduced exposure to natural gas from Russia and Spain's competitive advantages in solar and wind-based electricity generation. As the latter derive mainly from favourable climatic and geographic conditions (longer hours of sunshine and wind, as well as large areas of low-population-density land that facilitate their installation), they can become structural if accompanied by the necessary investments.

Figure 8: Household electricity prices (Spain vs EU)

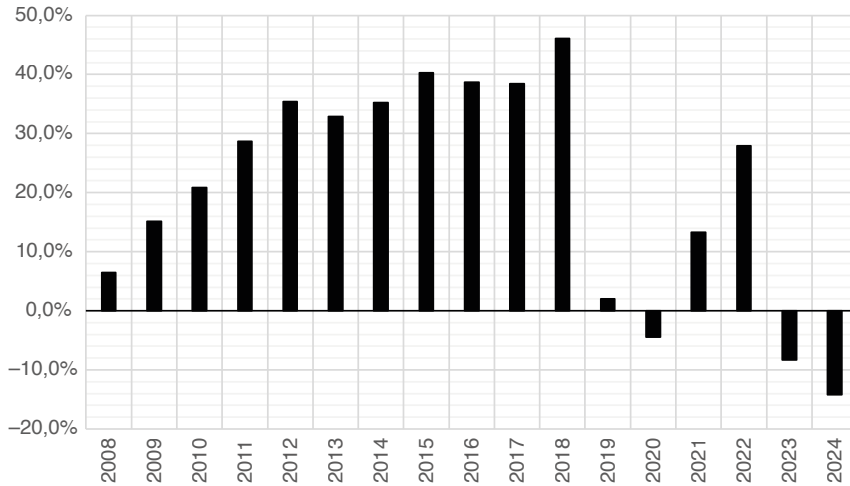
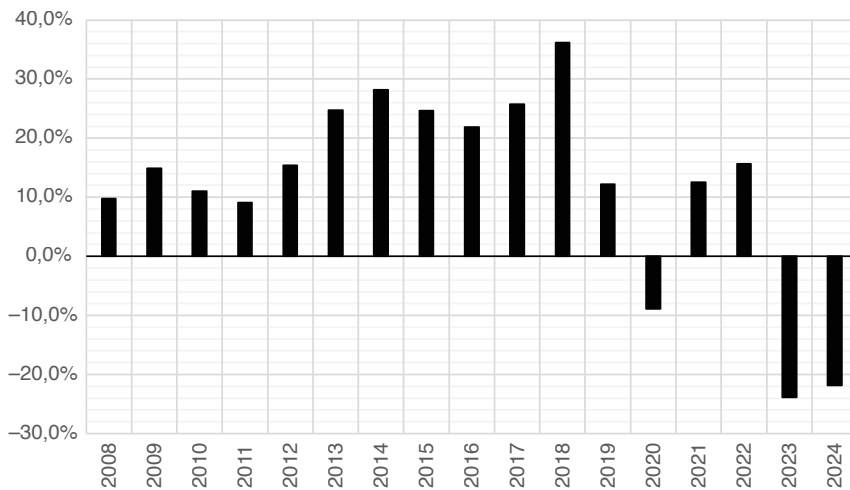


Figure 9: Industrial electricity price (Spain vs EU)



Excluding taxes and levies.
Source: Eurostat

3.4 The strengthening of the welfare state

The austerity policies implemented in the previous decade affected not only public investment but also the heart of public services: freezing the number of civil servants and worsening their working conditions, underfunding education, health

and care for dependent persons, and, as a significant example, reforming the public pension system.

Following recommendations from EU institutions, the pension reforms of 2011 and 2013 increased the statutory retirement age and extended the period of contributions required to be eligible for a pension. They also introduced a new “revaluation index” (which limited pension increases to a maximum of 0.25% per year if the pension system registered a deficit) and a “sustainability factor” (which reduced pensions as life expectancy increased). The combined effect of these reforms entailed a drop in retirement pensions of up to 30%. The purpose of these reforms was clear: to reduce pension spending per person to address population ageing.

When the progressive coalition government took office in 2020, it explicitly announced that reversing these cuts to pensions and public services would be one of its defining features. To a large extent, the pandemic accelerated this process, as one of the first decisions taken was the construction of a “social shield” made up of a good number of public policy measures to protect the population, and especially the most vulnerable groups: the reinforcement of social services, the prohibition of evictions and the guarantee of supplies, a shocking plan to strengthen dependency care systems and the reform of long-term care, among other measures. A notable example of this reaction was the approval of a national income guarantee system – until then non-existent in Spain – called *Ingreso Mínimo Vital* (Minimum Living Income). Although initially planned for deployment throughout the legislature period, its implementation was brought forward to May 2020. The philosophy behind this idea of the social shield was later maintained during the inflationary crisis, with the addition of other measures to protect those households most affected by rising energy and food prices (direct transfers, limits on rent increases, subsidies for transport and gas prices, among others).

Regarding the pension system, the new government carried out a reform that represents a sharp shift in perspective compared to the previous decade. In 2021, this reform focused on ensuring that pensions were sufficient for retirees to maintain an adequate standard of living. The “sustainability factor” was abolished, and the revaluation index was replaced by a law that ensures pensions are updated in line with price rises, thereby maintaining pensioners’ purchasing power. Furthermore, a growth path was established for minimum and non-contributory pensions, which were too low, and measures to reduce the gender gap in pensions, associated with women’s more irregular and lower-paid working careers, were adopted. Later, in 2023, a new reform introduced measures to increase the public funds allocated to finance the pension system: a rise in social security contributions for the highest wages (known as the “solidarity quota”); an “intergenerational equity mechanism”, which also results in transitional increases in contributions while the system adjusts to the retirement of the baby boomers; the financing of social security

expenditure other than pensions from tax revenues; and incentives to delay retirement without changing the statutory retirement age.

Clearly, the last reforms mentioned above involve a different approach to addressing the social security deficit. The backbone of the pension reforms of 2011 and 2013 was to seek ways to reduce future pension spending, adapting it to a given level of resources. By contrast, the reforms of 2021 and 2023 assumed that pension expenditure will grow due to population ageing, and their main objective has been to act on the revenue side.

The updating of pensions, in an inflationary context such as that seen since 2021, has had a significant impact on household disposable income, especially compared to maintaining the previous revaluation index, and this must have been one of the main drivers of the dynamism of private consumption expenditure that we observed above. Between 2022 and 2025, ordinary contributory pensions have been revalued by a cumulative 18.7%, compared to 1% if the 2021 reform had not been approved. Moreover, minimum and non-contributory pensions have increased at an even higher rate. In Spain, nearly ten million people receive some form of pension, and for 32% of households, it is their main source of income.⁶

3.5 “Unconventional” fiscal and regulatory policies to cope with inflation

The fifth characteristic of the economic policy implemented by the Spanish government during this period that we want to underline is the package of measures adopted after the inflationary shock recorded in 2021 and, especially, 2022, when the annual average inflation rate reached 8.3%. The interannual rate peaked at 10.7% in July of that year, then began to fall, stabilizing at around 3% in 2023–2025.

During this period, an intense academic and policy debate emerged regarding the nature of this inflation (Dao et al. 2024; Weber/Wasner 2023). In the case of Europe, there is a notable consensus regarding the supply-driven nature of this inflation, with the energy shock identified as the main driver of rising prices and more than half of the inflation in the eurozone in 2022 attributed to changes in energy prices (ECB 2022).

Spain is a good case study for evaluating the effectiveness of different economic policies in addressing this kind of supply-side inflation, as two strategies have co-existed. On the one hand, the government implemented many fiscal and regulatory

6 See Febrero and Bermejo (2024) for a comprehensive analysis of the macroeconomic impact of pension spending in Spain using the supermultiplier model.

measures between 2021 and 2023. On the other hand, the ECB simultaneously began to implement a rapid, intensely restrictive policy.

Of course, lower gas and oil prices in international markets since late 2022 have played a key role in reducing inflation. However, the effectiveness of the broad set of measures progressively deployed by the Spanish government has also been significant. They have aimed to curb price increases and mitigate their consequences on the most affected productive sectors, households and vulnerable groups. We can order them into five categories: 1) lower indirect taxes on consumers' electricity and natural gas bills; 2) reform of the way the wholesale electricity market functions, capping its prices; 3) measures aimed explicitly at curbing other prices, such as fuel, public transport, housing rents or selected food products; 4) support for those households and economic sectors most affected by the effects of inflation; 5) transitory taxes to increase the contribution of high-income households, wealth owners and high-profit companies in the energy and financial sectors.

The majority of these measures has focused on energy markets, with the reform of the wholesale electricity market, known as the “gas cap” or “Iberian Exception”, as the most notable. The objective of this mechanism, which came into force in Spain and Portugal in June 2022, was to reduce the price consumers pay for electricity, establishing a limit on the prices charged in the wholesale market by “infra-marginal” technologies (solar, wind, hydroelectric, nuclear). This cap decouples wholesale electricity market prices from the rise in international gas prices, thereby modifying the market's marginalist operation. The IMF (2022) estimates that electricity prices were 16% lower compared to an alternative scenario without the gas cap. Given that electricity accounts for 4% of total HICP, this would imply a reduction of around 0.6 pp in the inflation rate. Considering the joint effect of all measures against inflation, the Bank of Spain (2023) estimated that inflation in 2022 would have been 2.3 points higher without them.

The Spanish government opted for ‘surgical’ fiscal and regulatory measures focused on specific sectors. At the same time, the ECB sought to cool household consumption and business investment to reduce demand and, thus, inflation, although its last trigger came from the supply side.

The effect of these measures has also been different. The Bank of Spain (2023) estimates that the contribution of the government's fiscal measures to the reduction in inflation in 2022 was ten times greater than that of monetary policy. In addition, the government's fiscal measures contributed 1.1 percentage points to GDP growth, while monetary policy reduced it by 0.6 points.

Thus, non-monetary measures would have been more effective at reducing inflation than the ECB's sharp rate hike, while also stimulating growth and redistributing income to lower-income households.

Nevertheless, although some of the fiscal policies implemented by the Spanish Government in 2021–2023 aimed at ensuring a certain income redistribution to lower-income households,⁷ the inflation crisis of 2022 led to a temporary decline in purchasing power and had significant distributional effects in Spain, as companies passed their higher input costs on to consumers in order to protect their profits, with an increase in aggregate markups (Uxó et al. 2025). We will analyse this impact in more depth in section 5.

4. The key role of immigrants

The expansion of employment and GDP in Spain cannot be fully understood without considering migration, undoubtedly one of the most prominent phenomena experienced by the country in recent years.

From 2019 to 2025, the foreign-born population rose from 6.5 to 9.5 million individuals (reaching 19.3% of the population), while foreign nationals numbered 7 million in 2025 (14.2% of the population), reflecting both new inflows and naturalization processes. Meanwhile, the native-born population declined by approximately 600,000 individuals during this period. As a result, immigration has become the sole source of resident population growth in Spain in recent years as can be seen in Figure 10.

Over this period, Spain's labour force increased from 23 million to 24.8 million individuals. While the native population aged and grew by only 0.5%, the immigrant population expanded by 45%. Similarly, total employment rose strongly during this period, even more rapidly than labour force participation. As can be seen in Figure 11, between 2019 and 2025, Spain created 2.9 million jobs, of which 1 million (35%) corresponded to native-born Spaniards and 1.9 million to foreign-born individuals (45% foreign nationals and 20% dual nationals). Consequently, the share of workers not born in Spain increased markedly (from 15.1% of total employment in 2019 to 21.3% by the end of 2025).

Importantly, this increase in foreign-origin employment did not prevent a substantial reduction in unemployment. Between early 2019 and late 2025, unemployment

7 For example, subsidies to public transport, two one-off payments of €200 to vulnerable households, increased discounts on vulnerable households' electricity bills, the creation of a Minimum Vital Supply for electricity, a limitation of the housing rent update, and increases in the income guarantee scheme.

declined by 800,000 individuals, with the entire reduction concentrated among the native-born population (unemployment rose slightly among the foreign-born).

Figure 10: Resident population, by country of birth (1 January)

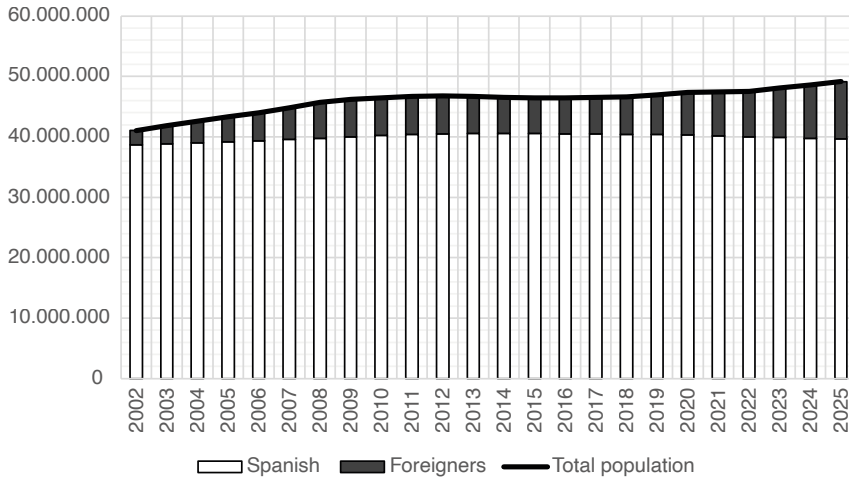
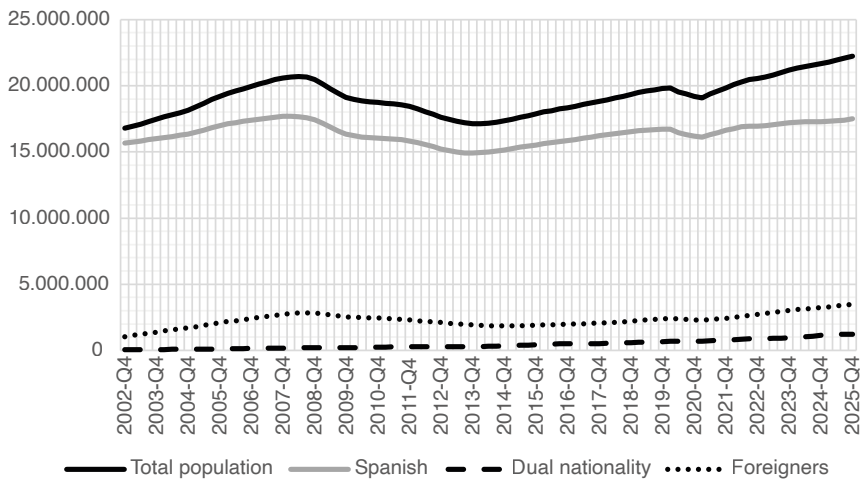


Figure 11: Employed population, by nationality (average four quarters)

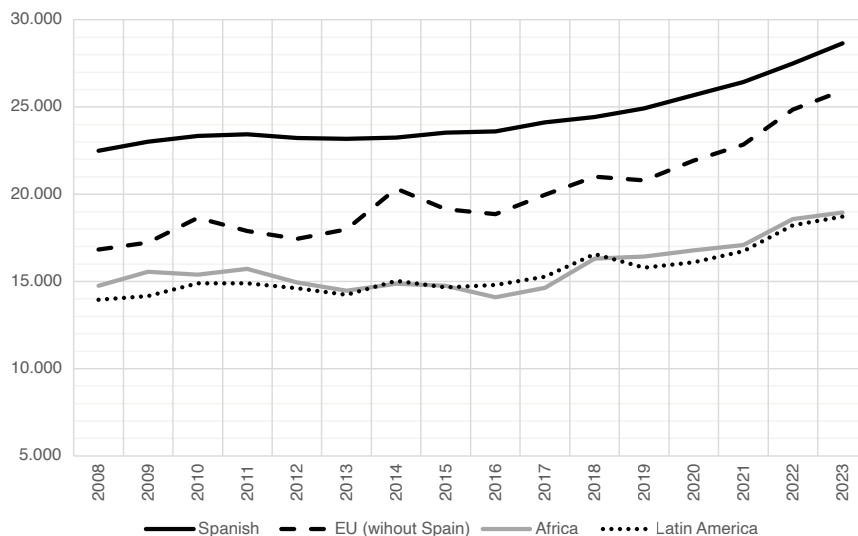


Source: National Statistics Institute (INE)

Empirical evidence indicates that foreign workers earn lower average wages than native workers. The Annual Salary Structure Survey (Figure 12) shows that Spanish nationals earned slightly over €28,600 per annum on average in 2023. Workers from other EU countries earned approximately €26,000 (91% of the Spanish

average), while workers from the Americas and Africa earned roughly 65% of the average wage of Spanish nationals.

Figure 12: Average annual salary per worker, by nationality (euros, nominal)



Source: Annual Salary Structure Survey

Immigrant employees in Spain earn approximately 35% less than native workers, representing one of the largest wage gaps among advanced economies (Hermansen et al. 2025). This gap arises from two main factors: unequal pay when doing the same work for the same employer, and labour market mechanisms that channel immigrants into lower-paying occupations. According to Hermansen et al. (2025), the segregation of immigrant workers into lower-paying jobs accounts for about 80% of the overall immigrant–native earnings difference. Although within-job pay inequality remains notable for immigrants, explaining the other 20% of earnings differences, unequal access to higher-paying jobs is the primary driver of the immigrant–native pay gap in Spain.

Even though immigration may exert downward pressure on wages and employment opportunities for groups that compete most directly with immigrants – particularly low-skilled workers – the average impact in Spain appears to have been limited in recent years (Gálvez 2025). Moreover, when immigrants and natives specialize in different tasks and occupations, immigration can generate positive effects through complementarities that enhance overall labour market productivity.

Empirical evidence for Spain (Fernández/Torres 2026) shows that the recent surge in foreign labour supply has not occurred in a zero-sum context. Rather than

substitution, the current expansion has been characterized by complementarity. Thus, between 2019 and 2025, native-born workers primarily increased their presence in high-skilled occupations – managers, professionals and technicians – and in sectors such as public administration, education, health, and information and communications (Hidalgo 2025). Meanwhile, and as can be seen in Figure 13, foreign workers have been concentrated in tourism, hospitality and retail, agriculture, domestic services, construction, low value-added administrative services, transportation and storage, as well as long-term care. This pattern reflects strong occupational segmentation and sectoral specialization, depending on whether the labour force is native or foreign.

This segmentation and complementarity have helped offset a lack of young native workers in certain sectors. While native workers have moved up the occupational ladder, immigrants have filled vacancies in sectors facing labour shortages (Fernández/Torres 2026; Hidalgo 2025). Whereas employment growth among Spaniards has been concentrated in higher-paying occupations, immigrant employment has been clustered in occupations with average or below-average pay (see Figure 14).

Migration has not only affected the size and composition of the labour market but has also influenced broader macroeconomic dynamics. We can see clear evidence of this with a simple mechanical breakdown of the evolution of GDP per capita growth: a decomposition of per capita GDP growth conducted by Cuadrado and Regil (2025) reveals that, between 2022 and 2024, immigration accounted for between 14% and 24% of per capita GDP growth during that period. Without immigration, per capita growth would have been significantly lower in the context of demographic decline and population ageing.

Several mechanisms can be identified through which the immigrant population – drawn to Spain by an expanding labour market – has contributed to economic growth. Firstly, the strong influx of foreign workers has led to a notable increase in the country's productive potential, boosting growth through increased aggregate demand and private consumption. This component of demand contributed to 54% of GDP growth between 2021 and 2025, making it the main driver of the Spanish economy during this period.

Furthermore, the arrival of this contingent of the population has enabled growth without bottlenecks, facilitating the expansion of activities that, without this contribution, would have faced a significant labour shortage (Bank of Spain 2025b).

Finally, the arrival of foreign labour has played a key role in the Spanish economy, containing price increases in sectors that have been crucial to the expansion of aggregate demand and private consumption – retail, construction and hospitality. Fernández and Torres (2026) estimate that during the period 2019–2024, the

aggregate deflator for sectors associated with tourism (retail, hospitality, catering and transportation), which are very labour-intensive, increased by 17.9%, compared to 21.3% for the eurozone average.

Figure 13: Main sectors employing foreign workers (% of total foreign social security affiliates)

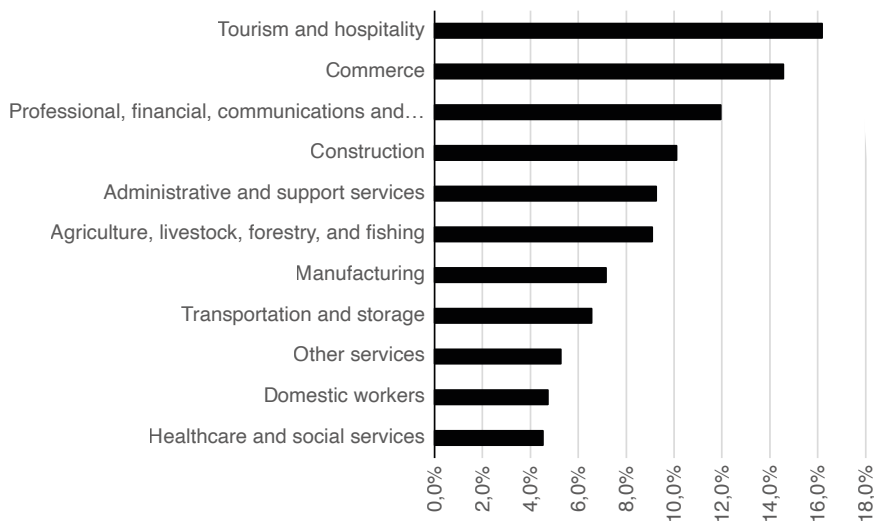
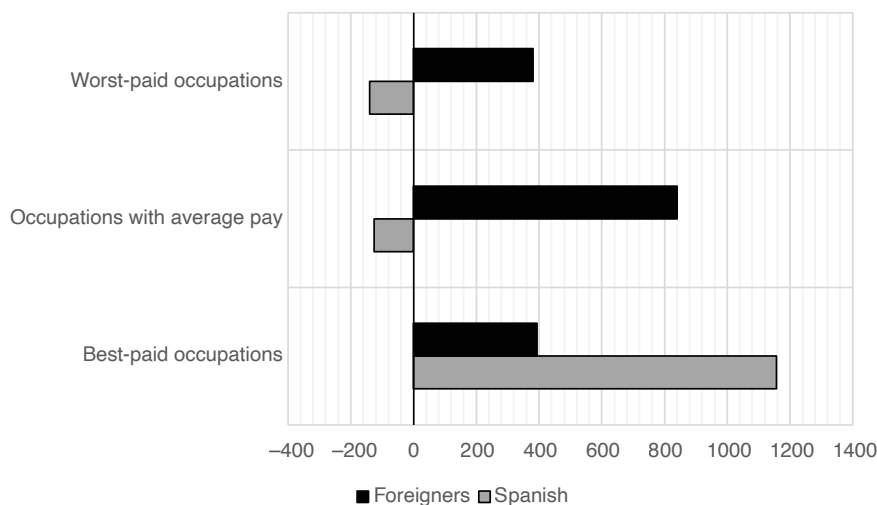


Figure 14: Employment growth between 2019 and 2024, by nationality



“Foreigners” include foreign nationals and dual nationals. The best-paid occupations are managerial and professional (categories 1 to 3 of the LFS classification); those paid around the average correspond to employees, skilled workers, and operators (categories 4 to 8); and the lowest-paid occupations are “elementary” (category 9).

Source: Ministry of Inclusion, Social Security and Migration and Fernández and Torres (2026).

5. Households' incomes, real wages and affordability

Spain has recorded high GDP growth rates in recent years, both in absolute and per capita terms. Despite this, there has recently been a social debate in the country on three interrelated issues, which we would like to review in this section:

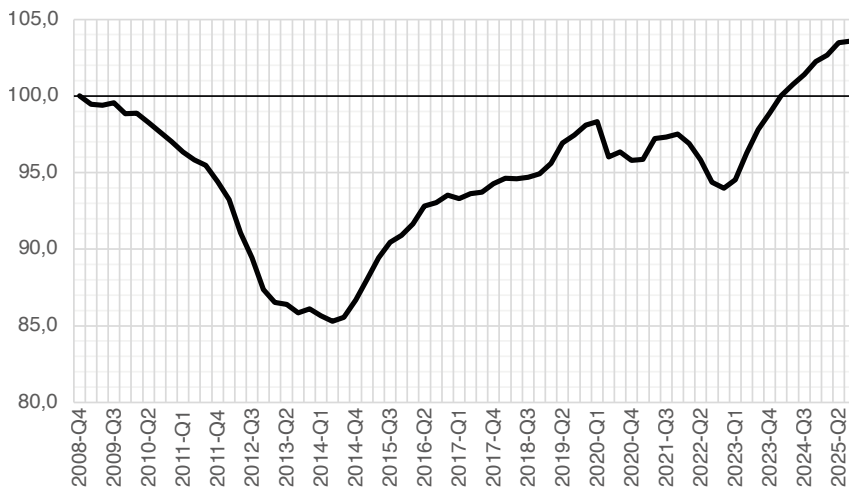
- To what extent has this growth translated into an improvement in household income and purchasing power in an inflationary context?
- To what extent is this rise in household income due exclusively to increased employment, or is there also an improvement in real wages?
- To what extent is this rise in real income enough to offset higher housing prices and ensure a real improvement in households' living conditions?

To better understand the context of these debates and the behaviour of the Spanish economy, we will take 2008 as a reference point to answer these three questions. Thus, we will include the effects of the two major recessions that have occurred during this century.

Figure 15 shows the evolution of households' real disposable income per capita. It can be seen that, after the sharp decline following the double-dip recession of 2009 and 2011–2013, by the end of 2019, the pre-financial crisis level had not yet been recovered; this is why those years are called “a lost decade”. Since then, the pandemic and, above all, the inflationary process of 2021–2022 have again led to a decline in real disposable household income per capita. At the end of 2022, this income was 4.2% below the pre-pandemic level. However, over the last three years, it has grown by a cumulative 10%, standing 5.6% above 2019 levels and thus offsetting the effects of both the Covid-related recession and the inflationary shock derived from the energy crisis.

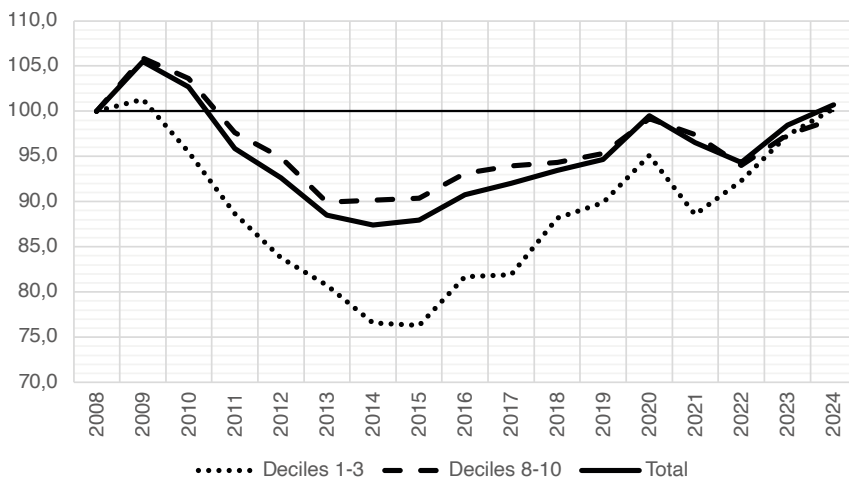
It is also interesting to see how this evolution has affected households with different income levels. As shown in Figure 16, the financial crisis mainly affected households in the first three deciles, whose real income in 2014 was 23% lower than in 2008. In contrast, the Great Recession had a much smaller impact on households in the top three deciles (whose income fell by only 10%). Since then, the situation has reversed, and almost all the growth in real household income has concentrated among the lowest-income households. By 2024, this group had already recovered all the ground lost since 2008 and was 12% higher than before the pandemic. Consequently, income distribution indicators have also improved substantially in this latest period: according to the Living Conditions Survey, the Gini coefficient, which had peaked at 0.347 in 2014, had fallen to 0.330 in 2019 and reached the lowest level in the entire available series in 2025, at 0.308. Similarly, although the AROPE and at-risk-of-poverty rates remain higher in Spain than the European average, they have also fallen in recent years.

Figure 15: Households' real disposable income per capita (average four quarters)



Source: National accounts

Figure 16: Average real income per decile



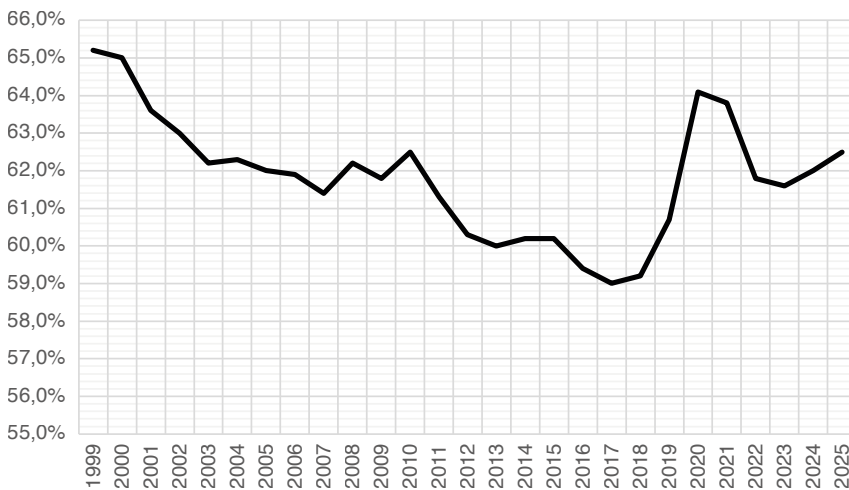
Source: Living Conditions Survey

Wages are the main component of household income and can grow through increases in labour intensity (more household members working or working more hours throughout the year) or in real wages per employee. In this sense, the stagnation of real wages over the past two decades is a source of significant social unrest in Spain.

Figure 17: Real wage in Spain (2000=100)



Figure 18: Adjusted wage share (% GDP at factor cost)



Source: own elaboration with data from Eurostat (real wage) and AMECO (wage share)

Figure 17 shows real wages, deflated using the consumer price index, since 2000. As can be seen, in 2019 wages per person were practically the same in real terms as two decades earlier, and hourly wages were only 5% higher (the difference corresponds to the reduction in the average number of hours worked per employee). In fact, aside from the composition effect that raised average wages due to the sharp employment adjustment in 2019, real wages per employee in those years were, for the most part, below the 2000 level.

The pandemic led to a temporary increase in average real wages, which then fell again during the inflationary period, when nominal wages grew well below the rate of inflation. However, real wages have been rising again since 2023 and, if measured per employee, were 1.7% higher in 2025 than in 2021 and 4.7% higher than in 2019. Hourly wages, meanwhile, were 1.1% and 5.6% higher in 2025 than in 2021 and 2019, respectively.

Therefore, the recent period of growth has indeed been accompanied by an increase in real wages. However, the overall wage compensation for all employees has grown faster than real wages per employee in recent years, thanks to job creation. Returning to the comparison with 2019, they have increased by almost 15%, three times the increase in real wages per person. In sum: of all the real growth in household wage income since the pandemic, approximately two thirds can be explained by job creation and one third by wage growth.

The low growth rate of real wages in Spain is often associated with the productivity slowdown since the 1990s. However, this only a partial explanation: in addition, this lower productivity growth has not been fully reflected in wage income, which has lost ground in total income. Figure 18 uses AMECO data to illustrate this distributive change in the last 25 years, which continues the trend observed across developed countries since the mid-1980s. There is a clear downward trend in the wage share both during the expansionary period associated with the economic bubble (2000–2007) and, more clearly, during the period of wage devaluation and austerity policies (2010–2013). The wage share, which was 65.2% in 2000, reached its lowest value in 2017, at 59%.

This declining trend in the wage share seems to have changed after 2018. Although this could initially be associated with the pandemic itself (employment fell less than production), it is noteworthy that, even after the negative distributive impact on real wages generated by the inflationary period, the wage share appears to be stabilizing at a value (62.5%) higher than in 2017, although it is still almost 3 percentage points lower than in 2000.

Once again, the labour policies implemented in recent years may have decisively influenced this change, particularly the increase in the minimum wage and the reduction in temporary employment.

Regarding this, the OECD (2024b, 11) stated that “weak real wage growth [in Spain] is therefore not just a sign of lagging productivity growth but also reflects additional factors, related to for example changes in wage-setting due to a decline in the bargaining power of workers or composition effects due to the growing concentration of productivity gains in capital-intensive firms.” Moreover, it pointed out that “labour market policies also have an important role to play in reviving broadly shared

productivity growth,” underlying that, in the last years, “wage-setting institutions [...] have significantly been strengthened to promote a broader sharing of productivity gains” (OECD 2024b, 15).

Surely, one of the measures with the greatest influence on labour income in recent years is the increase in the minimum wage, which has therefore also had a positive effect on the labour share. The 2019 minimum wage increase affected at least 7% of wage earners, more than one million people. Half of them will have experienced wage increases of more than 10%.

Along with this increase in the minimum wage, we have already pointed out above that the second most important measure in the new labour policy is the 2021 reform and its effect on the temporary employment rate, which has fallen by more than 10 percentage points.

Academic literature has highlighted how labour regulations affect wages (Blanchard/Giavazzi 2003; Ciminelli et al. 2022). Particularly regarding the increased flexibility in the use of temporary contracts, Amendola et al. (2024) find a negative effect of temporary contracts on wage bargaining power and, therefore, on the wage share.

In Spain, LFS data show that in 2021, when the last labour reform was introduced, wages received by employees with permanent contracts were, on average, 30% higher than those received by employees with temporary contracts. De la Rica (2010) calls this difference the “penalty of temporary employment” and points out that the excessive use of temporary contracts is an important factor in explaining wage inequalities in Spain. Specifically, she estimates that, even after accounting for differences in the characteristics of people in permanent and temporary jobs, the hourly wage of employees on temporary contracts was still 15% lower.

This difference is consistent with other research for the EU (Dias da Silva/Turriani 2015), and more recent work has also found that the flexibilization of temporary contracts in Spain led to a permanent wage loss for people entering the labour market at that time (García-Pérez et al. 2019).

This evidence suggests that people working on temporary contracts suffer a wage penalty due to a loss of bargaining power. Consequently, the significant reduction in the incidence of this type of contract, as observed since 2022, is likely to have had a positive effect on average wages, on inequality⁸, and, ultimately, on the wage share.

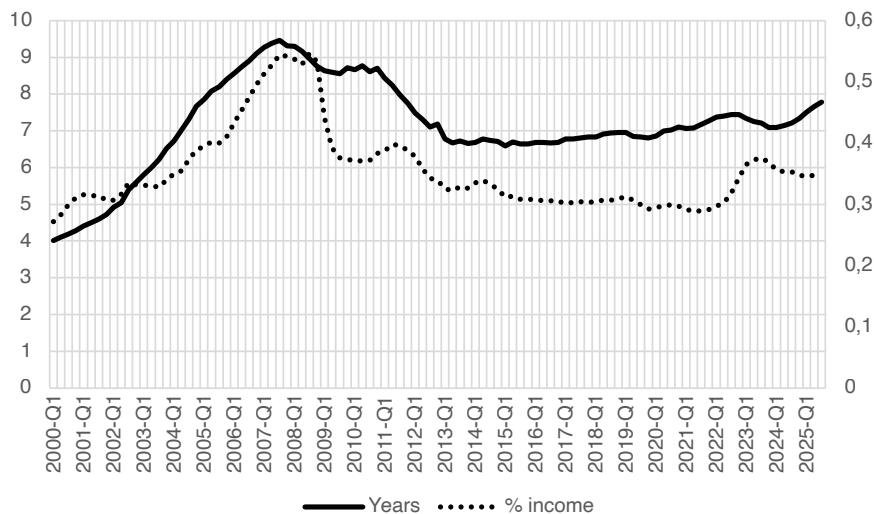
8 Hidalgo (2026) analyses the causes of the recent drop in the Gini coefficient and finds that the increase in minimum wages and the transformation of temporary jobs into permanent contracts are its main drivers.

Therefore, the evidence we have gathered shows that the recent period of growth in the Spanish economy has also led to an increase in real per capita household income, especially among households in the lowest deciles. Most of the increase in household income comes from higher employment, but unlike in the previous two decades, real wages have also risen. In fact, in recent years, wages have recovered some – though not all – of the weight they had lost in total income, arguably as a result of labour policies.

This being the case, why is there a widespread perception in Spain of an “affordability crisis” that particularly affects middle-class households? Although there may be other explanations, one reason that undoubtedly helps to explain this is the rise in housing prices. This point may be important because, although consumer price indices include rental prices, most alternative indicators suggest that this measure underestimates rent growth in recent years. Furthermore, it does not include house purchase prices or the impact of mortgage payments on households’ disposable income for the acquisition of other necessary goods and services.

Figure 19 shows the evolution of two indicators that measure the average effort households make to buy a home: the number of years of income a family must devote to pay for it, and the percentage of income devoted to mortgage payments in the first year after purchase.

Figure 19: Housing affordability indicators



“Years” refers to the number of years of the median household’s disposable income devoted to the buying of a house, and “% income” is the percentage of this income used to pay for the mortgage in the first year.

Source: Bank of Spain

As can be seen, both show a deterioration in housing affordability from 2019 onwards. In 2025, an average household would need all the income earned in 7.6 years to purchase a home and would have to devote 34.7% of its annual disposable income to mortgage payments.

Although these levels of accessibility are still better than those recorded at the end of the property bubble at the beginning of the century, several important nuances arguably explain the current social unrest over housing in Spain. In the first decade of this century, the increase in housing prices coincided with much easier access to mortgage loans and home purchases. Today, a significant number of households with low disposable income have no way to afford this purchase, even with debt, and their demand for housing has shifted to rentals, the cost of which has also risen sharply. Moreover, both home prices and rents are growing very unevenly across regions and cities, with the increases concentrated in areas where population or tourist activity has grown the most. This means that, for these households and areas, access to housing, whether purchased or rented, has become much more difficult (as reflected, for example, in the delay in the age of residential independence). Finally, the public housing stock in Spain is very limited (whether for sale or rent), and insufficient measures are being taken to increase it.

The percentage of households living in a rented home at market prices has grown significantly, rising from 10% to 15% over the last 20 years. On the other hand, according to the Bank of Spain, while the percentage of households that make an extra effort to pay for their own homes is relatively low (around 3%), it rises to 40% for rentals.⁹ Data from the National Institute of Statistics also shows that the average rent already exceeds the minimum wage in at least 18 Spanish provincial capitals (out of 50). Housing has become one of the main determinants of poverty and material deprivation in Spain (these circumstances are much more common among households living in rented accommodation) and a clear source of inequality: alongside the difficulty for lower-income households to access their first home for residential purposes, higher-income households (and investment funds) are monopolizing the purchase of homes for investment purposes, obtaining much higher returns than any other alternative asset (16% in 2025).

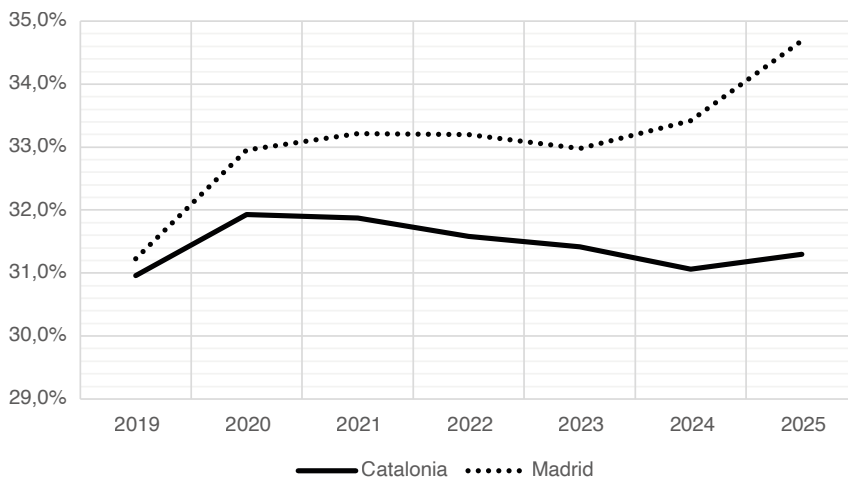
How to address this housing crisis is bound to be a central element of economic policy discussions in the coming years. An important issue to note, however, is that legal jurisdiction over housing in Spain lies mainly with the autonomous communities, rather than with the central government, which requires a high degree of coordination between administrations. An example of the implications of this is the Law on the Right to Housing passed by the Spanish parliament in 2023. Among

⁹ Households that make an “extra effort” are defined as those for whom mortgage or rent, together with household supplies, account for more than 40% of their gross income.

other measures, this law included the possibility for autonomous communities to declare “stressed areas” where rental prices were increasing rapidly according to objective criteria, and to establish exceptional measures to control rents in such areas. However, few communities have taken advantage of this opportunity.

One of them is Catalonia, which began introducing rental controls even before the national law was passed. Figure 20 compares the evolution of the effort required to rent a home (percentage of income spent on rent) in this autonomous community and in Madrid, which has not applied the housing law. The comparison clearly shows that this measure is effective at containing prices. However, other data indicate a shift from homes offered for residential rental (subject to regulation) to tourist or seasonal rentals (with much looser price regulation).

Figure 20: Rent effort



Rent effort is the percentage of a household’s monthly income that it must allocate for rent.

Source: Caixabank Research Real Time Economic Indicators

An in-depth analysis of the housing crisis in Spain, its causes, and the policies that should be implemented to address it is beyond the scope of this article. However, the data we have presented can help readers to understand this situation of social discontent in relation to the evolution of purchasing power, despite Spain having excellent records in terms of income and employment growth at the same time, and its quality in terms of employment, and better in terms of real wages.

6. Conclusions

The performance of the Spanish economy between 2022 and 2025 has been remarkable from a comparative European perspective. After experiencing one of the deepest contractions during the Covid-19 pandemic, Spain not only recovered its pre-crisis GDP level quickly but also subsequently recorded growth rates above the eurozone average. This expansion has occurred alongside rising per capita GDP, robust job creation, declining unemployment, improved job quality, and a slight increase in real wages in recent years. At the same time, the current account has remained in surplus, and the public debt-to-GDP ratio has fallen back to its pre-pandemic level. In addition, in a context of demographic ageing, immigration has become a key pillar of growth, with migrants expanding the labour force and contributing to per capita GDP growth. All these developments contrast sharply with the prolonged stagnation that followed the 2008 financial crisis and suggest the emergence of a new macroeconomic phase.

Spain's improved performance cannot be explained solely by cyclical dynamics or favourable external conditions. Rather, it reflects a significant shift in economic policy since 2020. The New Economic Policy implemented in Spain differs substantially from the austerity-oriented strategy adopted after the global financial crisis. Diverse elements have been central to this shift: a reorientation of labour market policy towards employment stability and stronger wage-setting institutions; an expansionary fiscal stance; the strategic deployment of Next Generation EU funds through public investment and selective industrial policy; the reinforcement of the welfare state; and targeted fiscal and regulatory measures to mitigate the inflationary shock.

Labour market reforms have played a particularly important role. The 2021 labour reform contributed to a sharp reduction in temporary employment, strengthened collective bargaining, and marked a clear departure from the strategy of internal devaluation. This measure, together with sustained increases in the minimum wage, improved job stability and supported a modest recovery in real wages and the wage share. Unlike previous expansions, employment and productivity have grown simultaneously, breaking with Spain's traditional countercyclical productivity pattern. This combination has supported household income growth – especially among lower-income groups – and contributed to a reduction in inequality.

Fiscal policy has also been decisive. In contrast to the procyclical consolidation of 2010–2013, public spending after 2020 acted as an expansionary stabilizer. The suspension of European fiscal rules, the issuance of European bonds, and the accommodative stance of the ECB created a supportive macroeconomic environment. Spain's strategy of partially balanced fiscal expansion – combining higher

expenditure with selective revenue measures – suggests that fiscal sustainability can be achieved through growth rather than austerity.

At the structural level, the use of Next Generation EU funds to promote an emerging industrial policy – particularly linked to the energy transition – may prove one of the most consequential developments of this period. Spain's comparative advantage in renewable energy has already translated into relatively lower electricity prices, enhancing industrial competitiveness and attracting investment. Although the long-term impact of these initiatives remains uncertain, the combination of green investment, digitalization, and public–private coordination represents a clear departure from decades of narrow industrial policy.

In fact, this recent evolution in Spanish economic policy aligns well with the literature that has lately examined the hysteresis phenomena associated with economic recessions (Cerra et al. 2023). According to this literature, many recessions are not merely temporary fluctuations, but rather cause permanent losses in GDP: they destroy physical capital, reduce investment and erode human capital, thereby lowering the economy's future growth trajectory. Thus, following major recessions, GDP may remain permanently below its previous trend, and the economy may not automatically return to its potential growth path. For this reason, as we have seen in Spain, economic policy can be key to avoiding these hysteresis effects. Expansionary fiscal responses can reduce these hysteresis effects and avert permanent damage to the economy.

Despite these positive developments, significant tensions and challenges persist in the Spanish economy. The recovery of household income has been driven mainly by employment growth, while improvements in purchasing power have been very slow and have coincided with a severe deterioration in housing affordability. Rising house prices and rents, particularly in dynamic urban areas, risk undermining the social legitimacy of economic recovery.

Overall, Spain's recent experience suggests that an alternative macroeconomic policy mix – combining labour stabilization, expansionary fiscal policy, social protection, selective industrial policy and targeted anti-inflation measures – can generate robust growth alongside improved social outcomes. Whether this will prove a durable transformation will depend on the government's ability to address the remaining structural challenges, particularly in productivity, housing and social cohesion.

ACKNOWLEDGEMENTS

We are grateful to two anonymous reviewers for helpful comments and valuable suggestions.

REFERENCES

- Álvarez, I./Uxó, J. (2026).** In search of a new economic policy paradigm: the case of Spain. *Review of Evolutionary Political Economy*. Forthcoming.
- Anderton, R. et al. (2020).** The impact of the COVID-19 pandemic on the euro area labour market. *ECB Economic Bulletin* 8.
- Amendola, M. et al. (2024).** The distributional effects of labour market deregulation: Wage share and fixed-term contracts. *Structural Change and Economic Dynamics* 69, 328–338.
- Anghel, B. et al. (2023).** The growth in permanent contracts and its potential impact on spending. *Economic Bulletin, Bank of Spain Q1*.
- Bank of Spain (2023).** Annual Report 2022.
- Bank of Spain (2025a).** Macroeconomic projections and quarterly report on the Spanish economy.
- Bank of Spain (2025b).** Annual Report 2024.
- Blanchard, O./Giavazzi, F. (2003).** Macroeconomic Effects of Regulation and Deregulation in Goods and Labor Markets. *Quarterly Journal of Economics* 118 (3), 879–907.
- Cárdenas, L. et al. (2020).** Peripheral Europe beyond the Troika. Assessing the “success” of structural reforms in driving the Spanish recovery. *Review of Keynesian Economics* 8 (4), 560–588.
- Cerra, V. et al. (2023).** Hysteresis and Business Cycles. *Journal of Economic Literature* 61 (1): 181-225.
- Ciminelli, G. et al. (2022).** Employment protection deregulation and labor shares in advanced economies. *Review of Economics and Statistics* 104 (6), 1174–1190.
- Consejo de la Productividad de España (2026).** Annual Report 2025. Available at: <https://portal.mineco.gob.es/RecursosNoticia/mineco/prensa/noticias/2026/I-informe-anual-CPE.pdf> (last accessed: 31st of March 2026).
- Cuadrado, P./Regil, A. (2025).** An estimation of the contribution of the foreign population in Spain to GDP per capita growth in the period 2022–2024. *Economic Bulletin, Bank of Spain Q2*.
- Cubero, J. J. et al. (2025).** Reaping the benefits of renewable energy in the Spanish economy, BBVA.
- De La Rica, S. (2010).** La penalización salarial de la temporalidad: ¿Qué efectos tiene en las decisiones familiares? In: Dolado, Juan J. and Felgueroso, Florentino (eds.), *Propuesta para la reactivación laboral en España*, Fedea.
- Dao, M. C. et al. (2024).** Understanding the international rise and fall of inflation since 2020. *Journal of Monetary Economics* 148 (S).
- Dias da Silva, A./Turrini, A. (2015).** Precarious and Less Well Paid? Wage Differences between Permanent and Fixed-term Contracts across the EU. *Economic Papers* 544, European Commission.
- ECB (2022).** *Economic Bulletin* 6. Frankfurt, European Central Bank.
- Febrero, E./Bermejo, F. (2024).** Pensions as an Engine of Growth. An Approach to the Spanish Case, Based on the Sraffian Supermultiplier. *Review of Political Economy* 36 (5), 1850–1875.
- Fernández, M. J./Torres, R. (2026).** La inmigración y la economía española: una mirada macroeconómica. In: Carrasco, R./Torres, R. (eds.), *La inmigración en España: retos, impacto y políticas*. Estudios de la Fundación. Serie Economía y Sociedad, no. 111, FUNCAS.
- Gálvez, I. (2025).** Inmigración y mercado de trabajo: revisión y evidencia para España. *Estudios sobre la Economía Española* no. 2025-15, FEDEA.
- García-Pérez, J. I. et al. (2019).** Can Fixed-term Contracts Put Low Skilled Youth on a Better Career Path? Evidence from Spain. *The Economic Journal* 129 (620), 1693–1730.

García-Tabuenca, A. et al. (2024). Reindustrialización y PERTE en España. Industria y política industrial en la transición verde. Madrid: Catarata.

González, I. et al. (2025). Consumption Responses to a Major Minimum Wage Increase: Evidence from Spain. IZA Discussion Paper Series, no. 17923.

Hermansen, A. S., et al. (2025). Immigrant–native pay gap driven by lack of access to high-paying jobs. *Nature* 644, 969–975.

Hidalgo, M. A. (2025). Inmigración: el motor invisible detrás de la recuperación laboral Española. *El País*, 23.03.2025. Available at: <https://elpais.com/economia/negocios/2025-03-23/inmigracion-el-motor-invisible-detras-de-la-recuperacion-laboral-espanola.html> (last accessed: 23rd of March 2026).

Hidalgo, M. (2026). La desigualdad de los hogares en España: cambio y causas. *Cinco Días*, 12.02.2026. Available at: <https://cincodias.elpais.com/economia/2026-02-12/la-desigualdad-de-los-hogares-en-espana-cambio-y-causas.html?outputType=amp> last accessed: 12th of February 2026).

Hijzen, A. et al. (2023). Minimum wages in a dual labour market. Evidence from the 2019 minimum-wage hike in Spain. *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, no. 298.

IMF (2022). Spain Staff Report for the 2022 Article IV Consultation. Washington, DC, International Monetary Fund.

Mazzucato, M. (2021). Mission Economy: A Moonshot Guide to Changing Capitalism. London, Penguin Economics.

OECD (2024a). Preparing ERTE for the Future: An Evaluation of Job Retention Support in Spain During the COVID-19 Pandemic. Paris, OECD Publishing.

OECD (2024b). Reviving Broadly Shared Productivity Growth in Spain. Paris, OECD Publishing.

Segarra, E./Uxó, J. (2025). Demand-led growth, the supermultiplier, and fiscal policy: a review of the literature and some applications to the European and Spanish context. *National Accounting Review* 7 (4), 476–500.

Uxó, J./Álvarez, I. (2025). Investment in energy transition in Spain. In: Cerniglia, F./Sarceno, F. (eds.), *More with More. Investing in the Energy Transition: 2025 European Public Investment Outlook*. Open Book Publishers, 77–91.

Uxó, J. et al. (2018). Fiscal space on the Eurozone periphery and the use of the (partially) balanced-budget multiplier: The case of Spain. *Journal of Post Keynesian Economics* 48 (1), 99–125.

Uxó, J. et al. (2025). Prices, markups and wages: inflation and its distributive consequences in Spain, 2021–2023. *Structural Change and Economic Dynamics* 72, 179–192.

Weber, I. M./Wasner, E. (2023). Sellers' inflation, profits and conflict: why can large firms hike prices in an emergency? *Review of Keynesian Economics* 11 (2), 183–213.

Comunalidad: eine feministisch-dekoloniale Theorie des Gemeinsamen am Beispiel der Wasserversorgung

Julia Bernegger*

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Artikel bietet einen Überblick über verschiedene theoretische Herangehensweise an Allmenden oder *commons* und erweitert diese durch das mesoamerikanische Konzept der *comunalidad* (dt. etwa „Gemeinschaftlichkeit“). Er diskutiert erst den Institutionalismus von Ostrom und nimmt über marxistische Ansätze auf historische Machtverhältnisse und den Ansatz des *commoning* Bezug. Basierend auf drei Monaten ethnografischer Feldforschung zur Wasserversorgung in einem Nahuat-sprachigen Bezirk der Sierra Nororiental de Puebla, Mexiko, wird das Konzept der *comunalidad* besprochen. Diese ist ontologisch verwurzelt im *territorio* (dt. etwa „Lebensraum“) und den wechselseitigen Beziehungen des *cuero territorio* (dt. etwa „Körper-Lebensraum“), gestützt auf verpflichtender gemeinschaftlicher Arbeit und Versammlungen als zentralem Entscheidungsorgan. Empirisch zeigt sich eine widerstandsfähige Form des Gemeinsamen, die jedoch von Geschlechterungleichheiten geprägt bleibt. Die *comunalidad* bezieht im Gegensatz zu *commoning*-Ansätzen Akteur:innen der Umwelt und Konfliktlinien mit ein und reproduziert Gemeinschaft durch starke, die Reziprozität einfordernde Normen.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Comunalidad, Commons, Wasserversorgung, Extraktivismus, Mexiko

JEL-CODES

F54, P32, Q25

DOI

10.59288/wug521.333

* **Julia Bernegger:** Universität Wien
Kontakt: julia.bernegger@univie.ac.at

1. Einleitung¹

Der vorliegende Artikel greift Debatten um die Allmenden auf – und erweitert sie mithilfe des mesoamerikanischen Konzeptes der *comunalidad* (dt. etwa „Gemeinschaftlichkeit“) um eine von unzähligen Perspektiven aus dem Globalen Süden. Das Konzept wurde um 1980 im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca basierend auf der Lebensrealität von insbesondere Mixe- und Zapoteken-Gemeinden ausgearbeitet (Díaz 2021; Sánchez-Antonio 2021). Aufgrund deren historisch-kultureller Verbindungen lässt es sich in Abwandlungen aber auch auf den Kontext der Sierra Nororiental de Puebla übertragen. Im Vordergrund steht die Diskussion verschiedener *commons*-Theorien – vom „Tragedy of the Commons“ nach Hardin (1968) und dem institutionellen, auf die vielfältigen Möglichkeiten der Governance fokussierenden Ansatz einer Elinor Ostrom (1990) über marxistische Diskussionen um ursprüngliche Akkumulation (Luxemburg 2016 [1913]; Marx 1982 [1867]) und „accumulation by dispossession“ (Harvey 2004) hin zu dem prozesshaften, gegenseitige Beziehungen und antikapitalistische Möglichkeiten betonenden *commoning*-Ansatz (Caffentzis/Federici 2014). Vielfach standen dabei Frauen und feministische Herangehensweisen im Zentrum der Auseinandersetzung des Gemeinschaftlichen, wie ich zeigen werde. *Commoning*-Ansätze eignen sich daher hervorragend für feministische Analysen und emanzipatorische Projekte, insbesondere wo es sich um ökologische Allmenden handelt und die Erfüllung von Grundbedürfnissen im Vordergrund steht (Agarwal 2021; Federici 2011; Perkins 2021).

Ein solches Grundbedürfnis stellt die ausreichende Versorgung mit sauberem Wasser dar, welches konzeptuell vielfach als Allmende oder *commons* gefasst wird, sofern es nicht durch die öffentliche Hand bereitgestellt wird oder von Privatisierungen betroffen ist. So auch im Bezirk Cuetzalan del Progreso inmitten der niederschlagsreichen Sierra Nororiental de Puebla in Mexiko. Die öffentliche Wasserversorgung in den kleinbäuerlichen Ortschaften um die Bezirkshauptstadt ist unzuverlässig oder nonexistent, weshalb zahlreiche Nachbarschaften ihre Wasserversorgung selbst in die Hand genommen haben. In Versammlungen gewählte Wasserkomitees bestehend aus etwa fünf bis sieben *cargos* (dt. „Ämter“) koordinieren dabei die Entscheidungsfindungsprozesse und die *faenas* (dt. „gemeinschaftliche Arbeiten“). Im Kontext postkolonialer Strukturen verwenden die mehrheitlich Indigenen² Bewohner:innen der Ortschaften ähnliche Organisationsformen auch für diverse andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten: für das Roden der Schulgelände ebenso wie für wichtige Tätigkeiten des religiös-spirituellen Lebens der Gemeinde, aber auch, um politische Kämpfe wie den Widerstand gegen

1 Der vorliegende Beitrag basiert auf der ethnografischen Masterarbeit (Bernegger 2025, betreut von Patricia Zuckerhut, Universität Wien) sowie der theoretischen Vorarbeit aus der ökonomischen Bachelorarbeit (2023, betreut von Katharina Mader, Wirtschaftsuniversität Wien) der Autorin.

2 In weiterer Folge wird die Eigenbezeichnung *Maseual* (pl. *Maseualmej*) für die Nahuatl-sprachigen Bevölkerungsteile Cuetzalan verwendet.

extraktivistische Minen- und Kraftwerkprojekte zu organisieren und so den *cuervo territorio* (dt. etwa „Körper-Lebensraum“) zu schützen. Der *cuervo territorio* bezeichnet ein stark von Beziehungen getragenes Konzept, das den rassialisierten und sexualisierten *cuervo* (dt. „Körper“) und ein als lebendig, durchaus ambivalent gedachtes *territorio* (dt. „Land“ oder „Lebensraum“) umfasst (Altamirano-Jiménez et al. 2025, 50). Die Anpassungsfähigkeit eines mesoamerikanischen³, mitunter als *comunalidad* bezeichneten Verständnisses von Gemeinschaft, das über den *cuervo territorio* auch Akteur:innen der Umwelt miteinschließt, ist augenscheinlich.

Der Feldforschungsaufenthalt im Bezirk Cuetzalan im Zuge meiner Masterarbeit (Bernegger 2025) erstreckte sich über drei Monate (April bis Mai 2022 und September bis November 2023), während deren die gemeinschaftlichen Arbeiten an der Wasserversorgung und das Wesen dieses spezifischen Verständnisses von Gemeinschaft erkundet wurden. Entsprechend der Tradition der Ethnografischen Theorie (Da Col/Graeber 2011) versuche ich mich keineswegs an einer Darstellung abstrahierter Thesen oder verallgemeinerbarer Theorien, auch nicht an der korrekten Beschreibung der genannten mesoamerikanischen Konzepte. Es handelt sich bloß um eine „controlled fiction“, um stets relationale, im Austausch verschiedener, subjektiv positionierter Personen gemeinsam produzierte Konstruktionen (Strathern 2010 [1988], 6). Der vorliegende Beitrag bringt also lediglich die Konzepte der *comunalidad* und des *cuervo territorio* so, wie meine Forschungspartner:innen in Mexiko sie mir begreiflich machten, als dekolonial-feministische Möglichkeiten in die Debatten um *commons* und *commoning* ein. Das Beispiel der Wasserversorgung einer Maseual-Ortschaft im Bezirk Cuetzalan del Progreso dient als Ausgangspunkt der Untersuchung, welche ihre Orts- und Kontextgebundenheit nicht vollständig verlassen kann und will, sondern das Augenmerk auf die Widersprüche der gemeinschaftlichen Praxis legt.

In feministischer und dekolonialer Forschung ist es üblich, die angewandten Methoden, die Methodologie als die Lehre dessen, wie welches Wissen erlangt werden kann, die Epistemologie als die Lehre über das Wissen und sogar die Ontologie als Lehre über das Sein explizit zu reflektieren. Im Gegensatz dazu fällt der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft durch die fortschreitende Verengung auf ökonomische Beiträge und die weitgehende Abwesenheit dazugehöriger Reflexionen auf. Selbst im Journal „Feminist Economics“ hat der Anteil theoretischer und methodologischer Texte abgenommen, während die Anzahl ökonomischer Beiträge stark zugenommen hat (Tejani 2019). Schwartz-Shea (2021, 141) fordert daher von feministischen Ökonom:innen eine explizite Klärung epistemologischer und methodologischer Grundlagen. Im vorliegenden Beitrag wird Wissen als

3 Mesoamerika bezeichnet die kulturelle Region des südlicheren Mexikos, von Guatemala, El Salvador, Belize und Teilen angrenzender Staaten, die gewisse historische Gemeinsamkeiten, beispielsweise die große Bedeutung des Maises, teilen.

konstruiert verstanden und der methodologische Zugang als ein reflexiver und situierter Erkenntnisprozess, in dem Datenproduktion und -dokumentation maßgeblich durch die Positionalität von Forscherin und Forschungspartner:innen geprägt sind. Wie zahlreiche feministische und dekoloniale Ökonom:innen (Dutt et al. 2025, 135; Mader/Schultheiß 2011, 415) baue ich dabei auf Haraways (1988, 583 f.) Konzept des situierten Wissens auf, welches die Bedeutung von Positionalität und Subjektivität als Werkzeuge zur Kritik von Machtverhältnissen in der Wissensproduktion und darüber hinaus betont.

Als *weiße*, mitteleuropäische cis Frau und Forscherin in einem Indigenen Kontext bemühe ich mich daher um eine möglichst dekoloniale und partizipative Forschungspraxis. Linda Tuhiwai Smith (2012, 179 f.) entwickelte hierfür verschiedene „Indigenous methodologies“, um Beziehungen zwischen nichtindigenen Forschenden und Indigenen Forschungspartner:innen möglichst „culturally sensitive“ zu gestalten. Als Mindestanforderung nannte sie die Einbindung der Forschungspartner:innen in alle Phasen – von der Projektentwicklung über das Schreiben bis zur Kommunikation der Ergebnisse – sowie die kontinuierliche Reflexion nicht nur des eigenen Standpunktes, sondern auch von Begrenzungen und möglichen Konsequenzen des Projekts. Viele der von Smith (2012) geforderten Aspekte werden durch die methodologische Offenheit des konstruktivistischen Grounded-Theory-Ansatzes (Charmaz 2011) erfüllt. Dazu gehört, den Forschungsprozess mit lokalen Akteur:innen abzustimmen und deren Perspektiven in der Interpretation der Daten ernst zu nehmen. Die Herangehensweise fügt sich somit auch in die feministische Ökonomie ein, von der Schwartz-Shea (2021, 145) größere methodische Offenheit fordert. Sie hebt die Bedeutung qualitativer, interpretierender Methoden hervor, darunter auch die Ethnografie sowie semistrukturierte oder narrative Interviews. Der diesen Methoden zugrunde liegende Fokus auf subjektive Erfahrungen und Reflexivität als Kernpraxis würde den Zugang zu lokalem Wissen und kontextgebundenen Bedeutungen ermöglichen. Sie stellen damit wertvolle Werkzeuge zur Analyse von Annahmen dar, die ansonsten hinter vermeintlich selbstverständlichen Konzepten und Beziehungen verborgen bleiben würden.

Die ethnografische Feldforschung zielt auf dichte Beschreibungen, tiefeschürfende Analysen und fundierte Interpretation ab. Sie ist gekennzeichnet durch eine flexible Herangehensweise, große Offenheit und die fortlaufende Anpassung der Methoden an Thema, Feld und Forschungspartner:innen (Thomas 2019, 23–27). Den methodischen Kern bildet häufig die teilnehmende Beobachtung, welche als relativ unstrukturiertes Vorgehen beschrieben wird, bei dem Ethnograf:innen über längere Zeit an Aktivitäten teilnehmen und diese beobachten (DeWalt/DeWalt 2000, 260). Den Ausgangspunkt für die im vorliegenden Beitrag verarbeiteten empirischen Erfahrungen bildet die dreimonatige Unterbringung in einem Maseual-Haushalt, der zu den Gründungsmitgliedern einer der nachbarschaftlichen Wasservereinigungen gehört. Die teilnehmende Beobachtung im Haushaltsalltag

führte zu vielfältigen Erfahrungen, Beobachtungen und informellen Gesprächen, insbesondere zur alltäglichen Wassernutzung, Geschichten über die Konstruktion der Wasserversorgung sowie dem Verständnis von Gemeinschaftlichkeit. Die Haushaltsmitglieder gehören zu meinen wichtigsten Forschungspartner:innen, ohne deren Unterstützung und geduldige Erklärungen die vorliegende Arbeit undenkbar gewesen wäre. Ergänzend wurden mehrere – unterschiedlich formalisierte – Expert:inneninterviews geführt, unter anderem mit aktuellen Mitgliedern von Wasserkomitees, älteren Personen, die am Bau des Netzes beteiligt waren, und Aktivist:innen. So konnte ein tiefgreifendes Verständnis für die Lebensrealität meiner Forschungspartner:innen erlangt werden, das allerdings durch meine nur rudimentär vorhandenen Kenntnisse der Indigenen Sprache Nahuatl getrübt wird. Die Datenauswertung geschah, der Grounded-Theory-Methodologie entsprechend, in einem hermeneutischen Prozess, in dem die Daten wiederholt gelesen und kategorisiert, relevante Themenfelder identifiziert, verglichen und mit der bestehenden Literatur zu Region und Thema verknüpft wurden (Berg/Milmeister 2011).

In Kapitel 2 des vorliegenden Artikels werden beginnend mit Garrett Hardins (1968) „Tragedy of the Commons“ vielfach zitierte Debatten aufgegriffen, die jedoch basierend auf zahlreichen Beispielen funktionierender Allmenden kritisiert und erweitert wurden. Elinor Ostroms (1990) Fokus auf soziale Normen und institutionelle Kontexte schuf hingegen ein wichtiges Werkzeug zur Erforschung existierender Allmenden und ihrer Regelwerke, lässt aber Machtverhältnisse außen vor. Hier setzen marxistische Ansätze an, die die historische Zerstörung von Allmenden im Kontext (fortgesetzter) ursprünglicher Akkumulation (Luxemburg 2016 [1913]) oder „accumulation by dispossession“ (Harvey 2004) diskutieren. Aus diesen Überlegungen heraus entwickelte sich die auf Prozesshaftigkeit und Relationalität fokussierende *commoning*-Perspektive (Caffentzis/Federici 2014). In Abschnitt 2.2 werden die Debatten um *commons* und *commoning* um eine dezidiert (öko)feministische Perspektive erweitert. Dazu wird die umfangreiche Arbeit der feministischen Ökonomin Bina Agarwal (2001, 2009 u. 2021) diskutiert, die verschiedene Formen von Ausschlüssen und Teilhabe von Frauen an Allmenden am Beispiel von „community forestry groups“ erörtert und dabei die positiven Effekte von Frauen auf Gleichstellungs- und Nachhaltigkeitsziele dieser darstellt. Anschließend werden die besondere Bedeutung natürlicher Allmenden für Frauen sowie der patriarchale Charakter der ursprünglichen Akkumulation (Federici 2021 [2004]) herausgearbeitet.

Im dritten Kapitel wird in Abschnitt 3.1 die aus Oaxaca stammende Literatur zur *comunalidad* diskutiert, welche als eine spezifisch mesoamerikanische, auf der allen gemeinsamen Erde, harter Arbeit und gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung basierende Form des Gemeinsamen charakterisiert wird (Sánchez-Antoñio 2021). Dieses Gemeinsame ist dabei keineswegs nur harmonisch oder widerspruchsfrei, wie ich anhand ausgewählter Beispiele aus meiner Forschung zur

Wasserversorgung zeigen werde. In Abschnitt 3.2 widme ich mich ausführlicher Konzeptionen von Erde und Umwelt und zeige, wie diese über das Konzept des *cuerpo territorio* in die *comunalidad* miteinbezogen werden. Auch dies stellt sich als durchaus ambivalent dar: So werden Quellen zwar als heilig bezeichnet und vehement gegen Bedrohungen von außen verteidigt, aber dennoch mitunter von Mitgliedern der Gemeinde selbst verschmutzt.

Die Verbindung ethnografisch dichter Beschreibung mit wissenschaftlicher Literatur bildet die Grundlage, um die Konzepte der *comunalidad* und des *cuerpo territorio* in die Debatten um die Allmenden einzubringen und diese damit um eine dekoloniale, zeitlich und örtlich verwurzelte Perspektive zu erweitern. Indigene Methodologien (Smith 2012), Grounded Theory (Berg/Milmeister 2011; Charmaz 2011) und Ethnografische Theorie (Da Col/Graeber 2011) ermöglichen es mir dabei, die aus der empirischen Erfahrung gewonnenen Konzepte mit jenen aus der bestehenden Literatur in Dialog treten zu lassen und so zur Theoriebildung beizutragen. Das Ergebnis ist eine der mesoamerikanischen *comunalidad* entlehnte Theorie des Gemeinsamen, die Umwelt, Konflikt und Anpassungsfähigkeit miteinschließt und damit die Resilienz der Gemeinde stärkt.

2. *Commons, commoning* und feministischer Widerstand

Wasser wird in der ökonomischen Literatur häufig als Allmendegut, „open-access“, „common pool resource“ oder schlicht „commons“ beschrieben, wenn es zwar offen zugänglich, aber von Knappheit betroffen ist (vgl. Meran et al. 2021). Die weitverbreitete Vorstellung von gemeinschaftlichem Besitz als tragischem Gut, welches zur Übernutzung neigt, geht auf den Biologen Garrett Hardin (1968) zurück. Sein „Tragedy of the Commons“-Modell prognostizierte für die gemeinschaftliche Nutzung einer Weide und bei stabiler Population eine unausweichliche Überweidung durch rational agierende Hirt:innen: Der individuelle Nutzen eines zusätzlichen Tieres würde die geteilten Kosten der Überweidung übersteigen. Hardin (1968, 1244) schloss daraus: „Freedom in a commons brings ruin to all.“ Lösungen für die tragische Situation seien Privatisierungen oder zentralisierte Kontrollmechanismen durch äußere, etwa staatliche, Akteure (ebd., 1245). Entweder müsse also der gemeinschaftliche Besitz oder die lokale Autonomie aufgegeben werden (Akbulut 2017, 396).

Dieses Modell, gestützt auf den Homo oeconomicus, wurde bereits vielfach weiterentwickelt und angefochten. Elinor Ostrom (1990) zeigte anhand zahlreicher Beispiele, dass Gemeinschaften den Zugang zu und die Nutzung von Allmendegütern effektiv regulieren können. Sie enthüllte Hardins implizite Annahme über den

universellen Homo oeconomicus und verschob den Fokus vom isolierten Individuum hin zu sozialen Normen und institutionellen Kontexten (Akbulut 2017, 397). Hardin hätte die Vielfalt funktionierender lokaler Kontrollmechanismen ausgeblendet und daher fälschlicherweise in Gemeinbesitz befindliche „common pool“-mit unkontrollierten „open access“-Ressourcen gleichgesetzt (Fennell 2011, 12–13) – ein Kritikpunkt, den der Autor selbst später einräumte, weshalb er seine These zu „unmanaged commons“ hin abänderte (Hardin 1998).

Trotz ihres unbestreitbar wichtigen Beitrags, mit dem sie die Theorie der Allmenden an die Realität existierender *commons* anschlussfähig machte, bleibt auch Ostroms Ansatz begrenzt: Ihre umfassenden Diskussionen der Regulierung verschiedener Allmenden entstammen zu großen Teilen dem spieltheoretischen Modell des Gefangenendilemmas (Acheson 2011, 323). Der ihnen zugrunde liegende methodologische Individualismus reduziert Kollektive weiterhin auf strategisch interagierende Individuen und bleibt in einer Formulierung als Nutzen-Kosten-Gegenüberstellung verhaftet. Ungleichheiten und Machtverhältnisse – zentral in kolonial geprägten Kontexten wie dem ländlichen Indigenen Mexiko – bleiben ausgeblendet (Akbulut 2017, 398 f.). Daher greifen viele an der Analyse materieller Strukturen und Macht interessierte Sozialwissenschaftler:innen in der *commons*-Debatte auf die Politische Ökonomie zurück.

2.1 *Commons* und Kapitalismus

Karl Marx (1982 [1867]) sah den Ursprung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in der gewaltsamen Enteignung der englischen Landbevölkerung. Die sogenannten Einhegungen von Allmenden – Ackerland, Weiden, Fischereien und Wälder – im England des 15.–18. Jahrhunderts vertrieben die für den eigenen Bedarf wirtschaftenden Subsistenzbauern:bäuerinnen von ihren Ländern. Der Verlust ihrer Produktionsmittel und Existenzgrundlage machte sie lohnabhängig und ermöglichte die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch die wenigen verbliebenen Eigentümer:innen von Land und Ressourcen, die Kapitalist:innen. Diese gewaltsamen Prozesse stellen die Grundlage für die beginnende Kapitalakkumulation dar, weshalb sie als „ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet werden (Marx 1982 [1867], 742). In „The Accumulation of Capital“ stimmte Rosa Luxemburg (2016 [1913]) Marx dahin gehend zu, dass die Einhegungen der *commons* Lohnabhängigkeit und den Mehrwert für kapitalistische Akkumulation schaffen. Luxemburg sah diesen Prozess jedoch keineswegs auf die Vergangenheit beschränkt. Im Gegenteil: Sobald die Produktion die Nachfrage übersteigt, kann Kapital nur durch ständiges Vordringen in nichtkapitalistische Bereiche weiter akkumuliert werden, wo Rohstoffe, Arbeitskraft und Nachfrage ausgebeutet werden. Sie beschreibt diese Prozesse als *fortgesetzte* ursprüngliche Akkumulation und benennt sie als die ökonomische Erklärung für kapitalistischen Imperialismus.

Zuckerhut (2016, 56 f.) greift diese Überlegungen auf und nutzt sie, um die historischen Bedingungen zu beschreiben, die die Haushalte in ihrem (und meinem) mexikanischen Forschungsfeld mit der globalen Ökonomie verknüpfen: Einerseits diskutiert sie die Plünderungen und Enteignungen im Zuge der europäischen Kolonisierung der Amerikas als Prozesse fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation. Neben der Rassifizierung und Vertreibung von Juden:Jüdinnen, Muslim:innen sowie Rom:nja und Sinti:zze aus Europa schufen vor allem die imperialistischen europäischen Kampagnen zwischen 1450 und 1640, verstanden als Expansionen und Aneignungen von Kapital, die Grundlage für das aktuelle globalisierte Stadium des Kapitalismus (ebd.). Andererseits führte die koloniale Besiedelung der besseren Länder in der Region um Cuetzalan durch europäische Einwanderer sowie gesetzliche Änderungen zur Zerstörung des vormals gemeinschaftlichen Indigenen Besitzes (Zuckerhut 2016, 131–136). Die Einhegungen im Rahmen imperialistischer Projekte sind dabei nicht mit vollständiger Ressourcen- und Arbeitsvernichtung identisch. Subsistenzwirtschaft, sprich die unbezahlte landwirtschaftliche Arbeit für den eigenen Bedarf, oder Arbeit im Haushalt finden nach wie vor in großem Maßstab statt. Sie stehen der Kapitalakkumulation nicht im Weg, sondern stellen nützliche und notwendige Formen nichtkapitalistischer (Re-)Produktion dar, die für diese ausbeutbar gemacht werden (Zuckerhut 2017a, 132). Bereits in den 1970er-Jahren arbeiteten deutsche Feministinnen der Universität Bielefeld diese Zusammenhänge aus und entwickelten die Subsistenzperspektive (Mies/Bennholdt-Thomsen 1999). Die moderne geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, koloniale Gewalt durch den europäischen Imperialismus und die weltweite Ausbeutung von Kleinbauern:bäuerinnen für die industrielle Produktion haben etwas gemeinsam: die (oft gewaltsame) Aneignung der Reproduktion von Subsistenz oder Leben für die kapitalistische Warenproduktion. Ohne die unbezahlte Arbeit in Haushalten und von Kleinbauern:bäuerinnen, insbesondere jenen im Globalen Süden, wäre die Reproduktion von Menschen, Ökosystemen und Arbeitskraft unerschwinglich (ebd.). Viele Feminist:innen kritisierten daher Marx' (1982 [1867]) Werk dafür, dass er darin die Bedeutung von Haushalts- und Subsistenzarbeit unterschätzte und sie als „unproduktiv“ abtat – obwohl diese die Basis aller Reproduktion und somit aller Produktion darstellen würden. Zudem entstand die auch heute andauernde Ausbeutung von Subsistenzarbeiter:innen nicht einfach, sondern wurde in Prozessen fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation gewaltsam geschaffen (vgl. Federici 2021 [2004]).

Mit der Expansion neoliberaler Politik wandten sich zahlreiche Forscher:innen neuerlich marxistischen Werkzeugen zu, um „new enclosures“ zu analysieren (Federici 2020; Midnight Notes Collective 1990). Ein prominenter Vertreter, David Harvey (2004, 74), nahm Marx' und Luxemburgs Akkumulationsverständnis wieder auf, störte sich aber an dem Begriff „ursprünglich“. Stattdessen betonte er die Kontinuität des „spatio-temporal fix“, mit dem Krisen kapitalistischer Akkumulation gelöst würden (ebd., 64): Wenn Akkumulationsprozesse stocken, würden

Kapitalist:innen und kapitalistische Nationalstaaten „neue“ geografische Räume erschließen, kollektives Eigentum wie Wissenssysteme privatisieren oder Zeit durch Schulden und Finanzinstrumente kapitalisieren (ebd., 74–76). Diesen Prozessen sei gemeinsam, dass sie auf der Enteignung der Vielen zugunsten weiterer Kapitalakkumulation beruhen würden, weshalb Harvey (2004) das Konzept der „accumulation by dispossession“ einführte. Ein Beispiel für neuere Formen der Aneignung stelle die Lizenzierung des in Samen enthaltenen genetischen Materials dar. Letzteres verkörpere historisches und in kollektivem Besitz befindliches Wissen, welches durch die Lizenzierung eingeschränkt und privatisiert werde (Akbulut 2017, 399). Ein weiteres Beispiel würden sogenannte negative Externalitäten darstellen, etwa die Verschmutzung gemeinschaftlich genutzter Gewässer durch Bergbau, wenn diese dadurch unbrauchbar gemacht würden (ebd.). Da diese Prozesse ähnlich gewaltsam ablaufen wie ältere Einhegungen, beschreibt Harvey (2004) sie als Formen eines „new imperialism“.

Das in den 1990er-Jahren aktive Midnight Notes Collective entwickelte mit dem *commoning* einen weiteren marxistisch inspirierten Ansatz. Sie weichen von traditionelleren Darstellungen ab, indem sie *commons* weniger als Gut oder Ressource, sondern vielmehr als ein Set von sozialen Praktiken verstehen. *Commoning* umfasse dann soziale Reproduktionsweisen, deren Hauptmerkmal darin bestünde, dass sie Schutz vor kapitalistischen Märkten bieten würden (Akbulut 2017, 399 f.). Caffentzis und Federici (2014, 94) verstehen den Großteil der Menschheitsgeschichte als eine Geschichte der *commons*, welche aber durchgehend kapitalistischen Angriffen auf gemeinschaftliches Eigentum ausgesetzt seien. Die Autor:innen betonen angesichts dessen, dass alle *commons* im Kontext von Klassenkämpfen stehen würden: *Commoning*-Projekte verstehen sie daher als „the seeds, the embryonic form“ einer alternativen Produktionsweise (ebd., 95). *Commoning* habe also das Potenzial, der kapitalistischen Produktionsweise auf Basis gemeinschaftlicher sozialer Reproduktion entgegenzutreten, Schutz vor Ausbeutung zu bieten und Widerstand gegen alte und neue Einhegungen zu ermöglichen. Akbulut (2017, 400) nennt die gemeinschaftliche Steuerung von Wasser durch Komitees als ein Beispiel solcher *commoning*-Praktiken.

Caffentzis und Federici (2014, 101) definieren antikapitalistische *commoning*-Projekte als autonome Räume, welche Kontrolle über die eigene Reproduktion ermöglichen würden, und damit die notwendige Basis schaffen, um das eigene Leben von sowohl Markt als auch Staat entflechten zu können. Solche *commons* würden kollektive Solidarität über Wettbewerb stellen und so die Bedürfnisbefriedigung sichern, anstatt neoliberale Mythen von Wahlfreiheit und Chancengleichheit zu propagieren (ebd.). Die Autor:innen listen sechs Kriterien zur Definition antikapitalistischer *commoning*-Praktiken auf (Caffentzis/Federici 2014, 101–103): Erstens würden Allmenden in ihrem Sinne aktiv produziert werden, weshalb der analytische Fokus auf den Prozess des *commoning* gelegt wird – die Autor:innen grenzen

sich damit von einer Konzipierung von *commons* als zu verwaltender Ressource ab. Zweitens würden Allmenden auf geteilten Ressourcen basieren, welche aber nicht mit öffentlichen Gütern zu verwechseln seien. Letztere seien zwar wichtig, würden aber leichter von kapitalistischen Interessen kooptiert werden (ebd., 101 f.). Drittens sollten dennoch Kämpfe um Wiederaneignung des (durch neoliberale Politik verlorenen) Öffentlichen auf der einen und die Schaffung von Allmenden auf der anderen Seite einander gegenseitig bestärken (ebd., 102). Viertens wird *commoning* als dezidiert relational konzipiert, da es die Beziehungen innerhalb einer spezifischen Gemeinschaft, deren Mitglieder zu Schaffung und Erhalt der Allmende beitragen, in den Mittelpunkt der Analyse rückt (ebd.). Fünftens müssten die Regeln für den Erhalt der Allmende und die Verteilung ihrer Produkte den Autor:innen nach direktdemokratisch vereinbart werden, um Inklusion und Gemeinschaftlichkeit zur gewährleisten (ebd.). Und schließlich (sechstens) müssten Allmenden sowohl im Zugang als auch in den Entscheidungsprozessen auf Gleichberechtigung beruhen. Die Autor:innen heben diesen letzten Punkt besonders hervor, da viele *commons* durch innergemeinschaftliche Diskriminierung (meist geschlechterbasiert) weit davon entfernt seien, egalitär zu sein (Caffentzis/Federici 2014, 102 f.; Federici 2011).

Viele *commons* würden diese Kriterien nicht oder nur teilweise erfüllen und somit nur eingeschränktes antikapitalistisches Potenzial bergen. Caffentzis und Federici (2014, 98–100) kritisieren einerseits die externe Bedrohung durch die Vereinnahmung von Weltbank, Regierungen und sogar Konzernen. Andererseits aber würden viele bestehende *commons* gut innerhalb des kapitalistischen Rahmens funktionieren, wenn ihre Existenz auf der Homogenität ihrer Mitglieder und dem Ausschluss der von ihnen geschaffenen „Anderen“ basiert. „Urban gardens“ oder „gated communities“ würden häufig mit Staat und kapitalistischen Märkten koexistieren: Sie mögen intern wie Allmenden organisiert sein, basieren aber auf Ausschluss, bleiben abgegrenzt und erweitern sich nicht in einen größeren gesellschaftlichen Kontext. Aufgrund der oft ambivalenten empirischen Realität tatsächlich gelebter *commoning*-Praktiken argumentieren andere gegen romantisierende Darstellungen emanzipatorischer Allmenden. Streinzer und Tošić (2025) betonen mit ihrem Ansatz der „strategic entanglements“ etwa die vielfältigen Verflechtungen mit staatlichen und Marktakteuren, die notwendig sind, um *commons*-Projekte zu ermöglichen. Diese können so weit gehen, dass die in ihrem Rahmen unbezahlt durchgeführte Haushalts- oder ehrenamtliche Arbeit die kapitalistische Produktionsweise sogar reproduzieren, indem sie Subsistenz (Mies/Bennholdt-Thomsen 1999), Arbeitskraft und sogar Waren herstellen, die günstig für die Kapitalakkumulation angeeignet werden können (Caffentzis/Federici 2014, 98; Zuckerhut 2017a, 132). Bloß von Vereinnahmungen zu sprechen würde die Ambivalenzen und den strategischen Umgang mit kapitalistischen Bedingungen real existierender Allmenden verkürzt darstellen (Streinzer/Tošić 2025, 11). Bodirsky (2025) greift diesen Punkt in ihrer Diskussion von „actually existing commons“ auf und weist darauf

hin, dass die Bewertung von gemeinschaftlicher Arbeit neue Formen von Ungleichheit schaffen könne. Im nächsten Abschnitt wende ich mich daher den zahlreichen feministischen Arbeiten im Kontext von *commons* und *commoning* zu, die diese zum einen in Hinblick auf geschlechterbasierte und soziale Ungleichheiten analysieren, sie vielfach aber auch als (öko)feministisches Projekt charakterisieren.

2.2 *Commoning* als (öko)feministisches Projekt

Vertreterinnen des Ökofeminismus argumentierten, dass Frauen biologisch und/oder kulturell der Natur näher stünden und daher besser dazu geeignet seien, diese zu schützen (vgl. Mies/Shiva 1993). Diese Annahme wurde vielfach kritisiert, nicht zuletzt aufgrund ihrer essentialistischen Darstellung binärer Geschlechter (vgl. Gaard 2011). Auch die feministische Ökonomin Bina Agarwal (2021) zeigte in ihrer Arbeit zur Regulierung indischer und nepalesischer „community forestry groups“ (CFG) deutlich, dass Frauen – besonders jene unter Überlebensdruck – keineswegs allgemein oder gar „natürlich“ umweltschonenderes Verhalten zeigen. Aufgrund der gegenderten Arbeitsteilung aber haben sie oft von denen der Männer verschiedene Interessen und Zeithorizonte, welche zu die Natur schonenderen Entscheidungen führen können. Insgesamt erhöhe daher die aktive Einbindung von Frauen tendenziell die Nachhaltigkeits- und Gleichstellungserfolge von CFGs und vergleichbaren die Nutzung von ökologischen Allmenden regulierenden Institutionen (Agarwal 2021, 267 f.).

In ihrer Analyse weiblicher Teilnahme an CFGs stellte Agarwal (2001, 1626) fest, dass diese vergleichsweise stark formalisierte Regeln für Holzextraktion und Inklusions-/Exklusionsmechanismen etablieren. Damit die Gruppen richtig und gleichberechtigt funktionieren, sollten Frauen – besonders arme Frauen – aktiv an Entscheidungsprozessen und Aktivitäten teilnehmen. Dennoch sei in 90 % oder mehr der Fälle die Teilnahme von Frauen gar nicht gegeben. Doch auch, wo Frauen in den die CFGs verwaltenden Komitees vertreten sind, sei ihre effektive Teilnahme oft stark eingeschränkt. Agarwal (2001, 1626–1630) entwickelte eine Typologie, um die verschiedenen Realitäten abzubilden und festzustellen, ob die bevollmächtigte Teilnahme (armer) Frauen in den verschiedenen CFGs gegeben sei. Diese reicht von bloßer nominaler Mitgliedschaft über passive, beratende oder auf bestimmte Aktivitäten beschränkte bis hin zur vollen aktiven und interaktiven Teilnahme. In manchen Bundesstaaten müssen Frauen in den die CFGs verwaltenden Komitees vertreten sein, was zu ihrer rein nominalen, aber letztlich ineffektiven Mitgliedschaft führen kann. Frauen, die an den Versammlungen teilnehmen, klagten oft, kein Gehör zu finden – was sie zu passiven Mitgliedern mache (ebd., 1628). Unter den passiven Teilnehmerinnen werden nur wenige Frauen um ihr umfangreiches ökologisches Wissen und ihre Meinungen zu Entscheidungen gefragt. Diejenigen, deren Stimme zumindest angehört wird, bezeichnete Agarwal (ebd.) als

„consultative“, also beratende Mitglieder. „Activity-specific participation“ sei gegeben, wenn Frauen, obwohl sie von Versammlungen und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben, durch informelles Patrouillieren oder Feuerbekämpfung die formell für den Schutz der Wälder zuständigen, meist männlichen Wächter ergänzen (ebd., 1628 f.). Das Ziel gleichberechtigter Mitgliedschaft beschreibt die Autorin als aktive und interaktive Teilnahme. Diese finde sich insgesamt selten und nur in Gruppen mit hohem Frauenanteil oder rein weiblichen Komitees. Solche CFGs würden sich vor allem in Regionen mit hoher männlicher Auswanderung finden und typischerweise kleinere und schlechtere Waldflächen erhalten (ebd., 1629 f.).

Dabei wirke sich die Beteiligung von Frauen in den Komitees in Hinblick auf Gleichstellungs-, aber auch Nachhaltigkeitsziele deutlich positiv auf den Erfolg der CFGs aus (Agarwal 2009). Komitees mit mehr oder ausschließlich weiblicher Beteiligung – besonders dann, wenn ältere Frauen vertreten oder die Waldflächen von schlechterer Qualität sind – würden strengere Nutzungsregeln beschließen und geringere Ressourcenextraktion erlauben. Entscheidend sei dabei jedoch auch die Klasse der beteiligten Frauen: Landlose Frauen würden aufgrund ökonomischer Zwänge eher auf lockere Extraktionsregeln drängen (Agarwal 2009, 2305). Diese gelten als gleichheitsfördernder, da Arme und Landlose ihre Notwendigkeiten so leichter decken können, gefährden aber unter Umständen die Nachhaltigkeit der Wälder. Da sich die vergebenen Waldflächen stark nach ihren nachhaltigen Extraktionsgrenzen unterscheiden und die sozioökonomischen Bedingungen der Gruppen variieren, sind die Ergebnisse der CFGs in Bezug auf den Naturschutz sehr verschieden. Dennoch stellte Agarwal (2009, 2305 f.) fest, dass Komitees mit höherer oder ausschließlich weiblicher Beteiligung besser an die jeweilige Situation angepasste Regelungen beschließen würden, was sich sowohl auf die ökologischen wie auf die sozialen Erfolge der Gruppen positiv auswirke. Auch die institutionelle Nachhaltigkeit, sprich die Regelbefolgung, schätzt die Autorin dort als höher ein, wo mehr – insbesondere arme und landlose – Frauen eingebunden sind (Agarwal 2009, 2305).

Basierend auf ihren umfangreichen empirischen Studien sieht die Autorin die Nutzung ökologischer Allmenden im Allgemeinen als klar gegendert: „Women’s dependence [on commons] is greater than, different from, and more everyday than men’s“ (Agarwal 2021, 265). Die Art der Abhängigkeit der Frauen von *commons* sei durch die geschlechtliche Arbeitsteilung gegeben, welche ihre primäre Verantwortung für Hausarbeit festlege. Das Ausmaß weiblicher Abhängigkeit wiederum hänge mit der ungleichen Verteilung ökonomischer Ressourcen zusammen. Dies führe zu ungleichen Auswirkungen einer Erschöpfung oder Einhegung von Allmenden. Der Verlust von ökologischen *commons* kann Frauen je nach regionalem Kontext Zeit und Einkommen kosten, aber auch gute Ernährung und Gesundheit, soziale Netzwerke, Wissenssysteme und (formale) Bildung beeinträchtigen (ebd.). In ihrer

Übersicht der „feminist ecological economics“ betont Perkins (2021, 63), dass sich die patriarchale Unterbewertung genderteter Arbeit und diejenige funktionierender Ökosysteme gegenseitig verstärken würden und somit zusammen gedacht werden sollten. Ein Paradebeispiel hierfür stelle der „water/care/unpaid work nexus“ dar (ebd., 62 f.): Wasser als Lebensnotwendigkeit würde für Frauen weltweit aufgrund der genderten Arbeitsteilung, die sie für Reinigung, Sorgearbeit, Nahrungsmittelverarbeitung und oft auch Landwirtschaft verantwortlich mache, eine besondere Rolle spielen. Auch der Zugang zu Wasser sei gendert, rassialisiert und mit Marginalisierung und Armut verknüpft, da Wasserströme nicht bloß natürlich gegeben, sondern neben hydrologischen Bedingungen auch durch sozioökonomische Macht geformt seien (vgl. Linton/Budds 2014). Unzureichende Wasserinfrastruktur aufgrund klimatischer Ereignisse oder der Zerstörung traditioneller Systeme erschwere die Arbeit von Frauen weltweit und mache sie zeitintensiver (vgl. Agarwal 2021, 265). Zudem würden Frauen und Kinder aufgrund hoher hygienischer Bedürfnisse stärker unter verschmutzten Gewässern leiden (Perkins 2021, 63). Die Unterrepräsentation von Frauen in Komitees und Entscheidungsgremien (vgl. Agarwal 2001) sei umso bemerkenswerter, da ihre sozioökonomische Rolle sie zu Expertinnen für die Nutzung und das verantwortungsvolle Management ökologischer Allmenden wie Wasser mache (Perkins 2021, 63).

Die (Neu-)Schaffung demokratischer und feministischer Allmenden sei daher essenziell, um den Wasserzugang für alle zu sichern und ein flüssiges Sicherheitsnetz zu schaffen (Federici 2011). In „Caliban und die Hexe“ beschrieb Silvia Federici (2021 [2004]) die Auswirkung der Zerstörung mittelalterlicher europäischer Allmenden auf Frauen und ihre Kontrolle über den eigenen Körper. Im feudalen Europa bildeten Allmenden das Auffangnetz für Kleinbauern:bäuerinnen und Landlose sowie die Basis für Kooperation, Solidarität und Gemeinschaftlichkeit (ebd., 90 f.). Da Frauen auch damals weniger Landtitel und soziale Einflussmöglichkeiten hatten, waren sie für die Deckung ihres Bedarfs besonders stark auf gemeinschaftliche Ackerflächen und Brunnen angewiesen. Für Frauen ist es ohne Zugriff auf Allmenden schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu sichern, darüber hinaus aber würde der Verlust von eigenständiger Kontrolle über Land und Ressourcen sie auch anfälliger für sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt machen (Federici 2011, 47). Zudem waren gemeinschaftlich genutzte Flächen wichtige Treffpunkte, wo Frauen Neuigkeiten austauschen, einander Ratschläge geben und eine gemeinsame weibliche Perspektive auf die Gesellschaft entwickeln konnten. Durch die historische Zerstörung der Allmenden wurden Frauen besonders brutal enteignet – und es wurde so das patriarchale Machtverhältnis geschaffen, das, neben dem europäischen Imperialismus, für die Durchsetzung kapitalistischer Beziehungen notwendig war. Frauen verteidigten die Allmenden daher an vorderster Front, als sie im 15.–17. Jahrhundert wiederholt zerstört und privatisiert wurden. Tausende schlossen sich Protesten gegen die Einhegungen an, rissen Hecken ab und schütteten Gräben zu, die zuvor gemeinschaftlich genutztes Land einzäunten, und

führten Hungerrevolten an, als Massenverarmung den Jahrhunderten des Landraubs folgte (Federici 2021, 92 f.).

Frauen spielen auch heute eine entscheidende Rolle im Widerstand gegen alte und neue Einhegungen, da Allmenden lebenswichtige Sicherheiten bieten und Autonomie für diejenigen ermöglichen, die durch Einhegungen – oder auch Klimakatastrophen oder Kriege – davon bedroht sind, ihren Lebensunterhalt zu verlieren. Die durch Prozesse der „accumulation by dispossession“ (Harvey 2004) von den Produktionsmitteln, insbesondere Land, getrennten Personen widersetzen sich diesen Prozessen und schaffen neue *commons*: In Chile etwa richteten Frauen während der Pinochet-Diktatur gemeinschaftliche Küchen ein, um den neoliberalen Einhegungen der Austeritätspolitik, Hunger und Isolation entgegenzutreten. Indische Frauen setzten sich gegen Abholzungen oder Staudammprojekte ebenso zur Wehr wie gegen die Privatisierung von Wasser (Caffentzis/Federici 2014, 96). In vielen afrikanischen Städten schufen sie auf Vertrauen statt Zinslogik basierende „popular banking systems“ oder urbane Gärten für Subsistenzwirtschaft (Federici 2011).

Nicht jedes *commons* aber stelle eine feministische Utopie dar. Am Beispiel der Einhegungen im Zuge von „Structural Adjustment Programmen“ zeigte Federici (2011) selbst mögliche Folgen des ungleichberechtigten Zugangs zu traditionellen Allmenden auf. Weltbank und Internationaler Währungsfonds verlangten zahlreichen afrikanischen Regierungen in den 1980er-Jahren Privatisierungen ab – der damit einhergehende Landverlust ließ viele Frauen nach staatlicher Regulierung oder gar nach mehr Privatisierung rufen. In Kombination mit sexistischem lokalem Gewohnheitsrecht zur Regulierung des alten gemeinschaftlichen Landes führte der Landverlust in erster Linie zur Verdrängung der Frauen. Die sowohl durch die neoliberalen Politiken als auch das traditionelle Gewohnheitsrecht diskriminierten Frauen hofften, dass liberale Gleichheitsversprechen ihnen den dringend benötigten Landzugang sichern könnten. Die Autorin schloss daraus, dass die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an den die Allmenden regulierenden Institutionen zentral sei, um die gemeinschaftlichen Länder nicht durch innere Spaltungen zu gefährden (Federici 2011, 50).

Auf ähnliche Dynamiken weisen dekoloniale und kommunitäre Feministinnen bereits seit Langem hin, wenn sie sich gegen einen individualistisch gedachten Feminismus stellen und stattdessen für eine die gesamte Gemeinschaft inklusive der natürlichen Umwelt schützende Formulierung eintreten (Altamirano-Jiménez et al. 2025; Cabnal 2017; siehe unten). Mit ihrer Betonung einer auf Beziehungen basierenden Praxis des *commoning* als antikapitalistische, feministische Widerstandsstrategie (Caffentzis/Federici 2014) bildet der Ansatz zwar einen guten Ausgangspunkt für die weitere Analyse. Die in vielen mesoamerikanischen Kontexten zentrale Beziehung zum *territorio* (dt. etwa „Lebensraum“), die Spezifika postkolonialer Verhältnisse, insbesondere die überschneidende Gewalterfahrung

Indigener Frauen sowie das sich daraus entwickelnde besondere Verständnis des Gemeinsamen (Cabnal 2017) bleiben dabei allerdings außen vor. Die Konzepte des *cuerpo territorio* (dt. etwa „Körper-Lebensraum“) sowie die *comunalidad* als mesoamerikanische Theorie der Gemeinschaftlichkeit greifen diese Lücken auf und entwickeln ein regional abgestimmtes, die Anpassungsfähigkeit und Widerstandskraft Indigener Gemeinden betonendes Modell.

3. Wasserversorgung als mesoamerikanisches *commoning*

In mesoamerikanischen Systemen wird besonders deutlich, was heterodoxe Ökonomen:innen auch aus anderen Kontexten kennen: Auch wenn Indigene mesoamerikanische Strukturen Teil des kapitalistischen Weltsystems sind, lässt sich die Wirtschaft weder praktisch noch analytisch von der Religion oder der Politik trennen (Zuckerhut 2017b, 45). In der weiteren Darstellung fließen verschiedene Aspekte daher ineinander und geben so die komplexen und teils widersprüchlichen sozialen Realitäten wieder.

Der Bezirk Cuetzalan del Progreso ist politisch in den Bundesstaat Puebla eingebunden und liegt inmitten der Sierra Nororiental de Puebla. Das Klima der Sierra wird als warm/gemäßigt und niederschlagsreich beschrieben (INEGI 2020). Die Landwirtschaft in der Region ist vom Regen abhängig – künstliche Bewässerung der Maisfelder, Obstbäume, Weiden und Kaffeegärten ist unüblich. Die häufigen Niederschläge speisen zudem die zahlreichen Quellen, Flüsse und Wasserfälle, die für die Wälder, die Wasserversorgung von Menschen und Vieh sowie für den Tourismus von entscheidender Bedeutung sind (Zuckerhut 2016, 170 f.). Im April und Mai, gegen Ende der Trockenzeit, wird Regen sehnlichst erwartet; mit seiner Wucht kann er, wenn er im Juni und Juli dann kommt, die Rohrnetze aber auch zerstören, abschüssige Straßen fluten, die Flüsse gefährlich anschwellen lassen oder sich gar zu Hurricanes auswachsen. Aufgrund ihrer Bedeutung waren Niederschläge und Gewässer regelmäßig Gesprächsthema meiner Forschungspartner:innen (Bernegger 2025).

Die politische Organisation der *comunidades* (dt. „ländliche Gemeinden“) ist Ergebnis längerer, konfliktreicher Aushandlungsprozesse und zeigt heute eine Mischung aus Indigenen, kolonialen und postkolonialen Strukturen (vgl. Argueta/Taller de Tradición Oral del CEPEC 1994, 202–204). Die lokale politische Macht konzentriert sich vor allem im Amt des:der *presidente municipal* (dt. etwa „Bezirkspräsident:in“) in Cuetzalan, dessen:deren Sekretariat und Bezirksratsmitglieder (Zuckerhut 2016, 190 f.). In den umliegenden *comunidades* sind es die *presidentes auxiliares* (dt. etwa „Hilfspräsident:innen“) und die Gemeinderatsmitglieder, die die

offizielle politische Verantwortung tragen. Meist werden die Ämter des *presidente municipal* von mestizischen, die des *presidente auxiliar* von Maseual-Männern besetzt (ebd.). Seit Anfang der 2000er-Jahre gewinnen die selbstorganisierten Indigenen Gremien und *cargos* (dt. „Ämter“) in angepasster Form wieder an Bedeutung (Zuckerhut 2016, 189). Die bei Versammlungen in diverse *cargos* gewählten Komitees koordinieren dabei die *faenas*, die gemeinschaftlichen Arbeiten (Zuckerhut 2016, 192). Die *faenas* sind für die Erfüllung von Aufgaben und die Durchführung von Projekten im allgemeinen Interesse notwendig, die nicht oder nur unzureichend von staatlichen Institutionen übernommen werden. Zu diesen öffentlichen Aufgaben gehören Arbeiten in den Schulen, vor allem das Roden der die Schulgärten überwachsenden Vegetation, oder Arbeiten an der lokalen (Trink-)Wasserversorgung. Die Organisation als Allmende entspringt in diesem Kontext daher weniger einer emanzipatorischen oder gar antikapitalistischen Zielsetzung, sondern vielmehr der praktischen Notwendigkeit (Streinzer/Tošić 2025, 5). Ähnlich den indischen und nepalesischen „community forestry groups“ (Agarwal 2001) werden die Indigenen Komitees im Bezirk Cuetzalan und die von ihnen organisierten *faenas* als männlich dominiert beschrieben (Zuckerhut 2016, 192) – eine Beobachtung, die sich mit meinen deckt (siehe unten). Etwas anders verhalte es sich mit den *cargos religiosos*, in deren Zuständigkeitsbereich die Organisation der Feste für die Heiligen gehört und zu denen Frauen häufiger Zugang finden (ebd., 193 f.).

3.1 *Comunalidad* als Reproduktion des Gemeinsamen

Das Konzept der „comunalidad indígena“ wurde um 1980 in der Sierra Norte de Oaxaca geprägt (Sánchez-Antonio 2021, 697). Zum einen formierten sich in diesem Zeitraum Indigene Gruppen und Kleinbauern:bäuerinnenkollektive, die in gemeinschaftlicher Arbeit verwurzelt waren und Kampferfahrung mitbrachten. Zum anderen organisierten sich Indigene Intellektuelle, allen voran Floriberto Díaz und Jaime Martínez Luna, in ihren Herkunftskontexten gegen ausbeuterische Strukturen. Die marxistische Anthropologie, aus der sie kamen und ausbrachen, kritisierten sie als eurozentrisch und daher ungeeignet, um den ländlich-Indigenen Klassenkampf abzubilden. Diese Kritik gab Anstoß zu einem Prozess, der auf die Dekolonisierung von „conocimiento, la mente, la actitud y las formas de ser en el mundo“⁴ setzte (Sánchez-Antonio 2021, 699), und erlaubte die Eröffnung von neuen Räumen des gemeinschaftlichen Ausdrucks, die sie als *comunalidad* konzeptualisierten (ebd., 698). Dabei bestehe allerdings Uneinigkeit darüber, wann und unter welchen Umständen sich die *comunalidad* als spezifisch mesoamerikanische Art der Gemeinschaftlichkeit entwickelt habe. Manche Autor:innen seien davon überzeugt, dass der Fokus auf dem Gemeinsamen bereits früh als Teil einer

4 „Bewusstsein, Verstand, Haltung und Art des Seins in der Welt“ (Sánchez-Antonio 2021, 699, eigene Übersetzung).

vorkolonialen Lebensweise entstanden wäre, wohingegen andere davon ausgehen würden, dass die *comunalidad* als Antwort auf und damit aus kolonialen Strukturen heraus entstanden sei (Sánchez-Antonio 2021, 699). Die Debatte deutet auf die Möglichkeit historischer „strategic entanglements“ der *comunalidad* mit kolonialen Strukturen hin (Streinzer/Tošić 2025).

Einigkeit besteht hingegen über die Grundprinzipien der *comunalidad*, wenn die Autoren auch verschiedene Schwerpunkte setzen – mal mehr auf *territorio*, mal mehr auf die gemeinschaftliche Arbeit (Sánchez-Antonio 2021, 699, eigene Übersetzungen):

1. „El poder comunal“ (dt. „die gemeinschaftliche Macht“) bezieht sich auf die große Bedeutung der Versammlung aller Mitglieder als oberstes Organ der Entscheidungsfindung.
2. „El trabajo comunal“ (dt. „die gemeinschaftliche Arbeit“) bezeichnet die unentgeltliche Unterstützung eines gemeinschaftlichen oder familiären Projektes. Diese Arbeitsform trägt je nach Region und sprachlichem Kontext verschiedene Bezeichnungen (siehe unten).
3. „El territorio comunal“ (dt. „der gemeinsame Lebensraum“) wird vom Autor als der Ort charakterisiert, an dem das Gemeinschaftsleben stattfindet.
4. „El disfrute comunal“ (dt. „der gemeinschaftliche Genuss“), insbesondere bei den zahlreichen Festen, feiere die zyklische Reproduktion des gemeinschaftlichen Lebens.

Díaz (2021, 19) nennt nur drei Grundprinzipien der *comunalidad* – Erde, Gemeinschaft und gemeinschaftliche Arbeit –, die sich weitgehend mit jenen bei Sánchez-Antonio (2021, 699) decken, die Aspekte der gemeinschaftlichen Macht und des gemeinschaftlichen Genusses aber zur Gemeinschaft zusammenfassen. Die Erde als Ausgangspunkt und ihre gemeinschaftliche Bearbeitung sind auch bei Díaz (2021, 19) zentral und kennzeichnen in ihrer Relevanz und Ausgestaltung den wohl größten Kontrast zu den oben beschriebenen *commoning*-Ansätzen (Caffentzis/Federici 2014). Dennoch finden sich Überschneidungen mit der Definition antikapitalistischer *commoning*-Projekte nach Caffentzis und Federici (2014, 101–103), die im Folgenden diskutiert werden.

Gemeinsam sind den Ansätzen die Betonung demokratischer Entscheidungsfindung, der Fokus auf die aktive Schaffung der Allmenden – die in der *comunalidad* präzisiert als gemeinschaftliche Arbeit benannt wird –, sowie Prozesshaftigkeit und soziale Beziehungen als analytische Kernelemente. Die Autorität einer demokratisch in ein Amt gewählten Person hänge eng mit dem Abhalten und Leiten von Versammlungen zusammen (Díaz 2021, 18). Die Autoritätsperson sei „la entidad responsable de la cohesión, la que vigila la unidad de la población para seguir formando comunidad. Debe convocar a asambleas comunitarias para informar y para

pedir el consejo de su pueblo. Así las asambleas son foros abiertos de discusión [...]. En ellas se salvan las diferencias para salir más unidos, más convencidos de que tenemos que luchar por la existencia de nuestra comunidad“⁵ (Díaz 2021, 18). Die gewählte Person sei also über das Abhalten von Versammlungen, ihre Informationspflichten und das Leiten offener Ausverhandlungsprozesse für die Reproduktion von Gemeinde und Gemeinschaftlichkeit zuständig. Auch in den Maseual-Gemeinden der mehrere Hundert Kilometer vom Bundesstaat Oaxaca entfernten Sierra Nororiental de Puebla stelle die konsensbasierte Wahl im Rahmen einer Versammlung die Grundlage für den Respekt gegenüber einer Person, die ein politisches *cargo* ausübt, dar (Beaucage 2010, 26). Die *cargos*, die politischen Ämter, betont Díaz (2021, 17), würden keine Macht im westlichen Sinne versprechen, vor allem auch keine Möglichkeit zur Selbstbereicherung. Das Gegenteil sei der Fall, denn die von der Versammlung gewählten Personen würden das entsprechende Vertrauen bloß über harte Arbeit erlangen (ebd.).

Die gemeinschaftliche harte Arbeit stellt also ein wesentliches politischen und gesellschaftlichen Einfluss begründendes Element der *comunalidad* dar. In Oaxaca ist der Begriff *tequio* die gängige Bezeichnung für die gemeinschaftliche Arbeit, die mit dem cuetzaltekischen Nahuat-Begriff *tekit* für harte, körperliche Arbeit verwandt ist (Beaucage/Taller de Tradición Oral del CEPEC 2012, 103). In Cuetzalan hieß die Gemeinschaftsarbeit auf Nahuat *altepetekit* (dt. „harte Arbeit für das Dorf“) (Cortez Ocotlán 2017, 14), heute aber ist der spanische Begriff *faena* gebräuchlich (Zuckerhut 2016, 192). Sánchez-Antonio (2021, 699) nennt zudem die spanische, den reziproken Charakter der Arbeit betonende Formulierung der *mano vuelta* (dt. wörtlich „Hand zurück“) als gängige Variante. Díaz (2021, 16) unterscheidet verschiedene Formen der gemeinschaftlichen Arbeit im Sinne der *comunalidad*:

1. physische Arbeit, um öffentliche Aufgaben zu erledigen
2. nachbarschaftliche oder familiäre gegenseitige Hilfe (*mano vuelta*)
3. das Bedienen der Gäste bei einem öffentlichen Patronatsfest
4. das Tauschen von Musikgruppen innerhalb einer oder auch zwischen mehreren *comunidades*
5. intellektuelle Arbeit, wenn sie in den Dienst der Gemeinde gestellt wird

Die gemeinschaftliche Arbeit entspringe der Idee einer kommunalen Erde (siehe unten), die mittels einer „energía creativa, inteligente, transformadora: el trabajo“⁶

5 „[...] die für den Zusammenhalt verantwortliche Instanz, diejenige, die über die Einheit der Bevölkerung wacht, damit weiterhin eine Gemeinschaft gebildet wird. Sie muss Gemeinschaftsversammlungen einberufen, um zu informieren und um den Rat der Gemeinde zu bitten. So sind die Versammlungen offene Foren der Diskussion [...]. In ihnen werden die Differenzen überwunden, um geeinter daraus hervorzugehen, noch überzeugter davon, dass wir für die Existenz unserer Gemeinschaft kämpfen müssen“ (Díaz 2021, 18, eigene Übersetzung).

6 „[...] einer kreativen, intelligenten, umformenden Energie: der Arbeit“ (Díaz 2021, 15 f., eigene Übersetzung).

bearbeitet werde (Díaz 2021, 15 f.). Die gemeinschaftliche Arbeit an der Erde reproduziere also die *comunalidad* – und umgekehrt. *Tequio* heiße also, die individuellen und familiären Interessen mit den gemeinschaftlichen in Einklang zu bringen, *tequio* sei notwendig, unentgeltlich und verpflichtend, und nicht zuletzt verschaffe *tequio* Achtbarkeit vor den anderen Mitgliedern (Díaz 2021, 16). Diese engmaschige Verknüpfung von gemeinschaftlicher Arbeit, Autorität und letztlich Entscheidungsmacht deutet auf ein tief verwurzelt mesoamerikanisches Erleben von Gemeinschaft hin, welches die Arbeit am gesellschaftlichen Wohl zur Bedingung für individuellen Autoritätsgewinn macht. In Hinblick auf die demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen, die Bedeutung gemeinschaftlicher Arbeit und den relationalen Charakter passt sich die *comunalidad* gut in den Rahmen von *commoning*-Ansätzen nach Caffentzis und Federici (2014, 101–103) ein.

Nach Díaz (2021, 19) würde die *comunalidad* darüber hinaus die Basis für das Fortbestehen Indigener Gemeinschaften und „nuestra esencia de pueblos indomables, amantes de la libertad y de la paz“⁷ bilden. Darin spiegelt der Autor zwar das von Caffentzis und Federici (2014) postulierte emanzipatorische und antikapitalistische Wesen des *commoning* wider, legt den Fokus aber auf jene dekolonialen Aspekte, die in Federicis (2020, 2021) Arbeit oftmals vernachlässigt bleiben: die spezifischen rassialisierten Gewalterfahrungen Indigener Menschen und ihren Kampf nicht nur um Freiheit von kapitalistischer Ausbeutung, sondern auch um kulturelle und politische Selbstbestimmung. Zugleich warnen allerdings mehrere Autor:innen davor, auf Grundlage der *comunalidad* organisierte Gemeinden vorschnell zu romantisieren. Auch die *comunalidad* sei kein perfekter Zustand, und Indigene Gemeinden seien keine paradisiatischen „Tierras sin Mal“ (dt. „Länder ohne Böses“) – dennoch aber berge die historische Erfahrung des oben beschriebenen Gemeinschaftslebens ein utopisches Potenzial (Sánchez-Antonio 2021, 699). Der sehr harmonischen Darstellung bei Díaz (2021) widersprechen auch meine eigenen Beobachtungen aus der Sierra Nororiental der Puebla. Streit und Missgunst sind auch in Maseual-Gemeinden keine Seltenheit, mitunter kommt es zur Androhung oder gar Anwendung nachbarschaftlicher Gewalt (Bernegger 2025, 106 f.). Die gemeinschaftlichen Interessen geraten vielfach mit den individuellen oder familiären Wünschen nach Bildung, Geldeinkommen und materiellem Wohlstand in Konflikt und müssen daher wieder und wieder ausverhandelt werden (ebd., 100 u. 110). In diesem Kontext sind die Diskussionen um eine verpflichtende Teilnahme an der *faena*, der gemeinschaftlichen Arbeit, und die strengen Sanktionen bei Zuwiderhandeln zu verstehen. Den aktuellen Komitees schlägt viel Misstrauen entgegen – insbesondere vonseiten der älteren Männer, die selbst bereits viel gearbeitet und dadurch beachtliche Autorität angesammelt haben. Den jüngeren ebenso wie den weiblichen Komiteemitgliedern werfen sie vielfach Unwissen, Faulheit oder gar

7 „[...] unsere Essenz als unbezwingbare Gemeinden, Liebhaber:innen der Freiheit und des Friedens“ (Díaz 2021, 19, eigene Übersetzung).

Gier und Korruption vor (ebd., 106 u. 113). Insbesondere die Vorwürfe der Korruption stehen in Widerspruch zu Díaz' (2021, 17) Charakterisierung der *cargos* als mit Selbstbereicherung unvereinbar.

Auch das Kriterium der möglichst umfangreichen Abgrenzung von kapitalistischen Märkten und staatlichen Institutionen in der *commoning*-Literatur (Caffentzis/Federici 2014, 102) stimmt in der Form weder mit der *comunalidad*-Literatur noch mit meinen empirischen Erfahrungen überein. In der Literatur zur *comunalidad* wird solchen Abgrenzungen wenig Bedeutung verliehen, und die gelebte Praxis der „actually existing commons“ lässt diese oftmals auch gar nicht zu (Bodirsky 2025). So wäre die in gemeinschaftlicher Arbeit verrichtete Konstruktion der Wassernetze meiner Forschungspartner:innen ohne die staatliche Unterstützung in Form von Rohren, Schläuchen und Zement aufgrund finanzieller Restriktionen undenkbar gewesen (Bernegger 2025, 103). Auch das aktive Wegsehen staatlicher Behörden bei manchen sich in gesetzlichen Grauzonen befindlichen gemeinschaftlichen Lösungen, beispielsweise in Bezug auf die Abwasserentsorgung (ebd., 90), könnte im Kontext von „strategic entanglements“ (Streinzer/Tošić 2025) gesehen werden.

Der Wert der gemeinschaftlich verrichteten Arbeit hingegen ist unbestritten und wird in den stolzen Erzählungen der früheren Komiteemitglieder deutlich, aber auch in den Unterstellungen gegenüber der jüngeren Generation (Bernegger 2025, 113). Die *faena* macht ein Kernstück des mesoamerikanischen Konzepts der *comunalidad* aus – sie stellt die aktive Reproduktion des Gemeinsamen dar und steht als Arbeit mit und an der *tierra* (dt. „Erde“) auch unmittelbar mit dieser in Zusammenhang (Díaz 2021, 15 f.). Für Frauen aber, insbesondere alleinstehende, stellt die hohe Bedeutung einer Arbeit, von der sie meist ausgeschlossen werden, eine große Belastung dar. Wird ihnen die Arbeit nicht erlaubt oder ihr Einsatz nicht als vollwertig gerechnet, müssen sie finanziellen Ersatz leisten oder einen Mann dafür bezahlen, an ihrer Stelle an der *faena* teilzunehmen (Bernegger 2025, 113 f.). Da die Autorität einer Person, wie auch bei Díaz (2021, 16) beschrieben, von deren erfolgreicher Teilnahme an den *faenas* und der Ausübung von *cargos* abhängt (vgl. Zuckerhut 2016), wird den an den Versammlungen teilnehmenden Frauen zudem meist kaum Gehör geschenkt (vgl. Agarwal 2001, 1628). Dennoch sind mit Mehrheitsentscheid getroffene Beschlüsse der Versammlung von allen einzuhalten – ansonsten drohe *descontrol* (dt. „Chaos“), und sie alle hätten kein Wasser mehr. Auf die Frage, ob sich die Frauen auch außerhalb der Versammlung absprechen und so für günstigere Regelungen lobbyieren könnten, reagierte meine Gesprächspartnerin Inés fast erschrocken: Würden sie sich in „grupitos“, in kleinen Gruppen, zusammenfinden, um sich abzusprechen, wären Konflikte und Streit die Folge – woraufhin sich niemand mehr um die Wasserversorgung kümmern würde (Bernegger 2025, 110).

Wenn sie auch nicht gleichberechtigt und basisdemokratisch gestaltet sind, wie von Caffentzis und Federici (2014) gefordert, und keineswegs so harmonisch, wie

bei Díaz (2021) beschrieben, so zeigen die Wasservereinigungen in der Sierra Nororiental de Puebla doch wesentliche Elemente der *comunalidad*. Insbesondere der hohe Wert der gemeinschaftlichen Arbeit und der Versammlung als „poder comunal“ (Sánchez-Antonio 2021, 699) machen dies deutlich. Die sozialen Realitäten aber sind, wie aus ethnografischen Berichten oft hervorgeht, vielschichtiger und widersprüchlicher, als es die Theorie vermuten lassen würde. So stehen die Versammlungen der Wasservereinigungen zwar allen Mitgliedern offen, Entscheidungsprozesse werden von den gewählten Komitees bloß moderiert und durch Mehrheitsentscheid getroffen, dennoch aber ziehen sich tiefe Ungleichheiten auf Basis von erlangter Autorität, sprich Geschlecht und Alter, durch die Ausverhandlungen. Eine Folge davon stellen finanzielle Belastungen für jüngere Haushalte und jene, die keinen Mann zur *faena* schicken können, dar. Viele dieser Widersprüche ergeben sich aus den komplexen Verflechtungen kommunaler Organisation, dem hohen Stellenwert der gemeinschaftlichen Arbeit bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Lohn Einkommen sowie anderen Verpflichtungen, äußeren Zwängen und individuellen Wünschen. Dennoch scheinen die Institutionen der *comunalidad* in vielen Fällen zu greifen und die Wasserversorgung der Haushalte, bei aller Schwierigkeit der notwendigen Ausverhandlungsprozesse, zu gewährleisten. Dies sehe ich in erster Linie in der engen ontologischen Bindung an das *territorio* (dt. „Lebensraum“) und die Einbeziehung von Akteur:innen aus der Umwelt in die Gemeinschaftlichkeit begründet, wie ich im nächsten Abschnitt zeigen werde.

3.2 Verteidigung des *cuerpo territorio*

Floriberto Díaz (2021, 15) verortet in der Konzeption der Erde als Mutter aller Menschen, wie er sie im Kontext von Oaxaca beschreibt, den Ursprung der *comunalidad*. Immerhin seien dadurch alle Menschen Geschwister. Die Umwelt wird im Nahuat-sprachigen Kontext meiner Forschungspartner:innen höchst ambivalent als nährend, aber auch gefährlich charakterisiert und schließt Regen sowie die bergigen Wälder um die Ortschaften mit ein (Bernegger 2025). Inmitten dieser Wälder befinden sich die Quellen, die seit den 1990er-Jahren nach schwerer, gemeinschaftlicher Arbeit die Haushalte meiner Forschungspartner:innen mit Leitungswasser versorgen (Zuckerhut 2016, 192). Viele dieser Quellen entspringen in Höhlen, die mir als die Eingänge in die paradiesische Unterwelt, *Talokan*, genannt wurden. Dort wohnen *Talokan Tataj* und *Talokan Nanaj*, ein die Erde, Fruchtbarkeit, Regen, Tiere und Samen verkörperndes Elternpaar (vgl. Beaucage/Taller de Tradición Oral del CEPEC 2012). Im Gegensatz zu Díaz (2021, 15) beschrieben meine Forschungspartner:innen also nicht bloß eine *madre tierra* (dt. „Mutter Erde“), sondern mit *Talokan Tataj* und *Talokan Nanaj* ein sich komplimentierendes Elternpaar, welches gütig, reichhaltig und nährend, aber auch warnend, gefährlich und mitunter strafend agiert (Beaucage/Rojas Mora 2021 u. 2022).

Zahlreiche Elemente der *comunalidad* zeigen sich auch in den von der gesamten Ortschaft getragenen religiösen Festen, die in ihren Ambivalenzen zugleich die Verschränkungen postkolonialer Ontologien aufzeigen (vgl. Zuckerhut 2017b). Am *Día de la Santa Cruz* am 3. Mai werden etwa Kreuze an bestimmten Orten abgelegt, unter anderem an wichtigen Quellen und gemeinschaftlichen Wassertanks. Eine Prozession von Tänzer:innen zieht mit Blumenschmuck, Weihrauch und Musik von Kreuz zu Kreuz – dies sei eine Danksagung ebenso wie eine Bitte um Regen und stetig fließendes Quellwasser. Es herrscht Uneinigkeit darüber, wer mit Dank und Bitte adressiert wird: der katholische Gott, *Talokan Tataj* und *Talokan Nanaj*, das gesamte Universum oder die Quelle selbst (Bernegger 2025, 93). Dennoch, so eine Aktivistin aus der Region, sei allen in der Gemeinde klar, dass ein Kreuz abgelegt werden müsse, um die Wasserversorgung sicherzustellen (Yohualichan A.C. et al. 2016, 20). Ebenso wie bei den Feierlichkeiten für wichtige Heilige wird viel Zeit, Arbeit und Geld investiert, um diesen Aufgaben nachzukommen (Zuckerhut 2017b, 50 f.). Unter anderem durch die Organisation dieser großen religiösen Feste werde die Indigene Gemeinschaftlichkeit, die *comunalidad*, reproduziert (Sánchez-Antonio 2021, 699). Das Fest am *Día de la Santa Cruz* verdeutlicht zudem, dass Akteur:innen des bewaldeten Umlands, darunter Regen und Quellen, aber auch Gott bzw. *Talokan Tataj* und *Talokan Nanaj*, in das Verständnis der Gemeinschaftlichkeit inkludiert werden. Verantwortlichkeiten und Beziehungen bestehen demnach über die menschliche Gemeinde hinaus (Bernegger 2025, 91).

Die Erde als Mitglied der Gemeinschaft, ob als Mutter oder Elternpaar, könne nur gemeinschaftlich bearbeitet und von niemandem besessen werden: „Nadie puede ser propietario único de una parte de la tierra, del aire, del Sol“⁸ (Díaz 2021, 15). Aus diesem Verständnis leite sich ein spezifisch mesoamerikanischer Freiheitsbegriff ab, der wiederum die Basis des heftigen Widerstands gegen Individualisierungen und Extraktivismen sei (ebd.). In der Sierra Nororiental de Puebla aber führten Phasen der Landprivatisierung seit der Unabhängigkeit Mexikos von Spanien und die Schwächung der sogenannten *Ejido*-Landtitel⁹ dazu, dass es in der Region kaum noch kommunal genutztes Land, sondern viel Kleinbesitz gibt (Zuckerhut 2016, 135). Dennoch sind die Menschen bekannt für ihre politische Widerstandskraft. Soziale Bewegungen und Aktivismen der – Indigenen wie mestizischen – *campesines* der Sierra Nororiental de Puebla werden schon seit den 1960er-Jahren ausführlich beforscht (Beaucage 1994). Neben den Klassenkämpfen der Kleinbauern:bäuerinnen, dem vielschichtigen Kampf um selbstbestimmte Indigene Identitäten und

8 „Niemand kann alleiniger Eigentümer eines Teils der Erde sein, der Luft, der Sonne“ (Díaz 2021, 15, eigene Übersetzung).

9 Das *Ejido* kann als Vereinbarung zwischen der Spanischen Krone und ländlichen und Indigenen Gemeinden gesehen werden, mithilfe deren die Lage von Letzteren verbessert, aber auch der ländliche Frieden im Sinne Ersterer gewahrt werden sollte. *Ejido*-Land stellte somit einen rechtlichen Kompromiss dar: Die kommunale Nutzung wurde sichergestellt, der Landbesitz aber ging an Krone bzw. Staat (Zuckerhut 2016, 134).

umweltpolitischen Kämpfen um den Schutz des eigenen Lebensraumes (siehe unten) sind dabei vor allem die Kämpfe für Geschlechtergerechtigkeit der Maseual-Frauen zu nennen. Zahlreiche Organisationen und engagierte Einzelpersonen berücksichtigen die zum Teil offen als patriarchal oder *machista* benannten Geschlechterdifferenzen in ihrer Arbeit (Téllez Álvarez 2021, 31; Vázquez González 2021, 33). Die sozioökonomische Situation für Maseual-Frauen, insbesondere für alleinerziehende Mütter, sei besonders schwierig, da sie vielfach vom Besitz von Land oder einem Haus ausgeschlossen seien (Téllez Álvarez 2021, 31 f.). Auch aufgrund ökonomischer Abhängigkeiten seien sie oft nicht in der Lage, aus gewaltvollen Beziehungen auszubrechen. Um die ökonomische Lage der beteiligten Maseual-Frauen zu verbessern sowie ihre rechtliche und politische Emanzipation zu fördern, entwickelten sich verschiedene Frauenkooperativen und Projekte (Zuckerhut 2016, 171 u. 224).

Geschlechterverhältnisse können mithilfe eines Blickes in die Haushalte und die dort gelebte Arbeitsteilung nachvollzogen werden (Mader/Schultheiß 2011, 413 f.). Patricia Zuckerhut (2016, 32–37), die sich mit Fragen von Macht, Autorität und Geschlechterverhältnissen in Haushalten in der Region beschäftigt hat, verdeutlicht die komplexe Dynamik des Konzepts. In Übereinstimmung mit der mesoamerikanischen Bedeutung von Mais seien viele (aber nicht alle) der dynamischen Spaltungen und Fusionen von Haushalten durch die Trennung von Maisfeldern auf der einen und dem Ort der Maisverarbeitung, also der Küche, auf der anderen Seite gekennzeichnet (Zuckerhut 2016, 36). Innerhalb der Haushalte strebe das erwachsene Maseual-Paar (ob offiziell verheiratet oder nicht) traditionell eine komplementäre Arbeitsteilung an, wobei der Mann für den Maisanbau auf dem Feld zuständig sei und die Frau dafür, den Mais am Herd in lebenspendende *tortillas* zu verwandeln (ebd., 239 f.). Dem entsprechen zwei verschiedene, einander komplementierende Begriffe der Arbeit: *tekit*, die schwere, körperliche und männlich konnotierte Arbeit, und *chiualis*, die nährenden und weiblich konnotierte Arbeit (Beaucage/Taller de Tradición Oral del CEPEC 2012, 102–104). Auch Floriberto Díaz (2021, 15) nannte das mesoamerikanische Paar als eine Beziehung, „donde se unen fuerzas y funciones diferentes“¹⁰, wo also in der komplementären Arbeit die *comunalidad* gelebt werde. Diese in der *comunalidad* begründete Komplementarität der Arbeitsteilung widerspräche der Auffassung mancher weißer Feministinnen, die in ihr die universelle Grundlage patriarchaler Ausbeutung vermuten (Mies 1980).

Dennoch sind die Gemeinden der Sierra Nororiental de Puebla geprägt von sozioökonomischer Ungleichheit und patriarchaler Gewalt. Die Maya-Q'eqchi'- und Xinka-Aktivistin Lorena Cabnal (2017, 70) spricht in ihrer Analyse vom „Zusammenfließen [sic] zweier Patriarchate“: dem vorkolonialen „patriarcado ancestral

10 „[...] wo sich verschiedene Stärken und Funktionen vereinen“ (Díaz 2021, 15, eigene Übersetzung).

originario¹¹ auf der einen Seite und dem sowohl auf Indigene (Frauen-)Körper als auch das *territorio* angewandten und auf ökonomischem Eigentum basierenden kolonialen Patriarchat auf der anderen. Dieses Zusammenfließen wirke sich über eine veränderte symbolische Ordnung von Besitz auf komplexe Art und Weise auf die Körper Indigener Frauen aus (Cabnal 2017, 70). Im Gegensatz zu *weißen*, der neoliberalen Logik folgend individualisierenden Ideen von Befreiung stellen „kommunitäre Feminist[in]en“ wie Cabnal mit den Ideen der *comunalidad* und des *cuerpo territorio* das Zusammendenken verschiedener Gewaltformen und den gemeinschaftlichen Widerstand gegen diese in den Vordergrund (Cabnal 2017, 76). Der Ansatz des *cuerpo territorio* stützt sich dabei auf die Betrachtung von Beziehungen zwischen dem rassialisierten menschlichen, insbesondere dem weiblichen und queeren, *cuerpo* (dt. „Körper“) und einem als lebendig, vielschichtig und mit den Ahn:innen verbundenen *territorio* (dt. „Land“ oder „Lebensraum“) (Altamirano-Jiménez et al. 2025, 50). Eine meiner Gesprächspartnerinnen, Verónica, die zu dem Zeitpunkt die Präsidentin einer lokalen Frauenorganisation war, brachte es auf den Punkt: „nosotras, este, también nos consideramos defensoras de nuestros territorios. Y, pues, ahí entra también lo del agua“¹² (Interview 6, 71). Verónicas Organisation sähe die Arbeit an der Verbesserung der ökonomischen Lage der Maseual-Frauen als direkt verbunden mit der Verteidigung des *territorio* und seiner Gewässer.

Manche meiner Gesprächspartnerinnen lehnen den individualistisch gedachten Begriff des Feminismus für sich ab und wollen sich stattdessen mit ihrer Erfahrung als „territorio-cuerpo de una mujer maseual“¹³ in die gemeinschaftlichen Kämpfe einbringen (Vázquez González 2021, 33 f., Hervorhebung im Original). Immer wieder nannten meine Gesprächspartner:innen Minenprojekte, die der Bevölkerung das Wasser umleiten, blockieren oder verschmutzen könnten, als Gefahr und den massiven, gut organisierten Protest dagegen als Sieg (z. B. Feldnotizen 2023, 26 u. 160). Renata erzählte, dass Umweltaktivist:innen, die sich gegen Minenprojekte eingesetzt hatten, in der Vergangenheit schon ermordet worden waren (Interview 2b, 4). Der mexikanische Staat würde Konzessionen an andere Staaten oder Unternehmen vergeben, ohne die Bevölkerung zu berücksichtigen – und das besonders in Indigenen Gemeinden, wie sie sagte: „en los lugares indígenas los que quieren acabar con todo, con todo lo que tenemos. Y que para nosotros la tierra es vida [...] el agua también es vida“¹⁴ (Interview 2b, 4). Die Erde sei Leben, und das Wasser sei Leben, und nichts Geringeres werde durch staatlich unterstützte Minenprojekte

11 Etwa: „von den Ahn:innen überliefertes, ursprüngliches Patriarchat“ (Cabnal 2017, 70, eigene Übersetzung).

12 „[...] wir, ah, verstehen uns auch als Verteidigerinnen unseres Lebensraumes. Und, na ja, hier kommt auch das mit dem Wasser dazu“ (Interview 6, 71, eigene Übersetzung).

13 Etwa: „Lebensraum-Körper einer Maseual-Frau“ (Vázquez González 2021, 33 f., eigene Übersetzung).

14 „[...] in Indigenen Orten wollen sie allem ein Ende setzen, allem, was wir haben. Und für uns ist die Erde Leben [...] das Wasser ist auch Leben“ (Interview 2b, 4, eigene Übersetzung).

bedroht. Trotz der Gefahren für das individuelle Leben organisiere sich die Bevölkerung daher gegen jede neue extraktivistische Bedrohung. Proteste wie die gegen die erfolgreich abgewehrten Minen in einem ein paar Autostunden entfernten Ort werden dabei oft auf ähnliche Weise wie die gemeinschaftlichen Arbeiten, die *faenas*, organisiert: Alle Mitglieder der Organisation würden sich zu einem Beitrag verpflichten – wer nicht zur Protestaktion fahren könne, würde stattdessen eine *cooperación*, einen finanziellen Beitrag, leisten, um die Fahrtkosten für die Protestierenden zu decken (Steiner 2025, 102). Wenn die Gemeinde sich und ihr *territorio* von außen bedroht sieht, erlauben die Gewohnheit, Probleme gemeinschaftlich zu lösen, sowie die bekannten Institutionen der *comunalidad* – das Abhalten von Versammlungen, gemeinschaftliche Arbeit und die Notwendigkeit, einen Beitrag zu leisten – die rasche und effektive Mobilisierung.

Sowohl Marisol als auch Renata und viele andere meiner Gesprächspartner:innen beklagten aber nicht nur die Zerstörung und Verschmutzung des *cuerpo territorio* von außen, sondern auch die von der Maseual-Gemeinde selbst verursachte: „[...] también hemos maltratado a la tierra por contaminarla“¹⁵, sagte Renata dazu selbstkritisch (Interview 2b, 4). Marisol nannte die selbstverschuldete Verschmutzung von Gewässern und *territorio* einen Widerspruch, da doch alle Quellen eigentlich heilig seien (Feldnotizen 2022, 21). Doch die Heiligkeit und sogar die Sauberkeit des Wassers scheinen zweitrangig, wenn ein anderes Interesse – das an Geld, Komfort, Softdrinks oder an strahlend weiß gebleichter Kleidung – im Vordergrund steht (Bernegger 2025, 90 f.). Sie verdeutlichte den Zusammenhang zwischen dem gemeinschaftlichen Kampf gegen Minenunternehmen, der Verantwortung der einzelnen Gemeindemitglieder sowie dem überregionalen Diskurs um den *cuerpo territorio*: „[...] conocer el cuerpo es un poder, también el territorio que habito y cuido, el agua, la tierra, la siembra, tener conciencia [...]. Si no cuidan el cuerpo territorio abren la puerta a empresas mineras“¹⁶ (Feldnotizen 2022, 22). Den *cuerpo territorio* – und damit das Wasser, die Erde und die Saat – zu kennen und für ihn zu sorgen, sei zentral, um ihn als Ort der Selbstermächtigung schützen und stärken zu können.

4. Conclusio

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, wie das mesoamerikanische Konzept der *comunalidad* die euroamerikanischen Diskussionen um *commons*, Allmenden oder *commoning* bereichert. Zentrale Elemente sind die Verwurzelung in einem lebendig gedachten und zu verteidigenden *territorio*, die Relevanz der *faena* an der Erde

15 „[...] auch wir haben die Erde misshandelt, indem wir sie verschmutzen“ (Interview 2b, 4, eigene Übersetzung).

16 „[...] den Körper zu kennen ist eine Macht, auch das *territorio*, das ich bewohne und für das ich Sorge, das Wasser, die Erde, die Saat, Bewusstsein haben [...]. Wenn sie den *cuerpo territorio* nicht achten, öffnen sie den Minenunternehmen die Türen“ (Feldnotizen 2022, 22, eigene Übersetzung).

sowie die Versammlung als Entscheidungsorgan. Marxistisch inspirierte *commoning*-Ansätze bieten gute Anknüpfungspunkte, indem sie Prozesshaftigkeit, Praxis und Relationalität betonen. Das empirische Fallbeispiel der Wasserversorgung in einer Maseual-Gemeinde der Sierra Nororiental de Puebla aber hält den Anforderungen an solche antikapitalistischen *commoning*-Prozesse nicht stand: Der von Caffentzis und Federici (2014) als wesentlich genannte gleichberechtigte Zugang ist ebenso wenig gewährt wie tatsächliche basisdemokratische Entscheidungsfindung. Zudem zeigte sich in den Praktiken meiner Forschungspartner:innen weniger ideologische als schlicht an Existenzsicherung und einem guten Leben interessierte Motivation. Die *commoning*-Literatur würde den Wasservereinigungen im Bezirk Cuetzalan daher wohl wenig Potenzial als „the embryonic form of an alternative mode of production in the make“ zugestehen (Caffentzis/Federici 2014, 95).

Die Literatur zur mesoamerikanischen *comunalidad*, wie sie im Bundesstaat Oaxaca entwickelt wurde, betont hingegen den gemeinschaftlichen Besitz und die gemeinschaftliche Arbeit an der Erde als ihre Basis (Díaz 2021; Sánchez-Antonio 2021). Aufgrund historischer Einhegungsprozesse gibt es auch im Bezirk Cuetzalan heute wenig kommunalen Besitz, dem Aspekt der gemeinschaftlichen Arbeit aber wird seit etwa 30 Jahren wieder verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Das Entwickeln von dem Gemeinwohl dienenden Projekten, in meinem Beispiel der Bau eines Wasserleitungsnetzes für die Versorgung der Haushalte, das gemeinsame Projekt, die oft langwierigen Ausverhandlungs- und Entscheidungsfindungsprozesse sowie letztlich die verpflichtende gemeinschaftliche Arbeit reproduzieren dabei die Maseual-Gemeinschaftlichkeit – die *comunalidad*.

Dieses Verständnis des Gemeinsamen ist durchaus nicht immer harmonisch oder konfliktfrei, ganz im Gegenteil. Durch die Teilnahme an der *faena* (dt. „gemeinschaftliche Arbeit“) und die Ausübung von politischen *cargos* (dt. „Ämter“) in den diese leitenden Komitees erlangen die Individuen Autorität. Diese nutzen sie im Idealfall wiederum dazu, die Gemeinde zu einen und die Projekte voranzutreiben. Der hohe Wert der gemeinschaftlichen Arbeit schloss Frauen, denen die Teilnahme oft verboten war (bzw. denen zumindest von einer Teilnahme abgeraten wurde), lange von der Ausübung von *cargos* aus – wodurch sie auch keine in diesem Kontext relevante Autorität und sich selbst und ihren Anliegen damit Gehör verschaffen konnten. Auch heute ist die Teilnahme von Frauen an den *faenas* eine seltene Ausnahme, was insbesondere alleinstehende Frauen vor erhebliche Schwierigkeiten stellt, die finanzielle Ersatzleistungen für verpasste Arbeitseinsätze stemmen oder einen Mann bezahlen müssen.

Dennoch verstehen sich viele der aktivistischen Frauen der Region nicht primär als Feministinnen, sondern als Maseual-Frauen und somit als Teil ihrer Gemeinde – an deren Kämpfen sie alle, sich selbst, aber auch Akteur:innen der Umwelt, beteiligt sehen. Im Konzept des *cuerpo territorio* der kommunitären Feministinnen

(Cabnal 2017) kommen die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Erde und Regen (im Maseual-Kontext des Bezirks Cuetzalan als Elternpaar konzipiert), Gewässern, Saat, den Ahn:innen und dem eigenen Körper zum Ausdruck. Der *cuervo territorio* wurde und wird von zahlreichen Seiten bedroht, darunter koloniale und neokoloniale Einhegungen wie Minen- oder Staudammprojekte, die Gewässer umleiten, blockieren oder verschmutzen. Der Protest gegen solche, den *cuervo territorio* gefährdende Unternehmungen wird wiederum mit Rückgriff auf die Elemente der *comunalidad* organisiert: Die Menschen halten Versammlungen ab und sind trotz Einkommensverlusten und Gefahren für das eigene Leben bereit, für die Verteidigung ihrer Gewässer und damit ihrer eigenen Gesundheit zu kämpfen. Die *comunalidad* zeigt sich auch hier darin, dass alle Gemeindemitglieder einen Beitrag zu leisten haben und somit die reziproken, die Gemeinschaftlichkeit reproduzierenden Beziehungen aufrechterhalten.

Die *comunalidad* als ontologisch im *territorio*, in der Umwelt, verwurzeltes Konzept des Gemeinsamen geht somit in ihrer Tiefe, in ihrer Zeitlichkeit, aber auch in dem oft streng sanktionierten Aspekt der Pflicht zur Gabe und Gegengabe über den Begriff des *commoning* hinaus. Elemente der *comunalidad* knüpfen in Cuetzalan zwar an historische Organisationsformen an, bleiben dabei aber, auch aufgrund der zahlreichen Widersprüche, Konfliktlinien und neuen Bedrohungen, stets wandelbar und an die (kapitalistischen) Rahmenbedingungen anpassungsfähig. Diese Anpassungsfähigkeit, die koloniale Darstellungen von in der Zeit stehen gebliebenen ländlichen oder Indigenen Gemeinden Lügen straft, ist es auch, die die Reproduktion der Maseual-Gemeinschaftlichkeit so widerstandsfähig macht. Die kommunale, auf mesoamerikanischen Elementen beruhende Wasserversorgung hat demnach eine resiliente Praxis des Gemeinsamen hervorgebracht, die in ihrer Anpassungsfähigkeit auch großen Herausforderungen wie Minenunternehmen, aber auch verschärften klimatischen Bedingungen durch die Klimakrise gewachsen ist.

DANKSAGUNG

Ich bedanke mich bei meinen Forschungspartner:innen in der Sierra Nororiental de Puebla, die mich an ihrem Leben und Arbeiten teilhaben ließen und mit denen gemeinsam ich die diesem Artikel zugrunde liegenden Daten produziert habe. Weiters bedanke ich mich bei den Betreuerinnen meiner Abschlussarbeiten, Patricia Zuckerhut und Katharina Mader, für ihre fortwährende Unterstützung sowie bei den beiden Gutachter:innen für hilfreiche Kommentare und wertvolle Anregungen zur Weiterentwicklung meiner Ideen und Überarbeitung dieses Artikels.

FÖRDERUNG

Der erste Forschungsaufenthalt wurde vom Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien gefördert und der zweite durch das Kurzfristige Wissenschaftliche Auslandsstipendium der Universität Wien.

LITERATUR

- Acheson, James M. (2011).** Ostrom for Anthropologists. *International Journal of the Commons* 5 (2), 319–339.
- Agarwal, Bina (2001).** Participatory Exclusions, Community Forestry, and Gender: An Analysis for South Asia and a Conceptual Framework. *World Development* 29 (10), 1623–48. [https://doi.org/10.1016/S0305-750X\(01\)00066-3](https://doi.org/10.1016/S0305-750X(01)00066-3).
- Agarwal, Bina (2009).** Rule Making in Community Forestry Institutions: The Difference Women Make. *Ecological Economics* 68, 2296–2308. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2009.02.017>.
- Agarwal, Bina (2021).** 27 Environmental Resources and Gender Inequality. Use, Degradation, and Conservation. In: Günseli Berik/Ebru Kongar (Hg.). *The Routledge Handbook of Feminist Economics*. New York, Routledge.
- Akbulut, Bengi (2017).** Commons. In: Clive L. Spash (Hg.). *Routledge Handbook of Ecological Economics*. New York, Routledge, 395–403.
- Altamirano-Jiménez, Isabel/Nickel, Sarah/Christine Sy, waaseyaa'sin/Aikau, Hōkūlani K. (2025).** An Introduction to Indigenous Feminisms. New York, Routledge.
- Argueta, Yolanda/Taller de Tradición Oral del CEPEC (Hg.) (1994).** Tejuan tikintenkakiliayaj In Toueyitatajuan / Les oíamos contar a nuestros abuelos. *Etnohistoria de San Miguel Tzinacapan*. Instituto Nacional de Antropología e Historia.
- Beaucage, Pierre (1994).** Los estudios sobre los movimientos sociales en la Sierra Norte de Puebla (1969–1989). *Revista Mexicana de Sociología* 56 (2), 33–55.
- Beaucage, Pierre (2010).** Representaciones y conductas. Un repertorio de las violencias entre los nahuas de la Sierra Norte de Puebla. *Revista Trace*, Nr. 57, 9–32. <https://doi.org/10.22134/trace.57.2010.382>.
- Beaucage, Pierre/Rojas Mora, Xanath (2021).** Cosmologías nahua (maseual) y totonaca (tutunakú) de la Sierra Norte de Puebla (México). Primera parte: el tiempo de la creación. *Anales de Antropología* 55 (2), 161–177. <https://doi.org/10.22201/ia.24486221e.2021.76451>.
- Beaucage, Pierre/Rojas Mora, Xanath (2022).** Cosmologías nahua (maseual) y totonaca (tutunakú) de la Sierra Norte de Puebla (México). Segunda parte: las 'almas', los dueños, las fuerzas maléficas. *Anales de Antropología* 56 (1), 7–22. <https://doi.org/10.22201/ia.24486221e.2021.76853>.
- Beaucage, Pierre/Taller de Tradición Oral del CEPEC (2012).** *Cuerpo, Cosmos y Medio Ambiente Entre los Nahuas de la Sierra Norte de Puebla. Una Aventura en Antropología*. Plaza y Valdés; UNAM.
- Berg, Charles/Milmeister, Marianne (2011).** Im Dialog mit den Daten das eigene Erzählen der Geschichte finden. Über die Kodiervverfahren der Grounded-Theory-Methodologie. In: Günter Mey/Katja Mruck (Hg.). *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien, 303–332.
- Bernegger, Julia (2025).** La raíz del pueblo, lo que conecta. Wasser als Ausdruck der Comunalidad in der Sierra Nororiental de Puebla, Mexiko. Masterarbeit betreut von Dr.in Patricia Zuckerhut, Universität Wien. <https://doi.org/10.25365/thesis.79456>.
- Bodirsky, Katharina (2025).** On Value and the Commons. *Critique of Anthropology* 45 (1), 37–47. <https://doi.org/10.1177/0308275X251315280>.
- Cabnal, Lorena (2017).** Inmitten von Gewalt. Indigene Frauenidentitäten zwischen Unterdrückung und Widerstand. *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 36 (69), 69–78. <https://doi.org/10.5169/SEALS-780991>.
- Caffentzis, George/Federici, Silvia (2014).** Commons against and beyond Capitalism. *Community Development Journal* 49 (1), 92–105. <https://doi.org/10.1093/cdj/bsu006>.
- Charmaz, Kathy (2011).** Den Standpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory. In: Günter Mey/Katja Mruck (Hg.). *Grounded Theory Reader*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien, 180–205.

Cortez Ocotlán, Pedro (2017). Diccionario Nahuat-Español de la Sierra Nororiental del Estado de Puebla. Proyecto social de la Telesecundaria Tetsijtsilin.

Da Col, Giovanni/Graeber, David (2011). Foreword: The Return of Ethnographic Theory. *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 1 (1), vi–xxxv. <https://doi.org/10.14318/hau1.1.001>.

DeWalt, Kathleen/DeWalt, Billie (2000). Participant Observation. In: Bernard Russell (Hg.). *Handbook of Methods in Cultural Anthropology*. Walnut Creek, AltaMira Press, 259–299.

Díaz, Floriberto (2021). Tierra, comunalidad y tequio. *Revista de la Universidad de México*, Dossier Trabajo. Online verfügbar unter <https://www.revistadelauniversidad.mx/articles/b086416c-af16-46a8-b7df-cc20e4b2c811/tierra-comunalidad-y-tequio> (abgerufen am 30.03.2026).

Dutt, Devika/Alves, Carolina/Kesar, Surbhi/Kvangraven, Ingrid Harvold (2025). Decolonizing Economics. An Introduction. *Decolonizing the Curriculum*. Cambridge, Polity Press.

Federici, Silvia (2011). Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons. *WorkingUSA* 14 (1), 41–56. <https://doi.org/10.1111/j.1743-4580.2010.00319.x>.

Federici, Silvia (2020). Die Welt wieder verzaubern: Feminismus, Marxismus & Commons. Wien, Mandelbaum kritik & utopie.

Federici, Silvia (2021 [2004]). Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Herausgegeben von Martin Birkner. Wien, Mandelbaum.

Fennell, Lee Anne (2011). Ostrom's Law: Property Rights in the Commons. *International Journal of the Commons* 5 (1), 9–27.

Gaard, Greta (2011). Ecofeminism Revisited: Rejecting Essentialism and Re-Placing Species in a Material Feminist Environmentalism. *Feminist Formations* 23 (2), 26–53. <https://doi.org/10.1353/ff.2011.0017>.

Haraway, Donna (1988). Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. *Feminist Studies* 14 (3), 575–599.

Hardin, Garrett (1968). The Tragedy of the Commons. *Science* 162 (3859), 1243–1248. <https://doi.org/10.1126/science.162.3859.1243>.

Hardin, Garrett (1998). Extensions of “The Tragedy of the Commons”. *Science* 280 (5364), 682–683. <https://doi.org/10.1126/science.280.5364.682>.

Harvey, David (2004). The ‘New’ Imperialism: Accumulation by Dispossession. *Socialist Register* 40, 63–87. <https://doi.org/10.4324/9781315251196-10>.

INEGI – Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática (2020). Climatología. Online verfügbar unter <https://www.inegi.org.mx/temas/climatologia/> (abgerufen am 28.01.2026).

Linton, Jamie/Budds, Jessica (2014). The Hydrosocial Cycle: Defining and Mobilizing a Relational-Dialectical Approach to Water. *Geoforum* 57, 170–180. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2013.10.008>.

Luxemburg, Rosa (2016 [1913]). The Accumulation of Capital: A Contribution to the Economic Theory of Imperialism. In: Peter Hudis/Paul Le Blanc (Hg.). *The Complete Works of Rosa Luxemburg*. Volume II: Economic Writings 2. London, Verso.

Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2011). Feministische Ökonomie: Antworten auf die herrschenden Wirtschaftswissenschaften? *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 41 (164), 405–422. <https://doi.org/10.32387/prokla.v41i164.6>.

Marx, Karl (1982 [1867]). Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin, Dietz Verlag.

Meran, Georg/Siehlw, Markus/von Hirschhausen, Christian (2021). The Economics of Water: Rules and Institutions. Springer Water. Cham, Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-48485-9>.

Midnight Notes Collective (1990). The New Enclosures. Bd. 10. *Autonome Media*. Online verfügbar unter <https://libcom.org/article/midnight-notes-10-1990-new-enclosures> (abgerufen am 30.03.2026).

- Mies, Maria (1980).** Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis III, 61–78.
- Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1999).** The Subsistence Perspective. London, Zed Books.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1993).** Ecofeminism. London, Zed Books.
- Ostrom, Elinor (1990).** Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge, Cambridge University Press.
- Perkins, Patricia E. (2021).** Feminist Ecological Economics. In: Günseli Berik/Ebru Kongar (Hg.). The Routledge Handbook of Feminist Economics. New York, Routledge, 62–71.
- Sánchez-Antonio, Juan Carlos (2021).** Genealogía de la comunalidad indígena: Descolonialidad, transmodernidad y diálogos inter-civilizatorios. Latin American Research Review 56 (3), 696–710. <https://doi.org/10.25222/larr.839>.
- Schwartz-Shea, Peregrine (2021).** Feminist Use of Qualitative/Interpretive Methods. In: Günseli Berik/Ebru Kongar (Hg.). The Routledge Handbook of Feminist Economics. New York, Routledge, 138–147.
- Smith, Linda Tuhiwai (2012).** Decolonizing Methodologies: Research and Indigenous Peoples. Dunedin, Otago University Press.
- Steiner, Elisabeth (2025).** Xá / A lo mejor. Zukunft in der Sierra Nororiental de Puebla. Masterarbeit betreut von Dr.ⁱⁿ Patricia Zuckerhut, Universität Wien. <https://doi.org/10.25365/thesis.79453>.
- Strathern, Marilyn (2010 [1988]).** The Gender of the Gift. Problems with Women and Problems with Society in Melanesia. Berkeley, University of California Press.
- Streinzer, Andreas/Tošić, Jelena (2025).** Introduction: Strategic entanglements – un/com-moning as relational labour of articulating resource modalities. Critique of Anthropology 45 (1), 3–14. <https://doi.org/10.1177/0308275X251315275>.
- Tejani, Sheba (2019).** What’s Feminist about Feminist Economics? Journal of Economic Methodology 26 (2), 99–117.
- Téllez Álvarez, Dulce Perla (2021).** Testimonio de Perla. In: Patricia Zuckerhut/Dulce Perla Téllez Álvarez/Araceli Vázquez González/Pierre Beaucage/Lisa Geiger/Juan Martin González (Hg.). Dekoloniale Ansätze zu neuen Ethnographien in San Miguel Tzinacapan, Mexiko. Wien, Austrian Studies in Social Anthropology, 31–32. Online verfügbar unter <https://alumni-ksa.univie.ac.at/assa/ausgaben/sondernummern/dekoloniale-ansaeetze-zu-neuen-ethnographien-in-san-miguel-tzinacapan-mexiko/> (abgerufen am 30.03.2026).
- Thomas, Stefan (2019).** Ethnografie. Eine Einführung. Qualitative Sozialforschung. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94218-6>.
- Vázquez González, Araceli (2021).** Las Comunidades Indígenas y su Herencia Cultural. In: Patricia Zuckerhut/Dulce Perla Téllez Álvarez/Araceli Vázquez González/Pierre Beaucage/Lisa Geiger/Juan Martin González (Hg.). Dekoloniale Ansätze zu neuen Ethnographien in San Miguel Tzinacapan, Mexiko. Wien, Austrian Studies in Social Anthropology, 811–818. Online verfügbar unter <https://alumni-ksa.univie.ac.at/assa/ausgaben/sondernummern/dekoloniale-ansaeetze-zu-neuen-ethnographien-in-san-miguel-tzinacapan-mexiko/> (abgerufen am 30.03.2026).
- Yohualichan A.C./Fundación Gonzalo Río Arronte I.A.P./Fundación Alfredo Harp Helú/Ace Charitable Foundation (2016).** Manual del Agua. La salud, la organización de las comunidades. Cuetzalan.
- Zuckerhut, Patricia (2016).** Autorität und Macht in Nahua-Haushalten. Indigene Strukturen in Mexiko zwischen lokaler Politik, globaler Wirtschaft und Kosmos. Wien, Transkript.
- Zuckerhut, Patricia (2017a).** Haushaltsökonomien (Domestic Modes of Production). In: Seiser, Gertraud (Hg.). Ökonomische Anthropologie. Einführung und Fallbeispiele. Wien, Facultas, 127–143.

Zuckerhut, Patricia (2017b). Pluriversalidad exitosa. Epistemologías y ontologías de los maseualmej del municipio Cuetzalan, México. *Trama. Revista de Ciencias Sociales y Humanidades* 6 (2), 41–56. <https://doi.org/10.18845/tramarcsh.v6i2.3432>.

UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

Bernegger, Julia (2023). Commoning and Gendered Waters. A Feminist Perspective on Water in a Rural Mexican Community. Bachelorarbeit betreut von Dr.ⁱⁿ Katharina Mader, Wirtschaftsuniversität Wien.

Feldnotizen (2022). Feldpraktikum 25.04.-13.05.2022.

Feldnotizen (2023). Forschung für Masterarbeit 14.09.-22.11.2023.

Interview 2b, 11.05.2022, geführt von M. (E. und die Autorin anwesend), transkribiert von M., Dauer 00:19:41.

Interview 6, 20.11.2023, geführt von der Autorin, Dauer 01:14:12.

Dekolonisierung als Herausforderung für die (heterodoxe) Ökonomie

REZENSENT:IN

Julia Bernegger*

WERK

Dutt, Devika/Alves, Carolina/Kesar, Surbhi/Kvangraven, Ingrid H. (2025).
Decolonizing Economics. An Introduction.

Cambridge & Hoboken, Polity Press. 292 Seiten. Taschenbuch. 25,99 EUR.

ISBN 978-1-5095-4548-3

ZUSAMMENFASSUNG

„Decolonizing Economics: An Introduction“ setzt bei der Selbstbeschreibung der spätneoklassischen Ökonomie als universale, wertneutrale Sozialwissenschaft an und legt deren koloniale und normative Voraussetzungen offen. Die Autorinnen argumentieren, dass zentrale Kategorien wie Entwicklung, Produktivität oder Marktintegration in imperialen Machtverhältnissen entstanden sind und bis heute eurozentrische Perspektiven reproduzieren. Als Einführung und zugleich disziplinpolitische Intervention fordert das Buch eine Öffnung von Lehrplänen, Publikationsstrukturen und methodischen Standards gegenüber kritischen, marginalisierten Stimmen aus der Peripherie und heterodoxen Traditionen. Dabei verschiebt es die Debatte um Pluralismus explizit in Richtung globaler Ungleichheitsverhältnisse und beantwortet implizit die Frage, wie disziplinäre Relevanz jenseits des universalistischen Anspruchs neu begründet werden kann. Die Antwort liegt in einer Neubestimmung wissenschaftlicher Gütekriterien: nicht über vermeintliche Neutralität, sondern über historische Kontextualisierung, Reflexion („strong objectivity“) und einen radikalen Universalismus, der strukturelle Ungleichheit analytisch wie politisch ernst nimmt.

DOI

10.59288/wug521.340

* **Julia Bernegger:** Universität Wien
Kontakt: julia.bernegger@univie.ac.at

Die Ökonomie versteht sich gern als universale Sozialwissenschaft: Ihre Modelle beanspruchen Gültigkeit unabhängig von Raum, Geschichte und Machtverhältnissen. Genau dieser Anspruch steht im Zentrum der Kritik von „Decolonizing Economics. An Introduction“. Die Disziplin wird seit geraumer Zeit von zahlreichen ihrer eigenen Vertreter:innen aufgrund dieses stark eingeeengten Verständnisses bemängelt. Ein spätneoklassisch geprägter, scheinbar universell anwendbarer Mainstream dominiert – und lässt andere, heterodoxe Herangehensweisen an die Erforschung wirtschaftlichen Handelns kaum zu. Diese Kritik ist nicht neu: Feministische, ökologische und marxistische Ökonom:innen führen diesen Kampf schon lange. Neu ist allerdings, eine dermaßen homogenisierte Disziplin wie die Ökonomie, die nach wie vor von *weißen*¹ Männern und deren Ideen dominiert wird, aufzufordern, sich zu dekolonisieren. Nichts Geringeres fordern die Autorinnen und argumentieren, dass zentrale Kategorien der Disziplin – von Entwicklung über Produktivität bis Marktintegration – innerhalb kolonialer und imperialer Gewaltverhältnisse entstanden sind und diese nach wie vor reproduzieren. In „Decolonizing Economics“, einem Beitrag zur Polity-Press-Serie „Decolonizing the Curriculum“, die neben der Ökonomie auch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen unter die Lupe nimmt, betonen die Autorinnen die besondere Schwierigkeit – aber auch die Relevanz – einer „decolonizing agenda“ in den Wirtschaftswissenschaften.

Das Buch ist als Einführung konzipiert und richtet sich in erster Linie an Studierende und Lehrende, zugleich will es jedoch als politische Intervention verstanden werden. Es zielt auf Lehrpläne, Publikationsstrukturen und methodische Standards und fordert eine systematische Öffnung gegenüber Autor:innen und theoretischen Traditionen aus der Peripherie². Damit reiht es sich in die wachsende Kritik an der Selbstbeschreibung der Mainstream-Ökonomie als wertneutraler, kontextfreier Wissenschaft ein – und erweitert diese Debatte explizit um globale Machtasymmetrien. „Decolonizing Economics“ ist ein kluges Buch und Ergebnis einer beeindruckenden Syntheseleistung von de- und postkolonialer Literatur mit diversen heterodoxen Traditionen und marginalisierten Stimmen aus der Peripherie. Es stellt damit eine Bereicherung für alle (angehenden) Ökonom:innen und Interessierte dar, die selbstreflektiert genug sind, um sich auf die Diskussion um Eurozentrismus und Dekolonisierung einzulassen.

Im Vorwort schreiben die Autorinnen, dass sie selbst die ausschließende Dominanz selbst heterodoxer Ökonomieinstitute aus ihrer Zeit als PhD-Studentinnen kennen – sowohl aufgrund ihrer Ideen als auch ihrer Identitäten als junge Frauen und Women of Color schlug ihnen oftmals Widerstand entgegen (viii). Zur Zeit

-
- 1 Der Identitätsbegriff „*weiß*“ wird hier bewusst klein- und kursiv geschrieben, um Weißsein als soziale Konstruktion zu markieren und die historische Überhöhung der Kategorie und ihre Erhebung zur Norm aufzubrechen. Umgekehrt werden „Schwarz“ und „Indigen“ großgeschrieben, um rassistischen Konnotationen sprachlich vorzubeugen.
 - 2 Die Wahl zur Bezeichnung der Regionen fiel hier, wie bei den Buchautor:innen, auf die Kategorien Zentrum und Peripherie, um auf ihre konstruierte Hierarchisierung zwischen Globalem Norden und Globalem Süden hinzuweisen (216, Endnote 1).

der Veröffentlichung sind alle vier an britischen Universitäten affiliert: Devika Dutt am King's College London als Lektorin für Entwicklungsökonomie; Carolina Alves an der University College London als Associate Professor und der University of Cambridge als Fellow in Economics; Surbhi Kesar als Senior Lecturer der Ökonomie an der SOAS, University of London; Ingrid H. Kvangraven als Senior Lecturer der Internationalen Entwicklung am King's College London.

Die eurozentrischen Grundlagen der Ökonomie

„Decolonizing Economics“ besteht aus zwei Teilen: Der erste (Kapitel 1–4) beschäftigt sich mit Eurozentrismen in der Volkswirtschaft und zeichnet diese historisch nach. Am Beispiel der Entwicklungsökonomie wird die Gefahr der Vereinnahmung einer in ihren Anfängen radikalen Subdisziplin durch koloniale, kapitalistische Strukturen nachgezeichnet (Kapitel 4). Der zweite Teil (Kapitel 5–9) widmet sich dem Entwickeln einer „decolonizing agenda“ sowie deren Anwendung auf verschiedene ökonomische Themenkomplexe – Wachstum und Preisentwicklung, Arbeitsmarkt und informelle Arbeit sowie Betrachtungen von Institutionen und Rationalität (Kapitel 7) – und liefert konkrete Vorschläge für die Dekolonisierung von ökonomischer Lehre, Universitäten und Gesellschaft sowie politische Handlungsempfehlungen (Kapitel 8).

Die eurozentrischen Grundlagen der heutigen Mainstream-Ökonomie lassen sich anhand einer Einordnung und Neubewertung der Geschichte ableiten. Sowohl in der hegemonialen Darstellung der Wirtschaftsgeschichte, sprich der „Durchsetzung“ des Kapitalismus in Europa, als auch der Theoriengeschichte der Disziplin als Abfolge wissenschaftlicher Triumphe zeigen die Autorinnen Fehler und Lücken auf. So könne die Mainstream-Ökonomie mangels ihrer Beachtung der qualitativen Veränderungen der sozialen Beziehungen und Klassenverhältnisse die gewaltsame Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in England nicht erklären. Der zweite Fehler liege in der Missachtung globaler Unterdrückungssysteme wie Kolonialismus, Rassifizierung, Imperialismus und Patriarchat, die für die Durchsetzung des Kapitalismus in Europa notwendig waren (46): Ein wirkmächtiges und dennoch häufig ausgeblendetes Beispiel würden die drei Jahrhunderte des transatlantischen Sklavenhandels sowie die Konstruktion einer (pseudowissenschaftlichen) rassifizierten Hierarchie zu seiner Legitimierung darstellen. Erst die brutale Ausbeutung der Arbeitskraft rassifizierter Schwarzer Menschen und die Aneignung kolonisierten Landes und seiner Rohstoffe schafften die Grundlage, auf der sich die kapitalistische Produktionsweise etablierte (47).

Die übliche Erzählung der disziplinären Theoriengeschichte verfolge eine „standard lineage of Smith – Malthus – Mill – Ricardo – Marshall – Keynes“ (50), die einer genaueren wissenschaftsgeschichtlichen Betrachtung allerdings nicht standhalte. So werde regelmäßig übersehen, dass Adam Smith zentrale Ideen von chinesischen und arabischen Intellektuellen übernommen hatte, und die Mainstream-Interpretationen seiner Arbeitswerttheorie bezeichnen die Autorinnen als „more Eurocentric than Smith himself“ (50). Mainstream-ökonomische Darstellungen der

eigenen (europäischen bzw. disziplinären) Geschichte würden den tief sitzenden Eurozentrismus der Disziplin offenbaren. Diesen definieren die Autorinnen als eine „partial, distorted, and idealized view of capitalist development“, welche das kapitalistische Zentrum dem „rest of the world“, der Peripherie, aufzwingen würde (52). Wo also angenommen werde, die kapitalistische Produktionsweise habe sich natürlich als die rationalste und effizienteste durchgesetzt, folge, dass alle nicht-kapitalistischen Produktionsweisen mangelhafte Abweichungen darstellen, die durch die helfende Hand von Ökonom:innen aus dem kapitalistischen Zentrum korrigiert und auf den richtigen Pfad geleitet werden müssten.

Die koloniale Geschichte der Disziplin würde sich – neben ihrer einseitigen Darstellung – in zwei wesentlichen Punkten in heutigen ökonomischen Theorien widerspiegeln, von denen auch heterodoxe Ansätze nicht befreit seien: erstens in der Arbeit mit dualistischen Kategorien, die im imperialen Kontext entstanden und hierarchisch aufgeladen wurden (140–160), und zweitens im universalistischen Anspruch einer Ökonomie, die Alternativen zum egoistisch nutzenmaximierenden und hyperindividualistisch konzipierten Homo oeconomicus und seiner Rationalität, die sich über kapitalistische Marktmechanismen auf die gesamte nationalistisch gedachte Gesellschaft erstrecken soll, entweder ausblendet oder als vormodern und ineffizient abwertet.

Für mit ökonomischer Theoriengeschichte, insbesondere ihrer marxistischen Lesart, vertraute Leser:innen enthalten die ersten Kapitel des Buches wohl wenig inhaltlich Neues. Ihre vielleicht größte Stärke liegt jedoch in der systematischen Zusammenführung verschiedener Ansätze und der Rekonstruktion der historischen kolonialen Verstrickungen der Grundlagen, Strukturen und Institutionen der heutigen Ökonomie. Dabei analysieren die Autorinnen die fortgesetzten Auswirkungen einer immer enger, eurozentrischer und patriarchaler werdenden Wirtschaftswissenschaft auf die sozialen Beziehungen und wirtschaftlichen Subjekte insbesondere in der Peripherie. Auch in gut gemeinten progressiven und heterodoxen Werken, so die Autorinnen, stecke eine beachtliche Menge eurozentrischer Vorannahmen, die wiederum, aufgrund der Hegemonie der Ökonomie gegenüber anderen Sozialwissenschaften, folgenschwere politische Entscheidungen nach sich ziehen können (15). Sie betonen jedoch, dass die Kolonialität ökonomischer Traditionen nicht bedeute, dass die einzelnen Ökonom:innen zwangsläufig rassistisch, kolonialistisch oder patriarchal seien – insbesondere Entwicklungsökonom:innen würden es oft gut meinen, dabei tragischerweise aber dennoch häufig problematische Strukturen reproduzieren. Die Autorinnen wollen das Buch also keineswegs als Attacke auf einzelne Ökonom:innen verstanden wissen, sondern vielmehr die hinter ihrer Arbeit liegenden Strukturen sichtbar und damit angreifbar machen (161).

Methoden und Kategorien dekolonisieren

Die Autorinnen von „Decolonizing Economics“ schließen sich der bereits langen Reihe heterodoxer Ökonom:innen an, die den eingegengten Blick darauf, was in der Wirtschaftswissenschaft als akzeptable Methodik gilt, hinterfragen. Ein

wesentlicher, bereits erwähnter Kritikpunkt betrifft die Ahistorizität und den universalistischen Anspruch der Mainstream-Ökonomie, die das Einbeziehen diverser historisch gewachsener sozialer Logiken und Unterdrückungsstrukturen verunmöglichen (69). Der methodische Individualismus bzw. Nationalismus, der der Mikro- bzw. Makroökonomie zugrunde liegt, und exogen und fixiert gedachte Präferenzen würden den Eindruck erwecken, dass jedes wirtschaftliche Handeln modelliert und anhand deduktiver quantitativer Methoden rein technisch und ideologiefrei untersucht werden könne (67). Anhand zahlreicher Beispiele zeigen die Autorinnen auf, dass die scheinbar universellen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nur sehr begrenzt passende Erklärungen oder politische Lösungen bereithalten und stattdessen dazu dienen, die Entwicklungen im kapitalistischen Zentrum zu überhöhen und jene der Peripherie abzuwerten (72). Um Eurozentrismen und wirkungsloser bis gewaltvoller ökonomischer Forschung entgegenzutreten, entwickeln die Autorinnen eine „decolonizing agenda“, die sie im zweiten Teil des Buches entfalten.

Den „empirical turn“ der Volkswirtschaft kritisieren die Autorinnen folglich als eine weitere Verengung, die das Selbstbild der Ökonom:innen als neutrale, objektive, apolitische, rein technische Wissenschaftler:innen zementieren würde (75). Besonders kritisch diskutiert das Buch dabei experimentelle Methoden und Randomized Controlled Trials, die in der Entwicklungsökonomie häufig zum Einsatz kommen. Diese seien ethisch teils höchst bedenklich, bleiben aufgrund ihres Verzichts auf theoretische, historische und politische Einbettung im besten Fall wirkungslos, im schlimmsten Fall können sie jedoch gewaltvolle Strukturen reproduzieren – so geschehen in einer bekannten Studie, in der Ökonom:innen zufällig ausgewählten Haushalten mit niedrigem Einkommen in Nairobi, Kenya, das Wasser abdrehten (76 u. 210; Wilson et al. 2023). Die Kritik ist nachvollziehbar und berechtigt. Die methodologische Grundlage einer „decolonizing agenda“ ist in der Ablehnung des eurozentrischen Universalismus zu finden. Diesen allerdings wollen sie nicht durch seine Umkehr, den Partikularismus, ersetzen, da dieser zu Essentialismen und fehlgeleiteten Romantisierungen neige und daher allzu oft durch rechte Kräfte (in der Peripherie) instrumentalisiert würde. Stattdessen schlagen sie einen „radical universalism“ vor, der, anders als der eurozentrische Universalismus, wandelbar, lokal angepasst und kulturell sensibel sein könne, dabei aber, anders als partikularistische Ansätze, das gemeinsame Menschsein ins Zentrum rücke (134). Der Ansatz des radikalen Universalismus klingt vielversprechend, Möglichkeiten einer konkreten methodischen Ausgestaltung bleiben allerdings vage – dies mag dem Umstand geschuldet sein, dass es sie erst zu entwickeln gilt.

Neben dem Universalismus wollen Dutt, Alves, Kesar und Kvangraven auch die Objektivität durch Dekolonisierung verbessern, indem sie Positivismus ablehnen. Wie feministische Theoretikerinnen vor ihnen nennen sie dazu den eigenen Standpunkt als wesentliches Werkzeug: Anstatt positivistischer Neutralität und „weak objectivity“ fordern sie das Streben nach einer „strong objectivity“ durch Reflexion und Offenlegung der eigenen Position innerhalb gesellschaftlicher

Machtstrukturen und der politischen und theoretischen Färbung der Forscher:innen (135). In Einklang mit ihrer Kritik des Individualismus wollen die Autorinnen die Mainstream-Ökonomie allerdings nicht bloß durch ökonomische Arbeiten von marginalisierten Gruppen angehörenden Personen oder aus Regionen der Peripherie ergänzen – das käme reiner Identitäts- oder Diversitätspolitik gleich und wird konsequenterweise abgelehnt. Vielmehr gehe es darum, marginalisierte theoretische Perspektiven zu Wort kommen zu lassen, deren Herangehensweise strukturelle Machtungleichheiten aufdecken und Alternativen aufzeigen könne (139). In einem vergleichsweise kurzen Abschnitt betonen die Autorinnen daher die Relevanz kritischer Reflexion von Methodologie und wissenschaftlichen Gütekriterien. Wissen solle als konstruiert anerkannt, der Standpunkt der Forscher:innen und Machtstrukturen reflektiert und verschiedene Methoden angewandt werden (137). Gerade hier, wo das Buch zwar die Notwendigkeit einer methodischen Neuorientierung betont, bleibt die Ausarbeitung möglicher qualitativer, diskursiver oder Indigener Ansätze allgemein. Dabei kennen und zitieren die Autorinnen unter anderem Linda Tuhiwai Smith (2012), die bereits 1999 ein umfassendes Werk zu Strategien dekolonialer Methodologien und ethisch akzeptablem, d. h. partizipativem, rücksichtsvollem und kulturell sensiblem Umgang mit Indigenen Menschen vorgelegt hatte.

Eine Stärke des Buches liegt hingegen in seiner systematischen Aufarbeitung der historischen Konstruktion und rezenten Reproduktion hierarchisierender Kategorien. Die Problematik von Kategorien bringen die Autorinnen treffend auf den Punkt: Sie zu verwenden, wie notwendigerweise bei der Anwendung quantitativer Methoden, könne die ihnen inhärente konstruierte Differenz reproduzieren. Sie nicht zu verwenden aber berge das Risiko, bestehende Ungleichheiten zu übersehen. Die Lösung liege in einer vorsichtigen historischen Einbettung und Überprüfung herkömmlicher Kategorien, insbesondere jener, die eurozentrische Trennungen und Hierarchisierungen reproduzieren. Diese gelte es zu dekonstruieren, ihre Wirkmacht zu prüfen und sie gegebenenfalls durch Kategorien aus dem jeweils passenden Kontext zu rekonstruieren (140 u. 142). Der Einbettung, Dekonstruktion und Analyse sowie dem Aufzeigen möglicher Alternativen zu kolonialen, patriarchalen und rassifizierten Kategorien widmen die Autorinnen in einer beeindruckenden Zusammenführung ganze 20 Seiten (140–160).

Wirtschaftspolitische Implikationen der „decolonizing agenda“

Die Autorinnen verweisen vielfach auf die Implikationen für die materiellen Lebensbedingungen eurozentrischer und patriarchaler wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen und schaffen damit den notwendigen Schritt über die diskursive Ebene hinaus. Berühmt-berüchtigt sind die Auswirkungen der „Structural Adjustment“-Programme, anhand deren zahlreichen Regierungen der Peripherie von den internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) neoliberale „one-size-fits-all policies“ nach Vorbild der kapitalistischen Zentren aufgezwungen wurden. Diese führten allerdings nicht, wie von eurozentrischen Akteuer:innen erwartet, zu Wachstum und positiven Wohlstandsentwicklungen, sondern hatten teils stark

negative Auswirkungen (97). Infolge der globalen Schuldenkrise in den 1980er-Jahren verschärfte sich die Kontrolle der IFIs über die innenpolitischen Angelegenheiten der Peripherie zusätzlich (101). Aus postkolonialen Zusammenhängen erwachsene staatliche Schulden beeinflussten so über aufoktrozierte Konjunkturmaßnahmen alle Lebensbereiche – bis hin zur neoliberalen Ausrichtung der Hochschul- und Bildungspolitik, die wiederum zahlreiche dekoloniale Denkschulen und Lehrpläne zunichtemachte (102).

Nicht nur Mainstream-Ökonom:innen würden jedoch in eurozentrische Fallen tappen, welche auch im kapitalistischen Zentrum selbst oft starke Auswirkungen hätten: „We argue that economic phenomena everywhere can be best understood when situating them within relevant power structures such as capitalism, imperialism, racialization, casteism, and patriarchy“ (162) – nicht nur in der Peripherie könnten ökonomische Zusammenhänge mithilfe einer „decolonizing agenda“ besser erfasst und bearbeitet werden, sondern auch im kapitalistischen Zentrum. Dennoch finden sich auch bei heterodoxen Autor:innen Eurozentrismen und mangelndes Bewusstsein dafür: „It may be the case that in their attempt to protect their constantly narrowing space as the mainstream excludes them, they [heterodox economists] become excessively protective of their networks. However, this sometimes results in yet another white men’s club [...]“ (127). Keynesianische oder marxistische Ansätze, obgleich heterodox und durchaus an Machtfragen interessiert, würden dennoch die kapitalistischen Zentren in ihren Analysen häufig als abgeschlossene Systeme denken und so die stabilisierende Wirkung der Peripherie ausblenden. So würden fortgesetzte Enteignungen in der Peripherie die Kaufkraft und damit die Nachfrage drücken und somit wesentlich zur Preisstabilität im Zentrum beitragen (121). Auch der so wichtige heterodoxe Ansatz des endogenen Geldes könne beispielsweise nur eingeschränkt auf Finanzmärkte übertragen werden, die anders funktionieren als jene im kapitalistischen Zentrum (122). Postkeynesianische Arbeitsmarktanalysen wiederum würden häufig Realitäten wie die besonders in der Peripherie große Bedeutung informeller, nichtkapitalistischer oder familienbasierter Arbeit ausblenden (122). Unsichere, prekäre, informelle Arbeit außerhalb des formalen Arbeitsmarktes ist als solche von Autor:innen aus der Peripherie gut erforscht – Autor:innen im kapitalistischen Zentrum aber kennen diese Literatur kaum und wundern sich daher über das verstärkte Aufkommen von „neuen“ Arbeitsformen wie der Plattform- oder Gig-Ökonomie, die nicht zu ihren eurozentrischen Thesen passen (177). Blinde Flecken als Resultate eurozentrischer Verallgemeinerungen würden dem Erkenntnisgewinn und letztlich an die jeweilige Situation angepassten politischen Empfehlungen im Weg stehen.

Was tun?

Durch das gesamte Buch zieht sich die Einsicht, dass strukturelle Probleme wie jenes des Eurozentrismus strukturelle Lösungen erfordern. Die Verantwortung für die Reflexion der eigenen Praxis trägt der:die individuelle Forschende, Lehrende und Studierende – jene für die geforderte grundlegende Transformation der

Wirtschaftswissenschaft aber liege in der Struktur und sei daher schwer festzumachen. Dekolonisierung sei „a political, uncomfortable and, at times, even a violent process, given that it ultimately aims to disrupt existing power structures“, stellen die Autorinnen klar und stemmen sich damit wohl präventiv gegen drohende Vereinnahmungen durch systemkonforme Ansätze (185). In dem nach Lenins (1902) Programmschrift gegen den „Ökonomismus“ in der eigenen Partei benannten Kapitel 8 „What is to be done?“ versuchen sich die Autorinnen an konkreten Lösungsvorschlägen.

Diese beginnen mit der ökonomischen Lehre, die nicht nur theoretisch diversifiziert werden, sondern auch Pädagogik wieder klar als transformativ begreifen sollte (187). Auch epistemologische Kritik will wieder gelernt und in die Lehre integriert werden, um Studierenden das Aufbrechen universalistischer Annahmen und Erkennen von Machtstrukturen zu ermöglichen. Darüber hinaus sei es zentral, Studierenden ein Verständnis dafür zu vermitteln, dass jede Forschung – auch oder gerade jene, die behauptet, wertfrei zu sein – politisch ist und dass ein Verständnis für und die Teilnahme an politischen Kämpfen zur Bildung dazugehöre (195). Hochschulen selbst seien aus Sicht einer „decolonizing agenda“ durchaus widersprüchlich, da sie historisch zugleich Orte massiver kolonialer Unterdrückung und emanzipatorische Reflexionsräume seien (196). Sofern es aber gelänge, neoliberale Agenden zurückzudrängen, heterodoxe Institute und jene der Peripherie zu unterstützen und Publikations- und Einstellungsprozesse gerechter zu gestalten, scheinen die Autorinnen vom universitären Potenzial überzeugt (202–204).

Auch bei zahlreichen anderen globalen Institutionen und Politiken stelle sich die Frage, ob sie nicht dermaßen kolonial geprägt sind, dass ihre Dekolonisierung nahezu absurd wird – viele Theoretiker:innen und Aktivist:innen fordern daher vielmehr ihre Abschaffung. Da Universitäten, die IFIs und nationalstaatliche Strukturen aber vermutlich noch länger Bestand haben werden, argumentieren die Autorinnen dennoch für den Kampf um ihre Dekolonisierung (206). Dies könne gelingen, indem Institutionen und politische Empfehlungen daraufhin geprüft würden, ob sie strukturelle Unterdrückung adressieren und Schritte unternehmen, ihnen entgegenzutreten, ob sie also antikolonialistisch, antiimperialistisch und antipatriarchal seien. Weiters müssten die Perspektiven derjenigen Menschen, die eine politische Maßnahme erreichen soll, in Betracht gezogen werden (206). Anhand der Themen Klimapolitik, IFIs und ihr Umgang mit nationalstaatlichen Schulden, technokratische „evidence-based policy“ und Gesundheitspolitik am Beispiel der COVID-19-Pandemie zeichnen die Autorinnen die politischen Implikationen einer „decolonizing agenda“ nach (206–212). In seiner thematischen Breite und analytischen Tiefe vermittelt „Decolonizing Economics“ ein gutes Verständnis für die Vielfalt möglicher Untersuchungsfelder und regt dazu an, die eigene Arbeit kritisch zu hinterfragen und um marginalisierte Stimmen aus der Peripherie zu erweitern.

Fazit

„Decolonizing Economics“ verschiebt die disziplinäre Selbstbeschreibung der Ökonomie, indem es ihre normativen und kolonialen Voraussetzungen systematisch offenlegt. Die Autorinnen überzeugen sowohl in ihrer breit angelegten Synthese kolonialitätskritischer und heterodoxer Ansätze als auch in ihrer disziplinpolitischen Intervention gegen den eurozentrischen Universalismus der Ökonomie. Eine Grundsatzfrage, die sich bei der Lektüre stellt, ist jene, ob und wie eine dekoloniale Ökonomie neue Formen disziplinärer Aussagekraft entwickeln kann, wenn sie den bisherigen universalistischen Anspruch zurückweist. Die hohe Bedeutung der Mainstream-Ökonomie für Politik und Öffentlichkeit entsteht wesentlich aus Standardisierung und Vergleichbarkeit – gerade dieser Anspruch aber wird von der dekolonialen Kritik bewusst unterminiert. Damit stellt sich die Frage, wie sich die disziplinäre Relevanz neu herstellen lässt. „Decolonizing Economics“ antwortet darauf, indem es wissenschaftliche Gütekriterien nicht über vermeintliche Neutralität und Kontextunabhängigkeit definiert, sondern über historische und anpassungsfähige Tiefe, über Reflexion im Sinne einer „strong objectivity“ und die Entwicklung eines radikalen Universalismus, der strukturelle Ungleichheitsverhältnisse analytisch und politisch bearbeitbar macht.

Die Autorinnen benennen ihre Zielgruppe als die an heterodoxen Ideen interessierten Studierenden der Volkswirtschaft – in der Hoffnung, dass diese Gruppe ihrer Kritik und Erweiterung des Ökonomischen am aufgeschlossensten gegenüberstehen würde (ix). Ich stimme den Autorinnen in ihrer Einschätzung der eigenen Zielgruppe zu; während meines Ökonomiestudiums hätte ich mir sehnlichst ein solches Buch gewünscht, das die dekoloniale Kritik, wie ich sie aus anderen Disziplinen kenne, endlich auch auf die Volkswirtschaft anwenden würde. Aufgrund des bemerkenswerten Rückstandes, den die Ökonomie diesbezüglich gegenüber anderen Sozialwissenschaften aufweist, halte ich die Lektüre von „Decolonizing Economics“ allerdings als unverzichtbar für ein weit breiteres ökonomisch tätiges oder schlichtweg interessiertes Publikum. Das selbsterklärte Ziel der Autorinnen ist letztlich, zu einer Diskussion über die Eurozentrismen der Ökonomie und mögliche Wege, die Disziplin zu dekolonisieren, einzuladen (ix). Ich möchte mich dem anschließen und alle Leser:innen dieses Beitrags dazu anregen, neuerlich einen kritischen Blick auf ihre Annahmen in Bezug auf die eigene Disziplin, die eigene Arbeit und Kernbegriffe wie Wohlstand, Wachstum und Arbeit zu werfen. In vielen Fällen, wie sich durch die Lektüre von „Decolonizing Economics“ zeigt, sind diese zutiefst eurozentrisch geprägt und dadurch nicht nur wissenschaftlich unrichtig, sondern auch machterhaltend. Die gute Nachricht aber ist: Das Leben ist geprägt von Wahlmöglichkeiten und Entscheidungen – wen wir lesen, was wir lernen, wie wir unterrichten –, und sich an einer „decolonizing agenda“ zu beteiligen stellt eine solche Möglichkeit dar (214).

LITERATUR

Lenin, Wladimir Iljitsch (1902). Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung. Online verfügbar unter <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1902/wastun/index.htm> (abgerufen am 27.02.2026).

Smith, Linda Tuhiwai (2012 [1999]). Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples. Dunedin, Otago University Press.

Wilson, Adrian/Kasina, Faith/Nduta, Irene/Akallah, Jethron Ayumbah (2023). When economists shut off your water. Developing Economics blog, 11.12.2023. Online verfügbar unter <https://developingeconomics.org/2023/12/11/when-economists-shut-off-your-water/> (abgerufen am 27.02.2026).

BUCHBESPRECHUNG

Klassengesellschaft akut

REZENSENT:IN

Jörg Flecker*

WERK

Mayer-Ahuja, Nicole (2025).

Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet –
und wie es anders gehen kann.

München, C.H.Beck Verlag. 279 Seiten. Gebundenes Buch. 27,50 EUR.

ISBN 978-3-406-83783-8

ZUSAMMENFASSUNG

Das Buch behandelt die „arbeitende Klasse“ in Deutschland mit Blick auf das Verbindende und Trennende in Arbeits- und Lebensbedingungen. Lohnarbeit wurde zur gemeinsamen Erfahrung der Mehrheit, doch Unternehmensstrategien spalten Beschäftigte in Gruppen mit sehr unterschiedlichen Bedingungen. Ein großer Niedriglohnssektor, prekäre Jobs und verbreitete Arbeitslosigkeit zeigen eine Polarisierung innerhalb der Klasse. Dabei spielen Geschlecht und Migrationsstatus eine wichtige Rolle bei der Zuweisung zu Arbeitsmarktsegmenten. Die Autorin analysiert Ursachen, diskutiert die sozialen Beziehungen innerhalb der Klasse und zeigt Grundlagen und Möglichkeiten der Solidarisierung auf.

DOI

10.59288/wug521.330

* **Jörg Flecker:** Universität Wien
Kontakt: joerg.flecker@univie.ac.at

Der Begriff der sozialen Klasse und die Auseinandersetzung mit der Klassengesellschaft sind im letzten Jahrzehnt in die Soziologie zurückgekehrt. Dieser Wandel nahm seinen Ausgang in Frankreich und überwindet eine problematische Einseitigkeit in den Sozialwissenschaften. Speziell in der Arbeitssoziologie wurde dazu aufgerufen, sich mit dem Konzept der Klasse einerseits wieder auf den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu beziehen, andererseits konkretere Muster der sozialen Ungleichheit zu thematisieren (Voswinkel 2021). Ein an Bourdieu orientierter Klassenbegriff erlaubt es auch, die subjektorientierte Analyse von Erwerbsarbeit mit Fragen sozialer Herkunft zu verbinden (Altreiter 2018).

Der vorliegende Band leistet einen wichtigen Beitrag zu dieser Wiederbelebung des Klassenbegriffs sowie der Perspektive auf die Klassengesellschaft in der deutschsprachigen Soziologie. Nicole Mayer-Ahuja setzt sich darin mit den Möglichkeiten und Grenzen der Klassenformierung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen auseinander, also mit der Frage, wie sich die „arbeitende Klasse“ als ein „Wir“ mit gemeinsamen Interessen verstehen und vom interessenpolitischen Gegenüber, den Vertreter:innen des Kapitals, abgrenzen kann. Dafür analysiert sie die Spaltungslinien innerhalb der arbeitenden Klasse, die sich aus den höchst unterschiedlichen Umständen ergeben, unter denen Lohnarbeit geleistet wird. Zugleich behandelt sie das Verbindende, also was verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen gemeinsam ist und Potenzial für Solidarisierung zwischen ihnen darstellt.

Im ersten Teil des Buches geht es um die theoretischen Grundlagen einer Auseinandersetzung mit der Klassenformierung. Die Autorin greift dabei zunächst auf Karl Marx und Friedrich Engels zurück, um von der grundlegenden Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Verkäufer:innen und Käufer:innen von Arbeitskraft auszugehen, Lohnarbeit zu definieren und die vielfachen Fragmentierungen der arbeitenden Klasse zu betonen. Zudem greift sie auf E. P. Thompson zurück, um zum einen im Unterschied zu Sozialstrukturanalysen auf die Dynamik von Klassenformierung zu bestehen und zum anderen die subjektive Verarbeitung und Deutung der Erfahrungen mit den Bedingungen und Strukturen der Lohnarbeit ins Zentrum zu stellen. „Klasse entsteht“, so zitiert Mayer-Ahuja E. P. Thompson (1963), „wenn Menschen [...] die Identität ihrer Interessen empfinden und artikulieren“ (62). Dem stehen Kämpfe um Solidarisierung „immer mühsam“ macht (67). Angesichts von Fragmentierung und Teile-und-herrsche-Strategien stellt sich für Mayer-Ahuja damit immer die Frage nach den Grenzen des „Wir“ der Arbeitenden und nach den Möglichkeiten der Ausweitung dieses „Wir“ über die Spaltungen hinweg.

Im zweiten Teil des Bandes wird die Spannung zwischen Einheit und Spaltung der arbeitenden Klasse auf Basis der arbeitssoziologischen Forschung in Deutschland detailreich analysiert. Die Autorin stellt sich die Frage, was die Arbeitenden als Lohnabhängige verbindet und was sie aufgrund unterschiedlicher Bedingungen trennt. Zudem beschreibt sie, welche sozialen Beziehungen innerhalb der

arbeitenden Klasse aus diesen strukturellen Bedingungen resultieren und wie diese im Bewusstsein der Menschen verarbeitet werden. Dafür stellt Mayer-Ahuja die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zunächst als Paradox dar: Während die abhängige Beschäftigung stark zunahm, bis sie im Jahr 2024 fast 92 % der Erwerbstätigen umfasste, tritt die verbindende Tatsache, nämlich den Zwängen der Lohnarbeitsexistenz unterworfen zu sein, immer mehr in den Hintergrund. Die soziale Identität bestimmt sich zunehmend aus der konkreten Stellung, die Arbeitende innerhalb der Gruppe der Lohnabhängigen einnehmen. Damit und mit der Beschreibung der „Beschäftigtenpyramide“ bezieht sich die Autorin auf Robert Castel (2000) und seine Thesen über die Fragmentierung der Lohnarbeitsgesellschaft und die Rückkehr der sozialen Frage.

Ausführlich behandelt die Autorin im Anschluss die zwei Bruchlinien, die nach Geschlecht einerseits und Herkunft und Migrationsstatus andererseits verlaufen. Im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis sticht die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen bei ihrer deutlichen Diskriminierung hervor. Unternehmensstrategien im Umgang mit Frauenarbeit, doppelte Vergesellschaftung und der Wandel der Beziehungen in den Haushalten machen die Spaltung nach Geschlecht konkret fassbar. Im Hinblick auf das Thema „Migration“ zeigt Mayer-Ahuja auf, wie der Rassismus in moderne Formen kapitalistischer Herrschaft eingebunden wurde und wie es das den Beschäftigten erschwert, sich als eine durch gemeinsame Interessen verbundene Gruppe wahrzunehmen. Eine zentrale Botschaft in diesem Zusammenhang ist, dass diese Form der Spaltung der arbeitenden Klasse umso leichter gelingt, je weniger wirksam kollektive Regelungen sind, die für alle gelten. Umgekehrt konstatiert die Autorin ein Spannungsverhältnis zwischen dem „Bemühen um gleiche Behandlung für alle“ und dem „Respekt für unterschiedliche Identitäten“ (116).

Welche „Rohstoffe“ für Solidarisierungen lassen sich in der Beschäftigungspolitik, der Arbeitsorganisation und der Rationalisierung im industriellen Großbetrieb finden? In der Beantwortung dieser Frage geht die Autorin auf Kooperation und Konkurrenz im Arbeitsprozess, auf die Trennung zwischen Arbeiter:innen und Angestellten und die Ansprüche der Arbeitenden ein, fachlich gute Arbeit zu leisten. Die Enttäuschung von Beteiligungserwartungen, die Steigerung des Leistungsdrucks und die Frustration der Arbeitenden darüber, dass sie ihre Qualitätsstandards in Bezug auf die eigene Arbeit oft nicht gegen das Unternehmen durchsetzen können, sind Themen, entlang deren Solidarisierung über Spaltungen hinweg möglich erscheint.

Ausführlich behandelt die Autorin auch die Hindernisse und Potenziale für Klassenformierung, die sich aus der Prekarisierung von Arbeit ergeben. Auch wenn das Nebeneinander von prekariertem und abgesichertem Beschäftigung zu Recht meist als Spaltung gesehen wird, arbeitet Mayer-Ahuja in diesem Kapitel die Ambivalenzen dieser Prozesse heraus. In der fragmentierten Beschäftigung mit Stamm- und Randbelegschaften, mit Festangestellten und Leiharbeitskräften oder Fremdfirmen erfolgt die Absicherung der einen durch die Unsicherheit der

anderen. Doch auch die Stammebelegschaft sieht in der Leiharbeit vielfach nicht in erster Linie einen Beitrag zu ihrer Beschäftigungssicherheit, sondern ein Unterschreiten von Standards und ein Zeichen der fortschreitenden allgemeinen Verunsicherung. Kooperationserfordernisse, Begegnungsmöglichkeiten und eine *de facto* gemeinsame Interessenvertretung können die Gräben zwischen den getrennten Gruppen überwindbar machen. Über Branchen hinweg können „professionelles Ethos, aber auch kollegiale Kooperation zur Basis werden [...], um kollektiv für geteilte Interessen einzutreten“ (186). Mayer-Ahuja betont auch, dass die Analyse über die sozialen Beziehungen im Betrieb hinausgehen und die Reproduktion der Arbeitskraft einbeziehen muss. Auch im Hinblick darauf gibt es Verbindendes und Trennendes zu berücksichtigen.

Der dritte Teil des Bandes ist der berühmten Frage „Was tun?“ gewidmet. Die Autorin spricht hier die staatliche Politik einerseits und die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung andererseits an. Was die staatliche Politik betrifft, wird konsequenterweise der Ausbau der Regulierung der Lohnarbeit zum Schutz vor einem Raubbau an der Arbeitskraft eingefordert. Zudem wird argumentiert, dass der Sozialstaat in Form der sozialen Sicherheit ambivalent wirkt, weil er neben der institutionellen Solidarität, die er darstellt, ja auch Differenzen zwischen Lohnabhängigen fest schreibt. Die öffentlichen Dienstleistungen wertet die Autorin als durchwegs positive Absicherung der Lohnabhängigen, die geeignet ist, den Druck auf private Haushalte zu reduzieren. Zu diesem Thema legt Mayer-Ahuja auch den Finger auf eine offene Wunde deutscher Sozialpolitik, indem sie die von den Hartz-Reformen verstärkte Prekarisierung und ihre entsolidarisierende Wirkung anspricht. Entsprechend schlägt sie als Politik mit stärker verbindender als spaltender Wirkung den Ausbau des Sozialeigentums der arbeitenden Klasse (im Sinne von Castel also der Sozialversicherungen und öffentlichen Dienstleistungen) zusammen mit einer Stärkung der demokratischen Einflussnahme vor. Auch im Hinblick auf die Interessenvertretungen votiert die Autorin für eine offensive Leistungs politik und eine Stärkung kollektiver Standards.

Schließlich wendet sich Mayer-Ahuja in diesem Band dem sogenannten „Kampf um die Köpfe“ zu. Entsprechend ihrem Konzept von Klassenformierung geht es dabei um die Ideen, die Wahrnehmungen und das Bewusstsein der Arbeitenden. Konkret schlägt sie folgende Ansatzpunkte vor: an den Erfahrungen im Arbeitsprozess anzuknüpfen, das utopische Potenzial des professionellen Ethos zu nutzen, das widerständige Erbe der Arbeiter:innen-Bewegung aufleben zu lassen und in einen Kampf um die Vorstellungen einer gerechten Wirtschaft einzusteigen. Letztlich geht es in diesen Überlegungen immer darum, das „Wir“ der Lohnabhängigen zu stärken und zu erweitern. Das Potenzial dafür hat auch eine österreichische Studie aufgezeigt und dabei auf die häufige Ambivalenz und Widersprüchlichkeit in den Orientierungen der Arbeitenden verwiesen (Altreiter et al. 2019). Daher hängt es von der politischen Rahmung von Themen und von konkreten Situationsdeutungen im öffentlichen Diskurs ab, ob die Reichweite der Solidarität ausgedehnt werden kann oder aber eingeschränkt wird.

Insgesamt bietet dieses sehr gut lesbare Buch einen interessanten und fundierten Zugang zum Thema der sozialen Klasse und der Frage der Möglichkeiten für Solidarisierung innerhalb der arbeitenden Klasse. Die Ausführungen gewinnen dadurch, dass umfassende arbeitssoziologische Forschungsergebnisse zur Beantwortung der Ausgangsfrage herangezogen werden. Umgekehrt ist es ein Gewinn für die Leser:innen, auf diese Weise auch mit dem Forschungsstand über Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen vertraut zu werden. Entsprechend dem theoretischen Zugang werden in den einzelnen Kapiteln nicht nur thematische Schnappschüsse aktueller Situationen, sondern Betrachtungen über längere Zeitspannen geboten. So kann der Anspruch eingelöst werden, über sozialstrukturelle Analysen hinaus Prozesse der Klassenformierung in den Blick zu nehmen.

Wie die Autorin anmerkt, ist es nicht Gegenstand der Untersuchung, das „interessenpolitische Gegenüber“ der arbeitenden Klasse genauer zu analysieren. Zwar stellt sie die Frage der Abgrenzung und der sozialen Beziehung zur Kapitaleseite insbesondere im betrieblichen Zusammenhang. Die Dynamik der Beziehungen zwischen den Klassen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene muss aber zukünftigen Arbeiten vorbehalten bleiben. Gerade die Rechtspopulismusforschung hat Bedarf an genaueren Analysen der Beziehung der arbeitenden Klasse zu den gesellschaftlichen „Eliten“. Auch weitere Spaltungen innerhalb der arbeitenden Klasse können auf der Grundlage dieses Werks in Angriff genommen werden. Das kann etwa das Verhältnis von jungen zu älteren Arbeitenden betreffen oder mögliche Trennlinien entlang der ökologischen Frage.

Insgesamt ist dieses theoretisch fundierte, empirisch umfassende und schön geschriebene Buch sowohl den Wissenschaftler:innen, die sich für das Thema interessieren, als auch den Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen zu empfehlen, die mit den Mühen der Klassenformierung in ihrer tagtäglichen Arbeit konfrontiert sind.

LITERATUR

Altreiter, Carina (2018). Soziale Klasse in der Arbeitssoziologie. Zur Relevanz eines totgesagten Begriffs. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS)* 43 (3), 251–266. <https://doi.org/10.1007/s11614-018-0310-1>.

Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike/Schindler, Saskja/Schönauer, Annika (2019). *Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft*. Wien, Promedia Verlag.

Castel, Robert (2000). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz, Universitätsverlag.

Thompson, E. Palmer (1963). *Die Entstehung der englischen Arbeitsklasse*. Frankfurt/Main, Suhrkamp Verlag.

Voswinkel, Stephan (2021). *Arbeitssoziologie und Gesellschaftstheorie*. IFS Working Paper #14, April 2021, herausgegeben vom Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main.

BUCHBESPRECHUNG

Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus

REZENSENT:IN

Patrick Mokre*

WERK

Mühlhoff, Rainer (2025).

Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus.

Ditzingen, Reclam. 160 Seiten. Taschenbuch. 8,00 EUR.

ISBN 978-3-15-014666-8

ZUSAMMENFASSUNG

Rainer Mühlhoffs Buch untersucht die Verbindung zwischen KI und modernem Faschismus. Der Autor definiert Faschismus als antidemokratisch, gewaltbereit und technologieaffin – und zeigt, wie sich das in der Trump-Regierung und der Tech-Industrie manifestiert. Seine Kernthese ist, dass die personelle und ideologische Verflechtung zwischen KI-Konzernen (Musk, Thiel) und Trump durch neoreaktionäre Ideologien wie Transhumanismus und Longtermismus (TE-SCREAL) vermittelt wird, die antidemokratische Grundüberzeugungen teilen. Als Gegenmittel plädiert Mühlhoff für eine rechtsstaatliche Koalition demokratischer Kräfte und eine progressive Gestaltung des KI-Diskurses.

DOI

10.59288/wug521.337

* **Patrick Mokre:** Arbeiterkammer Wien
Kontakt: patrick.mokre@akwien.at

Im Jänner 2026 verwendeten Frauenfeinde und Rechtsradikale massenhaft den KI-Chatbot Grok, um manipulierte Nacktfotos und demütigende Darstellungen von politischen Gegnerinnen und Frauen, die angeblich ihren Platz nicht kennen, zu erstellen. Ein halbes Jahr davor hatte die Grok-Anwendung nach einem Software-Update für „weniger politische Korrektheit“ antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet, einen wiedergeborenen Hitler als Lösung für angebliche antiweiße Politik empfohlen und seine imaginäre Persönlichkeit schließlich als „Mecha-Hitler“ bezeichnet. Die Grok-Anwendung wird von xAI, einer Firma des überreichen Elon Musk produziert, der immer wieder betont, sich in die Entwicklung und Kalibrierung, insbesondere der politischen Ausrichtung, einzumischen. Musk ist gleichzeitig ein enger Verbündeter von US-Präsident Trump und hatte zwischendurch sogar eine Regierungsbehörde zur Zerschlagung des Sozialstaats unter sich. Gleichzeitig werden von US-Behörden KI-Technologien des Militär- und Überwachungsunternehmens Palantir großflächig eingesetzt, das wiederum dem rechtsradikalen Tech-Milliardär Peter Thiel gehört. Auch der bewegt sich nahe an der Trump-Regierung, der wegen Abbau von rechtsstaatlichen Grundsätzen, entmenschlicher Hetze gegen Migrant:innen und Linke, Unterdrückung von Grundrechten angeblicher politischer Feind:innen sowie tödlicher Gewalt gegen Protestierende die Faschisierung der USA vorgeworfen wird.

Die Frage, ob und wenn ja wie Faschismus und KI zusammenhängen, drängt sich quasi auf. Rainer Mühlhoff versucht, sie in einem kurzen Buch, das 2025 in der „Was bedeutet das alles?“-Reihe von Reclam erschienen ist, zu beantworten.

Dazu liefert er eine recht knappe Definition von Faschismus in drei Merkmalen, einen Überblick über die Auf- und Abschwünge von KI-Hypes seit den 1960er-Jahren und moderne rechte Ideologien in der Technologiekapital-Szene von Transhumanismus bis Longtermismus. Diese drei Stränge führt er schließlich zusammen, indem er den gleichzeitigen ideologischen Einfluss von neoreaktionären Ideologen auf die KI-Riesen sowie die Trump-Bewegung betont. Er deckt auch die persönlichen Verflechtungen von Technologiekonzernen und Trump-Regierung auf und diskutiert menschenverachtende und antidemokratische Grundüberzeugungen in der KI-Debatte, die auch für faschistische Bewegungen identitätsstiftend sind.

Stärken

Mühlhoff schafft es, auf wenigen Seiten gar nicht wenige Themengebiete und wirklich viele detaillierte Unterthemen zu beschreiben, um die Verbindung zwischen Faschismus und künstlicher Intelligenz herzustellen. Seine großen Themen sind die künstliche Intelligenz, die er als gesellschaftliche Debatte und Interesse von Personengruppen beschreibt, der Faschismus auf dem Weg zur Macht und die ideologische Verschiebung unter Investor:innen in der Technologiebranche.

Als Faschismus bezeichnet er zunächst Ideologien, die antidemokratisch sowie gewaltbereit sind und Technologien als Machtinstrument einsetzen. Zugespitzt ist Mühlhoffs Vorstellung von Faschismus hauptsächlich eine Abgrenzung zu seinem Verständnis von Demokratie als System, in dem politische Vorstellungen

ausdiskutiert werden und politische Ausrichtungen sich an der Macht abwechseln. Durch diese starke Vereinfachung gelingt es ihm aber, Verbindungen zwischen Faschismus, der gegenwärtigen US-Regierung, aktuellen rechtsradikalen Ideologien und den vorherrschenden Kräften in der KI-Branche herzustellen.

Dazu gibt er einen Überblick über die drei Sommer der KI-Forschung, in denen Wissenschaftler:innen viel Forschung und Investor:innen viel Geld in die Entwicklung von künstlicher Intelligenz steckten, immer in der Hoffnung, dass diese bald Produktion und Gesellschaft revolutionieren würde. Der erste Sommer in den 1960er-Jahren folgte dem Gedankenexperiment der Turing-Maschine, einer Maschine, deren Antworten für einen Gesprächspartner nicht weniger menschlich wirken als die Antworten eines Menschen, und der Gesprächsmaschine ELIZA. Im zweiten Sommer in den 1980er-Jahren begeisterte das massenhafte Speichern von Expert:innenmeinungen, die in komplexe Wenn-dann-Entscheidungsbäume übersetzt wurden, die in der Medizin, aber auch in der Strafverfolgung eingesetzt wurden. In den 2010er-Jahren begann ein dritter KI-Sommer, gestützt auf die Fortschritte in der generativen künstlichen Intelligenz, die die meisten Menschen von Chatbots wie ChatGPT oder Software-Assistent:innen wie Copilot kennen. Mühlhoff sieht keinen Grund, warum auf den dritten Sommer kein Winter folgen sollte, aber die Gefahr, dass davor Gesellschaften fundamental und in Richtung Faschismus umgestaltet werden.

Die großen Hoffnungen von Wissenschaftler:innen, Investor:innen und Politiker:innen griffen auch auf breitere gesellschaftliche Debatten über und lösten entsprechende Erwartungen aus: Man erhoffte sich effizientere Produktion und weniger anstrengende Reproduktionsarbeit, aber auch eine effizientere gesellschaftliche Ordnung mit weniger Fehlentscheidungen oder bürokratischem Ressourcenaufwand.

Mühlhoff erklärt, dass dahinter ein grundlegender Paradigmenwechsel steht: Bürokratische Einzelentscheidungen (zum Beispiel über die Aberkennung von Arbeitslosenunterstützung) basieren auf Rechtsansprüchen und rechtsstaatlichen Wegen, Bescheide auch zu bekämpfen. Algorithmische Entscheidungen wenden stattdessen Erfahrungswerte und Wahrscheinlichkeiten an, sie basieren nicht auf den individuellen Handlungen der Betroffenen, sondern dem historischen Verhalten von Personengruppen, denen sie zugeordnet werden. Das nennt der Autor den Übergang von der Einzelfallentscheidung zur Fallwette und in Bezug auf die betroffenen Menschen von dem:der Staatsbürger:in zum:zur Kund:in.

Im dritten Sommer der KI und am Rande der Trump-Präsidentschaft ist auch eine Gesellschaftstheorie populärer geworden, die diese Prinzipien auf die Staatsorganisation anwenden möchte. Die Vertreter:innen des „Dark Enlightenment“ unterscheiden in CEO-regierten „government corporations“ (autokratischen Ministatzen) zwischen rechtlosen Kund:innen und – aufgrund ihrer zugeschriebenen Macht und ihres mitgebrachten Reichtums – stimmberechtigten Shareholder:innen. Diese ideologischen Kreise sind sowohl an das Kapital im Technologie- und KI-Bereich als auch an die Kreise rund um US-Präsident Trump angebunden. Für

Mühlhoff sind sie die persönliche und die ideologische Klammer zwischen den gesellschaftlichen Phänomenen dritter KI-Sommer und Faschisierung der USA.

Der ideologische Apparat der rechten Tech-Szene ist für den Autor der „ideologische Hintergrund des KI-Hype“ und wird anhand des TESCREAL-Akronyms (ursprünglich von Timnit Gebru und Émile Torres 2023) aufgezählt: Transhumanismus zielt auf die technologische „Verbesserung“ von menschlichen Körpern und Gehirnen, er baut oft auf einem aufgewärmten Eugenik-Begriff auf. Extropianismus behauptet in Abgrenzung zum physikalischen Grundsatz ansteigender Entropie (Unordnung), dass in menschlichen Gesellschaften die intelligente Ordnung exponentiell ansteigt, und will deshalb und wieder mit Rückgriff auf Eugenik und Elitendenken, ordnend in die menschliche Evolution eingreifen. Der Singularitarismus geht einen Schritt weiter, prognostiziert eine singuläre Intelligenzexplosion in der menschlichen Entwicklung, orientiert sich darauf und legitimiert damit einige (nicht alle) Mittel zum Zweck. Das „C“ in TESCREAL steht für den „cosmism“, der von Mühlhoff allerdings nicht diskutiert wird. Der Begriff fasst im Großen ein transzendentes Dogma von einer Menschheitsmission zur Verbreitung der Intelligenz im Universum zusammen. Dass den meisten Beobachter:innen (und den rechten Tech-Ideolog:innen, die sich gegen die TESCREAL-Zuschreibung wehren) nicht klar ist, wer genau dem Cosmismus zuzurechnen sein soll, ist auch einer der öffentlichen Kritikpunkte an den Autor:innen, die TESCREAL beschreiben und kritisieren. Der Rationalismus ist eine erkenntnistheoretische Strömung, welche die Bayesianische Wahrscheinlichkeitsrechnung (das Bestimmen von Wahrscheinlichkeiten durch eigene „priore“ Annahmen, angepasst durch historische Erfahrungen) auf individuelles und gesellschaftspolitisches Handeln anwendet. Er wurde recht schnell zu einem Bezugspunkt von Neoreaktionären und auch durch die „Zizians“-Sektengemeinschaft aus dem Umfeld der Tech-Szene in San Francisco bekannter, die in einige Mordermittlungen verwickelt sind. EA steht dann für effektiven Altruismus, eine Strömung aus der Spendenphilanthropie, die sich auf „wirklich effektive“ Hilfe spezialisiert hatte und schnell auf die Umgestaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen nach technokratischen und marktradikalen Prinzipien umgeschwenkte. Der Longtermismus schließlich sieht individuelle Verhaltensethik mit Blick auf die potenzielle Bevölkerungsentwicklung nach einer galaktischen Ausbreitung der Menschheit. Wenn ein Menschenleben in 1.000 Jahren genauso viel wert ist wie eines heute und die galaktische Ausbreitung zu mehr Menschenleben führt, dann ist quasi jede Ungerechtigkeit heute durch eine Beschleunigung des Bevölkerungswachstums ethisch gedeckt.

Der präzise Überblick über Torres' TESCREAL-Vorstellung ist einer der stärksten Punkte in Mühlhoffs Buch. Er schafft es, eine ideologische Klammer für die Verbindung von KI-Investor:innen und dem rechtsradikalen Umfeld der Trump-Regierung zu definieren. Deren Beziehungen zum historischen Faschismus stellt er vor allem über die moderne Eugenik, die fundamentale Ablehnung von demokratischen Strukturen und die Rechtfertigung krasser Ungleichheiten mit Blick auf die erhoffte technologische Erlösung her. Eine weitere wichtige Klammer ist

der Bezug auf eine künstliche allgemeine Intelligenz („artificial general intelligence“, AGI) in allen Teilideologien des TESCREAL-Bündels, wobei sich zum Beispiel die Rationalist:innen stark auf die Gefahren, die Longtermist:innen auf die angebliche Unausweichlichkeit und die Transhumanist:innen auf die Möglichkeiten einer AGI konzentrieren.

Aber sowohl in der Tech-Szene als auch in der Trump-Regierung spielen TESCREAL-Anhänger:innen nur Randrollen. Auf beide Personengruppen haben TESCREAL-Ideen Einfluss, die relevante Verbindung stellt Mühlhoff aber auch auf einer zweiten Ebene her: der finanziellen und personellen Fusion der größten Investor:innen im Tech-Bereich und der Trump-Regierung, symbolisiert durch Elon Musk, der mit DOGE eine Regierungsbehörde zur Zerschlagung des Sozialstaats übertragen bekommen hatte. Das stützt auch Mühlhoffs These, dass eines von drei Merkmalen des Faschismus der Einsatz von Technologie als Machtinstrument ist. Das gilt nicht nur für KI-gestützte Überwachung und Propaganda, wie sie Thiels Palantir und Musks xAI produzieren, sondern auch für politische Manipulation auf Musks X (früher Twitter) und Mark Zuckerbergs Facebook und Instagram. Für Fake News in den sozialen Medien, die in den letzten Präsidentschaftswahlkämpfen wohl eine Rolle gespielt haben, aber für die gewalttätige Mobilisierung der amerikanischen Rechten am 6. Jänner 2021 jedenfalls unverzichtbar waren, braucht es zwar keine KI, dennoch ist auffällig, dass die mit Facebook, Instagram, X und seit dem erzwungenen Verkauf auch mit TikTok verbundenen Milliardär:innen gleichzeitig Trump-Verbündete, Großinvestor:innen in KI-Unternehmen und direkte Profiteur:innen der damit zusammenhängenden milliardenschweren US-Förderungen sind.

Das Buch schafft es, eine zentrale Voraussetzung des Faschismus historisch, ideologisch und auch persönlich herzuleiten: die Fusion einer relevanten Kapitalfraktion mit faschistischen Personen oder Gruppen, die wiederum eine Massenbasis haben. Es gelingt ihm auch, den Unterschied zur Trump-Präsidentschaft 2016–2020 herauszuarbeiten, die sich hauptsächlich auf fossiles Kapital und Immobilienkonzerne stützte. Die sind zwar auch finanzstark, scheinen aber nicht mächtig genug im Vergleich zu den Tech-Konzernen und auch nicht in der Lage zu sein, gleich stark auf ihre Kund:innen oder Mitarbeiter:innen einzuwirken. Dieser Faktor wird von Mühlhoff aber nicht benannt, und die Beziehung zu historischen Faschismustheorien und deren Analyse von ökonomischen Machtzentren wird nicht hergestellt.

Schwächen

Das Buch kann einen schnellen und gleichzeitig präzisen Überblick über viele Detailthemen – von Turingmaschinen über den historischen Faschismus bis hin zum Transhumanismus – geben, indem es sich zu jedem Thema auf zwei oder drei Autor:innen mit ähnlichen Vorstellungen bezieht. Das macht das Buch informativ. Ob es die zentrale These stützt, dass KI-Technologien eine besondere und unverzichtbare Rolle in der Ermächtigung des modernen Faschismus haben, hängt dann aber

erheblich davon ab, wie stark sie argumentiert ist. Das Buch lässt hier, sicher auch wegen seiner Kürze, einige Fragen offen, vor allem zum Faschismus, aber auch zur gesellschaftlichen Bedeutung der rechtsradikalen TESCREAL-Ideologien, auf die es sich stützt.

Mühlhoffs Definition von Faschismus, in den die USA abzugleiten drohen, beruht nicht nur auf einer vereinfachenden Verknappung (antidemokratisch, gewaltbereit, Technologie zur Machtdurchsetzung). Sie ist auch zu breit, um eine Abgrenzung zwischen faschistischen und nichtfaschistischen rechten Bewegungen vorzunehmen – oder eine Abgrenzung zwischen rechten und linken Bewegungen. Mit Gewalt meint Mühlhoff zum Beispiel die Gewalt außerhalb des staatlichen Gewaltmonopols, das politische Feind:innen ja ebenfalls mit körperlicher Gewalt, Ausgrenzung und Freiheitsentzug bekämpft. Dieser Unterschied kann schnell verschwimmen, wenn die Faschist:innen die Kontrolle über staatliche Institutionen erlangen. Das Merkmal der Anwendung von Technologie als Machtinstrument ist ein bisschen schwammig, denn auch das machen demokratische wie nichtdemokratische Regierungen prinzipiell, es zielt aber auf die besondere Rolle von IBM-Lochkarten für das NS-Regime und KI-gestützte Überwachung für die Trump-Regierung ab. Die Faschismusdefinition ist sehr breit, abgesehen von der besonderen Rolle von Frauen- und Queerfeindlichkeit unpolitisch und kommt ohne ökonomische Interessen, geschweige denn Klassengegensätze aus.

Im letzten Kapitel des Buchs wird das noch zugespitzt und der Faschismus nicht als „bestimmtes politisches System, sondern eine Charakterdisposition und ihre politische Wirkungsweise“ gefasst. Faschismus ist für den Autor also, wenn Menschen mit antidemokratischen, gewaltbereiten und technologieaffinen Dispositionen diese machtvoll ausleben können. Das ist eine klare Abgrenzung von den meisten Faschismusanalysen, besonders aus der Linken, die die krasse Opposition zu Arbeiter:innenbewegung und Arbeiter:innenrechten, die entmenschlichende Entrechtung von Minderheiten und angeblichen Feind:innen im Inneren, das Zusammenspiel von Führerprinzip und außerstaatlicher Massenbewegung und die Durchsetzung von Kapitalinteressen im Ausland ins Zentrum stellen.

Schlussfolgerungen

Der Autor befürwortet den Aufstieg des Faschismus nicht und sieht gleichzeitig keine Perspektive im Bekämpfen von KI-Technologie. Er stützt sich vor allem auf den britischen Labour-Unterstützer und Journalisten Paul Mason (2022) und plädiert für eine gemeinsame Verteidigung des Rechtsstaats durch linke und konservative Kräfte. Das soll über die Identifikation und Isolierung antidemokratischer Kräfte funktionieren, wobei bis zum Ende nicht klar wird, ob Mühlhoff damit vor allem Faschist:innen meint oder eine Brandmauer zwischen Demokrat:innen und einem nichtdemokratischen Hufeisen links und rechts der Parteienkernlandschaft ziehen möchte.

Dazu kommt Mühlhoffs Vorschlag, den KI-Diskurs zu übernehmen, statt ihn der Rechten zu überlassen, KI als gestaltbare Technologie zu nutzen und

gleichzeitig Machtakkumulation und verschärfte Ungleichheiten nicht zu akzeptieren und vor allem nicht als notwendige Begleiterscheinung irgendeiner Technologie anzuerkennen.

Ausblick

Eine letzte, erhebliche Stärke von Mühlhoff ist, dass es ihm mühelos gelingt, die Beziehung zwischen libertären und faschistischen Ideen darzustellen, die sich über die Zusammenarbeit von mächtigen Vertreter:innen und Profiteur:innen ergibt. Was Clara Mattei in „Capital Order“ (2022) oder Ishay Landa in „Der Lehrling und sein Meister“ (2021) historisch dokumentieren, stellt das Buch anhand der Beziehungen von Thiel, Musk und Trump aktuell dar.

Die Ausgangsfrage nach der Beziehung zwischen KI-Konzernen und modernem Faschismus wird unerfreulich beantwortet: Sie besteht, und die beiden für sich genommen schon nicht schwachen Phänomene stärken sich im Moment gegenseitig. Das Buch sieht darin vor allem einen Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat mit einer besonderen Aggressivität gegen Minderheiten und unterdrückte Gruppen, parallel zum deutschen Faschismus, der sich zunächst gegen die Weimarer Republik, Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen wandte, bevor das nationalsozialistische Regime die Vernichtung von Minderheiten und den imperialistischen Krieg ins Zentrum stellte.

Es gibt noch viele andere Bücher, die zu den behandelten Themen geschrieben wurden. So kurz und zugleich so breit aufgestellt ist wahrscheinlich keines.

LITERATUR

Geburu, Timnit/Torres, Émile P. (2024). The TESCREAL bundle: Eugenics and the promise of utopia through artificial general intelligence. *First Monday* 29 (4). <https://doi.org/10.5210/fm.v29i4.13636>.

Landa, Ishay (2021). *Der Lehrling und sein Meister*. Berlin, Dietz Verlag.

Mason, Paul (2022). *Faschismus und wie man ihn stoppt*. Übers. von Stephan Gebauer. Berlin, Suhrkamp.

Mattei, Clara (2022). *The Capital Order. How Economists Invented Austerity and Paved the Way to Fascism*. Chicago, The University of Chicago Press.

BUCHBESPRECHUNG

„Beam me up, Scotty!“ Science-Fiction für die unteren Decks

REZENSENT:IN

Sepp Zuckerstätter*

WERK

Seyferth, Peter/Blumenthal, Falko (Hg.) (2025).

Science Fiction und Labour Fiction:

Zukunftsvorstellungen von Arbeit und Arbeitskämpfen.

Arbeit und Organisation Bielefeld, transcript Verlag, 318 Seiten. Taschenbuch. 50,40 EUR.

ISBN 978-3-8376-7067-7

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Sammelband, herausgegeben von Peter Seyferth und Falko Blumenthal, widmet sich der Frage nach Nutzen und Bedeutung von Science-Fiction für die zukünftigen Diskurse innerhalb der Arbeiter:innenbewegung. Die Herausgeber betrachten Science-Fiction dabei aus mehreren Perspektiven: als Kampf um die Kontrolle über die Narration der Zukunft, als Quelle möglicher Zukunftsszenarien und als Raum zur Entwicklung neuer Utopien, die auch bislang unbeachtete gesellschaftliche Gruppen einschließen können. Ergänzend sei angemerkt, dass Science-Fiction nicht nur ein wertvoller Diskussionsanstoß ist, sondern auch Freude bereitet – ein Aspekt, der in Organisationen mit freiwilligem Engagement nie unterschätzt werden sollte.

DOI

10.59288/wug521.341

* **Sepp Zuckerstätter:** Arbeiterkammer Wien
Kontakt: sepp.zuckerstaetter@akwien.at

Struktur des Sammelbandes

In der Einleitung (9–34) erklären die Herausgeber die zentralen Ziele des Bandes, dessen Beiträge auf Vorträgen beruhen, die 2022 und 2023 im Rahmen zweier Tagesseminare in der Münchner Volkssternwarte stattfanden, und präsentieren die Grußworte des Gastgebers Bernhard Buchner, Leiter der Münchner Volkssternwarte (35–37). Und sie haben die sehr lesenswerte Science-Fiction-Kurzgeschichte „Herz, Hirn, Hose“ von Theresa Hannig ins Buch aufgenommen (39–46). Ohne allzu viel zu spoilern: Diese endet in einer auf innovative Weise überraschenden Wende.

Die Beiträge gliedern sich in drei Teile: Im ersten wird Science-Fiction als Instrument zur Analyse der Zukunft betrachtet, wobei man hinzufügen sollte: möglicher oder denkbarer, weil bereits ausgedachter Zukünfte. Der zweite Teil enthält Beiträge zur Darstellung der Klassenbeziehungen – oder weniger kämpferisch: der Gewerkschaften und ihrer Aktivitäten in der Science-Fiction. Im dritten Teil schließlich finden sich Beiträge, die Themen wie Privateigentum, Ökologiefragen, die Zukunft der Arbeit oder Schwarze Science-Fiction behandeln.

Innerhalb dieser Struktur arbeitet der Sammelband sowohl mit dem Kanon populärer Werke (u. a. „Star Trek“, „The Expanse“, „Black Panther“) als auch mit klassischen und modernen Science-Fiction-Romanen („1984“, „Der Tunnel“, „Ökoptopia“). Ergänzend behandelt der Beitrag von Rudolf Thomas Inderst das Medium der Computerspiele, eine in Hinblick auf die hohe Überschneidung der Science-Fiction- und Game-Fans eine sehr kluge Entscheidung. Aber nun in aller Kürze zu den drei Teilen:

Zukunftsorientierte Analyse der Science-Fiction

Die dem Band zugrunde liegenden Tagungen fanden 2022 und 2023 statt und konnten somit den sprunghaften Fortschritt in den Nutzungsmöglichkeiten von Large-Language-Modellen (Chat GPT-3,5 ging am 30.11.2022 für alle zugänglich online) noch nicht voll berücksichtigen.

Im ersten Beitrag (49–60) beschreiben Markus May und Jan Oliver Schwarz ihr interdisziplinäres Projekt FOREXSCIFI („Foresight Extraction from Science Fiction Literature“). Mit den Methoden der Digital Humanities analysieren die Autoren computergestützt große Mengen an Science-Fiction-Texten, um die Gestaltungskraft fiktionaler Werke nutzbar zu machen. Eine der zentralen Erkenntnisse ist, dass Science-Fiction weniger präzise Prognosen liefert, sondern eher als Inspiration für das Vorstellbare und Machbare dient. Die Rückkoppelungen von Science-Fiction-Konzepten auf die Produktentwicklung, Begriffsbildung und Konzeptentwicklung zeigen dies. Prominente Beispiele sind die Klapphandys, die an die Kommunikatoren aus „Star Treck“ angelehnt sind, das Beamen oder auch Asimovs Robotergesetze. Dass in Abbildung 1 (53) des Beitrags ein Communicator fälschlicherweise als Tricorder bezeichnet wird, schmerzt zwar jede:n Trekkie, zeigt aber, dass die Auseinandersetzung mit Science-Fiction eben auch die emotionale Bindung in der Debatte stärken kann.

Oliver Pfirrmann zeigt im zweiten Beitrag „Die Arbeit der Zukunft und Science Fiction“ (63–82), wie Szenarioanalysen konkret durchgeführt werden können, um die Arbeitswelten der Zukunft zu antizipieren.

Christian Ganzer hingegen reflektiert die Cyberspace-Filme des Kinojahres 1995 („Johnny Mnemonic“, „Das Netz“, „Hackers“, „Strange Days“) und prüft deren Vorhersagen zur digitalen Transformation (85–102). Überraschend genau sind Szenarien wie Identitätsdiebstahl oder die Macht großer Konzerne dargestellt. Ganzer schreibt zudem unterhaltsam und zugänglich – ein Vorteil seiner Nähe zur Unterhaltungsindustrie.

Klassenkampf in der Science-Fiction

Im zweiten inhaltlichen Block geht es um die Frage, ob und wie die Auseinandersetzung zwischen den Klassen Niederschlag in verschiedenen Science-Fiction-Darstellungen findet.

Aaron Bruckmiller nutzt seinen Beitrag „Politische Fantasie in Zeiten asymmetrischer Hegemonie“ (105–123), um darzustellen, wie konkrete politische Perspektiven auf Basis von gemachten Erfahrungen entstehen. Er argumentiert, dass Gramscis Hegemonietheorie die Bilder aus den Stellungskämpfen des Ersten Weltkrieges nutzt. Analog plädiert er dafür, bei einer aktuellen Auseinandersetzung vom Bild der asymmetrischen Kriegsführung auszugehen. Die politische Fantasie kann dabei als strategische Ressource für soziale Bewegungen und Gewerkschaften dienen. Es geht darum, Vorstellungen von einer Gesellschaft jenseits der herrschenden Verhältnisse zu verankern. Damit, so hofft er, wird es möglich, das Diktum „There is no alternative“ zu überwinden und alternative Lebensweisen jenseits des Kapitalismus denkbar zu machen.

Der Beitrag „Please Press X To Unionize!“ von Rudolf Thomas Inderst (125–143) zeigt auf, dass Spiele nicht nur reine Unterhaltung sind, sondern auch durchgespielte Geschichten und Erzählungen. Sie ermöglichen es, Aktionsformen wie Streiks, Sabotage und den Aufbau von Solidarität in virtuellen Räumen aktiv nachzuzahlen. Innovativ ist, dass er damit Computerspiele nicht als kulturlose Zerfallserscheinung sieht. Für ihn sind Computerspiele, so wie Literatur oder Film, ein ernst zu nehmender Teil der Produktion kollektiver Vorstellung über tatsächliche und mögliche Entwicklungen. Ganz im Sinne einer umfassenden Betrachtung von Kulturprodukten und Kulturproduktion analysiert er auch die realweltlichen prekären Bedingungen in der Spielebranche, wie die berüchtigte „Crunch-Kultur“, und diskutiert die schwierigen Hürden bei der Gründung echter Gewerkschaften in diesem hochmodernen Industriesektor.

Maurice Schuhmann analysiert unter dem Titel „Die empörten Arbeiter streiken – die Börsenkurse fallen“ (145–161) den Bestseller „Der Tunnel“ von Bernhard Kellermann aus dem Jahr 1913 und stellt fest, dass Streiks darin trotz der sozialistischen Gesinnung des Autors eher als naturkatastrophenartige Hindernisse des technischen Fortschritts gezeichnet werden. Im Zentrum der Handlung steht der geniale Ingenieur Mac Allan, während die Arbeiterschaft lediglich als ängstliche,

manipulierbare oder gewalttätige Masse ohne eigene konkrete politische Forderungen erscheint. Die Gewerkschaften werden im Roman als weitgehend machtlos oder korrupt dargestellt, wobei das Unternehmen sogar gezielt Streikbrecher und „gekaufte Arbeiterführer“ einsetzt. Es braucht nicht viel Erfahrung mit alltäglichen Diskussionen über eine mögliche Zukunft, um zu erkennen, dass solche Vorstellungen auch Auswirkungen auf die Erwartungen hinsichtlich künftiger Entwicklungen in der Gesellschaft haben. So wie die edlen Ritter und dummen Bauern der Sagenwelt prägen auch die glänzenden Genies und dumpfen Massen der Science-Fiction die Haltung der Leser:innen.

Zoran Sergievski analysiert unter dem Titel „Zwischen Roter Hilfe und Roten Khmer“ (163–196) die „Outer Planets Alliance“ aus der Space Opera „The Expansion“ und ihrer TV-Adaption. Die „Outer Planets Alliance“ (OPA) ist für ihn ein seltenes Beispiel für eine gewerkschaftsähnliche Organisation in einer großangelegten Space Opera. Er analysiert die Zersplitterung der OPA in verschiedene Fraktionen, deren Spektrum von moderatem Reformismus über syndikalistische Selbstverwaltung bis hin zu terroristischem Nationalismus reicht. Mithilfe computergestützter Methoden arbeitet der Beitrag die Verteilung der Fraktionen und die angewendeten Strategien heraus. Er verknüpft diese fiktiven Kämpfe mit realhistorischen Modellen der Arbeiter:innenbewegung und diskutiert die Rolle der OPA als Schutzmacht für eine durch den Weltraum-Kolonialismus körperlich und ökonomisch unterdrückte Klasse. Dass er auch die Unterschiede zwischen den Darstellungen in der Fernsehserie und der Literaturvorlage erörtert und auch auf die Eigenlogik der Medien zurückführt, erhellt auf interessante Weise die Bedeutung der Wahl von Darstellungsmedien – nicht nur für Science-Fiction.

Andere Systeme in der Science-Fiction

Annette Schlemm bietet zu Beginn des dritten Teils des Sammelbandes in „Chey-Topien. Oder: Was wäre, wenn ... es kein Privateigentum gäbe?“ (199–216) einen umfassenden historischen Abriss über Eigentumskonzepte in der utopischen Literatur vom Mittelalter bis zur modernen Science-Fiction. Sie zeigt auf, dass verschiedene Modelle des Gemeineigentums („commons“) als direkte Antwort auf die Ausbeutung durch das aufkommende Privateigentum an Produktionsmitteln entworfen wurden. Von Thomas Morus' „Utopia“ über marxistische Visionen bis hin zu Kim Stanley Robinsons Mars-Trilogie werden solche Gedankenexperimente vorgestellt, die den Verzicht auf Geld und die kollektive Verfügung über Ressourcen als Grundlage einer gerechten Gesellschaft sehen. Für aktuelle gewerkschaftliche Debatten um Vergesellschaftung und neue Wirtschaftsformen können diese Beispiele hilfreich sein, da sie die Notwendigkeit illustrieren, Eigentumsverhältnisse als zentrale Machtfrage zu begreifen.

Christian E. W. Kremsers Beitrag „Wir arbeiten, um uns zu verbessern und den Rest der Menschheit. Das Ende der Lohnarbeit in Star Trek“ (219–235) beleuchtet die Ökonomie der Föderation in „Star Trek“, in der durch die Erfindung von Replikatoren materielle Knappheit, Armut und Geld abgeschafft wurden. Zwar gibt es

keine klassische Lohnarbeit mehr, doch die Menschen arbeiten weiterhin aus einem Ethos der Selbstverbesserung und der persönlichen Entfaltung heraus. Kremser weist jedoch kritisch auf die Schattenseiten dieser vermeintlichen Utopie hin: An die Stelle des finanziellen Wettbewerbs tritt ein oft gnadenloser Kampf um Anerkennung, sozialen Status und prestigeträchtige Posten. Serien wie die Animationsserie „Lower Decks“ zeigen zudem, dass es auch im 24. Jahrhundert noch frustrierende Routinearbeiten und „Bullshit-Jobs“ gibt, was die Frage aufwirft, ob eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit den Menschen nicht durch permanenten Leistungsdruck zur Perfektionierung überfordern könnte. Nach Meinung des Reviewers ist Kremserns Sicht auf das „Star Trek“-Universum deutlich zu freundlich, die Standardwette aller Trekkies, welcher „Red Shirt“ wohl nicht vom Planeten zurückkommen wird, bleibt unerwähnt, auch die Frage der durchmilitarisierten Gesellschaft wird kaum thematisiert. Nichtsdestotrotz: Gerade die Chance auf solche Diskussionen unterstreicht die Sinnhaftigkeit, Science-Fiction als Discussion-Starter zu verwenden.

Der Beitrag von Thomas Schölderle befasst sich unter dem Titel „Arbeit und Ökonomie in Ernest Callenbachs *Ökoptopia*“ (237–253) mit dem Klassiker der Ökoptopie von 1975, der eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft auf Basis regenerativer Energien beschreibt. In „Ökoptopia“ wurde die 20-Stunden-Woche als Norm eingeführt, wobei Betriebe im Gemeinschaftsbesitz der dort Arbeitenden stehen und die Trennung zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben wurde. Schölderle zeigt auf, dass der Roman zwar das Marktprinzip und die Geldwirtschaft beibehält, diese aber durch strenge ökologische Gesetze und eine radikale Abkehr von der protestantischen Arbeitsmoral einhegt. Die Utopie fungiert als Frühwarnsystem für ökologische Krisen und liefert Anstöße für eine Ökonomie, in der Lebensqualität nicht mehr über das quantitative Wachstum des Sozialprodukts definiert wird. Mit der berechtigten Kritik an der Verwendung überkommener Geschlechterstereotype zeigt Schölderle zudem, dass Science-Fiction auch eine historische Quelle ist, aus der die Umstände ihrer Entstehung oft deutlicher sprudeln als die Vorstellungen über die Zukunft.

Maja Hoffmann und Peter Seyferth untersuchen in „Postwork San Francisco 2157. Alternative Arbeitsorganisation in Chris Carlssons *After the Deluge*“ (255–281) eine Vision von San Francisco im Jahr 2157, in der die „Geldära“ beendet wurde, dezentrale Technik den Menschen von mühsamer Plackerei befreit und Raum für echte Kreativität schafft. Der Roman wird als „kritische Utopie“ analysiert, die den heutigen Arbeitszwang und die moderne Arbeitsethik radikal infrage stellt, indem sie eine klassenlose Gesellschaft jenseits der Marktzwänge imaginiert. Der Beitrag geht über das im Titel angesprochene Werk hinaus und nimmt eine Einordnung in eine ganze Reihe ähnlicher kritischer Utopien und Dystopien vor. Das Buch, so die Autor:innen, weckt Begehrlichkeiten nach einem Leben, in dem Arbeit nur noch ein geringer, selbstbestimmter Teil der Existenz ist. Auch in diesem Buch zeigt sich die Utopie als Kind ihrer Zeit. Dass dabei fundamentale Probleme des Stoffwechsels mit der Natur, wie Marx es nannte, ausgelassen werden, ist einerseits eine

Schwäche des Buches, öffnet aber andererseits auch einen Raum für freie Assoziationen über mögliche Zukünfte.

Den letzten Beitrag bildet Nicki K. Webers „Somewhere in Advance of Nowhere. Schwarze Science Fiction und radikale Vorstellungen von Zukunft in Marvel Studios' *BLACK PANTHER*“ (283–308). Weber nutzt hier die Methoden der Schwarzen Kulturkritik, um den Blockbuster „Black Panther“ und dessen Darstellung des technologisch hoch entwickelten Staates Wakanda als „para-kolonialen Idealstaat“ zu hinterfragen. Er kritisiert, dass der Film trotz seiner afrofuturistischen Ästhetik einen isolationistischen Nationalismus und eine monarchisch-patriarchale Struktur propagiert, in der Mitbestimmung und die Realität der Arbeit unsichtbar bleiben. Der Fairness halber sei angemerkt, dass diese Kritik vermutlich auf 80 % der – insbesondere verfilmten – Science-Fiction zutrifft. Weber betont dabei, dass Schwarze Science-Fiction dennoch ein kraftvolles Werkzeug zur Transformation der sozialen Realität sein kann. Zudem erlaubt sie unterdrückten Teilen der Menschheit plötzlich, sich mit Helden in dieser Geschichte zu identifizieren, ohne so, wie James Baldwin in seiner berühmten Debatte in Cambridge sagte, beim Blick in den Spiegel festzustellen, dass man nicht gemeint ist, wenn hier Heldenwesen dargestellt werden. Ein ähnliches Argument ließe sich aus Sicht des Reviewers auch in Bezug auf die zugegebenermaßen zurecht umstrittene Science-Fiction-Serie „Die Mädchen aus dem Weltraum“ aus den 1970er-Jahren mit Bezug auf Frauen vorbringen.

Der Sammelband ist insgesamt gesehen mehr als nur einen Blick wert, auch wenn einige Beiträge einfacher und unterhaltsamer zu lesen sind, sind alle interessant. So wie schon lange bekannt, macht es einen Unterschied, wer die Erzählung über die Vergangenheit kontrolliert, und wie der Band darlegt, ist es ebenso wenig egal, wer die Vorstellung von der Zukunft schreibt. Daher ist Science-Fiction für Gewerkschafter:innen nicht nur unterhaltsam, sondern auch interessenpolitisch relevant.

Die neoliberalen Feinde freier Grenzen und freier Währungen

REZENSENT:IN

Wolfgang Pointner*

WERK

Slobodian, Quinn (2025).

Hayek's Bastards. Race, Gold, IQ, and the Capitalism of the Far Right.

Brooklyn, New York. Zone Books. 279 Seiten. Hardcover. 27,99 EUR.

ISBN 978-1-8909-5191-7

ZUSAMMENFASSUNG

Während mit neoliberaler Ideologie meist Forderungen nach grenzenloser Kapitalverkehrsfreiheit oder unbegrenztem Personenverkehr verbunden werden, beschreibt Quinn Slobodian in diesem Buch eine Gruppe, die sich zwar einerseits auf Hayek und freie Märkte beruft, aber der Freiheit auch ganz klare Grenzen aufzeigen will. Minderheitenrechte, deren realpolitische Durchsetzung die tradierte Hierarchie erschüttern würde, sollen eingegrenzt werden. Diese Hierarchie zu verteidigen oder wiederherzustellen ist ein Ziel von „Hayek's Bastards“, den nationalchauvinistischen Ablegern des Neoliberalismus. Slobodian dokumentiert deren Versuche, die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant:innen und Angehörigen anderer Ethnien einzuschränken, indem sie rassistische Unterschiede zwischen Menschengruppen als alternative Fakten in den politischen Diskurs einführen. Um die staatlichen Spielräume für politische Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit zu beschränken, fordern sie die Wiedereinführung des Goldstandards. Auf diese Weise soll eine gesellschaftliche Hierarchie restauriert werden, in der jene, mit denen sich diese Autoren identifizieren, wieder unangefochten die herrschende Elite der Gesellschaft darstellen. Diese reaktionäre Identitätspolitik scheint derzeit nicht ganz erfolglos zu sein.

DOI

10.59288/wug521.332

* **Wolfgang Pointner:** OeNB

Die geäußerten Ansichten sind ausschließlich die des Autors und können keinesfalls als offizielle Position der OeNB oder des Eurosystems angesehen werden.

Kontakt: wolfgang.pointner@oenb.at

Slobodians Buch, dessen Titel nicht auf Tarantinos Film „Inglourious Basterds“, sondern auf John Ralston Sauls Abhandlung „Voltaire’s Bastards“ (1993) anspielt, kann als Ergänzung zu seinen 2018 erschienenen „Globalists“ gelesen werden. In beiden Fällen geht es um eine Ideologiegeschichte neoliberaler Strömungen, die sich auf Hayek und Mises berufen, deren politische Ausrichtungen aber voneinander abweichen. Den „Globalists“ galten Staatsgrenzen als unerwünschte Einschränkung der Freiheit des Kapitals. Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im Wien der Zwischenkriegszeit fanden die Grenzen zwischen den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie besonders störend, da sie noch den großen k. u. k. Binnenmarkt mit weitreichender Kapitalverkehrsfreiheit erlebt hatten. Die im vorliegenden Buch beschriebenen „Bastards“ hingegen betrachten streng bewachte Grenzen als wichtige Barriere, um die Immigration von unerwünschten Menschen zu verhindern. Der Begriff „unerwünschte Menschen“ hat dabei nicht nur einen rassistischen Unterton, die Ausführungen folgen recht unverhohlenen rassistischen Ideen. Slobodian zitiert zahlreiche Quellen aus dem biologistischen und rassistischen Milieu, wodurch die Lektüre des Buches streckenweise eine gewisse Überwindung erfordert. Die „Bastards“, die sich selbst auch als paleolibertär bezeichnen, sehen ähnlich wie die „Globalists“ in demokratischer Politik (und dabei vor allem in sozialpolitischen Ausgaben) eine Gefahr für die Freiheit des Kapitals. Im Gegensatz zu diesen behaupten sie nicht mal, ganz egalitär allen Menschen die größtmögliche Freiheit beschern zu wollen. Vielmehr streben sie Freiheit und Wohlstand nur für jene Menschen an, die bereits frei und wohlhabend sind bzw. es waren, bis der Staat begann, sozialpolitisch umzuverteilen. Voraussetzungen für Freiheit und Wohlstand sind in ihren Augen, dass Staatsgrenzen streng kontrolliert sowie vermeintlich naturgegebene Unterschiede zwischen Menschen anerkannt werden und die Geldpolitik sich am Goldstandard orientiert (23).

Während neoliberale Globalisierungsapologet:innen meist dem methodologischen Individualismus der ökonomischen Neoklassik folgen, stellen die in diesem Buch präsentierten Autoren¹ oft Kollektive wie Nationen oder Rassen in den Fokus. Ein Kollektiv, dem sie besonders positive Eigenschaften zuschreiben und dessen herausragenden sozialen Status sie gegen theoretische Kritik oder politische Forderungen verteidigen wollen, ist eine Subspezies des alten weißen Mannes, nämlich der reiche alte weiße Mann. Sozialen Wandel, den sie miterleben mussten, wie den Siegeszug der keynesianischen Wirtschaftspolitik nach 1945, die Dekolonialisierung, das Ende des Apartheidregimes in Südafrika, kulturelle Änderungen nach 1968 oder das Ende des internationalen Währungssystems von Bretton Woods, verstehen sie vor allem als Angriffe auf die Privilegien ihrer reichen Artgenossen. Solche Angriffe scheinen den „Bastards“ nicht nur deswegen unangemessen, weil diese Oligarchen mit ihren finanziellen Zuwendungen die Institute

1 „Autoren“ ist kein generisches Maskulinum, Slobodian zitiert im Buch ausschließlich Männer.

und Verlage erhalten,² die rechtsextremen Autor:innen Anstellungen und Publikationen ermöglichen (was Slobodian ausführlich dokumentiert), sondern weil damit eine soziale Hierarchie angegriffen wird, an deren Spitze jene Menschen stehen, mit denen sich diese Autoren selbst politisch, sozial, kulturell und ethnisch identifizierten.

Slobodian präsentiert mehrfach (27, 33, 62, 84) ein in diesen Kreisen beliebtes Modell der menschlichen Entwicklung („savanna story“). Demnach lebten Menschen in den Savannen der Urzeit jahrtausendlang in kleinen Horden zusammen. Das Überleben des:der Einzelnen hing vom Überleben der Horde ab, weswegen sich solidarisches Handeln im Kollektiv zur dominanten Verhaltensnorm entwickelte. Wenn sich mehrere Horden zu größeren Einheiten zusammenschließen oder mit anderen Horden in Austausch treten und nicht mehr jede:r jede:n kennt, ist verbindliche interpersonelle Solidarität nur mehr schwer herstellbar. Handel zwischen Horden ermöglicht Effizienzgewinne, aber dafür ist eine Überwindung des Solidaritätsprinzips nötig. Der Markt schließlich ist die effizienteste Form, um den Austausch von Gütern zu organisieren. Da die Menschen aber lange Zeit in solidarischen Horden gelebt haben, hat sich ihnen Solidarität als moralischer Wert genetisch eingepägt. Neoliberale Ideolog:innen müssen daher diese solidarische Grundstimmung der Menschen erst mit sachlichen Argumenten überwinden, während die Linken nur an die menschliche Natur zu appellieren brauchen. Abgesehen davon, dass die genetische Vererbung von Normen und Werten eher dem seit Langem widerlegten Lamarckismus entspricht, scheint heute die politische Rechte viel erfolgreicher an menschliche Stimmungen zu appellieren als linke Parteien. Welche Stimmungen dabei angesprochen werden und wie die Stimmungsmacher:innen eine Hierarchie von Rassen und Nationen mit freien Märkten zusammendenken wollen, davon erzählt Slobodians Buch.

Die vermeintlich harten Grenzen der menschlichen Natur

Die emanzipatorische Politik in der Nachkriegszeit und besonders die US-Bürgerrechtsbewegung verringerten die gesellschaftliche Ungleichheit. Konservative Kräfte versuchten, den Status quo ante zu verteidigen, indem sie soziale Ungleichheit zur unabdingbaren Folge der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit von Menschen erklärten. In der neoliberalen Bewegung gab es dazu zwei Ansätze (38): zum einen die Berufung auf kulturelle Unterschiede, die Menschen mit unterschiedlicher Leistungsfähigkeit ausgestattet hätten, und zum anderen die Erzählung, dass genetische Unterschiede zwischen Menschengruppen deren kognitive Kapazitäten bestimmten. Während Hayek selbst die kulturelle Erklärung vertrat, dachte Murray Rothbard (2000), dass die Biologie ein härteres Instrument gegen Umverteilung wäre. Er fragte 1971 in einem Vortrag ernsthaft (42), ob, wenn Feminist:innen patriarchale Strukturen in allen Gesellschaften kritisieren würden, es da nicht

2 Gab es in den letzten 50 Jahren eine abwegige reaktionäre Idee, für die der US-Milliardär Charles Koch kein Geld gespendet hat?

naheläge, anzunehmen, dass diese Strukturen, die so weit verbreitet seien, in der menschlichen Natur wurzeln würden und daher unabänderlich seien. Slobodian erwähnt schon früh in seinem Buch (17), dass auf viele Thesen der „Bastards“ die Kritik der „Anmaßung von Wissen“ zutrifft, der Hayek 1974 seine Nobelpreisrede widmete (Hayek 1974).

Die im Buch zitierten Neoliberalen sehen – anders als die „Globalists“ – im Nationalstaat die effizienteste Form politischer Organisation. Sie argumentieren, der Nationalstaat verringere die Transaktionskosten erheblich, da alle Wirtschafts-subjekte dieselbe Sprache sprechen würden und mit den sozialen Gepflogenheiten vertraut seien. Geringere Transaktionskosten würden eine stärker ausgeprägte Arbeitsteilung mit entsprechend höheren Spezialisierungsvorteilen erlauben. In diesen Vorstellungen existieren kulturelle Differenzen nur entlang ethnischer Grenzen; Menschen einer Ethnie sind weitgehend homogen, die feinen Unterschiede zwischen Klassen werden ignoriert oder verleugnet. Zuwanderung von kulturell oder ethnisch anders geprägten Menschen gefährde diese Homogenität der Bevölkerung und führe zu sozialen Spannungen, Unruhen oder Aufruhr. Eine der ersten öffentlichen Äußerungen dieser Art war die berühmte „Rivers of Blood“-Rede des englischen Politikers und aktiven Mont-Pelerin-Mitglieds Enoch Powell (1969).³ Diese Rede rief 1968 noch unmittelbar sehr ablehnende Reaktionen auch in Powells eigener konservativer Partei hervor, aber bereits zehn Jahre später forderte Margaret Thatcher im Wahlkampf einen Immigrationsstopp. Diese Forderung unterstützte damals auch Hayek, der schrieb, die Zuwanderung galizischer und polnischer Juden nach dem Ersten Weltkrieg habe den Rassismus in Wien befördert (76). Auch heute noch kursiert die Ansicht, dass Rassismus von Migrant:innen und nicht von rassistischen Politiker:innen und Medien befördert würde.

Die politische Wirksamkeit von politischer Hetze und Ausgrenzung⁴ war dem prominentesten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie in den USA, Murray Rothbard, ein großes Anliegen. Er kritisierte Hayeks Ansatz, durch die Verbreitung von neoliberalen Ideen eine geistige Wende herbeizuführen, der eine politische folgen würde. Rothbard wollte nicht so lange warten, bis seine Vorstellungen in konkrete Politik umgesetzt werden konnten. Er forderte einen aufregenden und konfrontativen rechten Populismus, mit dem breite Wählermassen zur Opposition gegen die liberalen Eliten aufgepeitscht werden konnten (57–59). Als Beispiel für die „Erfolge“ dieser Politik führt er die Zustimmung für den ehemaligen Ku-Klux-Klan-Chef David Duke bei Gouverneurswahlen in Louisiana an. Damit war auch schon sehr klar, welche Ausrichtung dieser rechte Populismus haben sollte.

Der Klan hatte nie versucht, seinen Rassismus pseudowissenschaftlich zu begründen. Diese Lücke füllten Richard Herrnstein und Charles Murray 1994 mit

3 Siehe auch https://en.wikipedia.org/wiki/Rivers_of_Blood_speech (abgerufen am 31.03.2026).

4 Dass die Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung nach Herkunft oder Ethnie erhebliche Transaktionskosten in einer Ökonomie verursachen kann, scheint hier keine Rolle mehr zu spielen.

ihrem Buch „The Bell Curve“, ein Werk, das seine Entstehung der großzügigen finanziellen Unterstützung von neoliberalen Thinktanks und der Universität Harvard verdankt (113). Darin wird behauptet, unterschiedliche ethnische Gruppen verfügten über unterschiedliche kognitive Fähigkeiten, die genetisch vererbt würden. Die Autoren schreiben, dass Afroamerikaner:innen im Durchschnitt nur 77 % des Lohns von weißen Amerikaner:innen bekämen, wenn aber Unterschiede im IQ berücksichtigt würden, bekämen Afroamerikaner:innen 98 % des Lohns von Weißen (97). Dass die Abgrenzung ethnischer Gruppen voneinander willkürlich ist, dass die genetische Varianz innerhalb dieser Gruppen viel größer ist als zwischen ihnen, dass Intelligenz keine einfach beobachtbare Variable ist, dass der IQ ein Konstrukt ist, das über die Vorurteile der Messenden etwa so viel aussagt wie über die Intelligenz der Gemessenen, dass Korrelation keine Kausalität begründet oder dass die Weitergabe von Merkmalen innerhalb von Familien nicht bedeutet, dass diese Merkmale genetisch vererbt wurden oder unabänderlich sind: Das alles war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits bekannt und wurde auch gegen das Buch eingewendet. Dennoch war es ein großer Verkaufserfolg und löste eine politische Debatte aus, die auch auf Europa übergriff.

Wesentlich zum Erfolg des Buches trug bei, dass behauptet wurde, es liege nun ein wissenschaftlicher Beitrag vor, der rassistische Ansichten bestätige. Damit ist „The Bell Curve“ ein weiteres Beispiel für die gängige Verwischung der Grenzen zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem pseudowissenschaftlichen Anstrich von Meinungen. Die Behauptung, dass dieses Buch ein wissenschaftliches Werk sei, ruhte auf der Legitimation von Herrnstein als Harvard-Professor für Psychologie und umfangreichen Referenzen auf andere Arbeiten, die zwar oberflächlich den Eindruck von Gelehrsamkeit vermittelten, aber häufig aus einschlägig rassistischen Publikationen stammten. Wissenschaft ist nicht einfach das, was Wissenschaftler:innen hervorbringen. Sie zeichnet sich durch die Anwendung von wissenschaftlich anerkannten Methoden aus, und in dieser Hinsicht versagt „The Bell Curve“ kläglich. Den Missbrauch der Wissenschaften oder der Wissenschaftlichkeit im öffentlichen Diskurs kritisierte Pirmin Fessler (2021) angesichts der COVID-Pandemie; leider bestehen diese Probleme noch immer. Erfreulich war im Fall der „Bell Curve“, dass sich unter anderem der bedeutende Evolutionsbiologe Stephen Jay Gould (1996 [1981]) die Zeit nahm, für die Neuauflage seines Buchs „The Mismeasure of Man“ eine umfangreiche Widerlegung der Thesen von Herrnstein und Murray zu schreiben. Weniger erfreulich war, dass viele Medien (auch in Österreich) das Buch positiv rezipierten und damit seine Aussage verbreiteten.

Die politische Schlussfolgerung des Buches war eindeutig: Die Ungleichheit zwischen Menschen liegt in ihrer Natur begründet, die Gesellschaft muss lernen, mit diesem Umstand zu leben (119), und soll aufhören, durch Sozialpolitik unabänderliche, weil natürliche Unterschiede auszugleichen. Sozialpolitische Initiativen, die Neoliberalen ein Dorn im Auge waren, wie Präsident Johnsons Programm für eine „Great Society“, wurden als vergebliche Verschwendung von Steuergeld denunziert. Demokratische Mitbestimmung aller Staatsbürger:innen war diesen

Autoren kein Problem, solange die Verteilung der meisten Ressourcen über Märkte geregelt wurde (100). Durch umverteilende Sozialpolitik änderte sich das. Murray sagte 2006, die politische Agenda der Linken und ihr Erfolg beruhten wesentlich auf dem Versprechen der Gleichheit (119). Sein Buch sei ein Beitrag gewesen, dieses Versprechen wissenschaftlich zu unterminieren.

Goldesel der Geldpolitik

Rechte Pamphlete sahen in der Aufhebung der Rassentrennung in Südafrika und in einer emanzipatorischen Sozialpolitik eine Bedrohung der gesellschaftlichen Hierarchie, die sie erhalten wollten. Ähnlich dachten manche Neoliberale über das Ende des Goldstandards bzw. das Ende von Bretton Woods im August 1971. Das ist insofern verwunderlich, als Milton Friedman, einer der großen Apostel der freien Marktwirtschaft, bereits 1967 in seiner Presidential Address an die American Economic Association ein System flexibler Wechselkurse als überlegenes geldpolitisches Arrangement gepriesen hatte (Friedman 1968). Wenn der Markt der optimale Bestimmungsmechanismus für Preise ist, warum wollten Neoliberale den Preis von Währungen nicht auch auf freien Finanzmärkten festlegen lassen?

Die Abkehr vom Goldstandard wurde von einigen neoliberalen Mont-Pelerin-Mitgliedern als Sündenfall bezeichnet, als moralische Degeneration und Einstieg in einen drohenden „Geldsozialismus“ (134). Der Kollaps des Geldwerts und eine Hyperinflation wie in Deutschland und Österreich in den frühen 1920er-Jahren waren ihrer Ansicht nach nur eine Frage der Zeit. In diesem Klima der Verunsicherung aufgrund des geänderten geldpolitischen Rahmens veröffentlichten neoliberale Autoren Anleger:innenbriefe und Investmentratgeber, denn auch angesichts der Apokalypse durfte das Profitmotiv nicht zu kurz kommen. Der apokalyptische Tonfall, in dem diese Beiträge verfasst sind, ähnelt sehr jenem der rassistischen Pamphlete, die vor den Folgen unkontrollierter Zuwanderung oder einer ethnischen Durchmischung warnten. Manche Schriften brachten mit Anleger:innentipps auch gleich rassistisches Gedankengut unter die Leser:innen, wie etwa der Investment-Newsletter von Ron Paul, was dessen politischer Karriere keinen Abbruch tat: Paul saß zwischen 1977 und 2013 im US-Repräsentantenhaus und kandidierte 2008 und 2012 medienwirksam um die republikanische Nominierung für das Präsidentenamt. 1993 veröffentlichte Paul einen apokalyptisch gestimmten Survival Report, in dem er schrieb, „the government is attempting to prevent blacks from being disproportionately affected by the economic laws of nature“ (143). In diesen Survival Reports empfahl Paul auch, für den demnächst bevorstehenden Systemkollaps Gold in sehr abgelegenen Gegenden zu horten. Dieser Rat scheint sich bis Österreich herumgesprochen zu haben: 2019 wurden in einer Osttiroler Berghütte Goldbarren der Wiener FPÖ gefunden.

Das Abgehen vom Goldstandard ermöglichte es nach Ansicht von Ron Paul und gleichgesinnten Schreibern der Regierung, ihre Sozialpolitik zugunsten von Minderheiten und Migrant:innen aus der Notenpresse zu finanzieren. Der Goldstandard diente in ihren Augen weniger dazu, Wechselkurse zu stabilisieren als

vielmehr die Gestaltung der Geldpolitik der Kontrolle demokratisch gewählter Politiker:innen zu entziehen. Wie Eich (2022) zeigt, waren ähnliche Erwägungen schon bei der Einführung des Goldstandards ausschlaggebend. Dass das Währungssystem von Bretton Woods nicht an staatlichen Ausgaben für Sozialpolitik scheitern würde, sondern am systemimmanenten Anstieg der Nachfrage nach der Leitwährung US-Dollar, hatte Robert Triffin schon 1959 in einer Anhörung im US-Kongress korrekt prognostiziert (siehe Maes/Pasotti 2021); Ron Paul studierte damals noch Medizin.

Im Gefolge der Eurokrise gründete Peter Boehringer 2011 die Initiative „Holt unser Gold heim!“, deren Ziel es war, die Goldreserven der deutschen Bundesbank aus ausländischen Tresoren nach Deutschland zu holen (156; siehe auch Boehringer 2015). Deutschland hatte einen Großteil seiner Goldreserven im Kalten Krieg aus Angst vor einer möglichen sowjetischen Invasion im westlichen Ausland gelagert. Boehringers Kampagne hatte Erfolg: Die Bundesbank holte viele Goldbarren nach Frankfurt, und er sitzt seit 2017 für die AfD im Deutschen Bundestag. Rechte Parteien in der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Frankreich kopierten diese Initiative. Slobodian kritisiert, dass auch andere Notenbanken sich dem politischen Druck beugten, und vermutet, dass dadurch Vertrauen in diese Institutionen geschwunden ist.

Dass viele Notenbanken ihre Goldreserven am selben Ort halten, hat Vorteile: Wenn Gold an einem Ort gehandelt wird, fallen dabei Kosten für teure Hochsicherheitstransporte weg. Aus historischen Gründen haben sich London und New York als wichtigste Orte für die Goldlagerung etabliert. Diese Standortwahl beruht auch auf der Annahme, dass dort Eigentumsrechte uneingeschränkt geachtet werden. Jüngst ist in Deutschland eine neue Debatte darüber entflammt, ob die Bundesbank ihre in New York verbliebenen Goldbarren abziehen solle, da unklar sei, ob unter Präsident Trump das deutsche Eigentum noch sicher sei (Handelsblatt 2026; Der Spiegel 2026). Die rechtspopulistische Politik eines nationalchauvinistischen Demagogen führt also dazu, dass die rechtspopulistische Panikmache von früher zu einer realen Bedrohung in der Gegenwart werden konnte. Damit werden tragende Säulen der Globalisierung infrage gestellt. „Hayek’s Bastards“ scheinen den „Globalists“ derzeit den Rang abgelaufen zu haben.

Slobodian schließt mit dem Hinweis, dass sein Buch eine Warnung sei, „not to be taken in by false prophets, fooled by appearances or lazy media framing. Many supposed disruptors of the status quo are agents less of a backlash against global capitalism than a frontlash within it“ (176). Diese Warnung ist angesichts der immer wieder zu beobachtenden Neigung vieler Medien, falsche Propheten abzufeiern und politische Propaganda unkritisch zu übernehmen, auch in Österreich hochrelevant.

LITERATUR

Boehringer, Peter (2015). Holt unser Gold heim. Der Kampf um das deutsche Staatsgold. München, FinanzBuch Verlag.

Der Spiegel (2026). Experten sorgen sich um deutsche Goldreserven in den USA. Der Spiegel v. 22.01.2026. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/goldreserven-der-bundesbank-in-den-usa-experten-sorgen-sich-a-bde2f950-ebce-4b18-aaeb-7caddbb92ecf> (abgerufen am 08.03.2026).

Eich, Stefan (2022). The Currency of Politics. The Political Theory of Money from Aristotle to Keynes. Princeton University Press.

Fessler, Pirmin (2021). Die Pandemie des Dogmatismus – Wissenschaft als Rechtfertigung des Handelns. Vortrag im Rahmen der Tagung „Vom Nutzen und Nachteil der Wissenschaften für das Leben. Zur Frage der gesellschaftlichen Relevanz von Forschung“ in Bozen. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=k0pc5UyV4Rw> (abgerufen am 08.03.2026).

Friedman, Milton (1968). The Role of Monetary Policy. Presidential address delivered at the 80th Annual Meeting of the American Economic Association. American Economic Review 58 (1), 1–17.

Gould, Stephen Jay (1996 [1981]). The Mismeasure of Man. Norton.

Handelsblatt (2026). Druckmittel für Trump? Bundesbank gerät in Zwickmühle. Handelsblatt v. 23.01.2026. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/goldreserven-druckmittel-fuer-trump-bundesbank-geraet-in-zwickmuehle/100192973.html> (abgerufen am 08.03.2026).

Hayek, Friedrich August (1974). The Pretence of Knowledge. Lecture to the memory of Alfred Nobel. Online verfügbar unter <https://www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/1974/hayek/lecture/> (abgerufen am 08.03.2026).

Hayek, Friedrich August (1978). The Politics of Race and Immigration. Times (London), 11. Februar 1978.

Herrnstein, Richard/Murray, Charles (1994). The Bell Curve. Intelligence and Class Structure in American Life. New York, Free Press.

Maes, Ivo/Pasotti, Ilaria (2021). Robert Triffin. A Life. Oxford University Press.

Murray, Charles (2006). 2006 Atlas Freedom Dinner Keynote Address. Atlas Highlights, Winter 2006–2007, 14–25.

Paul, Ron (1993). Racial Central Planning. Ron Paul Survival Report, 15. Oktober 1993.

Powell, Enoch (1969). Freedom and Reality. Kingswood, Elliot Right Way Books.

Rothbard, Murray (2000). Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays. Ludwig von Mises Institute.

Saul, John Ralston (1993). Voltaire's Bastards. The Dictatorship of Reason in the West. Penguin Canada.

Slobodian, Quinn (2018). Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism. Harvard University Press.

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“

Die Working Paper-Reihe der AK Wien

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sind vorrangig Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Gemeinschaft.

Alle Beiträge online abrufbar unter <http://w.ak.at/mwug>

274	Peter Bräumann u. a.	Steuerliche Gestaltungsspielräume und ihre ungleiche Verteilung im österreichischen Steuersystem, Mai 2026
273	Josef Zuckerstätter	Mindestlöhne in österreichischen Kollektivverträgen Q4/2025, März 2026
272	Quirin Dammerer u. a.	Ein Jahrhundert wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung, April 2026
271	Teresa Griesebner u. a.	Superreiche in Österreich und ihre Netzwerke der Interessensdurchsetzung, Februar 2026
270	Josef Zuckerstätter	Mindestlöhne in österreichischen Kollektivverträgen Q3/2025, Jänner 2026
269	Gerlinde Titelbach	Allgemeine Lohnuntergrenzen für Österreich, Dezember 2025
268	Veronika Adensamer u. a.	AK-Wohlstandsbericht 2025, Oktober 2025
267	Christian Berger u. a.	Wann, wenn nicht jetzt?, September 2025
266	Alexandra Wegscheider-Pichler	Sonderauswertung zur Hitzebelastung, Juli 2025
265	Axel Anlauf u. a.	Who owns the critical digital physical infrastructure? An analysis of transnational ownership, conflicts over public interests and state regulation (2), August 2025
264	Georg Feigl u. a.	Doppelbudget 2025/26: Knappe Mittel und neue Prioritäten, Juni 2025
263	Karoline Mitterer u. a.	Ausrichtung kommunaler Investitionen auf Klimaschutz, April 2025
262	Markus Marterbauer u. a.	The Austrian wage negotiation system in the cost-of-living crisis, Februar 2025
261	Kefa Simiyu	Unpaid work, time use, and time poverty in Kenya, Februar 2025
260	Doris Vogl	Chinas Normungsstrategie und digitalisierte Zukunftstechnologien, November 2024
259	Lia Musitz	Chinas grüne Technologieführerschaft, November 2024
258	Catalina Enrica Renč u. a.	Wem gehört die kritische digitale physische Infrastruktur? Eine Analyse von transnationalen Eigentumsverhältnissen, Konflikten um öffentliche Interessen und staatlicher Regulierung, November 2024
257	Vanessa Lechinger u. a.	AK-Wohlstandsbericht, Oktober 2024
256	Julia Bernegger u. a.	Pionierinnen der Feministischen Ökonomie in Österreich, September 2024

